

Garrigade

Streitschrift für Anarchosyndikalismus, Unionismus und revolutionären Syndikalismus



Schwerpunkt: ORGANIZING – Auf zu neuen Ufern?

- **Die syndikalistische Bauarbeiter-Internationale – ISBF**
- Rudolf Rocker: RÄTEORGANISATION UND DIKATUR.
- ÖKONOMIE UND REVOLUTION – Spanien 1936
- Rezensionen

Nr. 4
Dezember 2010
empf. 3,50 Euro

Schwerpunkt-Historisches

Die Syndikalistische Bauarbeiter-Internationale - ISBF

Eine Dokumentation 1931-1936

Die konkrete Arbeit der *Bauarbeiter-Internationale* der IAA ist das Ziel dieser Dokumentation. Ihr Funktionieren, ihre Finanzierung und ihre Kämpfe und Erfahrungen wollen wir verdeutlichen.

Der Konflikt zwischen den beiden Bauarbeiter-Faktionen um *Buth/Launer* und *Carl Windhoff*, der zur Spaltung der deutschen Bauarbeiter-Föderation in der FAUD führte - und so auch einen jahrelangen Streit in die ISBF hineingetragen hat, sind interessante Fragen für historische Betrachtungen. Denn auch in der niederländischen Bewegung gab es eine Spaltung in den NSV und die NAS (*Lansink* wechselte später zur NAS), die ebenfalls nicht zur Stärkung der IAA beigetragen haben.

Interessant ist auch die Frage, wo denn die syndikalistischen Bauarbeiter organisatorisch geblieben sind; bei dieser doch beachtlichen Tradition, dass wohl die Hälfte aller zuletzt organisierten FAUD-Mitglieder in Bauberufen gearbeitet haben. Ähnliches gilt für die SAC Schwedens mit 15.000 und erst recht die spanische CNT mit über 100.000 Mitgliedern.

Wir beginnen mit dem Beschluß zur Gründung eines Wirtschaftsrates der IAA, der auf dem IV. Kongreß 1931 gefaßt wurde - kurz vorher fand die dritte ISBF-Konferenz ebenfalls in Madrid - statt.



Die Aufgaben des internationalen Wirtschaftsrates der Internationalen Arbeiter-Assoziation

Der 4. Weltkongreß der IAA in Madrid gründete einen **Internationalen Wirtschaftsrat** und bestimmte zu dessen Vorsitzendem *Rudolf Rocker*. Die Geschäftskommission der FAUD (AS) wählte für Deutschland zwei Beisitzer hinzu. Die deutschen Mitglieder des IW machen für die Tätigkeit dieser Körperschaft folgenden programmatischen Vorschlag:

Angesichts der Tatsache, daß die Wirtschaft sich nicht mehr im lokalen oder nationalen Rahmen bewegt, sondern zur kapitalistischen Weltwirtschaft geworden ist, deren gegenseitige Verflechtung immer enger wird, angesichts der Tatsache, daß diese Weltwirtschaft nicht nur besteht im gegenseitigen Austausch der Produkte, sondern auch in der Bildung internationaler Kartelle und Trusts, die Preise, Märkte und Produktionsmengen unter sich regeln,

angesichts der Tatsache, daß das internationale Proletariat in folgedessen seine internationalen Kämpfe systematischer als bisher organisieren muß, angesichts der ungeheuren Weltwirtschaftskrise, infolge deren der Kapitalismus unfähig ist, Produktion und Konsumtion zu organisieren und es die Aufgabe des Proletariats ist, die Errichtung der sozialistischen Bedarfswirtschaft im internationalen Maßstabe unmittelbar ins Auge zu fassen und die kapitalistische Mißwirtschaft und Verschwendung zu liquidieren, konstituiert sich der vom 4. Kongreß der IAA in Madrid beschlossene Internationale Wirtschaftsrat mit folgenden Aufgaben:

1. Wissenschaftliches Studium der weltwirtschaftlichen Entwicklung, der Krisen, der Industrialisierung, der Ausbeutungsmethoden des internationalen Kapitalismus und der angeblich sozialistischen Methoden Sowjetrußlands, insbesondere
 - a) Erfassung der einzelnen Produktionen und des Bedarfs in jedem einzelnen Lande,
 - b) Feststellung der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Länder,
 - c) Feststellung der notwendigen und der unnötigen Ein- und Ausfuhr,
 - d) Organisation des Bank- und Kreditwesens,
 - e) Verschwendung durch kapitalistische Methoden (unnötiger Transport, Reklame, Verderben durch lange Lagerung, direkte Vernichtung wegen mangelnden Absatzes usw.),
 - f) Verteilung der Produktionskosten (Material, Transport, Arbeitslohn usw.) und des Ertrags (Profit, Steuern, Lohn usw.),
 - g) Dumpingsystem,
 - h) Die Rationalisierung und ihre Folgen,
 - i) Krisenursachen und Krisenheilung.
2. Zerstörung der nationalistischen Legenden durch Gegenüberstellung der Versionen in den einzelnen imperialistischen Ländern, durch Aufdecken der wahren imperialistischen Ziele der Staaten,
3. Ausarbeitung von Umrissen einer rationellen sozialistischen Organisation der Weltwirtschaft,
4. Regelmäßige Veröffentlichungen der Ergebnisse dieser Arbeiten.

Rudolf Rocker.

Fritz Dettmer.

Gerhard Wartenberg.



1928 war der Sitz der I.S.B.F. in Berlin mit einem Arbeitsausschuß, danach übernahm *B. Lansink jr.*, Amsterdam-NL, das ISBF-Sekretariat. Danach ging es nach Paris mit *Louis Boisson* als Sekretär (welche Funktion hatte Pierre Besnard?) ...

An Mitgliedszahlen gibt das schwedische Protokoll von 1928 an: Schweden – 14.000, Holland – 350 (NSW), Belgien – 450, Deutschland - ?

Vorliegendes Material:

- *Der syndikalistische Bauarbeiter* – Mitteilungsblatt der Reichsföderation der Bauberufe Deutschlands der FAUD (Anarcho-Syndikalisten)
Redakteur: Otto Otto Heuer, Halle/Saale, Gabelsbergerstr. 1
Geschäftsleitung: Robert Wiesner, Halle/Saale, Leipzigerstr. 51
- Nr. 9 – 1. Oktober 1931 [4 Seiten hektografiert]
Geschäftsleitung und verantwortlich:
W. Markow, Berlin N 113, Bornholmerstr. 7
Geschäftsleitung der Föderation: Walter Markow und Richard Stanislawsky
- Nr. 1 – 1932 [10 Seiten hektografiert]
- Artikel von Carl Windhoff zu Arbeitsrecht und Tarif (siehe PD)

Protokolle auf Schwedisch von den I.S.B.F.-Konferenzen 1926 und 1928:

- Lyon - Frankreich, 17. November 1926 [13 Seiten Maschinenschrift]

- Lüttich - Belgien, 20., 21. und 22. Oktober 1928 [13 Seiten Maschinenschrift]

IAA-Kongresse:

1. Kongress, 25.12.1922 - 2.1.1923, Berlin;
2. Kongress, 21.-28. März 1925, Amsterdam;
3. Kongress, 27.-29. Mai 1928, Liège/Lüttich;
4. Kongress, 16.-21. Juni 1931, Madrid

- *Presse-Dienst der ISBF*
- Nr. 1 – 1. Jg. – 1. September 1931 [6 Seiten hektografiert]
- Nr. 3 – 1. Jg. – Dezember 1931 [8 Seiten hektografiert]
- Nr. 1 – 2. Jg. Januar 1932 – [9 Seiten hektografiert]
- Nr. 2-3 – 2. Jg. – Februar/März 1932 [3 Seiten hektografiert]
- Nr. 4-5 – 2. Jg. – April/Mai 1932 [3 Seiten hektografiert]
- Nr. 6 – 2. Jg. – Oktober 1932 [3 Seiten hektografiert]
- Nr. 7 – 2. Jg. – November 1932 [6 Seiten hektografiert]
- Streik der syndikalistischen Fliesenleger in Düsseldorf

Kassenbericht 1928

Die ISBF verfügte 1928 also über einen Kassenbestand von gerade einmal 84,41 holländischen Gulden. Von den Einnahmen zwischen 1926 und 1927 zahlten die deutschen Bauarbeiter 282,76 hfl. oder fast 65% der internationalen Beiträge ein.



Presse-Dienst #1 – 1. September 1931

Bericht über die Internationale Konferenz der anarcho-syndikalistischen Bauarbeiter abgehalten am 22. und 23. Juni 1931, in Madrid (Spanien)

An der Konferenz nahmen folgende Länder teil: Portugal, Spanien, Frankreich, Holland und Deutschland.

Um eine schnellere und bessere Verständigung zu erzielen, wird beschlossen, die Leitung der Konferenz dem als Dolmetscher mit hinzugezogenen Genossen *V. Orobón Fernández* – Madrid, zu übertragen.

Der bisherige Sekretär der Syndikalistischen Bauarbeiter-Internationale Genosse *L. Boisson* – Paris, ist am Erscheinen verhindert, hat aber folgenden schriftlichen Tätigkeitsbericht an die Konferenz eingesandt:

Tätigkeitsbericht.

Kameraden! Gemäss den Beschlüssen der Internationalen Konferenz zu Lüttich, am 20., 21. und 22. Oktober 1928, hat die Geschäftsleitung die Arbeit des Internationalen Büros während der Geschäftsjahre 1928 und 1929 übernommen.

Die Arbeit des Internationalen Büros ist nicht so gewesen, wie sie hätte sein sollen. Sie hat sich im Austausch einiger Korrespondenzen mit den angeschlossenen Föderationen erschöpft. Wenn die Arbeit nur mittelmässig war, so lag dies an den Schwierigkeiten der Übersetzungen der verschiedenen Sprachen und an der Nachlässigkeit verschiedener Föderationen, welche auf Briefe, Rundschreiben und Fragebogen nicht antworteten. Wir sind der Meinung, dass das Büro in Zukunft seinen Sitz in einem Lande haben soll, in dem die Schwierigkeiten der Übersetzungen nicht so gross sind. Für Holland hat der ehemalige Geschäftsleiter *Lansink* die Zusendung des Archivs versäumt. Erst Ende Februar haben wir den Kassenbestand und einige Druckschriften erhalten, und dies auch

erst, nachdem wir mehrere Schreiben an ihn gesendet hatten. Nach dem Abgange des *Lansinks* in die N.A.S. haben wir erst im Juli 1929 wieder Nachricht erhalten, durch die Vermittlung des Kameraden *Rosseen*. Wir haben auch von dieser Organisation 50 Gulden für Internationale Solidarität erhalten.

Von Belgien, Spanien und Portugal, erhielten wir keine Nachricht auf unsere Briefe und Rundschreiben. Ist es die Lage in Spanien und Portugal dieser Länder der Diktatur, welche es nicht ermöglicht hat, die Entwicklung der Dinge zu verfolgen oder verkehren diese Länder nur direkt mit der I.A.A.?

Mit Schweden hat die Verbindung erst 1929 begonnen. Der Kamerad *G. Oeder* lieferte uns einen aufschlussreichen Bericht über die Lage in seinem Lande. Für Schweden hat uns der Sekretär der I.A.A. den Anschluss der Bauarbeiter Föderation übermittelt. Wir haben dieser Organisation geschrieben und ihr die Statuten übermittelt, um sie mit den auszufüllenden Bedingungen bekannt zu machen, aber bis auf den heutigen Tag sind wir ohne Nachricht geblieben.

In der Schweiz hat sich der Verband der Maurer zu Genf der *Internationalen Bauarbeiter-Föderation* angeschlossen. Der Geschäftsführer, Kamerad *Cariat*, ist in regelmässiger Verbindung mit uns. Die Kameraden dieser Organisation begegnen vielen Schwierigkeiten bei der Propaganda für die föderative Idee in der Schweiz.

In Deutschland sind zwei Bauarbeiter-Föderationen: Die Föderation *Buth*, die der I.S.B.F. angeschlossen ist und ihre Beiträge nach dort entrichtet, sowie die Föderation *Markow* (jetzt *Wiesner*) welche nicht der I.S.B.F., aber der I.A.A. angeschlossen ist. Für die *Föderation Buth*, welche einen Streik der Fliesenleger in München hatte, haben wir zur Internationalen Solidarität aufrufen müssen. Das Büro hat 75 Mark als Streikunterstützung gezahlt.

Die Internationale Geschäftsleitung hat des Öfteren den deutschen Konflikt besprochen. Wir haben mit beiden Bauarbeiter-Föderationen schriftlich verkehrt und mit allen Mitteln versucht, eine Wiedervereinigung herbei zu führen, im Interesse der Mitglieder und der angeschlossenen Organisationen. Auf der Konferenz in Lüttich waren beide Geschäftsleitungen beauftragt worden, die Wiedervereinigung vor der nächsten Internationalen Konferenz zu vollziehen, denn statutengemäss können nicht zwei Föderationen eines Landes an die *Internationale Bauarbeiter-Föderation* angeschlossen sein. – Auf der letzten Bauarbeiter-Konferenz in Deutschland, war unser Kamerad *Juhel* anwesend. Sein Bericht besagt, dass die *Föderation Buth* sich der Wiedervereinigung entgegenstemmt. Wir hoffen, dass unsere Kameraden die Notwendigkeit der Dinge zur Wiedervereinigung einsehen und der Lage ein Ende bereiten. Wir hoffen ferner, dass auf der Internationalen Konferenz in Madrid die Verständigung für eine Bauarbeiter-Föderation in Deutschland vollziehen wird.

In Frankreich ist die Bewegung immer noch stockend. Die Konflikte mit den Reformisten und Kommunisten lähmen jede Aktion und jede Neugruppierung. Dieser Zustand darf aber nicht andauern. Wir hoffen, dass die Arbeiter, welche Vertrauen zum revolutionären Syndikalismus haben, zur G.G.T.S.R. stossen werden.

Die Geschäftsleitung der Internationalen Föde-

ration wünscht, dass sich das Internationale Büro sich in Zukunft in Berlin befindet, denn dort lässt sich der verkehr in fremden Sprachen leichter vollziehen. Mehrere benachbarte Länder von Deutschland sprechen leichter Deutsch als Französisch, wie Schweden, Norwegen, Holland. Ferner wäre auch für die Herausgabe des Internationalen Organs, die Zentrale besser gerüstet. Viele Länder verkehren leichter mit dem Büro der I.A.A., als mit dem Büro der Internationalen Föderation, auch hier könnten beide Büros gut zusammen arbeiten. Wir glauben, dass durch das Zusammenarbeiten mit der I.A.A. der Entwicklung unserer Föderation nichts im Wege steht, denn unser Föderalismus ist eine Folge der Glieder, welche von unten nach oben gehen und umgekehrt, für den Sieg des revolutionären Syndikalismus.

Für die Geschäftsleitung der *Internationalen Syndikalistischen Bauarbeiter-Föderation.*
Louis Boisson

Die Kameraden *P. Besnard* und *L. Huart*, Paris, vertreten gleichzeitig die bisherige Leitung der Bauarbeiter-Internationale. *C. Windhoff* – Deutschland kritisiert die schlechte Vorbereitung der Konferenz durch das Internationale Büro in Paris. Festgestellt wurde, dass die Bauarbeiter in Spanien, Holland, Schweden u.s.w. keine Einladung erhalten haben. – *Besnard* – Frankreich, erkennt an, dass das Sekretariat in Paris versagt habe.

Nunmehr folgen die Situationsberichte der einzelnen Länder:

M. Gonzales – Madrid (Spanien)

Nach dem Sturze der Diktatur und der Monarchie ist die revolutionäre syndikalistische spanische Arbeiterorganisation, die C.N.T., wieder im schnellen Aufbau begriffen. Unter den rund 750 000 Mitgliedern der C.N.T. zählen wir jetzt schon 100 000 Bauarbeiter. Ein Landeskomitee regelt die Verbindung. Vieles bleibt uns noch zu tun übrig. Zunächst planen wir die Herausgabe eines besonderen Föderationsorgans für die Bauarbeiter.

Wir schliessen uns an das Internationale Sekretariat an und werden auch unseren Kräften entsprechend zur Finanzierung beitragen.

J. Miranda – Lissabon (Portugal)

Durch die im Jahre 1926 einsetzende Diktatur wurden unsere Gewerkschaften und Zeitungen verboten, die Druckerei gewaltsam zerstört, die führenden Kameraden eingekerkert oder auch nach Afrika verbannt.

Damals bestanden in Portugal rund 50 syndikalistische Bauarbeitergruppen mit 10 000 Mitgliedern. Die Diktatur ist zwar noch nicht überwunden, aber wir sind dabei unsere Organisationen wieder aufzubauen. Wir sind wieder im Besitz von zwei Wochenblättern und haben zur Zeit wieder etwa 20 000 Bergarbeiter, Landarbeiter und Bauarbeiter organisiert.

In 10 Ortsgruppen zählen wir rund 3 000 Bauarbeiter. Letztere geben ein besonderes Blatt heraus. Unsere Redner dürfen sich nur an ihrem Wohnort betätigen.

Über den Stand der Bewegung in Holland

Berichten die Kameraden *Wolthuis* und *Rosseau*. In dem kleinen Holland ist die syndikalistische Bewegung durch das Treiben der sogenannten Kommunisten und der Parlamentarier schwer geschädigt

worden. Unter unseren stark 3 000 Mitgliedern, zählen wir in 8 Gruppen über 500 Bauarbeiter. Eine Stärkung unserer Organisation macht sich allenthalben bemerkbar.

Für Deutschland

gibt *C. Windhoff* den Bericht. Unter der jetzt schon mehrere Jahre anhaltenden wirtschaftlichen Depression, verbunden mit einer Massenerwerbslosigkeit, haben die syndikalistischen Organisationen schwer zu leiden.

Am schwersten liegt die Bauwirtschaft darnieder. Dennoch haben wir in 50 Ortsgruppen rund 3 500 Bauarbeiter organisiert.

Unter Führung des früheren Föderationsleiters *Buth* haben sich im Jahre 1926 eine Anzahl Ortsgruppen aus nichtigen Gründen abgesondert. Diese abgesonderten Gruppen zählen noch ca. 500 Mitglieder.

Unsere Föderation unter Leitung von *R. Wiesner* in Halle gibt ein 14-tägig erscheinendes Blatt heraus; die unter Leitung von *R. Buth* – Berlin stehende Föderation gibt ein monatliches erscheinendes Blatt heraus.

Während unser Föderationsblatt nur zur Propaganda benutzt wird, missbraucht *Buth* jede Nummer seines Blattes zum Kampf gegen die syndikalistische Organisation insgesamt und auch besonders gegen unsere Föderation. Ein Antrag, der sich mit diesen Dingen beschäftigt, liegt der Konferenz vor. Die Lohn und Arbeitsverhältnisse sind zur Zeit die denkbar schlechtesten. Organisatorisch am stärksten haben wir die Fliesenleger erfasst. Diese haben sich denn auch ziemlich weitgehend Einfluss auf die Gestaltung der Lohn und Arbeitsbedingungen erkämpft und die höchsten Löhne erzielt.

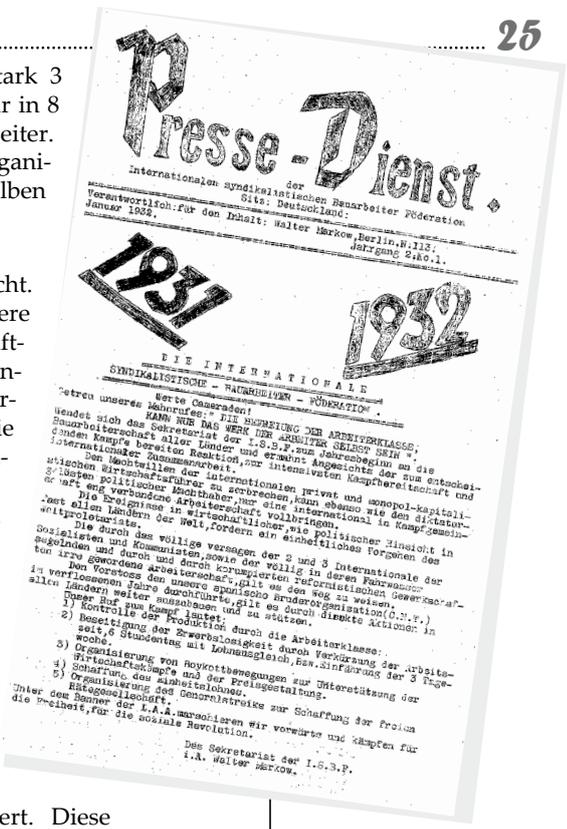
Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften bekämpfen uns mit den schmutzigsten Mitteln und stellen den Unternehmern vielfach Lohndrücker und Streikbrecher zur Verfügung.

Dieser Bericht löst eine Anzahl Fragen aus, die der Kamerad *Windhoff* dann eingehend beantwortet. - - -

Die Konferenz beschliesst dann, zu den eingegangenen Anträgen Stellung zu nehmen. Durch Umfrage wird festgestellt, dass durch die entweder nicht oder zu späte Information der einzelnen Länder, es den einzelnen Landesorganisationen nicht mehr möglich war, zur Internationalen Bauarbeiter-Konferenz Stellung zu nehmen. Dadurch ist zu erklären, dass nur von der deutschen Sektion Anträge vorliegen. Dann wird in die Beratung der einzelnen Anträge eingetreten.

Antrag I.

Als dringend notwendig, schon aus propagandistischen Gründen erachten wir es, dass die Internationale Bauarbeiter-Konferenz zur Frage



Der 29jährige katalonische Bauarbeiter **Mariano R. Vázquez**, Sekretär des Nationalkomitees der CNT — der kluge und energische Sachwalter unserer spanischen Bewegung und leidenschaftliche Vorkämpfer der Arbeiter-Allianz. Unser Bild zeigt ihn auf einem Massenmeeting in Barcelona.



der Rationalisierung im Baugewerbe Stellung nimmt, und insbesondere auch gegen die Einführung des amerikanischen Arbeitssystems, welches es ermöglicht, dass aus dem einzelnen Arbeiter das mehrfache von dem herausgepresst wird, was sonst hier in Deutschland der Fall ist.

Windhoff – Deutschland begründet den Antrag und erläutert an praktischen Beispielen, wie durch das amerikanische Arbeitssystem das Quantum der Arbeit so stark gesteigert wird, dass die Hälfte der Arbeiter zur Entlassung kommt. Naturgemäss ist eine so ausgeführte Galopparbeit qualitativ sehr minderwertig und als Pfuscharbeit zu bewerten. In der Diskussion stimmten alle Redner zu und der Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag II.

Die Internationale Bauarbeiter-Konferenz muss sich unbedingt mit der Frage befassen, ob und wieweit es möglich ist, bei grosser Erwerbslosigkeit in einem Lande, die dort überzähligen Arbeitskräfte in einem anderen Lande unterzubringen.

Auch dieser Antrag wurde von *Windhoff* wie folgt begründet:

Seit mehreren Jahren haben wir in Deutschland die Massenerwerbslosigkeit. Viele unserer Bauarbeiter, wie Maurer, Putzer, Zimmerer und Fliesenleger liegen auf der Strasse. Später mussten wir dann erfahren, dass in Schweden und in der Schweiz um diese Zeit obige Handwerker gesucht wurden. Hier müssen wir unbedingt einhaken. Die einzelnen Informationen und Berichte über die *Internationale Bauarbeiter-Föderation* und unter den einzelnen Landesorganisationen müssen in Zukunft besser von statten gehen. Wir müssen in der Lage sein, unseren Genossen in anderen Ländern Arbeit zu verschaffen, denn wir helfen damit nicht nur den einzelnen Genossen, sondern vor allen Dingen auch den einzelnen Landesorganisationen, die bei dieser Handhabe in finanzieller Hinsicht stark entlastet und vor einer Krise bewahrt werden. Ausserdem aber wird auch das Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl international gefördert.

Der Antrag wird ohne Widerrede angenommen.

Antrag III.

Das Büro der Internationalen Bauarbeiter-Föderation hat unbedingt dafür zu sorgen, sich in Zukunft in den Besitz von Arbeitsverträgen, insbesondere Abmachungen betreffs Stundenlöhnen, Arbeitszeit, Ferienregelung, Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb, bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern, u.s.w. zu setzen.

Wenn möglich, ist jeder angeschlossenen Landesorganisation je ein Exemplar dieser Verträge zwecks gegenseitiger Information zur Verfügung zu stellen.

Nachdem *Windhoff* – Deutschland auch diesen Antrag begründet hatte, stellten die Delegierten der einzelnen Länder bezüglich der Arbeitsverhältnisse in Deutschland viele Fragen, womit wohl am besten bewiesen ist, dass dieser Antrag volles Verständnis gefunden hat.

Nachdem der Kamerad *Windhoff* die gewünschte Auskunft erteilt hat, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Antrag IV.

Die Landesorganisation der Bauberufe (Syndikalisten), Richtung Ruth – Launer, Deutschland, ist aus der Internationalen Bauarbeiter-Föderation auszuschliessen, da sie jeder Wiedervereinigung mit der F.A.U.D. (Anarcho-Syndikalisten) ablehnt.

Hierzu liegt eine schriftliche Begründung der deutschen Föderationsleitung (Sitz Halle/Saale) vor.

An Hand reichhaltigen Materials behandelte *Windhoff* die den deutschen syndikalistischen Bauarbeitern genügend bekannten, leidigen Streitfragen, womit sich schon die Konferenz in Lüttich 1928 beschäftigen musste. Alle Einzelheiten hier aufzuzählen erübrigt sich. Redner betonte zum Schluss, dass *Robert Buth* auf der Konferenz der Bauarbeiter Anfang Juni 1930 in Berlin fest versprochen und die bestimmte Zusicherung gegeben habe, dass bis Ende 1930 die Wiedervereinigung erfolgen würde. Statt dessen tat *Buth* das direkte Gegenteil und führte den Kampf in verschärfter Form weiter. Dies dürfte so nicht weiter gehen. Die Internationale Konferenz müsse nun bestimmen, dass nur eine deutsche Föderation an das Internationale Sekretariat angeschlossen sein könne.

Nach kurzer Besprechung und Beantwortung einiger Fragen wurde einstimmig beschlossen:

In Anbetracht der schädigenden Haltung, welche die Gruppe *Buth-Launer* innerhalb der syndikalistischen Bauarbeiter-Föderation in Deutschland jetzt schon seit mehreren Jahren einnimmt, insbesondere durch die fortgesetzten Angriffe in der Presse und in Flugblättern gegen die gesamte syndikalistische Organisation in Deutschland, beschliesst die in Madrid tagende Internationale Konferenz der Bauarbeiter:

Die Gruppe *Buth und Launer* ist aus der Internationale ausgeschlossen.

Das Internationale Bauarbeiter-Sekretariat wird auf allgemeinen Wunsch nach Deutschland verlegt. Der Kamerad *W. Markow* – Berlin soll das Sekretariat übernehmen.

Bezüglich der Tätigkeit des Sekretariats wurde nun allseitig gewünscht und verlangt:

I. Eine bessere, intensivere, internationale Fühlungnahme und Propaganda.

II. Herausgabe eines periodisch erscheinenden Pressedienstes, zunächst in Deutsch und Französisch.

III. Die in den angenommenen Anträge I, II und III niedergelegten Wünsche und Forderungen sollen in den einzelnen Ländern energisch propagiert werden. Das Internationale Bauarbeiter-Sekretariat soll dazu die Einleitung machen.

Kamerad *Windhoff* – Deutschland gibt dazu folgende Erklärung ab: „Wir werden uns in Deutschland bemühen, dass das Sekretariat alle diese Arbeiten durchführt, damit mehr Leben und mehr Bewegung in die Internationale einzieht. Vorbedingung dabei aber ist, dass die einzelnen Landesektionen die Beiträge an das Sekretariat regelmässig einsenden. Unsere Kameraden in Deutschland sind, weil zu 70% ohne Arbeit, zu arm, um mit eigenen Mitteln viel leisten zu können.“

Alle Delegierten stimmen dem zu und versprechen für die Finanzierung einzutreten. Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Kamerad P. Besnard – Paris begründet dann kurz eine von ihm eingebrachte Resolution und bittet um Zustimmung:

Diese Resolution lautet:

Die Internationale Bauarbeiter-Konferenz stellt fest, dass es unbedingt notwendig ist, innerhalb der einzelnen Landesorganisationen, Institutionen zu schaffen, die dem gewerkschaftlichen Apparat die volle Ausübung seiner Aufgaben ermöglichen. Deshalb verlangt die Konferenz von der I.A.A.-Sektionen, dass sie den Reorganisationsplan in Anwendung bringen, der auf dem Kongress der I.A.A. vorgelegt wurde. Wenn möglich soll die Anwendung schon erfolgen, ohne das vom I.A.A.-Kongress beschlossene Referendum abzuwarten.

Gegen diese Resolution erhebt sich kein Widerspruch und wird dieselbe angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der Konferenz erledigt.

In einem kurzen Schlusswort stellt Windhoff – Deutschland fest, dass die Konferenz wenn auch schlecht vorbereitet, dennoch gute Arbeit geleistet hat und in schöner Harmonie verlaufen ist.

Lobend und dankend anerkennen müssen wir insbesondere die Dienste, welche der spanische Kamerad V. Orobón Fernández – Madrid unserer Konferenz freiwillig geleistet hat, als Vorsitzender und vielseitiger Dolmetscher. Orobón hat damit sehr viel zum Gelingen der Konferenz beigetragen.

Mit einem freundlichen Schlusswort an die Kameraden schliesst der Kamerad Orobón die Konferenz.

Der schwedische Delegierte A. Jensen, der den Verhandlungen der Konferenz nicht beiwohnen konnte, wurde über die wichtigsten Beschlüsse informiert und hat sich damit einverstanden erklärt.

Achtung!!

Da der Kamerad W. Markow wieder in Deutschland weilt, sind vom heutigen Tage an, sämtliche Zuschriften in Sachen der Internationale an folgende Adresse zu senden:

Walter Markow, Bornholmerstr. 7, Berlin N. 113, Deutschland

- Presse-Dienst des ISBF, Jahrgang I, 1. September 1931, Nummer 1 [6 hektografierte A 4 Seiten]

Presse-Dienst # 3 – Dezember 1931

Die Bauarbeiter-Internationale!

Im Gegensatz zu den reformistischen Industrie-Internationalen steht die syndikalistische Bauarbeiter-Internationale in freier föderalistischer Gebundenheit. Sie bildet ein Teil des primären Fundaments der Internationalen Arbeiter-Assoziation, wie es ja auch aus den Statuten der I.S.B.F. ersichtlich ist. Die I.S.B.F. bildet den Vortrupp aller syndikalistischen Industriegruppen, soweit diese durch ihre Landesorganisationen, oder wo solche nicht bestehen, diese selbst die I.A.A. angeschlossen sind. Dadurch erwächst für die I.S.B.F. die doppelte Aufgabe der internationalen Reaktionsfront, die vereinte Front aller syndikalistischen wirtschaftlichen Klassenkampf-Föderationen entgegen zu stellen. Die täglichen Erfahrungen der Abwehr und Tageskämpfe,

dürfen daher nicht nur eine Angelegenheit der einzelnen Länderföderationen bleiben, sondern müssen zur Information und Diskussion der I.S.B.F. laufend übermittelt werden, damit die dabei gemachten Erfahrungen zum Vorteil der syndikalistischen Föderationen ausgenutzt werden können.

Aber nicht nur die Ereignisse der Abwehr und Tageskämpfe stehen in dem Rahmen der Aufgaben der I.S.B.F., sondern darüber hinaus steht ja als Ziel die Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Schaffung einer freien sozialistischen Wirtschaft. Die Konferenz in Madrid hat dementsprechend Anträge festgelegt und die Delegierten der Länderföderationen erachteten es also ein Gebot der Zeit alles daran zu setzen, was zur Erreichung der gesteckten Ziele getan werden kann. Dabei wollen wir die verschiedenartig gelagerten Verhältnisse der einzelnen Länder vollste Beachtung schenken. Wir stellen deshalb nochmals zur Jahreswende diese Anträge zur Diskussion der Länderföderationen.

(Antrag I und Antrag II werden noch mal zusammengefaßt)

Die Wintermonate mit der allgemeinen Feiertagsruhe in der Industrie des Baugewerbes, geben den Organisationen Gelegenheit zur Rückschau über die gemachten Erfahrungen in ihrem Tätigkeitsbereich und darüber hinaus auch die Zielsetzung und Sammlung zu neuen Kämpfen. Als der Antrag 2 vom Gen. Carl Windhoff als Delegierter der deutschen Bauarbeiterföderation der Konferenz vorgelegt und begründet wurde, standen die Delegierten der Länder noch in der glücklichen Position, den Antrag ohne weiteres zustimmen zu können, da ja bis zu der Zeit, in fast allen Ländern soweit es die Bauindustrie anbetraf, wenig oder gar keine Erwerbslosigkeit zu verzeichnen war.

Die Reichskonferenz der syndikalistischen Bauarbeiter Deutschlands;
 Am Donnerstag den 24.3.32. fand in Erfurt die Reichskonferenz der Bauarbeiter der FAUD (A.S.) statt. Trotz schwerer Notlage der einzelnen Organisationen, war die Konferenz von fast allen Gruppen restlos besetzt. Ein Zeichen des der Gedanken der Industrie-Föderationen stärker als je zu vor zum Durchbruch kommt. Aus den Berichten der Gruppen ging hervor, weshalb die Gruppen in der verflochtenen Periode, trotz Unzufriedenheit der andersorganisierten Arbeiter nicht vorwärts entwickeln konnten, zum Teil sogar noch größere Verluste an Mitgliedern zu verzeichnen hatten. Der Grund; die nun jahrelang schon von der Arbeitslosigkeit betroffene Kameraden, nicht mehr in der Lage die Verpflichtung gegenüber ihrer Organisation nachkommen zu können, verlassen die Reihen. So bedauerlich dieser Zustand an und für sich ist, liess es sich nicht vermeiden, denn auch die Organisationskassen hielten eine Belastung die nicht zahlende Mitglieder weiter mit durch zu schleppen nicht zu. So ergibt es sich von selbst, dass die Bewegung an Mitgliederzahl offiziell gesunken ist und nur noch knapp 1 000 Mann beträgt. Eine sehr niedrige Zahl, die aber nicht entmutigend ist weil wir die Gewissheit haben, dass bei einer Hebung der Arbeitslage ging ferner hervor, dass die Bekämpfung der anarcho-syndikalistischen Bewegung von seiten der Reformisten mit den schäbigsten Mitteln geführt wird und selbst vorungünstigen der Kameraden herhalten müssen, um ihre der kommunistischen Partei-Organisationen die der R.G.O. als sogenannte Einheitsverbände angegliedert sind, ein zusammenarbeiten mit diesen Organisationen ist wegen des Partei Dogma eine glatte Unmöglichkeit. Gegen das vom Reichsarbeitsgericht gefällte Urteil vom Jahre 1930, welches die Organisationen der FAUD eine Vertretung ihrer Mitglieder vor den Arbeitsgerichten verbietet, wurde wiederholt von uns angekämpft leider noch immer mit negativem Erfolg. Die Bestrebungen der Düsseldorfer Kameraden teil zu erreichen, sind durch die wirtschaftliche Lage zur Zeit noch gehemmt. Wie aus allen Berichten ersichtlich war, pulsiert das Gruppenleben an gewerkschaftlicher Hinsicht stark.
 Zur Bauarbeiter International wünschen die Kameraden besten Erfolg und hoffen, dass es durch Einsicht aller beteiligten Länder der I. A.A. gelingen möge, die Widerstandskraft der Arbeiterschaft zu stärken und zu beleben. Dem geintem Kapitalismus, die geintem Front der Industrie Arbeiter. Die Wahl für die Leitung der Landesföderation viel auf den Kameraden Walter Markow, als Obmann. Die Tagung konnte sich leider bedingt durch die Verhältnisse nur im engsten Rahmen zu allen schwebenden Gewerkschaftstragen der Gegenwart zusammen, da immerorganisatorische Regelungen zu erledigen waren. Der Verlauf der Konferenz, getragen vom besten Kameradenschaftsgest gibt zu der berechtigten Hoffnung Anlass, dass die Reichsföderation der Bauarbeiter über alle Klippen und Nöte der Zeit hinweg kommen wird, zum Wohle des Anarcho-Syndikalismus.
 ooo ooo ooo
 Portugal:

Zwei Tarifverträge!

Es soll hier nicht etwa die Frage für oder gegen Tarifverträge zur Debatte gestellt werden, sondern wir wollen nur folgend dem Hinweis in No. 2 des „Pressedienstes“ handeln. Die Monopolvormachtstellung der reformistischen Zentralorganisationen in Deutschland bei Abschlüssen von Tarifverträgen, mit ihren Klasseneinteilungen und Ausschaltungen der davon betroffenen Arbeiterschaft macht es notwendig, dass wir uns mit dieser Angelegenheit beschäftigen und gebe ich deshalb zur besseren Information, Auszüge aus dem Reichstarif für das Hoch- u. Tiefbaugewerbe in Deutschland und lasse mich dabei von dem Gedanken leiten, das diese Auszüge besser überzeugen, als wie dies mit einer einfachen Beschreibung geschehen kann.

Im Gegensatz zu dem reformistischen Vertrag gebe ich einige Auszüge aus dem Tarifvertrag einer Fachgruppe (syndikalistische Fliesenleger Düsseldorf), die der syndikalistischen *Bauarbeiter-Föderation Deutschlands* angeschlossen ist. Aus der Gegenüberstellung beider Tarifverträge, zeigt sich bei dem letzteren ganz offen der Charakter der Klassenkampforganisation, wo trotz kollektiven Tarif jeder davon betroffene Arbeiter unmittelbarer Träger des Abkommens ist.

Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton-, Tiefbauarbeiten zwischen

den Arbeitgeberverbänden des deutschen Reiches und den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer, dem deutschen *Baugewerksbund*, dem *Zentralverband der Zimmerer u. verwandter Berufsgenossen*, dem *Zentralverband christlicher Bauarbeiter*, dem *Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands*.

Anmerkung zum Geltungsbereich:

In diesem Abschnitt des § 1. Absatz 5, zeigt sich die Monopolstellung der reformistischen Organisationen durch ihre staatliche Anerkennung, aber auch gleichzeitig die völlige Ausschaltung der Arbeiterschaft selbst, bei der Regelung der Lohn u. Arbeitsbedingungen. Denn durch die staatliche Allgemeinverbindlichkeitserklärung des betreffenden Tarifvertrages, schalten individuell abgeschlossene Arbeitsverträge bei der Betrachtung der Klagefähigkeit aus, sobald die gegenpartei also der Unternehmer Mitglied der tariftragenden Organisation ist. Der § 5, welcher den Arbeitslohn in Klassen einteilt, kann wegen seiner Länge nur teilweise gegeben werden. So sagt der Abschnitt 2 des § 5:

Der Stundenlohn ist unterschiedlich festzusetzen für alle Arbeiter-Gruppen bis zum vollendeten 19. Lebensjahr und über 19 Jahre (Vollarbeiter). Dann staffelt man die Löhne der Facharbeiter vom 16-19. Lebensjahr, und setzt für Hilfsarbeiter in derselben Altersklasse den Lohn um 17% niedriger als wie in den jeweiligen Stufen der Facharbeiter. Die Hilfsarbeiter (Voll- wie jugendliche Arbeiter) teilt man dann wiederum in zwei Klassen und zwar für den Hoch u. Tiefbau, bei letzteren ergibt sich der Unterschied aus der Entlohnung, denn der Tiefbauarbeiter liegt 20-25 % tiefer als der Lohn des Bauarbeiters aus dem Hochbaugewerbe. Platzarbeiter, Wächter u.s.w. stehen in der Entlohnung wiederum unter dem Tiefbauarbeiter.

Der Lohn der Facharbeiter staffelt sich nach den einzeln erfassten Branchen des Hoch u. Tiefbaugewerbes deren Zahl ungefähr 30 beträgt. Diese Löhne staffeln sich wiederum in die meist 5 Ortsklassen der einzelnen Tarifgebiete, die sich in großer Zahl über das gesamte Reichsgebiet verteilen. So das sich eine Klassierung der einzelnen Berufe des Hoch u. Tiefbaugewerbes ergibt, wie sie das ganze Wesen des Reformismus mit sich bringt. Von besonderem Interesse ist dann noch der § 10 der die Ferien regelt.

Der Abschnitt 1. behandelt die Ferienansprüche der Arbeiter von 3 Tagen im ersten Beschäftigungsjahr bis zu 5 Tagen nach 3-jähriger Tätigkeit bei ein und derselben Firma. Die Voraussetzung auf Ferienanspruch im Jahre, besteht in einer ununterbrochenen Zugehörigkeit zu ein und demselben Betrieb von 36 Wochen. Dazu kommen noch allerlei Ergänzungen doch wird auch der Unbefangene sagen, dass die Ferienfestsetzung nur Sand in den Augen des größten Teils der bauarbeiterschaft ist.

(...)

Anmerkung:

Kameraden, soweit der Reichstarif für das Baugewerbe in Deutschland. Ich glaube treffender keinen Beweis über den wahren Charakter der reformistischen Zentralverbände bringen zu können, als wie es mit der Übermittlung des Reichstarifvertrages geschehen ist. Das diesen Steigbügelhaltern des Kapitals, diese vortrefflichen Klauselierungen, gerade in der jetzigen Lohnabbauwelle zum Verhängnis geworden sind, trägt nur zur Erhärtung meiner Behauptungen bei.

Das es auch anders geht beweist der Tarif unserer Düsseldorfer Organisation und gewinnt dieser Vertrag doppelt an Bedeutung, da er sich auf den Klassenkampf aufbaut und auch gleichzeitig die Tarifauffassung der *anarcho-syndikalistischen Bauarbeiter Deutschlands* kennzeichnet.

Arbeits-Vertrag:

Lohn und Akkordtarif für das Fliesengewerbe
Düsseldorf u. Umgebung.

§ 1 – Vertragsschließende:

Vorliegender vertrag ist abgeschlossen und gegenseitig anerkannt von der Arbeitgeber-Vereinigung angehörenden Plattierungsgeschäften in Düsseldorf u. Umgebung – inkl. Neuss einerseits und der Freien Vereinigung der Fliesenleger, angeschlossen der Freien Arbeiter-Union (Syndikalistischen) sowie dem deutschen Baugewerksbund andererseits.

§ 2 – Geltungsbereich:

Dieser Vertrag gilt für alle Arbeitsstätten in Düsseldorf u. Umgebung einschließlich Neuss und für alle auswärtigen Arbeitsstätten, wo von Plattengeschäften oder Unternehmern obengenanter Orte Plattenarbeiten ausgeführt werden. Der Sitz des Geschäftes ist für die Auslegung und Bezahlung des Tarifes und der Zulagen maßgebend.

§ 3 – Arbeitszeit:

Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, jedoch ist Samstag um 1 Uhr Schluß. In Zeiten schlechter Konjunktur ist die vorhandene Arbeit, so einzustellen und die Arbeitszeit so zu kürzen, dass alle Leger gleichmäßig Beschäftigung und Verdienst haben. Sollte es dann noch nicht möglich sein, alle

Leger zu beschäftigen, dann sind diejenigen Leger auszuschalten, in deren Familie mehrere Personen am Verdienen sind. Ab 1.11.1930 wurde die 5 Tage-woche eingeführt.

§ 4 – Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit:

Überstunden sowie Nachts- und Sonntagsarbeit und Arbeit an den gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen zu leisten und dürfen nur gefordert werden, wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen; Verkehrsstörungen eintreten, wenn Schäden durch Naturereignisse zu verhindern oder zu beseitigen sind; ferner bei dringenden Reparatur- und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten. Als Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und als Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen gelten: 1. als Nachtarbeit jede Arbeit von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr. 2. Als Überstunden jede Arbeit in der Zeit, die zwischen der Nachtarbeit und der normalen Arbeitszeit liegt. 3. Als Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen jede Arbeit an diesen Tagen von morgens 5 Uhr bis abends 12 Uhr. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 25% gezahlt. Für Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, sowie für Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 100% auf die Akkordsatztarife gezahlt.

§ 5 – Lohnabrechnung:

Für die Berechnung des Lohnes ist der Akkordtarif massgebend. Alle Arbeiten, für die in diesem Vertrag Akkordpreise festgelegt sind, werden nur in Akkord ausgeführt. Alle in diesem Tarif nicht aufgeführten Arbeiten oder neuen Formen, für welche unter Anrufung eine Einigung über den Akkordsatz nicht erzielt wird, werden zum Stundenlohn mit 20% Zuschlag bezahlt.

§ 6 – Lohnzahlung:

Die Lohnzahlung umfasst eine Woche. Die Lohnzahlung findet jeden Freitag vor Feierabend an der Baustelle und wenn dies nicht möglich ist, in den Geschäftsräumen des Arbeitgeber, oder sofern der Arbeitnehmer nicht nach Hause gehen kann, an der Arbeitsstelle, bzw. durch Postsendung Freitagabend statt. Die Lohnperiode schließt Mittwoch. Abschlagszahlungen auf Akkordarbeiten sind an den Lohntagen in Höhe von ungefähr 90% des verdienten Akkordlohnes zu leisten. Die Anträge auf Abschlagszahlungen müssen spätestens bis Donnerstag morgens bestellt werden. Das Warten auf Material wird in Stundenlohn gezahlt, wenn der Leger dieses einen halben Tag vorher bestellt hat.

§ 7:

Regelt die in Deutschland üblichen Fragen der Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

§ 8 – Schlichtung und Streitigkeiten:

Streitigkeiten aus diesem Vertrag sind durch die örtlichen Schlichtungskommissionen, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, schleunigst zu schlichten. Die beiderseitigen Vertragsschließenden wählen ihre Mitglieder. Der Vorsitzende wird in jeder Sitzung gewählt. Die Schlichtungskommission hat, wenn eben zugänglich, innerhalb 24 Stunden, spätestens aber 48 Stunden zu tagen und sind vor dieser Tagung und während des Verfahrens, Streiks und Aussperrung oder ähnliche Maßnahmen irgendwelcher Art unter keinen Umständen zulässig. Anträge für die Schlichtungskommission sind schriftlich zu stellen an den Obmann unter genauer Begründung des Streitfalles.

Bei allen Streitigkeiten, sind die amtlichen und staatlichen Schlichtungsinstanzen auszuschalten, soweit hierzu kein Zwang besteht.

§ 9 – bringt örtliche Regelung.

§ 10 und 11 – Durchführung des Vertrages:

Alle im nachfolgenden Akkordtarif festgesetzten Preise sind Mindestpreise und dürfen unter keinen Umständen unterboten werden. Alle dem Tarif zuwiderlaufenden Abmachungen (billiger arbeiten sind nach dem Entscheid des Reichsarbeitsgerichtes ungültig.) Der Stundenlohn beträgt 1,80 Mk.

Soweit der Vertrag unserer Düsseldorfer Organisation. Die Gegenüberstellung des § 8 dieses Vertrages, allein dürfte genügen um die von mir aufgestellte Behauptung gegenüber dem reformistischen vertrag zu rechtfertigen. Ein weiteres eingehen auf die Gegensätze ist mir wegen des Platzmangels im „Pressedienst“ in dieser Nummer nicht möglich, doch werde ich in einer späteren Ausgabe darauf zurück greifen. Wie es ja auch den Antrag 3 der Madrider Konferenz entspricht. M.

Kasse:

An Beitrag ging von der norwegischen Landesföderation, für die Zeit von 1930-31, der Betrag von 88,37 Kr. ein.

- *Presse-Dienst des ISBF*, Jahrgang I, Dezember 1931, Nummer 3 [8 hektografierte A 4 Seiten]

Presse-Dienst # 1 – Januar 1932

Kasse:

Von den Schweizer Genossen gingen 8,00 Mk. als Propagandabeitrag ein.

W. Markow.

- *Presse-Dienst des ISBF*, Jahrgang II, Januar 1932, Nummer 1 [9 hektografierte A 4 Seiten]

Presse-Dienst #2/3 – Feb./März 1932

Pflicht-Erfüllung

Mehr wie 25 Millionen – statistisch – erfasster Menschen, ungezählte Millionen nicht registrierter Arbeiter sind auf dem Erdenball aus dem Produktionsprozess ausgestossen, dem Hunger, dem Elend, der Verzweiflung preisgegeben.

Opfer der herrschenden Gesellschaft, Opfer der Hyäne Kapital. Ungezählte Millionen die noch das zweifelhafte Glück geniessen, fleissig ihre Hände regen zu dürfen in harter Fron, werden beglückt von der wie ein Amokläufer die Welt durchbrausender – Seuche-Lohnabbau und damit trotz regen der fleissigen Hände, eingereicht in die Front der Hungernden.

Der Kapitalismus der Welt der sich in Fieberkrämpfen windet im Kampf um seine Vormachtstellung und Existenz tobt sich fast hemmungslos aus und hinterlässt somit eine internationale Armee des Elends und der Barbarei.

Dem internationalen Trust- und Monopol-Kapital steht die reformistische Gewerkschafts-Internationale treue Sekundanten-Dienste leistend beiseite und hilft mit ihren Versuchen, die Krankheit des Kapitalismus zu beseitigen, die Front der Elends-Internationale verstärken.



Die Arbeiterschaft, die sich unter grossen und unsäglichen Opfern die „Internationale der Arbeit“ schuf, wird durch die Haltung und Handlung der Führer ihres Glaubens und Widerstandskraft beraubt und begünstigt dadurch die Neubildung und Festigung der kapitalistischen Wirtschaft und die Schaffung eines Sklaventums, dass dem vergangener Jahrhunderte würdig beiseite stehen wird.

Der Faschismus, das Ideal der Herrschenden zur Rettung ihrer Geldsäcke und des Profites breitet sich immer mehr aus. Not, Elend und Tyrannei sind seine Gefolgschaft.

In diesem Abwehrkampf steht die Internationale Arbeiter-Assoziation, die wirkliche Internationale der Arbeit, allein. Die unter ihrem Banner vereinten revolutionären Minderheiten stehen vor der gigantischen Aufgabe, die Arbeiterschaft zu sammeln, zu schulen zum Kampf für die Beseitigung der jetzt herrschenden Gesellschaftsunordnung, mit dem Ziel, eine freie sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Um die I.A.A. in ihrem Kampf zu unterstützen, schritten die Bauarbeiter zur Bildung der syndikalistischen Bauarbeiter-Internationale, um die Vorbedingung zu schaffen die eine freie sozialistische Gesellschaftsordnung bedarf.

Der Genosse Alex. Berkman zeigt in seinem Buch „Now and after“ ganz eindeutig nicht nur die Aufgaben einer gewerkschaftlichen Internationale der Industriegruppen, sondern auch die unbedingte Notwendigkeit zur Schaffung solcher internationaler Zusammenschlüsse.

Es ist notwendig an dieser Stelle näher auf die Ausführungen des Gen. A. Berkman einzugehen, denn aus der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Organisierung der Arbeit für die Soziale Revolution, schritten ja die syndikalistischen Bauarbeiter der I.A.A. schon im Jahre 1925 zur Bildung des I.S.B.F. Umso bedauerlicher ist die Erkenntnis, dass nur sehr wenig von den einzelnen Landesektionen der I.A.A. zu Gelingen des grossen Werkes beigetragen wird. Das wie bei den Reformisten die nationalen Belange voll auf befriedigen und die internationale Zusammengehörigkeit unserer Genossen ebenfalls nur ein Lippenbekenntnis sein soll, wage ich trotz meiner ketzerischen Gedanken nicht zu behaupten, bin vielmehr der Ansicht, dass Nachlässigkeit der Anlass zur Pflichtverletzung ist.

Deshalb wende ich mich nochmals an dieser Stelle für die I.S.B.F. an die Kameraden der Länder und weise auf die Gefahr hin, die auch für uns als freiheitliche Sozialisten mit dem Anwachsen der internationalen Elendsarmee verbunden ist. Dem Hunger, dem Elend, der Verzweiflung verfallen, sind diese Millionen Menschen eine willkommene Beute für den Faschismus und steigern damit die Gefahr für alle freiheitlichen Elemente.

In der Hoffnung auf Arbeit werden die Millionen von Erwerbslosen nur zu leicht Opfer des Nationalismus, wie wir ihn ja auch von den reformisten wiederholt zur Schau gestellt sahen. Durch Abriegelung des Landesgrenzen, glaubt man sich die Konkurrenz der ebenfalls hungernden Brüder vom Halse zu halten und opfert mit dem gleichen Augenblick, diejenigen Mitmenschen, die um der Freiheitssache willen ihr Land verlassen mussten, jagt sie jetzt von Land zu Land und liefert sie zum Schluss der lauenden Bestie - Staatsgewalt - aus.

Dies zu dulden und durch unsere Nachlässigkeit zu unterstützen, kann und darf doch nicht sein. Unsere Aufgabe muss sein, diejenigen die um der Sache der Freiheit die Grenzen ihres Landes verlassen müssen, eine Stütze zu geben und sie damit wieder ein zu reihen in die Front der Kämpfenden.

Nützen wir die uns noch zur Verfügung stehende Freiheiten mit aller Kraft, die Ereignisse in Italien, Portugal und Spanien sind warnende Beispiele. Nur engste internationale Verständigung schafft den Weg zur Freiheit.

Denkt stets daran, die Kameraden des Sekretariats in ihrer Arbeit zu unterstützen. Sendet laufend Berichte über die Ereignisse eure Landes: Pflügt den Austausch von Föderationsorganen, oder wo solche nicht bestehen, sendet Abschnitte aus den Landesorganen, die Vorkommnisse der Bauindustrie eures Landes berühren.

Schafft in den einzelnen Ländern Korrespondenzstellen die zur einzigen Aufgabe die Nachrichtenübermittlung haben.

Beachtet die auf der Madrider Konferenz gesteckten Ziele, jeder der hier seine Pflicht versäumt, verstösst gegen die Sache der Freiheit.

Für das Sekretariat:
i.A. W. Markow.

- *Presse-Dienst des ISBF*, Jahrgang II, Februar/März 1932, Nummer 2/3 [9 hektografierte A 4 Seiten]



Presse-Dienst # 4/5 – April/Mai 1932

Lohnraub – Überall

Deutschland:

Das völlige Brachliegen der Bauwirtschaft sich zu nutze machend gingen die Unternehmer mit Unterstützung des Reichsarbeitsministerium schon im April d.J. dazu über die durch Notverordnung festgesetzten Löhne im Baugewerbe erneut „zu beseitigen und Abbau, mit dem Ziel“ einer gänzlichen Beseitigung der kollektiven Arbeitsabkommen zu erreichen.

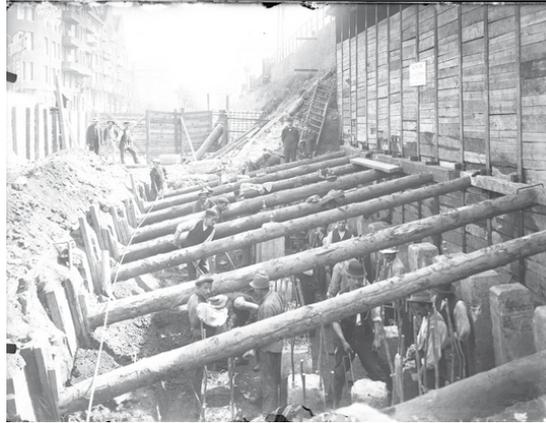
Die Tarifämter welche entsprechend der deutschen Arbeitsgesetzgebung die entscheidende Instanz der unteren Parteien darstellen, fällten bereits einen Schiedsspruch, welcher einen Lohnabbau von 10% nebst einigen wichtigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vorsah. Dieser Spruch wurde von beiden Parteien abgelehnt. Die Unternehmer weil ihnen der Abbau zu gering war und die reformistischen Gewerkschaften aus taktischen Gründen.

Die Reichskonferenz der syndikalistischen Bauarbeiter Deutschlands

Am Donnerstag, den 24.3.32 fand in Erfurt die Reichskonferenz der Bauarbeiter der FAUD (A.S.) statt. Trotz schwerster Notlage der einzelnen Organisationen, war die Konferenz von fast allen Gruppen restlos beschickt. Ein Zeichen, das der gedanke der Industrie-Föderation stärker als je zu vor zum Durchbruch kommt. Aus den Berichten der Gruppen ging hervor, weshalb die Gruppen in der verflorenen Periode, trotz Unzufriedenheit der andersorganisierten Arbeiter nicht vorwärts entwickeln konnten, zum Teil sogar noch grössere Verluste an Mitgliedern zu verzeichnen hatten. Der Grund: die nun jahrelang schon von der Arbeitslosigkeit betroffenen Kameraden, nicht mehr in der Lage die Verpflichtungen gegenüber ihrer Organisation nachkommen zu können, verliessen die Reihen. So bedauerlich dieser Zustand an und für sich ist, liess es sich nicht vermeiden, denn auch die Organisationskasse hielten eine Belastung die nicht zahlende Mitglieder weiter mit durch zu schleppen nicht zu. So ergibt es sich von selbst, dass die Bewegung an Mitgliederzahl offiziell gesunken ist und nur noch knapp 1 000 Mann beträgt. Eine sehr niedrige Zahl, die aber nicht entmutigend ist weil wir die Gewissheit haben, dass bei einer Hebung der Arbeitslage ein grösserer Zuwachs an Mitgliedern einsetzen wird. Aus den Berichten ging ferner hervor, dass die Bekämpfung der anarcho-syndikalistischen Bewegung von Seiten der Reformisten mit den schäbigsten Mitteln geführt wird und selbst Verunglimpfungen der Kameraden erhalten müssen, um ihre Mitgliedschaften von uns fern zu halten. Nicht anders geht es von Seiten der kommunistischen Partei-Organisationen die der R.G.O. als sogenannte Einheitsverbände angegliedert sind, ein Zusammenarbeiten mit diesem Organisationen ist wegen des Partei-Dogma eine glatte Unmöglichkeit. Gegen das vom Reichsarbeitsgericht gefällte Urteil vom Jahre 1930, welches die Organisationen der FAUD eine Vertretung ihrer Mitglieder vor den Arbeitsgerichten verbietet, wurde wiederholt von uns angekämpft, leider noch immer mit negativem Erfolg. Die Bestrebungen der Düsseldorfer Kameraden durch den Kameraden Windhoff die Beseitigung des Reichsgerichtsfehlurteil zu erreichen, sind durch die wirtschaftliche Lage zur Zeit noch gehemmt. Wie aus allen Berichten ersichtlich war, pulsiert das Gruppenleben in gewerkschaftlicher Hinsicht stark.

Zur Bauarbeiter-Internationale wünschen die Kameraden besten Erfolg und hoffen, dass es durch Einsicht aller beteiligten Länder der I.A.A. gelingen möge, die Widerstandskraft der Arbeiterschaft zu stärken und zu beleben. Dem geeinten Kapitalismus, die geeinte Front der Industriearbeiter. Die Wahl für die Leitung der Landesföderation fiel auf den Kameraden Walter Markow, als Obmann. Die Tagung konnte sich leider bedingt durch die Verhältnisse nur im engsten Rahmen zu allen schwebenden Gewerkschaftsfragen der Gegenwart äussern, da innerorganisatorische Regelungen zu erledigen waren. Der Verlauf der Konferenz, getragen vom besten Kameradschaftsgeist gibt zu der berechtigten Hoffnung Anlass, dass die Reichsföderation der Bauarbeiter über alle Klippen und Nöte der Zeit hinweg kommen wird, zum Wohle des Anarcho-Syndikalismus.

• *Presse-Dienst des ISBF*, Jahrgang II, April/Mai 1932, Nummer 4/5 [3 hektografierte A 4 Seiten]



Presse-Dienst # 6 – Oktober 1932

Deutschland:

Land des Chaos in gewerkschaftlicher, wie politischer Beziehung. Im Gärungsprozess zwischen militärischer und faschistischer Diktatur, sowie vollständig offenbarer Ohnmacht der Arbeiterklasse. Hierbei offenbaren sich, wie schon in anderen Ländern die verhängnisvollen marxistischen Richtlinien. Die revolutionären Minderheiten kommen nicht zur Entfaltung. Es ist eine glatte Unmöglichkeit in einer periodisch erscheinenden Schrift, wie dem ‚Pressedienst‘ auf die einzelnen Begebenheiten tiefer einzugehen, da sich die Ereignisse sturmflutartig überstürzen. Eine Verordnung überholt die Andere, aber jede bringt für die breiten Schichten des Proletariats neue Senkungen des Lebensniveaus.

Die noch vor einigen Monaten springende Frage, auf welcher Basis sich eigentlich das Existenzminimum der Arbeitendenschichten bewegt, hat längst jede Aktualität verloren. Denn bereits mit dem 5. September 1932 erfuhr die Arbeiterschaft, dass die Abwärtskurve der Lebenshaltung noch ständig in Bewegung ist. Neuer Lohnraub um 5-50 v. Hundert ist die augenblickliche neue Basis, um deren Kern sich alles dreht. Nach den politischen Wirrnissen und die offene Verächtlichmachung, des Parlamentarismus in der letzten Zeit, langen die augenblicklichen Machthaber, der sogenannte „Herrenklub“ in den Bereich der Wirtschaft und versprechen der arbeitenden Schicht, die Beendigung der Wirtschaftskrise, durch ihr Experimentalarbeitsbeschaffungsprogramm nach der schon hinlänglich bekannten Devise: „Für die Arbeiter die Arbeit und für die Besitzenden die Milliarden“ – Arbeitsdienstpflicht, eine Art Wiedereinführung des tarifrechtes bis zu einem bestimmten Grade, brachte ebenfalls die letzte Verordnung und erschütterte damit das Bollwerk der reformistischen Gewerkschaften.

Über die Auslegung der Worte des Reichskanzlers v. Papen der „Staat ist keine –Wohlfahrtseinrichtung– für die Arbeiter“ besteht nach der Neuregelung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen und Rentner ebenfalls kein Zweifel mehr, denn mit Wochen-Unterstützungen von 4-12 RM. Für verheiratete Arbeiter in Berlin, wovon nicht nur die Lebenshaltung sondern auch noch alle anderen Ausgaben, wie Miete, Licht und Heizung und andere

Erläuterungen:

C.G.T.S.R. - *Confédération Générale du Travail Syndicaliste Révolutionnaire*

Pierre Besnard – 1886-1947, Generalsekretär der CGT-SR und Sekretär der IAA

Carl Windhoff – deutscher Fliesenleger, FAUD-Funktionär in Rheinland-Westfalen

Valeriano Orobón

Fernández – 1901-1936, spanischer Übersetzer, schrieb den Text zum Lied *A las barricadas*. Er fiel in Madrid am 28. Juni 1936, drei Monate nach seinem 35. Geburtstag.

War IAA-Sekretär von 1933 Sekretär der IAA-AIT, als diese von Amsterdam nach Spanien wechselte. Orobón, repräsentierte die CNT seit April 1932 in der IAA, und arbeitete dann zusammen mit Rudolf Rocker und dem libertären Verteran Eusebio Carbó, Lehrer aus Valladolid. Im Herbst 1935 mußte er die Arbeit wegen seiner Tuberkulose aufgeben.



zum Leben notwendige Kleinigkeiten, an hygienische Artikel gar nicht zu denken bestritten werden müssen. Die Wohlfahrtseinrichtung des Staates besteht eben nur noch für die „armen“ Großkapitalisten und das Krautjunktum, welche dem Staat die Versprechung zur Wirtschaftsankurbelung geben und lediglich für dieses versprechen erhalten sie für jeden Arbeiter welchen sie jetzt neu einstellen, eine Prämie von 400 RM. Und gleichzeitig damit das recht, den schon in der zeit des schärfsten Wirtschaftsdruck vereinbarten Tariflohn, noch um ein weiteres von 5-50 v. H. zu senken.

„Es lebe die freie Wirtschaft, - es lebe der moderne Sklavenhandel“. Unter solchen Erscheinungen, wie sie hier nur ganz kurz herausgegriffen sind, wird es unseren Kameraden in den einzelnen Ländern, soweit sie der I.S.B.F. angeschlossen sind verständlich erscheinen, das die Fortführung einer geschlossenen Landes-Föderation unmöglich geworden ist. Die ungeheure Notlage der Bauarbeiter-Organisationen ganz im besonderen, da sie nicht mehr in der Lage waren, ihre aus der Föderation hervorgehende Verbindlichkeiten nach zu kommen. Aus diesem Verhältnis entwickelten sich Trennungen von der Landesbewegung (FAUD) und mit dieser wiederum als doppelt leidtragender Teil die Landes-Föderation der Bauarbeiter, welche nun durch diese Ereignisse gezwungen wurde, eine offizielle Auflösung der Landes-Föderation vorzunehmen. Dadurch besteht in Deutschland zur zeit nur die Verbindung einzelner Organisationen mit der I.S.B.F. Die versuche die vom Sekretariat unternommen wurden um diesen Überstand abzuhefen, scheiterten an der starren Haltung der FAUD, wie der betreffenden Organisationen. Bedauerlich dabei ist das sich die Landesorganisation (FAUD) mit der Rolle einer rein propagandistischen Bewegung abfindet und vielfach die Ansicht vertreten wird, dass in jetziger Zeit die Fortführung der gewerkschaftlichen Arbeit eine unnütze Belastung der Bewegung darstellt. Zwar ein verhängnisvoller

Irrtum dem aber zur Zeit nicht bei zu kommen ist.

Besonders war es von Seiten der I.A.A. der Kamerad Souchy, der eifrig bemüht war helfend einzugreifen und trotz der Strömungskämpfe, die ihren Ursprung in der wirtschaftlichen Misere, wie am Beginn des Artikels aufgezeigt, den Versuch unternahm in der schweren zeit für die Landesorganisation, die Einigung aller syndikalistischen Kräfte zu bewerkstelligen. Diese Arbeit wurde stets im engsten Einvernehmen mit dem Sekretariat der I.S.B.F. getätigt. Haben aber zur Zeit noch keinen greifbaren Erfolg zeitigen können.

Bei diesen Bemühungen zeigte sich, dass die Erweiterung des I.A.A.-Sekretariats, einer sich notwendig machenden Kollektivarbeit hinderlich in den Weg tritt. Wenn die dabei zur Schau getretenen Aktionsunfähigkeiten wie in Deutschland eine Norm für die Arbeit der I.A.A. werden sollte, bauern wir als Sekretariat den Beschluß des letzten Madrider Plenums.

Aus den oben geschilderten Gründen, aber auch wegen des Ausbleibens der Länderberichte, nahm das Sekretariat Abstand von der Herausgabe des „Pressediens“. Nachdem sich nun aber die Verhältnisse wieder etwas geklärt und zu einer Art Dauerzustand sich entwickeln, entschloß sich das Sekretariat, die Arbeit im Interesse der internationalen Sache wieder aufzunehmen und bringt entsprechend der Madrider Konferenz, wieder monatlich den „Pressediens“ heraus. Dabei soll gleichzeitig darauf hingewiesen werden, dass eine geregelte Mitarbeit, zum Nutzen des „Pressediens“, der I.S.B.F. und zur Unterstützung des Sekretariats notwendig ist. Nur die laufenden Berichte aus den einzelnen Ländern, gewährleisten die Aktualität des „Pressediens“.

Markow.

- *Presse-Dienst des ISBF*, Jahrgang II, Oktober 1932, Nummer 4/5 [3 hektografierte A 4 Seiten]

- Wird fortgesetzt -

¡A las Barricada!



*Negras tormentas agitan los aires,
nubes oscuras nos impiden ver,
aunque nos espere el dolor y la muerte,
contra el enemigo nos llama el deber.
El bien máspreciado es la libertad.
hay que defenderla con fe y valor.
Alza la bandera revolucionaria,
que el triunfo sin cesar nos lleva en pos.
Alza la bandera revolucionaria,
que el triunfo sin cesar nos lleva en pos.
¡En pie pueblo obrero, a la batalla!
¡Hay que derrocar a la reacción!
¡A las barricadas! ¡A las barricadas
por el triunfo de la Confederación!
¡A las barricadas! ¡A las barricadas
por el triunfo de la Confederación!*

Schwerpunkt-Historisches

Die Syndikalistische Bauarbeiter-Internationale - ISBF

Eine Dokumentation 1931-1936 (Teil II)

Presse-Dienst # 1 – Januar 1932

LOHNABBAU UND
TARIFRECHT

Eine Kritik von C. WINDHOFF

I.

Die Lohnabbau-Theoretiker und Praktiker haben Hochkonjunktur wie nie zuvor. So wie in den Jahren 1919 bis 1928 die Ebert, Scheidemann und Genossen die Parole ausgaben:

„Nur die Arbeit kann uns retten“

Das heißt uns, das kapitalistische Regime – so gaben vor etwa 2 Jahren die Häuptlinge der grossen Wirtschaftskonzerne in Deutschland, nachdem sie ihre Betriebe über Rationalisiert und hunderttausende Arbeiter auf die Straße gesetzt hatten, die Parole aus: „Nur durch Lohnabbau ist die deutsche Wirtschaft zu retten“.

Die Gewerkschafts- und Parteipresse sowie das auf den Schultern der organisierten aber denkfaulen Arbeiterschaft zu Amt und Würden empor gekletterte Führertum nahm mit grossem Wortschwall gegen die Lohnabbauparole Stellung.

„Scharfer Kampf“ – „schärfster Kampf“ – und sogar „Kampf bis zum Weissbluten“ wurde als Gegenparole angekündigt. Was ist seitdem geschehen?

Die Regierungen der einzelnen Länder und des Reiches haben sich treu und brav bemüht, die Wünsche und Forderungen der kapitalistischen Wirtschafts-„Führer“ als einen gegebenen Befehl zu betrachten und auszuführen.

Die unter Leitung des Sozialdemokraten Herrmann Müller stehende vormalige Regierung arbeitete exakt mit den Gewerkschafts-Häuptlingen zusammen und liessen den Streikverhinderungs- und Lohnabbau-Apparat, genannt Schlichtungsordnung, spielen um den Lohnabbau zu fördern und staatlich zu sanktionieren.

Die jetzige unter Leitung des Centrum-Christen Dr. Brüning stehende Reichregierung aber schlug in Bezug auf Lohnabbau jeden bisherig aufgestellten Rekord. Hunderttausende Berg-Hütten-Metall-Textil-Verkehrs- und Bauarbeiter, die bisher schon darben mussten, wurden durch den direkt wahn-sinnigen Lohnabbau zum dauernden Hungern verurteilt.

Aber nicht nur das:

Die Brüning-Regierung war angeblich bestrebt, die Finanz- und Wirtschaftsnot zu beseitigen mittelst Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Eine Notverordnung jagte die andere. Und der Erfolg??

Durch die Notverordnungen wurde neue Not verordnet. Die Erwerbslosen- und die Krisenunterstützung wurde stark herabgesetzt. Hunderttausenden jugendlichen jede Unterstützung genom-



men und damit neue Not diktatorisch verordnet, die Wirtschaft noch mehr gedrosselt.

Fünf Millionen Erwerbslose und deren Massenelend in nie gekanntem Maßstabe sind ein warnendes Menetekel für die Machtinhaber des Staates und des Kapitals.

II.

Aber die Herrschenden gelüsten nach mehr Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Arbeiter. Die Herrschaften planen das fast nur noch auf dem Papier stehende Tarifrecht zu beseitigen.

Die grossen Zentralgewerkschaften haben sich dank ihrer rückständigen ideologischen Einstellung und schlappen Haltung bereits so weit zurück drängen lassen, dass ihr Einfluss auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gleich null ist. Beweis: siehe den Inhalt der Gewerkschaftspresse. Immer dann, wenn irgendwo Lohnabbau angekündigt wurde, schlug die Gewerkschaftspresse sehr radikale Töne an. Sobald aber der Schlichter und Reichsarbeitsminister den Lohnabbau unter Zuhilfenahme bekannter sozialdemokratischer Grössen diktiert hatten, dann wirkte diese Presse auf die Gewerkschaftsmitglieder ein, sich zu kuscheln. Und diese Mitglieder, viele Jahre in Demut und Cadavergehorsam gegenüber den Führern erzogen, sie kuschelten und gehorchten wie dressierte Hunde im Cirkus Sarasani oder Hagenbeck.

Die schlappe jedem Kampf ausweichende Haltung der grossen Gewerkschaften ist zu einem beträchtlichen Teil mitschuldig an dem Elend der Massen und an dem Niedergang der Wirtschaft. Dieses ist nicht nur unsere Meinung, sondern diese Meinung hat sich Bahn gebrochen in die Kreise des links eingestellten Bürgertums. „Die Welt am Montag“ schrieb schon in ihrer Nummer 26 im Juni des Jahres unter der Überschrift

„Kraftvolle Forderungen nötig!“

unter anderem folgende Sätze:

»Jetzt heißt es für die Gewerkschaften, durchzusetzen, dass die Regierung rasch die handgreiflichen Ungerechtigkeiten der Krisensteuer, die Ausschaltung hunderttausender Jugendlicher aus

Anmerkung: wir haben die Schreibfehler korrigiert und die unterstrichenen Textteile fett gesetzt; es gibt eben keine Fettschrift auf Schreibmaschinen.

Die Welt am Montag: Unabhängige Zeitung für Politik und Kultur aus Berlin (1896-1933), Herausgeber/ und Redaktion: Hellmut von Gerlach; Albert Weidner. Mitarbeiter war u.a. Erich Mühsam. Linksliberal-pazifistisch geprägt wurde die Zeitung durch Hellmut von Gerlach, der 1898-1901 und von 1906 an als Chefredakteur fungierte und sich im I. Weltkrieg zum Pazifisten und linken Republikaner wandelte. 1919 wurde Hans Leuss Mitherausgeber. Sie stellte am 2. März 1933 ihr Erscheinen ein.

der Arbeitslosenunterstützung und andere haarsträubende Verelendungsbestimmungen aufhebt. Gelingt das nicht, so ist das „Rettungswerk“ aus amerikanischer Initiative für die werktätige Bevölkerung Deutschlands ein Wechsel auf weite Sicht, die im Nebel endet, in dessen Schleiern kapitalistische Mächte sich alle eventuellen Vorteile sichern.

Es ist in den letzten Jahren auch dem schwer Belehrbaren klar geworden, dass Hunger und Not des werktätigen Volkes automatisch übergreift in die Lage des gesellschaftlichen Mittelstandes und in die der Industrie. Erlischt die Kaufkraft der Massen, so wird die ganze Wirtschaft gelähmt. Die bisherigen Experimente, mit Lohnsenkungen, Preisabbau, um so zur Belebung des Marktes zu kommen, sind fehlgeschlagen, wie nicht nur wir es vorausgesehen haben.

Die Gewerkschaften haben es heute nicht schwer, dass zu beweisen. Hoffentlich besitzen sie die Kraft, jetzt ihre entsprechenden Forderungen durchzusetzen.«

Seitdem sind 5 Monate verflossen, aber wie wir nicht anders erwartet hatten, haben sich die Zentralgewerkschaften zu einer kraftvollen Aktion oder gar zu einem Kampf gegen die Lohnabbauseuche nicht aufschwingen können. Aber an hohlen Phrasen an dito Versammlungsfeuerwerk zur Köderung der unzufriedenen Massen hat es nicht gefehlt. Auch Bittgänge zu Pappa-Hindenburg und Onkel-Brüning haben die Häuptlinge der Gewerkschaften und der S.P.D. öfter unternommen.

Dasselbe Trauerspiel und dieselben Komödien sehen wir bei dem Problem der Arbeitszeitverkürzung respektive Einführung der Fünftagewoche oder 40-stündigen Arbeitszeit pro Woche. Ist es nicht ein elender Jammer wenn man sieht, wie diese an Mitgliedern Millionen starken Zentralgewerkschaften winselnd Regierung und Reichstag anbetteln, doch endlich ein Einsehen zu haben und die 40-Stunden-Woche gesetzlich einzuführen??

Wenn die Zentralgewerkschaften, diese staatlich eingestellten Institutionen, ernstlich und ehrlich gewillt wären diese Probleme zu lösen, dann hätten sie längst gelöst sein können durch die Kampfmittel der direkten Aktion, selbst gegen den Willen der Regierung und des Parlaments.

Aber leider, die Zentralgewerkschaften aller Richtungen, ob sie sich nun „frei“ oder „christlich“, „hirsch-dunkersch“ oder „polnisch“ nennen, - ihnen allen fehlt das energische Wollen und der Wille zum Kampfe. Sie alle sind wohl noch grosse, aber geist- und kraftlose in revolutionär-ideologischer Hinsicht lendenlahme, tote Organisationen. Ihr Ideal und gleichzeitig ihre schlimmste Krankheit, die den Organisationskörper total verseucht hat und wie schleichendes Gift wirkt, ist der Wirtschaftsfriede und daran werden sie über kurz oder lang verenden, wie ein alter Karrengaul. Je eher dieses geschieht, umso besser für die Arbeiterschaft. Der Weg muss frei werden für den Anarcho-Syndikalismus, wo nicht mehr ein selbstherrliches aufgeblasenes Führertum bestimmt, sondern die Masse der Arbeiter selbst.

III.

Die Löhne der deutschen Arbeiter aller Kategorien sind in den beiden letzten Jahren stark zurück-

gegangen. Am schwersten mitgenommen wurden wohl die Berg-Metall-Textil- und Bauarbeiter. Mit den Verhältnissen der Bauarbeiter wollen wir uns hier mal etwas näher beschäftigen.

Der letzte Lohnabbau bei den Bauarbeitern wurde im Frühjahr des Jahres 1931 vorgenommen. Die wirtschaftsfriedlichen Bauarbeiterorganisationen, der deutsche Baugewerks-Bund (D.B.B.) und die christliche Baugewerkschaft, murrtun zwar, aber dann fügten sie sich glatt.

Der Reichstarif für die Bauarbeiter wurde festgelegt bis zum 2.3.32. Nun wissen wir, dass die Bauunternehmer von der Seuche Lohnabbaukoller besonders stark befallen sind. Trotzdem diese Herren ihre angebliche Tariftreue immer so stark betonen, ist ihr Bestreben nur darauf eingestellt, weniger zu zahlen, als wie tariflich festgelegt ist.

Der „Grundstein“, Organ des D.B.B. hat in den letzten Wochen wiederholt darüber berichtet und nachgewiesen, dass die organisierten Bauunternehmer in allen Gauen Deutschlands Sturm laufen gegen die Tariflöhne. Die Herren vom Bau wollen die nach ihrer krankhaften Ansicht übersteigerten Löhne in den einzelnen Landesteilen wie folgt senken.

In Brandenburg um 25%. In Bden um 30%, in Bayern um 30%, in der Pfalz um 40% und in Anhalt um 30-40%.

Hieraus ist zu ersehen, mit welcher unverfrorenen brutalen Gesellschaft die Bauarbeiter zu rechnen haben.

In einem Teil der S.P.D.-Presse erschien Ende November 31 folgender, die Situation und die Tariftreue der Unternehmer beleuchtende Artikel: „Der Tarifkampf der Bauarbeiter“.

Die Bauunternehmer setzen ihren Kampf gegen die tariflich vereinbarten Löhne mit erstaunlicher Hartnäckigkeit fort. Sie entdeckten, weil das besser so in ihren Kram passt, jetzt sogar im Bürgerlichen Gesetzbuch den Satz von dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Vorbehalt, einen Vertrag nur solange gelten zu lassen, als die Umstände unter denen er abgeschlossen ist, weitergelten. Dass es auch so etwas wie ein Tarifvertragsrecht gibt, haben die Herren Bauunternehmer anscheinend schon ganz vergessen. Verträge sind für sie nur schön und gut, wenn sie die Gegenseite binden. Mit dieser sonderbaren Auffassung haben die Bauunternehmer bis jetzt bei den Tarifämtern nicht viel Glück gehabt.

In HALLE/SAALE, erklärte sich das Tarifamt nach langer Beratung und heftigen Auseinandersetzungen mit den tarifbruchlüsternen Unternehmern für unzuständig zur Verhandlung über die Lohnfrage. Die Haltung des Tarifamtes entsprach dem Geist des Arbeitsvertragsgedankens.

Nicht so, das Tarifamt für NIEDERSACHSEN: Dort forderten die Unternehmer ohne weiteres einen Abbau des Lohnes für Facharbeiter um 26-41% und für Tiefbauarbeiter um 20-35%, das heisst auf 38 Pfg. Das Tarifamt NIEDERSCHLESIEEN hat, nachdem die Arbeiterbeisitzer unter Protest gegen seine unmögliche Haltung die Sitzung verlassen hatten, tatsächlich den Einbruch in das Tarifrecht vorgenommen. Es fällt einen Schiedsspruch, wonach die Löhne über eine Mark um 11 Pfg., und die unter 1 Mark um 10 Pfg. abgebaut werden sollen.

Das Tarifamt Oberschlesien, wo die Unternehmer

einen Lohnabbau von 24-30% und eine Senkung der Lehrlingsentschädigung um 33 1/3% durchdrücken wollten, kam zu keinem Ergebnis, sondern vertagte die Verhandlungen, weil die Arbeitnehmervertreter die Zuständigkeit des Tarifamtes anzweifelten und gegen einen etwaigen Spruch sofort Berufung einzulegen drohten.

Der Tarifamtsvorsitzende für die GRENZMARK (Schneidemühl), wo die Unternehmer einen Abbau der Löhne zum Teil bis zu 40% beantragten – das würde im Effekt einen Bauarbeiterlohn von 33 Pfg. pro Stunde in der dritten Lohnstufe bedeuten – war vernünftig genug, diese verrückten Anträge als undiskutierbar zu bezichtigen. Da keine Einigung zustande kam, erklärte der Vorsitzende, dass die bisherigen Löhne weiter gelten.

In BRANDENBURG verliefen die Verhandlungen in ähnlicher Weise.

Im RHEINLAND haben die Bauarbeitgeberverbände beim Tarifamt in Köln beantragt, mit Rückwirkung vom 11. November ab die Löhne um 20% für Facharbeiter und um 18% für Tiefbauarbeiter zu kürzen. Das bedeutet für die Tiefbauarbeiter der niedrigsten Lohnklasse eine Senkung des Lohnes auf 48 Pfg. pro Stunde.

Die Unternehmer des Baugewerbes versuchen also unter Anwendung aller Mittel zunächst zu Verhandlungen zu kommen und über Verträge zu beraten, die sie durch ihre eigene Unterschrift als rechtsgültig anerkannt haben. Sie stellen geradezu phantastisch neue Lohnabbauforderungen, obwohl die Sinnlosigkeit des Lohnabbaues offen zu Tage liegt. Die Bauarbeiterlöhne sind längst gesunken. Hat deshalb die Bautätigkeit zugenommen?? Das Gegenteil, sie ging noch weiter zurück.

Vom Reichsarbeitsminister ist in der Frage des Lohnabbaues keine Hilfe zu erwarten. Hat es Zweck, an ihn die dringliche Forderung zu richten, endlich einmal einen wirksamen Schritt für einen Schutz des Tarifrechtes zu tun? Sollen die geltenden Tarifverträge zusammen mit den Löhnen ins Bodenlose rutschen??

Aus vorstehenden Berichten ist klar zu ersehen, wie die Unternehmer überall bestrebt sind, die schlappe Haltung der zentralistischen Bauarbeiterorganisationen auszunützen.

Mit bitten und betteln sind Lohnkämpfe nicht zu führen. Jahrelang sind diese Organisationen jedem Streik tapfer ausgewichen. Wo aber Bauarbeiter zum streik übergangen, da erklärten die Verbandsführer diesen Streik als wild, verweigerten ihren Mitgliedern jede moralische und finanzielle Unterstützung und lieferten Streikbrecher.

Aber auch da, wo es nicht zum Streik kam, zeigten die Verbandshauptlinge in der Lohnabbaufrage nicht nur liebevolles Entgegenkommen, sondern sie brachten den Unternehmern auch schon den Lohnabbau auf dem Präsentierteller entgegen (siehe weiter unten).

IV.

Zur Zeit wo ich diese Zeilen schreibe, am 8. Dezember 31 ist die neueste Notverordnung der Regierung in Vorbereitung.

Die Löhne und Gehälter sollen erneut abgebaut und das Tarifrecht um einige Loch zurück gesteckt werden. Die „freie“ Gewerkschafts-

S.P.D.-Presse macht wieder in radikalen Tönen und kündigt ihren Gläubigen und der Regierung mit bombastischen Phrasen an, dass ein weiterer Lohnabbau oder gar ein Einbruch in das Tarifrecht unter keinen Umständen geduldet und energisch zurück gewiesen würde.

Wenn auch die Hühner und Enten darüber lachen –schadet nichts- es gibt immer noch organisierte Arbeiter, die an solche Phrasen glauben. Doch warten wir ab, was kommen wird.

Eins aber wissen wir bestimmt: wenn am 10. Dezember die Notverordnung erscheint und weiterer Lohnabbau nebst Abbau des Tarifrechtes verordnet ist, dann verschwinden die radikalen Töne in der S.P.D. und Gewerkschaftspresse, - bis die nächste Notverordnung geplant wird.

Übrigens ist es nicht lächerlich, ist es nicht Hohn und elende Heuchelei, wenn diese sogenannten freien Gewerkschaften zusammen mit der S.P.D. davon reden und schreiben, dass sie das Tarifrecht der Arbeiter verteidigen wollen? Haben nicht die „freien Gewerkschaften“ Arm in Arm mit der „christlichen“ Gewerkschaft seit 30 Jahren mit Erfolg daran gearbeitet, ihren Hunderttausenden von Mitgliedern jedes Selbst- und Mitbestimmungsrecht bei dem Abschluß von Tarifverträgen zu nehmen?

Hiess es den Mitgliedern gegenüber nicht immer: „Wer sich nicht fügt, der fliegt??“

Ist es nicht Tatsache das diese Gewerkschaften immer danach gehandelt und gestrebt haben, die links von ihnen stehenden oppositionellen Organisationen der F.A.U.D. und des Industrie-Verbandes von dem Tarifrecht auszuschalten?

Müssen wir daran erinnern, dass die Häuptlinge dieser Zentralgewerkschaften dabei gemeinsame Sache gemacht haben mit den Unternehmern und deren Syndicis?

Hat diese Sorte Arbeiterführer vergessen, dass sie in den vielen Fällen die Staatsgewalt, die Gerichte und Polizei zur Hilfe heran gezogen haben, um den oppositionellen Organisationen das Tarifrecht zu nehmen?

Haben diese Herrschaften nicht immer das Tarifrecht mit dem Schlichtungswesen benutzt, um Hunderttausenden Arbeitern den Lohnabbau aufzuzwingen und das Streikrecht zu nehmen?

Sind alle diese Schandtaten nicht immer von der S.P.D. und deren Presse verteidigt worden? Und eine solche Gesellschaft spielt sich nun auf als Kapitolswächter des Tarifrechtes.

Bauarbeiter – ALLER-Orts!

Wir fragen Euch: Sind wir berechtigt, die hier gekennzeichnete Handlungsweise der Gewerkschafts- und Parteiführer als Demagogie und Heuchelei zu bezeichnen?

V.

Seit langen Jahren sind wir uns darüber klar, dass in den Tarifverträgen zu Gunsten der Arbeiter festgelegten Bestimmungen nur dann inne gehalten und durchgeführt werden, wenn eine starke, lebendige, aktive Arbeiterorganisation ständig darüber wacht und wo notwendig sofort eingreift. Dies ist schon erforderlich bei guter Arbeitskonjunktur, denn fast jeder Unternehmer ist bestrebt, den Tarif zu umgehen.

Viel schlimmer aber entwickeln sich die Dinge bei schlechter Konjunktur, bei grosser Erwerbslosigkeit. Dann nutzen die Unternehmer ihre wirtschaftliche Macht gegenüber den Arbeitern rücksichtslos aus und pfeifen auf den Tarif. Selbst eine äusserst aktive Organisation hat dem gegenüber einen schweren Stand. Noch schwieriger aber sind die Verhältnisse wo es sich um Akkordarbeit handelt. Wir verweisen da besonders auf die Bauschreiner, Putzer, Stukkateure und Fliesenleger.

Aus persönlicher Erfahrung sind uns die Verhältnisse in Rheinland und Westfalen besonders bei den Fliesenlegern gut bekannt. Im engeren Ruhrrevier, sowie im östlichen und südlichen Westfalen, wo seit langen Jahren ein gemeinsamer Bezirkstarif besteht und die Fliesenleger im D.B.B., im christlichen Verband und zum kleinen Teil in der Freien Arbeiter-Union Deutschlands organisiert sind, ist der Tarif selbst in Zeiten guter Konjunktur in den meisten Städten, besonders in den Randgebieten, fast nie gezahlt worden. Daran sind aber nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Kollegen selbst schuld.

Bedeutend günstiger lagen die Verhältnisse schon seit 25 Jahren im Rheinland, wo syndikalistische Gruppen (Vereinigungen der Fliesenleger), angeschlossen an die F.A.U.D. bestehen.

Aber auch im Rheinland sind die Unternehmer, seitdem die Massen-Erwerbslosigkeit einsetzte, rücksichtslos gegen die Fliesenleger vorgegangen und haben trotz ihrer immer beteuerten Tariftreue den schmutzigsten Tarifbruch verübt. So zum Beispiel in Coblenz, Bonn, Köln, Wuppertal, Essen, Mülheim, Duisburg, Hamborn, Oberhausen, Homberg, Krefeld, Gladbach, Neuss und Düsseldorf.

Unsere syndikalistisch organisierten Kollegen im Rheinlande nahmen in den letzten Jahren wiederholt zu den Tarifdrückereien Stellung und verlangten, dass in den einzelnen Tarifverträgen Sicherheitsklauseln aufgenommen würden und zwar so, dass jeder tarifdrückende Unternehmer und Fliesenleger zu Schadensersatz heran geholt werden konnte.

Im Januar und Februar 1931 versuchten zunächst unsere syndikalistisch organisierten Fliesenleger in Düsseldorf diese Forderungen im Tarif festzulegen. Gleichzeitig wurde verlangt, um die starke Erwerbslosigkeit auf alle Kollegen zu verteilen, dass alle Fliesenleger abwechselnd arbeiten und stempeln sollten.

Zwei Kollegen und ein Angestellter des D.B.B. beteiligten sich zustimmend an unseren Verhandlungen mit den Unternehmern.

Als dann die Lohnkommission der Unternehmer bereits unterschrieben hatte, da erhob der Beamten-Apparat des D.B.B. mit Zustimmung der Bezirksleitung Köln und des Hauptvorstandes Berlin gegen diese Abmachungen Protest und drohten mit gerichtlichen Klagen. Gleichzeitig boten diese Herren als Gegenleistung den Unternehmern bedingungslos 10% Lohnabbau an.

Charakteristisch ist dabei, dass zwei Sindicis der Unternehmer die Verbandangestellten dabei unterstützten. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Das Beweismaterial, die einzelnen Schriftstücke, wurden bereits veröffentlicht am 23. März 1931 im Mitteilungsblatt der Fliesenleger und am 9. Mai 1931 im *Syndikalist*.

VI.

In den Sommermonaten 1931 fanden Tarifverhandlungen in Köln statt. Die Vereinigung in Köln verlangte hier ebenfalls Sicherungsklauseln für die Durchführung des Tarifes, weil die Unternehmer den abgelaufenen Tarif bis zu 50% herab gedrückt hatten.

Die Kollegen der „christlichen und des D.B.B.“ stimmten der Sicherungsklausel zu, aber die Verbandsangestellten waren dagegen und stellten sich auf die Seite der Unternehmer und deren Syndikus. Die Kölner Vereinigung wurde dann auf Antrag des D.B.B. von den Verhandlungen ausgeschaltet. Der amtliche Schlichter diktierte dann 15% Lohnabbau. Der D.B.B. und die Christen stimmten zu, aber die Unternehmer lehnten ab und verlangten 20%. Nun miemten die Verbandsangestellten die Wilden und inszenierten für einen Teil ihrer Mitglieder einen kleinen Teilstreik, um den Unternehmern entgegen zu kommen. Nach 6 Tagen schluckten die Verbandschefs dann glatt 22% Lohnabbau.

Der Verbandsangestellte Jäger vom D.B.B. in Köln aber sagte: Die Hauptsache ist, dass wir einen Tarif abgeschlossen haben, was die Fliesenleger hernach damit machen ist ihre Sorge.

Klarer ausgedrückt heisst das: Wir sind für Tarifabschlüsse, aber die Unternehmer brauchen den Tarif nicht zu zahlen. Schon 1928 sagte der Angestellte Kessens in Köln zu „seinen Fliesenlegern“:

„Wenn alle deutschen Arbeiter so viel verdienen würden wie die Fliesenleger, dann wäre die deutsche Wirtschaft langst kaputt.“

Dass die Angestellten der christlichen Bauergewerkschaft nicht anders über den Tarifvertrag denken, das wurde bewiesen in der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht im Juni 1930 in Köln. Der Sachverhalt ist folgender:

Einige Fliesenleger, welche mehrere Jahre ununterbrochen bei einem Unternehmen tätig waren, klagten auf Bezahlung der tariflich festgelegten Wegezeitvergütung (nur für die letzte Arbeitsstelle). Ein Angestellter des christlichen Bauarbeiterverbandes vertritt die Kläger. Der Unternehmer macht eine Gegenforderung geltend. Auf Klage und Gegenklage will ich hier nicht näher eingehen, aber der Verlauf der Verhandlung, Aussagen der Kläger und Beklagten, bot sehr Interessantes.

Der Syndikus der Arbeitgeber als Vertreter der Beklagten machte geltend, die Kläger haben immer 2 Abrechnungen gemacht, eine richtige und eine nach welcher der Unternehmer ausbezahlt habe.

Die Frau des Beklagten als Zeuge vernommen, erklärte: Ich mache die Löhnungen und Abrechnungen für das Unternehmen meines Mannes. „Noch nie haben wir für Wegezeit und Kleinigkeiten den Klägern etwas bezahlt. Das war immer in den vereinbarten Preis inbegriffen.“

Von den Klägern wurde das nicht bestritten. Der Vorsitzende belehrte den Beklagten dahingehend, dass wenn er auch noch nie Tarif bezahlt habe, dies nicht ausschliesse, dass er es jetzt tun müsse. Auch betreff der Gegenforderung sei nicht recht erwiesen u.s.w. Er machte nunmehr einen Vergleichsvorschlag in Höhe von etwa 2/3 der Forderung. Die Kläger nehmen diesen Vergleichsvorschlag an. Der Beklagte macht geltend, das dies zu viel sei, da ihm ja ein enormer Schaden entstanden sei. Er wollte die Hälfte des eingeklagten Lohnes zahlen.

Darauf sagte der Vertreter der Kläger wörtlich - indem er sich vorsichtig im Saale umsieht ob kein Lauscher dabei sei: Herr Vorsitzender, auf diesen Vorschlag des Beklagten kann ich nicht eingehen, wir haben mit ihrem Vorschlag schon nachgegeben, aber der Beklagte hat doch bereits den Vorteil gehabt, indem er nicht wie im Tarif festgelegt, 4,52 Mk. Pro Qm, sondern nur 4,30 Mk. Pro Qm. bezahlte.

Darauf sagte der Vorsitzende zu dem christlichen Vertreter: „Ihre Leute haben doch den Tarif in der Tasche; es ist traurig, wenn sie ihn nicht anwenden.“

Also der Verbandsvertreter wusste von dem freiwillig angebotenen Tarifbruch seiner Mitglieder, zum Schaden ehrlicher Kollegen. Dies wurde am Arbeitsgericht einwandfrei festgestellt.

Und nun werden die Leser fragen: Welche Gegenmassnahmen hat nun die christliche Baugewerkschaft gegen ihre schon jahrelang den Tarifvertrag drückende christlichen Mitglieder ergriffen?

Nun, die christliche Verbandsleitung in Köln hat, wie immer in solchen Fällen ein Auge zugedrückt und diesen Lohndrückern sofort bei einem anderen Unternehmer Arbeit besorgt, weil sie nun einmal --- „christlich“ --- sind.

Jeder dem Tarifvertrag unterstehende Unternehmen sieht solche Leute sehr gern in seinem Betrieb, nicht nur in Köln. Fast alle Unternehmer fühlen sich zu solchen Leuten, die es mit dem Tarif nicht so genau nehmen und auf „Kleinigkeiten“ verzichten, immer hingezogen. Und wenn einmal ein solcher Tarifdrücker wegen Arbeitsmangel entlassen werden muss, dann wird er gerne „übernommen“ von einem anderen „tariftreuen“ Unternehmer, unbekümmert darum, ob der Lohndrücker nun „christlich“ oder „antichristlich“ organisiert ist.

Der Mitinhaber der Firma O. Pl. In Düsseldorf, Herr I.F., der auch immer bestrebt ist, den Tarif zu drücken, äusserte sich vor Jahresfrist wie folgt: „Wenn wir (O.Pl.) als Belegschaft nur Leute vom Baugewerksbund hätten, dann könnten wir besser konkurrieren und für die ganze Belegschaft immer genügend Arbeit beschaffen.“

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes in Düsseldorf, Herr P.D. (eine Firma, die viele Jahre ehrlich den tarif zahlte) äusserte sich im Januar 1931 uns gegenüber in denselben Sinne: Ein nettes Kompliment für den D.B.B.!

VII.

Die Wortführer der „freien“ und „christlichen“ Zentralgewerkschaften behaupten und vertreten uns Syndikalisten gegenüber schon seit 30 Jahren die Meinung, dass Tarifverträge ohne -langfristigein - bis zwei - und dreijährige - Laufdauer ein Übel sei und immer nur zum Schaden der Arbeiter auslaufen könne.

Diese Gewerkschaftsführer erlauben sich damit ein Urteil über Dinge von deren praktischen Auswirkung und Vorteile für die Arbeiter sie aus eigener Erfahrung gar nichts verstehen.

Will man solche Dinge beurteilen, dann muss man sie schon jahrelang praktisch erlebt haben.

Die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsführer behaupten immer, - und zum Teil haben sich einzelne Arbeitsgerichte in ihren Urteilen dem

angeschlossen - dass die Freie Arbeiter-Union (Anarchosyndikalisten) F.A.U.D. (A.S.) und deren angeschlossenen selbständigen Gruppen prinzipielle Gegner der Tarifverträge seien.

Dies ist eine totale Verkennung der Geschichte der F.A.U.D. und der von den einzelnen syndikalistischen Gruppen seit langen Jahren geübten Praxis. Wir Syndikalisten sind seit Jahrzehnten prinzipiell für Tarifabschlüsse in unserem Sinne eingetreten. Bekämpft haben wir immer nur die langfristigen Verträge, mittelst deren die Arbeiter und ihre Gewerkschaften geistig und physisch geknebelt wurden und niemals in der Lage waren, eine gute wirtschaftliche Konjunktur für sich auszunutzen.

Die bereits seit 30 Jahren bestehende, der F.A.U.D. angeschlossene Vereinigung der Fliesenleger in Düsseldorf haben in den letzten Jahren schon dreimal Tarifverträge -ohne- festgelegte Laufdauer abgeschlossen.

Und zwar: Den Tarif vom 1. August 1923.

Den Tarif vom 20. Mai 1925 .

Den Tarif vom 13. September 1925.

Diese Tarifabschlüsse erkannte auch der D.B.B. durch Unterschrift als gut und für seine Mitglieder verbindlich an.

Wir behaupten, dass der D.B.B. noch nie in irgend einem Orte oder Bezirke Deutschlands für irgend einen der ihm angeschlossenen Berufe einen Tarif abgeschlossen hat, der sich bezüglich Wahrnehmung der Arbeiterinteressen mit den Tarifverträgen unserer Freunde in Düsseldorf messen kann.

Der letzte der obengenannten Tarifverträge, wurde am 31. August 1931 ausser Kraft gesetzt. Die Erwerbslosigkeit war sehr gross und die Unternehmer nutzten ihre wirtschaftliche Übermacht und drückten in den Sommermonaten den Tarif tiefer und tiefer, indem sie, ohne den Tarif vorher zu kündigen durch direkte Aktion kürzten.

Die Unternehmer forderten ab September 1931 einen neuen Tarif mit 20% Lohnabbau. Unsere Vereinigung in Düsseldorf erklärte demgegenüber folgendes:

„Angesichts der wirtschaftlichen Situation sind wir bereit über den Lohnabbau mit uns reden zu lassen unter folgenden Bedingungen.

1) In dem neuen Tarif werden Sicherungsklauseln festgelegt, um ein unterbieten des Tarifs unmöglich zu machen.

2) Die auszuführenden Arbeiten müssen unter alle organisierten Flieseler so verteilt werden, dass nicht wie bisher, der eine Teil ständig stempelt und darbt und der andere Teil immer in Arbeit steht.

Diese vorstehende doch wohl sehr richtige Bedingungen lehnten die Unternehmer und ihr Syndicus ohne Angaben von Gründen ab und der D.B.B. schloss sich dieser Ablehnung ab.

(Die Herren scheinen nicht zu wissen, dass sich laut Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 30.4.30, R.B. 3/30 - der eine Tarifkontrahent, dem anderen eine Gewähr der Tariftreue bieten muss.)

Angesichts dieser Ablehnung fragen wir?

Wo bleibt da die Wahrung des Tarifrechts der Arbeiter??

Wie ist ein solches Gebahren mit der Grundlage einer jeden gewerkschaftlichen Organisation, mit der Solidarität in Einklang zu bringen??

Mit den in vorliegender Abhandlung niedergelegten Tatsachenmaterial glaube ich genügend nachgewiesen zu haben, wie die Zentral-Gewerkschaften durch ihre direkte klassenkampffeindliche Ideologie und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Ohnmacht, mehr und mehr zu Schrittmachern der Lohnabbauoffensive der Unternehmer wurden und - wie im Zusammenhang damit das das soviel gelobte Tarifrrecht der Arbeiter mehr und mehr untergraben wurde.

Wenn Gewerkschafts- und Partei-Führer und Zeitungsschreiber sich nun aufspielen als die Verteidiger des Tarifrrechts, so ist die ein auf die Dummheit der Masse berechneter Bluff. Die Gewerkschaftsführer wollen mittelst des Tarifrrechts, dass Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Ortsgruppen vollständig ausschalten (siehe Reichstarif) und sich zu Herren und Herrschern über die Arbeiter-Organisationen aufschwingen.

In der Antike wurden tausende von Sklaven mit samt ihrer Arbeitskraft ohne sie zu befragen von geldgierigen Potentaten oder von den Sklavenhändlern an fremde Ausbeuter verkauft.

Im Mittelalter verkauften deutsche Landesfürsten um zu Geld zu kommen „ihre“ Untertanen als Kriegsmaterial an fremde teils überseeische Länder.

Heute aber in der Zeit der kapitalistischen Ausbeutung und Brutalität, heute sehen wir die Sklaverei des alten römischen Weltreiches, sowie der Griechen und Ägypter wieder aufleben, aber in anderer Form.

Moderne Gewerkschaftsführer, die sich „freie“ oder „christlich“ nennen, Emporkömmlinge aus den Reihen des Proletariats, schämen sich nicht – in totaler Verkennung ihres Berufs, die Arbeitskraft von zehn, ja hunderttausenden Arbeiter zu verschachern und zu verkaufen in Form eines Reichstarifvertrages, worin das Selbst- und Mitbestimmungsrecht nicht nur der örtlichen Organisation, sondern auch des einzelnen Arbeiters ausgeschaltet ist.

Ist dies nicht auch – Sklaverei – übelster Art???

Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die Arbeitsbedingungen vertraglich geregelt werden in vernunftgemäßen Formen.

Das Tarif- und Arbeitsrecht muss wahren und schützen die Menschenwürde und das Arbeitsrecht!

Deutschland:

Durch die Notverordnung der Regierung Brüning, ist die Bewegung schwer behindert, durch die Einengung der Presse- und Versammlungs-, wie Redefreiheit. Unser Landesorgan der *Syndikalist* ist bis März 1932 verboten. Damit verlor auch die Bauarbeiter-Föderation ihr Organ. Das Brief-, Telephon- und Telegraphengeheims, durchbro-

chen. Durch Verordnung wurden die Löhne automatisch gekürzt und auf den Stand von 1927 zurückgedrängt. Die Arbeitslosigkeit hat die 5 Millionen überschritten, die Arbeiterschaft leidet schwer. Abwehraktionen der Arbeiterschaft werden mit Staatsgewalt niedergeschlagen. Die Reformisten unterstützen die Regierung, aus Furcht vor dem Faschismus. Werden aber gerade dadurch zum Wegbereiter für die Faschisten.

Auch hier müssen wir wegen Raummangel auf ein näher eingehen auf die Dinge verzichten. M.

- *Presse-Dienst des ISBF*, Jahrgang II, Januar 1932, Nummer 1 [9 hektografierte A 4 Seiten]

Presse-Dienst # 7 – November 1932

Deutschland:

Streik der syndikalistischen Fliesenleger in Düsseldorf

Vorgeschichte des Kampfes:

Nachdem seit Oktober 1931 der tariflose Zusatz für das Fliesengewerbe in Düsseldorf u. Umgebung Wirklichkeit wurde und zwar deswegen weil es die Unternehmer ablehnten, die von den Kollegen geforderte Tarifsicherheiten und Granatien anzuerkennen, machten sich innerhalb des Tarifgebietes Düsseldorf Zustände breit und nahmen diese Zustände Formen an, die man kurz betitelt mit –Unhaltbar-. All die Errungenschaften seit Bestehen der syndikalistischen Fliesenlegerorganisation 1901, schienen beseitigt. Niemals und wenn die Arbeitslosigkeit noch so scharfe Formen angenommen hätte, wäre es den Unternehmern gelungen, die Kollegenschaft solche Anerbieten zu machen, wenn nicht hier wiederum die Bürokraten der reformistischen und der christlichen Bauarbeiter-Organisation, helfend im trauten Verein mit dem Syndikus der Arbeitgeber-Verbände, die Düsseldorf-Platten-Firmen helfend beigesprungen wären. Was schert diese Arbeiter-Vertreter, wenn dadurch auch ihre eigne Mitgliedschaft, von deren Beitrags Groschen sie ihr Drohnen-Dasein fristen, auf den Hund kommen.

Gerade diese Bürokraten waren es, welche den tariflosen Zustand herbeiführten, indem sie die Erklärung abgaben – einen solchen Tarif- wie ihn die Düsseldorf syndikalistischen Fliesenleger forderten ablehnen zu müssen. Durch diese Erklärung nahmen dann im Oktober 1931 die Arbeitgeber ihre schon erfolgte Zusage zurück und da die Kollegen erkannt hatten, das ohne diese geforderten Sicherheiten, ein Tarifabschluß nur ein Mittel zur Korruption sein kann, blieb man lieber tariflos. Die Unternehmer ermutigt durch diesen erfolg, nutzten nun die zum Dauerzustand gewordene Notlage der Arbeiter aus und drückten durch systematische Aussperrung aller unbequemen Geister, den Lohn derart, das Löhne zur Auszahlung gelangten, welche um das Jahr 1905 gezahlt wurden. Die Spaltung der Kollegen in drei Organisationen Syndikalisten, Reformisten und Christen, trug viel zur Schaffung dieses Zustandes bei. Nur so ist es zu verstehen, das die Düsseldorf Fliesenleger, welche bis dahin unter Führung der syndikalistischen Organisation eine Spitzen-Position eingenommen hatten, auf solchen Tiefstand gelangen konnten. Unsere Ka-

Jahrgang 1	Nummer 1
Der Bauarbeiter	
Organ der Föderation der Bauarbeiter Deutschlands	
Mitglied der F. U. A. D. (A. S.)	
Der Bauarbeiter: erscheint zunächst monatlich einmal. Er wird den Mitgliedern der angeschlossenen Orts- vereine gratis zugestellt.	Januar 1925
Des Einzelheftes kostet für Nichtmitglieder 5 Pf., unter Kreuzband von der Expedition be- zogen 10 Pf. / Verlag: Redaktion u. Expedition: Robert Buth, Berlin N. 30, Boyenstr. 26	

meraden setzten sofort als die Lage immer unhaltbarer wurde ihre besten Kräfte zur Schaffung einer gemeinsamen Abwehrfront ein. Vorerst mit wenig Erfolg, bis es endlich gelang im September des Jahres 1932 alle in Düsseldorf befindlichen Fliesenleger ganz gleich welcher Organisationszugehörigkeit zusammen zu bringen. In dieser Versammlung wurde nach einem Referat unseres Kollegen C. Windhoff die alte Forderung, Schaffung der tariflichen Sicherheiten, Verteilung der vorhandenen Arbeiten für alle in Düsseldorf sesshaften Kollegen einstimmig gutgeheißen und neu aufgestellt. Die Unternehmer wurden danach aufgefordert Stellung zu diesen Forderungen zu nehmen u.s.w.

Um diese Forderungen der Düsseldorfer Kameraden mehr Kraft zu versetzen, wurde die Verbindung mit den umliegenden Städten, wie Cöln und andere mehr aufgenommen, da dort dieselben wenn nicht noch weit schlimmere Verhältnisse eingerissen waren. Doch wieder waren es die Angestellten des Deutschen Bauwerksbundes und die Vertreter des Christentums aus den christlichen Gewerkschaften, die ihren Kollegen die Erklärung abgaben, für die syndikalistischen-Windhoff-Forderungen setzen sie sich nicht ein und erzielten dadurch tatsächlich in Cöln/Rhein, das Unterbleiben einer Kampfstellung.

Ungeachtet dessen, benutzten die Düsseldorfer Kameraden, die in ihrem Bereich hergestellte Einheit der Arbeiterschaft und traten, da die Unternehmer gestützt auf die Haltung der genannten Arbeitervertreter es ablehnten die Forderungen der Kollegen anzuerkennen mit dem 1.10. in den Streik.

Die Streiklage:

Einmütig traten am 3.10.32 die Kollegen soweit sie in Arbeit standen in den Kampf. Durch zwei größere Bauplätze-Krankenhausum- und -anbau, sowie bei den Persil-Werken, konnte die Forderung der Fliesenleger größerer Nachdruck verliehen werden. Denn von den insgesamt 36 streikenden waren auf diesen genannten Baustellen allein 26 Mann in Arbeit. Der Schlag war gelungen, die Arbeitslosen, die zum Teil schon mehr wie ein Jahr aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet waren, unterstützten einmütig die Forderungen der streikenden Kollegen. Die Hoffnung der Unternehmer und der Verbandsangestellten, das diese arbeitslosen Kollegen ihre streikenden Brüder in den Rücken fallen werden, ist fehlgeschlagen. In dieser Einmütigkeit lag ein beachtenswerter Erfolg, der um so höher eingeschätzt werden muß, wenn man die ungeheure Notlage der deutschen Arbeiterschaft durch die Wirtschaftskrise bedingt kennt. Der Kampfgeist ist gut und schon vielen die Herzen der Unternehmer in die Hosen, doch der Syndikus, diese besondere Menschenart von Juristen springt ein, nachdem bereits nach anderthalb Wochen die erste Plattenfirma, die größte in Düsseldorf, durch die kurze Dauer des Kampfes in Konkurs ging. Die Unternehmer wandten sich nun jammernd an die Architekten und Bauherren von Düsseldorf und Umgebung und verlangten deren Hilfe bei dem Kampf gegen die dreimal verfluchten Fliesenleger. Doch unsere Kameraden nahmen geschickt diesen Schlag auf und wandten sich nun ihrerseits an die Architekten und Bauherren mit einer Flugschrift folgenden Inhaltes:

An die Herren Architekten. Bauunternehmer und Bauherren!

Nach uns zugegangenen Informationen sind die Plattengeschäfte in Düsseldorf und Neuß an die Bauherren und Architekten mit der Bitte herangetreten, keinerlei Plattenarbeiten durch erwerbslose oder streikende Fliesenleger ausführen zu lassen. Hierzu gestatten wir uns folgendes zu sagen:

- 1) Wir lehnen jede Schwarzarbeit grundsätzlich ab.
- 2) Solange die hiesigen Plattengeschäfte unsere grundsätzlichen Forderungen – Tarifsicherung und Arbeitsteilung – respektiv abwechselnde Beschäftigung unserer erwerbslosen Kollegen – ablehnen, solange lehnen wir jede Arbeitsleistung für solche Plattengeschäfte strikt ab.
- 3) Wir sind bereit, von Fall zu Fall nach erfolgter Prüfung jeden uns von Bauherren, Architekten, Privaten und Behörden erteilten Arbeitsauftrag auszuführen, wenn man unsere grundsätzlichen Forderungen anerkennt.
- 4) Bei allen von uns übernommenen Arbeiten werden die dabei tätigen Fliesenleger ordnungsgemäß zur Kranken-Invaliden- und Unfall-Versicherung angemeldet, um jede Schwarzarbeit zu bekämpfen.
- 5) Als Facharbeiter sind wir weit besser in der Lage, für korrekte Ausführung und Haltbarkeit zu garantieren, als wie die Inhaber der Plattengeschäfte. Die doch zu 9 Zehntel gelernte Kaufleute sind. Zudem ist ja jede zugesagte Garantie hinfällig, sobald das Plattengeschäft Pleite macht.

Düsseldorf, den 12. Oktober 32.
Die gemeinsame Lohnkommission
der Fliesenleger

Die damit bedingte Festlegung der Streikführung und die damit geschaffene Gewähr einer weiteren Einheitsfront, ließ nun die Bürokraten der Reformisten und des Christentums nicht mehr ruhig schlafen und ihrer Anschauung getreu schritten sie zum Verrat.

Die Arbeit der Verräter:

Um die Einheit des Kampfes zu beseitigen schufen die Angestellten des sogenannten freien Bauwerks-Bundes und der Christen einen Pakt mit dem Syndikus der Arbeitgeber und dem Arbeitgeber-Bund, um mit allen Mitteln den Streik abzuwürgen. Hinter dem Rücken der Streikenden, ohne jede Fühlungnahme mit ihren Mitgliedern – welche gemeinsam die Streikleitung stellten, schlossen sie mit dem Arbeitgeberbund und Anrufung des amtlichen Schlichters einen Tarif ab, welcher nicht im mindesten die Forderungen der Belegschaften und Kollegen Rechnung trägt.

Danach forderten sie ihre Mitglieder auf, den Kampf einzustellen, da sie sonst nicht mehr den Streik durch die Gewerkschaften finanzieren, auch würden sie Mithilfe des Arbeitsamtes die Sperre über die nicht gehorchenden Kollegen verhängen. Was gleichbedeutend ist, das diejenigen Fliesenleger, welche arbeitslos sind, während der Dauer des Streiks keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Durch diesen Verrat glaubten sie den Willen der Streikenden gebrochen zu haben. Doch die Fliesenleger ließen sich durch die Erfahrungen des nun schon 4 Wochen andauernden Kampfes nicht einschüchtern. In einer gemeinsamen Versammlung

forderten sie von den Angestellten ihrer Organisationen Rechenschaft über ihren Verrat. Tatsächlich besaß der Angestellte des deutschen Baugewerksbundes Schorgel-Düsseldorf die Unverfrorenheit, in die Versammlung zu kommen und verlangte dort, von den Kollegen die dem D.B.B. als Mitglieder angehören, das sie den Streik abbrechen und sich im Verlauf einer sich dadurch notwendig machenden Abstimmung über die Weiterführung des Streikes nicht mitzustimmen.

Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, dass sich dieser Mann eine eklatante Abfuhr holte. Das solche jämmerlichen Figuren überhaupt den Mut besitzen, ihren Verrat offen vor einem Forum Streikender zu verteidigen, dürfte am besten beleuchten, wie wenig eigne Courage sie ihrer Mitgliedschaft zutrauen. Doch hier hatte sich der Mann verrechnet. Die Mehrheit der Streikenden stimmte für Weiterführung des Kampfes. Lediglich 5 Mann enthielten sich der Stimme. Unsere Kameraden erkannten sofort die Gefahr die kommen musste, wenn jetzt nicht mit allen Mitteln vorgegangen wird. Denn es ist schon immer ein Teil Wahrheit an alten Sprichwörtern, die da besagen, „Wie der Herr, so das Gescherr“. So zeigte sich auch hier, das Menschen mit wenig Ehrgefühl und Rückgrat genug auf der Welt herum laufen, noch dazu wo von Seiten einer korumpierten Sorte, die sich Arbeiter-Vertreter nennen, diese jämmerliche Haltung Streikbrecher zu werden, belohnt wird mit der Anerkennung brave Genossen zu sein. Genug davon, die Kameraden in Düsseldorf, die nun in der 4. Woche streiken, bleiben zusammen. In einem Flugblatt an „Alle Bauarbeiter“ schilderten sie den Verrat, der Bezirksleiter Chr. Ahrens-Cöln und des Angestellten, Vorsitzenden des D.B.B. Düsseldorf K. Schorgel, sowie des christlichen Angestellten C. Sauer. Sie sagten in diesem Flugblatt der Öffentlichkeit, das diese „Herren“ durch die Drohung der finanziellen Sperre in der Unterstützung wie beim Arbeitsamt sich 9 Fliesenleger des D.B.B. und zwei der Christen als Streikbrecher in den Dienst der Unternehmer gestellt haben. Durch besonderen Hinweis, das in diesem und jenem Hause Streikbrecher mit Namen genannt arbeiten, erhoffen sie durch die Solidarität der übrigen Bauarbeiterschaft diese feigen Gesinnungslumpen zu beseitigen. Der Kampf wurde trotz dieser Infamie weiter geführt. Dadurch gedemütigt und sich um ihren Erfolg betrogen sehend, wandten sich die „Vereinigten“ Bundesgenossen an das „Landesarbeitsamt“, um ja nichts unversucht zu lassen, den Kampf der nach wie vor unter Führung der Syndikalistinnen liegt, das Genick zu brechen. In der 6. Streikwoche erhielten dann auch einige Kollegen unserer Organisation eine Drohung durch das Landesarbeitsamt zugesandt, mit dem Vermerk, einer größeren Geldstrafe oder 6 Wochen Gefängnis bestraft zu werden, wenn die Freie Vereinigung der Fliesenleger auch fernerhin Arbeitskräfte vermittelt, ohne dazu das Landesarbeitsamt zu benutzen. Nun unsere Kollegen ließen sich nicht einschüchtern und hatten sehr schnell herausgefunden, wer diese Kampfesart zur Erledigung des Streiks ausgetippt hat. In einer Beschwerde über die Strafandrohung wird um Klarstellung dieser Angelegenheit ersucht. Eine Antwort darauf ist noch nicht eingetroffen. Der Kampf geht ungebrochen weiter.

Streik in Essen:

Durch den Streik der Düsseldorfer ermutigt, haben auch die Kameraden in Essen, sich zum Streik ermutigen lassen. Da hier unsere Kollegen als Syndikalistinnen in der Minderheit sind, schufen sie eine „Treugemeinschaft“ mit den Kollegen des D.B.B. und der Christen. Wie die Nachricht verlautet, stehen hier die Angestellten zur Zeit noch auf der Seite der Streikenden.

Der Kampf in Düsseldorf, der nun bereits 8 Wochen andauert, hat die vollste Unterstützung aller syndikalistischen Genossen und hoffen wir mit den Streikenden, das der Kampf mit Erfolg gekrönt werde.

Über den weiteren Verlauf wird das Sekretariat die Länder auf dem laufenden halten.

- W.M. -

Allgemeine Lage!

Die Resignation und Gleichgültigkeit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft ist nach wie vor, von kleinen Ausnahmen abgesehen, fast eine vollständige. (...) Wie weit die Gleichgültigkeit geht, beweist wohl am besten folgende Illustration:

In der bayerischen Pflasterstein-Industrie besteht zur Zeit ein Tariflohn welcher für einen voll-leistungsfähigen Hilfsarbeiter einen Stundenlohn von 30 Pfg. vorsieht. Macht nun in dieser Industriegruppe der Arbeitgeber gebrauch von der Papen-Notverordnung vom 5.9.32 und führt die 40-Stundenwoche ein, dann erhalten die in dieser Gegend meist kinderreichen Familienväter, nach allen gesetzlichen Abzügen, einen Wochenlohn von 10,19 RM. Bleibt die Arbeiterschaft dann ruhig, ist der Unternehmer dadurch ermutigt, gewillt die weiteren Vorzüge der Notverordnung zu beanspruchen, dann benutzt er die Gefährdungsklausel und zieht weitere 20% vom schon gekürzten Lohn ab, der dann übrig bleibende „fürstliche“ Lohn beträgt dann nach allen gesetzlichen Abzügen die fast unglaublich klingende Summe von 6,70 RM die Woche. Es erübrigt sich zu bemerken, das davon nicht etwa nur der Lebensunterhalt für die Familie, von Kleidung ganz abgesehen bestritten werden muß, sondern auch noch die Wohnungsmiete. (...)

Die Massen sind, wie immer wieder betont werden muß, abgesehen von revolutionären Minderheiten und klassenbewußter Arbeiter, fast ein williges Opfer für den Faschismus und wird am besten diese Tatsache beleuchtet mit der Kampfkoalition kommunistischer Arbeiter mit den Vertretern des Hakenkreuzes der N.S.D.A.P. beim Berliner Strassenbahnarbeiterstreik. Eine Verwirrung ohnegleichen, hervorgerufen durch den dauernden Verrat der reformistischen Gewerkschafts- und Parteiführer. Das diese allgemeine Lethargie sich auch innerhalb der syndikalistischen Organisationen bis zu einer bestimmten Basis sich auswirkt, wie wir es zur Zeit durch die Zersplitterung der Kräfte erleben, war vorauszusehen und ist auch für die näheren Beobachter verständlich. Umso erfreulicher ist die Tatsache festzustellen, das trotz aller Meinungsverschiedenheiten, der Solidaritäts- und Verbundenheitsgedanke innerhalb der syndikalistischen Bauarbeiter-Organisationen zum Durchbruch kam beim Streik der Düsseldorfer Fliesenleger. Eine Hoffnung, das die Basis zur Einigung bald wieder gefunden wird.

Nachtrag zum Düsseldorfer Fliesenleger-Streik:

Bereits bei Fertigstellen des Pressedienstes erhalten wir die Nachricht, das der Streik trotz seiner hoffnungsvollen Ansätze nach fast 8 wöchiger Dauer, durch der Verrat der vereinigten Reformisten, Christen und Unternehmer, sowie mit Hilfe des Staatsapparates aufgehoben werden musste. Damit ist aber, wie die Meldung besagt, der Kampf nicht beendet, sondern wird mit anderen Mitteln weiter geführt. Der Pressedienst wird in der nächsten Nummer näher darauf eingehen. -K-

• *Presse-Dienst des ISBF*, Jahrgang II, November 1932, Nummer 7 [6 hektografierte A 4 Seiten]

SPANIEN:

In der vorigen Nummer des Pressedienstes berichteten wir von der Verleumdungskampagne des I.G.B. über angebliche reformistische Erfolge in Spanien.

Als Unterlage benutzten wir das Organ der schweizerischen Bau- und Holzarbeiter-Verbandes. Unsere spanischen Kameraden haben nun entsprechend unserer Aufforderung Stellung dazu genommen und wir sind nun in der Lage, dieses Schwindelmanöver der Reformisten zu entlarven und ersuchen unsere Kameraden in allen Ländern, in schärfster Weise die Behauptungen der Reformisten über Spanien entgegen zu treten.

Zu den Behauptungen der Reformisten erklärt das National-Komitee der C.N.T., das die reformistisch organisierten Bauarbeiter nur in Valencia eine Gewerkschaft mit erwähnenswerten Mitgliederzahl besäßen.

Dagegen gibt es in anderen Orten Spaniens fast keine reformistisch organisierten Bauarbeiter. Das National-Komitee der C.N.T. gibt nun als Unterlage für die Gegenpropaganda einen Auszug der bestehenden Bauarbeiter-Syndikate zur Kenntnis:

Paleta (Gijon)	200 Mitglieder
Gijon	2.548 - " -
de Canteros (Coruña)	250 - " -
Bauhilfsarbeiter Coruña	800 - " -
Bauhilfsarbeiter Santiago	
de Compostella	300 - " -
Mallorca	500 - " -
Palafrugell/Barcelona	400 - " -
Sabadell/Katalonien	1.000 - " -
San Feliu de Guixole	genau Angabe fehlt
Tarragona	989 - " -
Tarrasa	150 - " -
Areins des Mal/Barcelona	200 - " -
Barcelona	24.000 - " -
Badalona	1.050 - " -
Igualada/Barcelona	430 - " -
Lerida/Katalonien	950 - " -
Manresa/Katalonien	550 - " -
Mataro/Katalonien	700 - " -
Palamos/Gerona	160 - " -
Santander	567 - " -
Madrid	7.000 - " -
Oviedo	200 - " -
Alicante	3.000 - " -
Cartagena	200 - " -
Murcia	520 - " -
Valencia	5.000 - " -



Saragossa	5.000	- " -
Malaga	5.500	- " -
Sevilla	9.050	- " -
Cadeis	Mitgliederzahl nicht angegeben	
Cordoba	750	- " -
Granada	3.694	Mitglieder

Das ist nur ein Teil der zur C.N.T. gehörigen Bauarbeiter-Gewerkschaften, da in hunderten von Orten, die syndikalistischen Gewerkschaften aus lokalen Einheits-Organisationen bestehen, die alle Arbeiter des Ortes erfassen und daher keine Berufs- oder Industrie-Organisationen besitzen. Diese Gewerkschaften geben die Zahl ihrer Mitgliedschaften an, aber nicht die Zahl der verschiedenen Berufe aus der sie sich gliedern. Durch diese Bekanntgabe unserer Bruderorganisation dürfte treffender als wie dies durch Worte geschieht der Beweis der absichtlichen Lügen der Reformisten hervorgehen. Zu den Verleumdungen der Reformisten äußert sich das nationale Komitee der C.N.T. dahin, dass auf jedes Mitglied der reformistischen U.G.T. 1000 Mitglieder der C.N.T. zu zählen sind. Hiermit dürfte wohl wiederum am treffendsten der „erfolgreiche“ Aufstieg der U.G.T. gekennzeichnet sein. Wir haben es nun an der Hand die plumpe Art reformistischer Werbemethodik, wie dies im schweizerischen Bau- und Holzarbeiter-Organ zum Ausdruck kam, entgegen zu treten. In Saragossa, befinden sich die Bauarbeiter im Streik. Der Kampf geht um die Erringung des 6-STUDENTAGES und wie der Verlauf des Kampfes zeigt, wird dieser Kampf mit dem Sieg der Bauarbeiter endend. -r-

• *Presse-Dienst des ISBF*, Jahrgang II, November 1932, Nummer 7 [6 hektografierte A 4 Seiten]

Zur Madrider Resolution über die Arbeitsmethoden:

Entsprechend des Rundschreibens mit der Bildmontage, über die amerikanische, oder schweizerische und holländische Arbeitsmethode der Bodenplatten-Verarbeitung, kann auf Grund der Rundfrage diese Angelegenheit als geschlossen betrachtet werden. Soweit die Länder der I.S.B.F. angeschlossen sind, ergab sich aus den Berichten, das allenthalben von Seiten unserer Kameraden. Sowie auch grössere Teile der reformistischen organisierten Fliesenleger, die Einführung dieser Methode abgelehnt wird und allenthalben da, wo die Unternehmer den Versuch machten, diese Arbeitsmethode zum Nutzen und Frommen ihres Profites einzuführen, mit allen Mitteln des Kampfes, selbst der Sabotage, der Versuch unternommen wurde, diese Arbeitsmethode zu unterbinden.

Den schärfsten Kampf zur Abwehr führten unsere norwegischen Kameraden und es gelang ihnen auch dadurch die vollständige Abwehr.

In Deutschland, besonders im rheinischen Industrie-Gebiet, lehnen die Kameraden die Ausführung der Arbeiten nach amerikanischer, oder holländischer Methode strikt ab. Dagegen im Ruhrgebiet mussten die Kameraden der Fachgruppe wiederholt gegen die Einführung dieser Arbeitsmethode Stellung nehmen. Die Unternehmer versuchten auf Grund der schlechten Wirtschaftsverhältnisse immer wieder die Einführung und erst die einmütige Stellungnahme der Kollegen der Stadt Essen gelang die Unterbindung dieses Versuchs.

Ob diese Methode in Deutschland jemals festen Fuss fassen wird, wird sich erst erweisen, wenn eine bessere Konjunkturlage eintritt.

Die Kameraden in Holland, Frankreich und der Schweiz, also diejenigen Länder wo diese Methode seit langem ausgeführt wird, mögen die Kampfmassnahmen der Kameraden in Deutschland, Norwegen und Schweden zur Zeit noch skeptisch gegen über stehen. Ein Austausch der Arbeitsverhältnisse der Länder unter einander und damit verbunden ein Kennenlernen der Vor- und Nachteile dieser Methoden, wird sich zur einmütigen Bekämpfung der Massenarbeit auswirken. Wenn unsere Kameraden in Amerika in ihrer Beantwortung an uns, die Kameraden des Kontinents ersuchten alles zu unternehmen um die Einführung des amerikanischen Systems zu unterbinden. Dann dürfte damit die Resolution von Madrid allein gerechtfertigt sein. Die seinerzeit schon angekündigte Bildmontage über Wandplattenverarbeitung konnte noch immer nicht durchgeführt werden, da unsere New Yorker Kameraden ihrem Versprechen noch nicht nachgekommen sind.

-K-

• *Presse-Dienst des ISBF*, Jahrgang II, Oktober 1932, Nummer 6 [3 hektografierte A 4 Seiten]

• Peter Rütters /
Rüdiger Zimmermann
Bauarbeitergewerkschaften in Deutschland und Internationale Vereinigungen von Bauarbeiterverbänden (1869 – 2004)
– Protokolle – Berichte
– Zeitungen Ein Bestandsverzeichnis der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2005 (Seite 68)

<http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/02814-1.pdf>

Bauarbeiter - Internationalen

Seit Anfang der 1920er Jahre entstanden aufgrund der teils auf Gewerkschaftsspaltung, teils aufgrund der kommunistischen Gewerkschaftspolitik, die auf die Übernahme der sozialdemokratischen Gewerkschaften angelegt war, verschiedene kommunistisch beherrschte Organisationen. Gelegentlich konnten kommunistische Gewerkschaften ganze Gewerkschaften dominieren, mitunter führte die Eroberungs- und Spaltungspolitik zu Massenausschlüssen und – wie in Deutschland – zur Gründung eines Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands. Mit der Gründung der *Roten Gewerkschaftsinternationale* (RGI) im Juli 1921 wurde von der Kommunistischen Internationale der Versuch unternommen, die Agitation gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die „Amsterdamer“-Internationale, den *Internationalen Gewerkschaftsbund* (IGB), systematisch zu entwickeln. Diesem Zweck dienten auch die wenig formalisierten 15 Internationalen Propaganda- und Aktionskomitees (IPK). Für die Bau- und Holzarbeiter bestand das Internationale Propaganda-Komitee der revolutionären Holz- und Bauarbeiter dieses IPK dürfte aus einem Sekretariat (beim RGI) bestanden haben, gab ab August 1923 ein in Berlin erscheinendes Mitteilungsblatt „Internationale Bauarbeiter“ heraus und setzte sich agitatorisch für eine Einheitsfront, gegen Gewerkschaftsausschüsse und für eine Vereinigung aller Baugewerkschaften ein. Zwar zählte das IPK eine Vielzahl von Mitglie-

dern wie beispielsweise den erwähnten Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands, doch kam die Gewerkschaftsarbeit dieser Vereinigung in der Zwischenkriegszeit über Agitationskampagnen nicht hinaus.

In ähnlicher Weise vor allem auf Agitation und Propaganda ausgelichtet und weniger auf die Koordinierung konkreter gewerkschaftspolitischer Ziele orientiert dürfte auch die weniger bekannte *Internationale Syndikalistische Bauarbeiter-Föderation* gewesen sein, die am 17.11.1926 in Lyon gegründet wurde. Zu den Gründungsorganisationen gehörten Vereinigungen aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Portugal und Schweden. Publizistisch tat sich diese Internationale syndikalistischer Bauarbeiter mit „Der syndikalistische Bauarbeiter“ seit 1930 mit „Der Bauarbeiter“ hervor. Welchen Einfluss diese Vereinigung hatte, lässt sich angesichts der relativ schwachen Verankerung der syndikalistischen Bewegung in den nördlichen Ländern nicht sagen.

Als vierte Richtung entstanden im Umfeld der 1920 erfolgten Gründung des *Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften* (ICGB) christliche Fachinternationale, die den Versuch unternahmen, die bestehenden christlichen Einzelgewerkschaften international zusammenzufassen und deren Interessen zu koordinieren. Baugewerkschaften aus Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz sowie Malergewerkschaften aus Deutschland und der Schweiz gründeten auf einem in Frankfurt tagenden Kongress, der vom 24. bis 26. Januar 1921 stattfand, am 25. Januar den *Internationalen Bund christlicher Bauarbeiter*. •

In der Kampflinie

Warum haben die Fliesenleger in Düsseldorf die Arbeit eingestellt?

Die Lage bei den Fliesenlegern

Seit rund 30 Jahren sind die Fliesenleger eine der bestorganisierten Gruppen im Baugewerbe und haben es verstanden, sich im Laufe der langen Jahre, besonders im Tarifbezirk Düsseldorf-Neuß, einigermassen annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Abgesehen von einzelnen Ausnahmen waren die Unternehmer immer bestrebt, die Tarifsätze zu drücken.

So lange eine halbwegs gute Baukonjunktur bestand, haben die Fliesenleger sich immer energisch und mit Erfolg gegen die geplanten Lohnherabsetzungen gewehrt.

Als aber dann die Baukonjunktur in den Jahren 1929 bis 1931 immer schlechter wurde, als es zur Massenerwerbslosigkeit kam, da nutzten die Unternehmer ihre wirtschaftliche Macht gegenüber den Arbeitern rücksichtslos aus.

Entgegen den klaren Bestimmungen des gültigen Arbeitsvertrages vom 5. September 1928 ließen die Unternehmer dann zunächst diejenigen Leger, die immer für die Durchführung des Tarifs eingetreten waren, wochenlang feiern, mit der Begründung, es sei keine Arbeit da.

Darin tat sich besondere die Firma Osterrather-Plattenlager, Inhaber Gustav Compes und Josef Peck (damals Harkortstraße, jetzt Höherweg) hervor.

Im Jahre 1931 gingen die Unternehmer mehr und mehr dazu über, die ihnen verhaßten, tariftreuen Leger hinauszudrücken zum Stempelamt.

Rücksichtsloser Lohnabbau

Die bei den einzelnen Firmen verbliebenen Leger wurden dann von den Unternehmern dahin beeinflußt, doch billiger zu arbeiten, da man sonst keine Aufträge hereinholen könne. Bald hier, bald dort gaben charakterschwache Leger den zwar moralisch verwerflichen, aber vielfach diktatorischen Einflüsterungen der Unternehmer nach, trotzdem der Tarif noch bis zum 1. September 1932 zu Recht bestand.

Ein zügelloser, wilder Konkurrenzkampf wurde von den Unternehmern inszeniert, mit dem Erfolg, daß die Preise für fertige Arbeiten per Quadratmeter zunnächst um 20 bis 30 Prozent, und dann, als der Tarif nicht mehr bestand, um 50 bis 60 Prozent herabgedrückt wurden.

In diesem Jahre ging dieser, jeder Vernunft hohnsprechende idiotische Konkurrenzkampf lustig weiter.

Dieselben Unternehmer, die noch vor zwei und drei Jahren den Quadratmeter fertige weiße Wandplatten für 18 bis 21 RM offerierten, bieten heute dieselben Arbeiten für 7 bis 8 RM an.

Bei Majolikaplatten, früher 30 bis 40 RM per Quadratmeter, heute 8 bis 15 RM.

Alles dies geschieht zunächst auf Kosten der Fliesenleger, dann aber auch auf Kosten der Unternehmerrgewinne und nicht zuletzt auch auf Kosten der Lieferanten, der Plattenfabrikanten.

Die einzelnen Fabriken klagen in ihren Berichten

immer wieder über die Schleuderpreise und über die großen Ausfälle, die alle durch die Zahlungsunfähigkeit der Abnehmer erleiden. Nicht nur daß die Fabriken hunderttausende Reichsmark Einbuße erleiden, sondern auch die Tatsache, daß alte, seit Jahrzehnten bestehende Plattenfabriken in Konkurs geraten sind, sollte zu denken geben.

Alles dies sind die Folgen der wahnsinnigen Lohnabbaupolitik, die seit Jahren von den Unternehmern verlangt und durchgeführt wurde.

Damit wurde die Kaufkraft der Masse den Volkes und die Volkswirtschaft zerschlagen.

Die Löhne der Fliesenleger wurden durch Diktat der Unternehmer willkürlich um 60 bis 75 Prozent herabgesetzt. Bei einzelnen Firmen (B. Sch. und O. Pl.) wurde die mit den Fliesenlegern vereinbarten Akkordlöhne durch einseitiges Diktat nicht gezahlt. Vielfach haben unsere Kollegen bei intensiver Arbeit nur noch das Stempelgeld verdient. Schon monatelang wußten die Unternehmer, daß die Fliesenleger-Organisation eingreifen wollte oder würde. Trotzdem ließen sich Unternehmer sich auf Verhandlungen nicht ein und kehrten den „Herrn-im-Hausstandpunkt“ hervor.

Eingreifen der Organisationen

Anfang September traten die Organisationen der Fliesenleger wie folgt an den Arbeitgeber-Verein heran:

An die Vereinigung der Arbeitgeber im Plattengewerbe, z. Hdn. des Vorsitzenden Herrn Paul Dietz jr. Düsseldorf, Düsseldthaler Straße.

Höflichst bezugnehmend auf die Besprechung die unsere Kollegen Wagner und Windhoff am 12. August mit Ihnen, Herr Dietz, hatten fragen wir hiermit an, wann die angeregte unverbindliche Besprechung zwischen den Arbeitgebern und ans stattfinden kann. Angesichts der immer tiefer sinkenden Preise für den Quadratmeter fertige Arbeit und des damit Hand in Hand gehenden Drucks auf die Löhne liegt es doch wohl im beiderseitigen Interesse, die diesbezüglichen Besprechungen baldigst aufzunehmen.

gez.: C. Windhoff, P. Schneck für die Vereinigung der Fliesenleger.

gez.: Andreas Cohnen, Albert Terhorst für den Baugewerksbund.

gez.: Johann May für die Christl. Baugewerkschaft

Ihre gefl. Antwort bis Dienstag, den 13. d. M. an die Adresse C. Windhoff erbeten.

Dazu lief folgende Antwort ein:

„Herrn C. Windhoff. Düsseldorf, Grafenberger Allee 257.

Ihr Schreiben vom 6. September kam in den Besitz des Unterzeichneten und haben wir dasselbe unserem vorgelagerten rheinischen Verband zur Stellungnahme übergeben.

Arbeitgeberseits werden dieser Tage Besprechungen stattfinden und kommen wir alsdann auf Ihr Schreiben, zurück.“

Aus diesem Schreiben ersehen wir, daß die Herren gewillt waren, die Sache hinauszuschieben.

Um nun Dampf dahinter zu setzen, beschlossen die im DBB, sowie die christlich und syndikalistische organisierten Fliesenleger am 13. September, daß ab 1. Oktober 1932 zu den bisherigen Schundlöhnen nicht mehr gearbeitet werden solle. Die in Ar-

beit stehenden Leger teilten dann den einzelnen Firmen schriftlich diesen Beschluß mit.

Alle Unternehmer verhielten sich ablehnend. Dann endlich am 90. September, als am Ablauf des gestellten Termins, schrieb der Arbeitgeberverband uns, daß er eventuell bereit sei, mit uns zu verhandeln, aber nur dann, wenn

1. die für den 1. Oktober, vormittags angesetzte Versammlung der Fliesenleger ausfalle und
2. wenn wir als Organisation schriftlich erklären würden, zu den bisherigen Löhnen weiter zu arbeiten.

Die Versammlung der Fliesenleger am 1. Oktober lehnte diese Zumutungen einstimmig ab und beauftragte die Lohnkommission, den Unternehmern nachstehende Antwort zuzustellen:

„Die am Samstag, dem 1. Oktober 1932 stattgefundene Fliesenleger-Versammlung der drei beteiligten Organisationen hat zu den aufgestellten Schriften der Arbeitgeber-Vereinigung vom 30. September und 1. Oktober Stellung genommen. Wir, die Unterzeichnenden, wurden beauftragt, der Arbeitgeber-Vereinigung über die Stellungnahme Fliesenleger-Organisationen folgenden Bericht zu übersenden:

1. Der Versammlung ist nicht bekannt, wo und wann zwischen einreißenden Firmen und Legern rechtsverbindliche Arbeitsabmachungen (Wochenarbeitszeit) abgeschlossen sind und damit nicht in der Lage, eine diesbezügliche schriftliche Erklärung abzugeben.

Soweit gilt 53 Abmachungen Kollegen, wird eine Verständigung leicht zu erreichen

2. Falls in Verhandlungen über Abschlag eines Arbeits-, Lohn- und Akkordtarifvertrages eingetreten wird, muß zunächst die gegenseitige Tarifsicherung einwandfrei festgelegt werden.

3. Soll die Arbeitsverteilung auf paritätischer Grundlage und Arbeitsvertrag eingefügt und anerkannt, — und in der Praxis streng durchgeführt werden.

4. Die Versammlung der drei Fliesenleger-Organisationen hält die Durchführung dieser grundsätzlichen Forderungen (2 u. 3) für wichtiger, als die Festlegung hoher Tarifabschlüsse.

5. Die in Arbeit stehenden Fliesenleger erklären, daß sie nicht mehr gewillt sind, zu den bisherigen von den Arbeitgebern einseitig diktierten Schund- und Schandlöhnen die Arbeiten auszuführen.

6. Auf Antrag Windhoff beschließt die Versammlung:

Die in Arbeit stehenden Kollegen sollen allein durch Abstimmung kundtun, ob sie Arbeit Montag, den 3. Oktober, aufnehmen oder so lange ruhen soll, bis die grundsätzlichen Forderungen anerkannt sind.

Resultat ist:

„Die in Arbeit stehenden Kollegen beschließen einstimmig, die Arbeit vorläufig ruhen zu lassen. Dann beschließen die Erwerbslosen ebenfalls einstimmig allseitig weitgehende Solidarität auszurufen.“

Soweit zur Information. — Von Herrn Diebs erbitten wir nun Bescheid, ob die Herren bereit sind, sich auf Grundlage der Punkte 2 und 3 mit uns zu verständigen.

Antwort erbitten wir nur an unsere gemeinsame Lohnkommission z. Hd. C. Windhoff, täglich von 9 Uhr vormittags ab in Haus Kroll, Am Wehrhahn Nr. 70, Fernruf 26966.

Für die Vereinigung der Fliesenleger gez.: Windhoff, Schmock, G. Wagner.

Für den Baugewerksbund gez.: Terhorst, Albert, Andr. Kohlen

Für die christl. Baugewerkschaft gez.: Johann May.

Am 5. Oktober teilte der Arbeitgeberbund uns dann schriftlich mit, daß er die von uns verlangte Position 3 einstimmig abgelehnt habe.

Daraus ist ersichtlich, daß die Herren die ihnen unbequemen tariftreuen Fliesenleger auch in Zukunft von jeder Mitarbeit ausschalten und dem Hunger ausliefern wollen.

Hinter dieser sozial rückständigen Einstellung der Herren Unternehmer steckt als Treiber der Syn-

dikus der Unternehmer, Dr. Frohn-Köln.

Wir kommen zum Schluß und stellen fest:

Während Regierung, Behörden und alle Gewerkschaften kategorisch die Einstellung von Erwerbslosen fordern, lehnen die Unternehmer im Fliesen-gewerbe jede Mitbeschäftigung von Erwerbslosen mittelst des Krümpersystems (x) radikal ab.

Die Unterzeichneten waren gewillt, sich auf gutlichem Wege zu verständigen, die Unternehmer aber wollten den Kampf.

Düsseldorf, den 10. Oktober 1932.

Für die gemeinsame Lohnkommission:

Vereinigung der Fliesenleger: C. Windhoff, G. Wagner.

Deutscher Baugewerksbund: A. Terhorst, A. Kohlen.

Christl. Baugewerkschaft: Johann May.

Streik!

Das bis hier Gesagte wurde als Flugblatt in einigen Tausend Exemplaren im Streikgebiet verbreitet und von den Bauarbeitern sympathisch begrüßt.

Die Unternehmen waren sich klar darüber und haben eingestanden, daß es ihnen ohne Hilfe der Gewerkschafts-Bürokratie unmöglich wäre, den Streik siegreich zu bestehen.

Genau so wie bei dem Streik der Kölner Fliesenleger im Jahre 1925 wandten sich die Herren in ihrer Not um Hilfe bittend an die angestellten Kommandeure des Baugewerksbundes und der christlichen Baugewerkschaft in Köln und Düsseldorf und fanden dort bereitwilligst Gehör und Verständnis.

Hinter dem Rücken und gegen den Willen ihrer Mitglieder kamen diese Bonzen und Schmarotzer mit den Unternehmern und deren Syndikus Dr. Frohn dreimal im Bahnhofs-Hotel und im feudalen Café Bittner in Düsseldorf zusammen und beschlossen:

1. Die wichtigsten Forderungen der Fliesenleger betr. Tarifsicherung und Arbeitsverteilung nach dem Krümpersystem werden abgelehnt.

2. Der Streik wird abgewürgt.

3. Der staatliche Schlichter wird angerufen und mit dessen Hilfe ein neuer Tarif - aber nur mit dem Baugewerksbund und den Christen - abgeschlossen.

4. Die Syndikalisten, die den Streik inszeniert haben und insbesondere deren Wortführer C. Windhoff, werden von allen Verhandlungen ausgeschlossen.

5. Der Baugewerksbund und die Christen liefern den Unternehmern die erforderliche Anzahl Arbeitswillige.

6. Falls die Fliesenleger sich weigern sollten, die Arbeit aufzunehmen, wird ihnen seitens der beiden Verbände die Streikunterstützung entzogen.

7. Dem Arbeitamt wird mitgeteilt, der Streik sei beigelegt und nunmehr sollen die nicht am Streik beteiligten erwerbslosen Fliesenleger den bestreikten Unternehmern vermittelt werden.

An diesem hinterlistigen verrackten Plan, an diesem schmutzigen Arbeiterverrat

haben folgende Gewerkschaftsbürokraten mitgewirkt:

a) vom Baugewerksbund: Bezirksleiter Christian Ahrens-Köln, Angestellter H. Jäger-Köln, Angestellter und Vorsitzender Konrad Schergel, Düsseldorf, Fliesenleger Albert Terhorst-Düsseldorf;

b) von der christl. Baugewerkschaft; Bezirksleiter Hausgen-Köln, Angestellter C. Sauer-Düsseldorf.

Hinweis:

Wir werden das gesamte Bauarbeiter-Material demnächst als eine pdf-Datei zum download auf die Archiv Karl Roche-Webseite stellen. Schaut rein!

In treuer Waffenbrüderschaft mit dem Arbeitgeberbund und Hand in Hand mit dessen Syndikus Dr. Frohn haben dann die oben genannten Herren ihre Beschlüsse durchgeführt, wohl haben sich zwölf Arbeitswillige dank der Treiberei der beiden Verbände gefunden, aber die Abwürgung des Streiks ist nicht gelungen.

Am 31. Oktober und am 3. November nahmen zwei stark besuchte Versammlungen der Fliesenleger zu dem schmutzigen Sklavenhandel der Bürokraten Stellung und beschlossen einmütig und ohne Widerspruch:

Der Streik wird in verschärfter Form weiter geführt gegen die Unternehmer und gegen die als Knochen- und Sklavenhändler auftretenden sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftshäuptlinge.

Arbeiter! Klassengenossen!

In der Presse und in ihren Verhandlungen, wo es keine freie Diskussion gibt, da predigen die christlichen, freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Volksbeglucker das einheitliche Vorgehen der Arbeiterschaft und den Kampf gegen die den Lohnabbau machenden Unternehmer, - und buhlen um die Stimmen der Arbeiter,

aber in der täglichen Praxis zerschlagen sie überall das einheitliche Vorgehen der verschiedenartig organisierten Arbeiter und helfen den Unternehmern, die Kämpfe der hungernden Arbeiter niederzuschlagen.

Zum Schluß sei noch gesagt, daß wir bereits am 4. November an die Schriftleitung der SPD-

„Volkszeitung“ und die KPD-„Freiheit“ in Düsseldorf einen ähnlichen Bericht einsandten. Ich erklärte mich bereit, für denselben die volle, auch pressegesetzliche, Verantwortung zu übernehmen. Die „Freiheit“ sagte die Veröffentlichung sofort zu, hat den Bericht aber noch nicht gebracht. Hoffen wir das Beste. Die SPD-Zeitung rührte sich überhaupt nicht, das Manuskript bekamen wir erst durch Drohung mit Zwangsmaßnahmen zurück, natürlich ohne ein Wort der Entschuldigung. Acht Tage lang hatten die *Volkszeitungs*-Redakteure über unseren Streikbericht nachgegrübelt und ihre konservativen Gehirne angestrengt, wie sie die erhaltene Prügel wohl am besten parieren könnten.

Schließlich brachte die „Volkszeitung“ am 14. November einen Bericht mit der Überschrift „Syndikalistische Lügen über die Lohnbewegung der Fliesenleger“, der zur Düstrierung der Leser berechnet war. Darin wird wiederum versucht, mit plumphem Schwindel die Gewerkschaftsbürokratie rein zu waschen. Wir werden schon dafür sorgen, daß dies nicht gelingt und die Heldentaten der Gewerkschaftshäuptlinge und deren untertäniger Diener, der *Volkszeitungsmänner*, öffentlich anprangern, mögen sie noch so sehr geifern und quietschen.

Düsseldorf, den 15. November 1932.

Die gemeinsame Lohnkommission der Fliesenleger und deren Streikleitung, an der beteiligt sind: Vereinigung der Fliesenleger (Syndikalisten), Deutscher Baugewerksbund, Christl. Baugewerkschaft,

I. A.: Carl Windhoff.

• *Der Syndikalist*, Nr. 47 – 1932 [26. November 1932]

Carl Windhoff (1872-1941)

Es gab Zeiten, da wurden über sozialdemokratische Provinzbürgermeister und Kleinfunktionäre ganze Biographien geschrieben. Darüber, wie lieb sie ihre Kinder hatten und darüber, was sie alles erreichten für das Wohl der Arbeiterschaft - als Sesselhelden. Ich möchte mich im Folgenden mit einer kurzen Portraitierung eines tatsächlich bedeutenden Mannes befassen. Gegen den Strom schwimmend, persönliche Risiken und Nachteile eingehend, erreichten er und seine Mitstreiter Außergewöhnliches. In der bisherigen Literatur zum Thema syndikalistische Arbeiterbewegung war seine Person nur am Rande von Bedeutung. Nicht einmal seine Lebensdaten waren der Recherche wert und wurden falsch angegeben. (1) Leider ist in den mir vorliegenden Quellen nicht viel mehr als seine gewerkschafts-politische Tätigkeit auffindbar, sein Name omnipräsent, als Redner, Organisator, Agitator, hoher Funktionär. Privates bleibt außen vor. Ist die allgemeine Kritik an der Parole „Große Männer machen Geschichte“ berechtigt, so ist dennoch die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung des Rheinlandes ohne ihn nicht denkbar.

Sozialisierung zum Kampf

Carl Windhoffs Sozialisierung erfolgte in jungen Jahren unter Einfluß des Sozialistengesetzes. Damit wurde ihm im Klassenkampf der Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit praktisch in die Wiege gelegt. Als das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ 1878 in Kraft trat, war er fünf Jahre alt. Als es nicht mehr ver-



längert wurde, stand er im 17. Lebensjahre. Geboren wurde Carl Windhoff am 09. November 1872 in Düsseldorf, (2) der Stadt, welcher er sein Leben lang treu bleiben sollte. Sein Herz schlug seit seinem 14. Lebensjahr für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, für ihre Zeitungen, Broschüren und Bücher. Die Tatsache, dass er sich alles selber erarbeiten musste, sollte sein ganzes Leben prägen. Sein Bildungsbedürfnis war umfassend. Als junger Erwachsener las er Edward Bellamy, Leo Tolstoi, Emile Zola, die volkswirtschaftlichen Schriften von Peter Kropotkin, aber auch naturwissenschaftliche Literatur bis hin zu „süddeutschen Bauernromanen“. Dieser Bildungshunger verhalf ihm zu den Werten der „gegenseitigen Hilfe“ und der „allgemeinen Solidarität“.



Organisationsaufbau (1900-1914)

Windhoffs erste gewerkschaftliche Tätigkeiten lassen sich auf das Jahr 1900 zurückverfolgen, als er versuchte, seine Fliesenlegerkollegen gegen die heftigen Widerstände der Kapitalisten zu organisieren. Fünf Jahre darauf konstituierte sich schließlich die „Vereinigung der Fliesenleger Düsseldorfs und Umgebung“. In dieser Berufssparte war der Konkurrenzdruck durch die Zentralverbände der Bauberufe noch unwesentlich, und das Organisationsvakuum wurde redlich genutzt: Für die Region sollte diese gewerkschaftliche Pionierarbeit für Jahrzehnte große Bedeutung innerhalb der gesamten Baubranche erlangen. Die Fliesenleger waren äußerst fleißige und selbstdisziplinierte Arbeiter mit guten Arbeitszeugnissen und vergleichsweise hohen Erwartungen an andere und sich selbst, was den Einsatz innerhalb und außerhalb der Betriebe anbelangte. Windhoff wurde zur Zielscheibe der Kapitalisten. Wurde er ausgesperrt, litt die Rentabilität des Unternehmens. Doch wollte das hohe Maß an Arbeitskraft auch teuer verkauft werden. Da er lernte, sich durchzubeißen und - mit dem Ziel einer freien und gerechten Gesellschaftsordnung - für die Rechte der Arbeiterschaft zu kämpfen, war es ihm trotz großer materieller Not in der eigenen Familie unangenehm,⁽³⁾ die Unterstützung seiner Kollegen anzunehmen. Die Vereinigung der Fliesenleger erreichte ihre Etappenziele:

(1) Demnach habe er von 1882 bis 1940 gelebt.

(2) Vgl.: Bundesarchiv, R 58-318, Bl. 163.

(3) Seit 1917 lebte er in zweiter Ehe mit Käthe Windhoff zusammen.

(4) Alle Angaben nach: IISG, Rocker Papers, Nr. 606.

(5) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 2/1931. Vor dem Krieg wohnte Windhoff in der Bruchstrasse 95 in Grafenberg, vgl.: Protokoll Fliesenlegerkongress 1906.

(6) Protokoll über die Verhandlungen des 18. Kongresses der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, S. 64.

(7) Vgl.: IISG, Rocker Papers, Nr. 606.

(8) Rudolf Rocker: Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten, S. 300 f.

(9) Vgl.: Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Präsenzliste.

(10) Die Tarifverträge waren gekennzeichnet durch eine kurze Laufzeit, während der Revolutionszeit um 1918/19 hatten sie teilweise eine Kündigungsfrist von nur 24 Stunden, vgl.: Ulrich Klan/Dieter Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“..., S. 144.

(11) Vgl.: Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands: Protokoll über die Verhandlungen der V. Konferenz.

„Wir waren die erste Organisation in Deutschland, welche unseren Kollegen vom Jahre 1923 ab 6 Tage Ferien bei vollem Lohn sicherte, was dann vielfach Nachahmung fand.“⁽⁴⁾ Hierin lag der Grundstein für die jahrzehntelange Treue ihrer Mitglieder bis in die Zeit des Hitlerfaschismus hinein. Reichsweit schlossen sie sich der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (FVDG) an. Das war die lokalistische Strömung innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, welche sich nicht der zentralistisch aufgebauten „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ unterordnen wollte und deshalb im Jahre 1908 aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde, bzw. austrat. In den Jahren zuvor widerstanden sie den zahlreichen und lukrativen Abwerbungsversuchen seitens der Funktionäre der nun mit ihnen konkurrierenden zentralgewerkschaftlichen Verbände. Diese waren zentralistisch aufgebaut und ihre Mitglieder in autoritärem Geiste erzogen. Sie schlossen schnell ihren Frieden mit dem Klassengegner und militaristisch gesinnt im Hurratriotismus angekommen zum 1. Weltkrieg ihren Burgfrieden mit dem Kaiserreich. In den lokalorganisierten Gewerkschaften der FVDG hingegen verblieben bis 1914 reichsweit nur etwa 8.000 Mitglieder, die einen konsequenten Antimilitarismus vertraten und den diktatorischen Verhältnissen der Kriegszeit ausgesetzt blieben. Für sie wurde der Begriff „Syndikalist“ gefunden, da der französische Syndikalismus mit seinem Modell der „Arbeiterbörsen“ großen Einfluß hatte. Daneben wirkten auch anarchistische Ideengänge impulsgebend auf die Bewegung ein, sodaß sich für die 1920er Jahre der Begriff „Anarcho-Syndikalismus“ etablieren sollte. Zusammen mit Fritz Kater und Karl Roche nahm Windhoff im Jahre 1913 am Ersten internationalen Syndikalistenkongress in London teil.⁽⁵⁾

Weltkrieg und Revolution (1914-1919)

In der Kriegszeit lag die Bewegung weitgehend brach, beschränkte sich auf die Aufrechterhaltung der Organisation und auf die Unterstützung Verwehrter und Hinterbliebener. Nach dem Verbot ihrer Organe zu Kriegsbeginn brachte die FVDG zwei interne Periodika heraus, deren Erscheinen in den Jahren 1915 und 1917 ebenfalls polizeilich untersagt wurde. Zu einem nicht geringen Teil bestanden diese aus Todesanzeigen. Nach Kriegsende wandten sich die Syndikalistengruppen gegen den politischen und putschistischen Charakter der deutschen Revolution von 1918/19 und erinnerten daran, „sich mehr um die wirtschaftliche Macht zu bemühen und die Fabriken unter die Herrschaft der Arbeiterschaft zu bringen.“⁽⁶⁾

Aufstieg zur Massenbewegung (1919)

Die Repression beschränkte sich keinesfalls auf die Zeiten diktatorischer Verhältnisse. Der Terror gegen die Lokalorganisierten bestand auch nach 1918/19 weiter und ging wesentlich von den reaktionären Zentralverbänden aus, welche im Verein mit Kapitalisten und der Staatsmacht die Syndikalistengruppen aus den Betrieben drängten: Wenn der Unternehmer nicht wollte, sogar mittels Streiks gegen die eigenen Kollegen! Dagegen waren nur sehr gefestigte Vereinigungen der Syndikalistengruppen gefeit, die aus den besten Kämpfern der alten Arbeiterbewegung bestanden. Die Fliesenleger Düsseldorfs wehrten sich nicht nur erfolgreich. Es gelang ihnen, durch enorme Fleißarbeit und diplomatische Fähigkeiten, große Teile der von den Zentralverbänden enttäuschten revolutionären Arbeiterschaft des Rheinlandes und Ruhrgebietes zu sammeln und ab September 1919 zu Zehntausenden, nämlich aus der „Allgemeinen Bergarbeiter Union“ (Gelsenkirchen), sowie der Essener und Düsseldorfer „Allgemeinen Arbeiter-Union“, organisatorisch als „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD) zusammenzufassen. Damit füllten sie ein Organisationsvakuum, bevor als weitere Konkurrenz bei diesen Organisationen die Kommunisten zum Zuge kamen.⁽⁷⁾

Rudolf Rocker erinnerte sich: „In ihren Interessen standen uns die Organisationen sehr nah, obgleich sie mit unseren Grundsätzen nur oberflächlich bekannt waren. Es lohnte sich daher schon, mit ihnen eine Einigung zu erzielen. Das war allerdings keine leichte Aufgabe. (...) Unter den Wortführern gab es manche, mit denen die Verhandlungen schwerer waren; die meisten von ihnen (...) verfügten hauptsächlich nur über eine Vielzahl leerer Schlagworte, die sie meist bei den Kommunisten aufgelesen hatten. Dass es trotzdem möglich war, mit jenen Organisationen zu einem Einverständnis zu gelangen, war hauptsächlich das Verdienst des Genossen Carl Windhoff in Düsseldorf gewesen, dessen unverdrossene Arbeit schließlich ein Werk zustande brachte, das anderen wohl kaum gelungen wäre. (...) Obgleich er den Führern der Zentralverbände im großen Industriegebiet stets ein Dorn im Auge war, erfreute er sich unter den Arbeitern eines ausgezeichneten Rufes. Die makellose Ehrlichkeit seiner Gesinnung und seine Bereitschaft, sich für die Rechte anderer mit seiner ganzen Person einzusetzen, nötigten sogar seinen bittersten Gegnern Achtung ab. (...) Seine zähe Beharrlichkeit erzielte denn auch einen vollständigen Erfolg. Am 15. und 16. September 1919 fand in Düsseldorf eine ge-

meinsame Konferenz statt, die von 105 Delegierten besucht war. (...) nach langen Verhandlungen kam die Verschmelzung zustande, und zwar auf Grund der Richtlinien, welche die FVDG auf ihren Kongressen 1906 und 1910 angenommen hatte. Die Konferenz faßte auch den Beschluß, den beteiligten Organisationen vorzuschlagen, ihre bisherigen Namen aufzugeben und sich fortan als „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ (Syndikalisten) zu betätigen. Dieser Beschluß wurde auch auf dem 12. Kongress der FVDG in Berlin im Dezember desselben Jahres mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch hatte sich die syndikalistische Bewegung Deutschlands mit einem Schlage verdoppelt und erreichte einen Mitgliederbestand von 120.000.“(8)

Allein in Düsseldorf waren im Jahre 1919 organisiert:

- Alle Berufe und Bauberufe: 800 Mitglieder
- Kommunalarbeiter: 4.000
- Metallarbeiter: 11.400
- Zusammen: 16.200 (9)

Erfolge (die 1920er Jahre)

Als eine der wenigen syndikalistischen Vereinigungen gelang es den Fliesenlegern, eigene Tarifverträge abzuschließen und einflussreiche Betriebsräte zu stellen.(10) In einer Rede auf dem 18. Kongress der FAUD im Jahre 1930 konnte Windhoff berichten:

„Wir haben in verschiedenen rheinischen Orten Löhne erreicht, die um 30 bis 35 % höher sind als in den übrigen Orten. (...) Wir haben erreicht, dass wir darüber bestimmen, wer eingestellt und wer entlassen wird. (...) Wir haben die Zentralgewerkschaft genötigt, unsere Abmachungen mit zu unterschreiben. Wir haben die staatlichen Schlichter ausgeschaltet. Wir haben die schriftliche Bestimmung durchgesetzt: ‚Für alle Streitigkeiten sind die amtlichen und staatlichen Schlichtungsstellen auszuschalten, soweit dazu nicht ein gesetzlicher Zwang besteht.‘ (...) Wir haben in verschiedenen Verträgen durchgesetzt, dass nur Mitglieder unserer Fliesenleger-Organisation eingestellt werden. Wir arbeiten täglich nur 7 ½ Stunden [1906 waren in der Baubranche noch 10 Stunden üblich] (11) und am Sonnabend Nachmittag gar nicht. Bei schlechter Konjunktur bestimmen wir, dass die Arbeitszeit weiter so verkürzt wird, dass keiner entlassen zu werden braucht. In der Zeit der jetzigen Massenarbeitslosigkeit ist die radikale Verkürzung der Arbeitszeit eine Notwendigkeit, für die alle Arbeiter und auch viele kleinbürgerliche Schichten Verständnis haben. Wir arbeiten jetzt an der Durchsetzung der fünftägigen Arbeitswoche.“(12)

Carl Windhoff war der Motor der Bewegung, vertreten auf zahlreichen Treffen, versehen mit vielen Funktionen und Verfasser vieler Artikel in der breit gefächerten Arbeiterpresse. Der FAUD auf Reichesebene war er eine unverzichtbare Stütze. Nicht zuletzt wehrte sich Carl Windhoff mit Vehemenz gegen interne Angriffe zersetzender Protagonisten (Rudolf Östreich und Carl Langer) auf die syndikalistische Organisation ab.(13)

Die Fliesenlegervereinigung führte in den 1920er Jahren mehrere erfolgreiche Streiks durch und konnte dem Unternehmertum deutlich mehr Zugeständnisse abtrotzen als die Bauarbeiter außerhalb Düsseldorfs. Zwar gehörten die Fliesenleger damit

zu den am besten bezahlten Bauarbeitergruppen. Dennoch drückte sich Windhoff dahingehend aus, dass sie nicht eher ruhen würden, bis nicht alle Kollegen soviel Lohn erhielten, wie die Minister. (14) Neben den Streiks kam es zu Sabotageaktionen, wie sie der Kollege E. Wüsthoff als Zeitzeuge kurz beschrieb: „Wir hatten immer so einen kleinen Fäustel dabei, den musste man immer am Schnittpunkt von vier Fliesen treffen, dann waren mit einem Schlag gleich vier kaputt.“ (15)

Der regionale Einfluß der syndikalistischen Fliesenleger, welche sogar ein eigenes Mitteilungsblatt herausgaben, war so groß, dass es im Jahre 1925 zur Gründung einer „Interessengemeinschaft aller organisierten Fliesenleger in Rheinland und Westfalen“ kam, welcher auch Mitglieder der Christlichen- und Zentralgewerkschaften angehörten. Diese Interessengemeinschaft war nötig, um gegen das Anwerben kostengünstiger Arbeiter von auswärts geschlossen vorgehen zu können und effektiver gegen Streikbrecher vorzugehen.(16) Aufgrund seiner starken Stellung überstand Windhoff die Jahre bis 1930 offenbar ohne lange Phasen der Arbeitslosigkeit. (17)

Eine eigene Düsseldorfer Fliesenlegerjugend wurde gegründet, und diese trug im Wesentlichen zur Stabilisierung der syndikalistischen Jugendbewegung in der Region bei. (18) Nirgendwo anders in Deutschland ist die Gründung einer nach Beruf organisierten syndikalistischen Jugendorganisation bekannt geworden, das schafften nur die Fliesenleger:

„In zünftiger Tradition wurden hier die Jungen von den älteren Arbeitern (meist den Vätern) selbst eingearbeitet und angeleitet. Die erwachsenen Arbeiter kontrollierten damit streng die Einstellung künftiger Gesellen, im doppelten Sinn: Sowohl die Zahl, als auch die Gesinnung. Die Bauunternehmer waren dabei ganz ausgeschaltet, was für die Jugendlichen hieß, dass ihr Gegenüber zunächst vor allem die proletarischen - Alten - selbst waren.“ (19)

Zäher Kampf (1930-1933)

Im Jahre 1930 bestanden in Düsseldorf noch Ortsvereine der:

- Bauarbeiter: 80 Mitglieder
- Fliesenleger: 85
- (von insgesamt etwa 120 in der Stadt)(20)
- Metallarbeiter: 69
- Zusammen: 234 Mitglieder(21)

Mit der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 verschärfte sich die Arbeitslosigkeit und nahm in den Reihen der Syndikalisten hohe Ausmaße an. Nach Angaben Carl Windhoffs lag das zum großen Teil auch daran, dass die von den Syndikalisten nach verbindlichem Reichskongressbeschuß aufgegebenen lokalen Betriebsratsposten nun von Zentralgewerkschaftern übernommen wurden, welche keine Zustimmung zur Einstellung von Syndikalisten gaben.

Nach siebenjähriger Tätigkeit bei der Firma „Osterather Plattenlager“ wurde Carl Windhoff im Jahre 1930 entlassen und klagte dagegen vor dem Arbeitsgericht Düsseldorf auf Entschädigung. Den Grund der Entlassung sah er darin, dass er in allen Jahren Mitglied der Lohn- und Schlichtungskommission und „an allen Verhandlungen beteiligt“

(12) Protokoll über die Verhandlungen des 18. Kongresses der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, S. 65.

(13) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 52/1921.

(14) Vgl.: „Der syndikalistische Bauarbeiter“, Nr. 3/1929, zit.n. Ulrich Klan/Dieter Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“..., S. 168.

(15) Ulrich Klan/Dieter Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“..., S. 146.

(16) Das Regulativ der Interessengemeinschaft findet sich neu abgedruckt in: Ulrich Klan/Dieter Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“..., S. 144 f.

(17) Vgl.: IISG, Rocker Papers, Nr. 606.

(18) Vgl.: IISG, Rocker Papers, Nr. 606.

(19) Ulrich Klan/Dieter Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“..., S. 201.

(20) Vgl.: Ebd., S. 145.

(21) Protokoll über die Verhandlungen des 18. Kongresses der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, Präsenzliste.

(22) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 15/1932.

(23) Vgl.: IISG, Rocker Papers, Nr. 606.

(24) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 47/1932. Siehe auch: „Presse-Dienst“ der „Internationalen syndikalistischen Bauarbeiter-Föderation“, November 1932.

der grundstein

Gewerkschaftszeitung des
Deutschen
Baugewerksbundes
(D.B.B.) von 1888 bis 1933

Im Jahr 1888 erschien
die Wochenzeitschrift der
Bauarbeitergewerkschaft
der Grundstein mit einer
Startauflage von 5.000
Exemplaren erstmals.

Sie wurde schnell zu einer
der wichtigsten deutschen
Gewerkschaftszeitungen
- 1913 wurden bereits
rund 350.000 Exemplare
wöchentlich gedruckt.

Redakteur war u.a. der
spätere rechts-
extremistische SPDler
Adolf Winnig.

gewesen ist, welche sich in solidarischer Weise um alle Kollegen kümmerte, sie vor Entlassungen schützen wollte. (22) Vom Präsidium des Landesarbeitsamtes Köln erhielt er im November 1932 die Drohung mit sechs Monaten Gefängnis, sollte er sich weiterhin für das „Krümpersystem“ einsetzen, welches vorsah, die Erwerbslosen abwechselnd zu beschäftigen. (23)

Dennoch waren die Syndikalisten nicht kleinzutreten: Unter ihrem Druck und ihrer Führung traten mit ihnen in Düsseldorf noch im Oktober 1932 der Baugewerksbund und die „Christliche Baugewerkschaft“ in den Streik. (24)

Nazizeit (1933-1937)

Den Aussagen Windhoffs beim Polizeiverhör von 1937 zufolge beschloss die Vereinigung der Fliesenleger ihre Auflösung bereits im Dezember 1932, um der „neu aufzubauenden nationalsozialistischen Bauarbeiter-Organisation beizutreten.“ Die Auflösung zum 1. April 1933 sei schon im Januar desselben Jahres beschlossen und Windhoff mit der geschäftlichen und formalen Liquidierung beauftragt worden. Damit wandte er sich gegen die polizeiliche Ansicht, dass die Fliesenlegerorganisation durch die Staatsmacht aufgelöst worden sei, um ihrer Einschätzung als „gefährlich“ entgegenzutreten. (25) Mit dieser Aussage wollte er die Kollegen schützen, und wahrscheinlich dachten die Fliesenleger in vollem Vertrauen auf ihre eigene Überzeugung und Leistungsfähigkeit (!) tatsächlich daran, ihren betrieblichen Einfluß in die Nazizeit herüberzuretten, sich illegal zu organisieren.

Windhoff zahlte die restlichen Gelder für die Fliesenleger Düsseldorfs an die FAUD und wurde zu Beginn des Jahres 1933 wegen „Beleidigung“ gerichtlich verurteilt. (26) Im Sommer 1933 kam es bei ihm in der Grafenberger Allee 257 zur ersten Hausdurchsuchung und Verhaftung durch die Polizei. Er solle Gelder der „Deutschen Arbeitsfront“ unterschlagen haben. Im Oktober 1934 stand die SA bei ihm in der Wohnung - über sieben Stunden lang. Noch im gleichen Jahr folgten eine weitere Durchsuchung und eine Woche später seine Verhaftung. Bis März 1937 fanden insgesamt sieben Haussuchungen bei Windhoff statt. Die gesuchten illegalen Schriften wurden jedoch nicht gefunden. Am 23. Februar 1937 erfolgte eine erneute Verhaftung des nunmehr 64-jährigen und seiner Frau durch die Gestapo. Er sei „geistiger Kopf der Fliesenleger von Rheinland und Westfalen“ und wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt. Er solle die Fliesenlegerorganisation „im geheimen“ weitergeführt, Versammlungen durchgeführt, Gelder weitergeleitet, an „den Baustellen zu Gewaltakten gegen die Unternehmer aufgefordert“ und schließlich einen Streik in Lippstadt inszeniert haben. (27) Dafür wurde Carl Windhoff zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Tod

Der Mitangeklagte Ernst Binder erinnerte sich im Jahre 1948: „Windhoff war noch während der Dauer des Prozesses im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte und führte seine Verteidigung selbst. In der Strafanstalt Lüttringhausen setzte, wahrscheinlich schon als Folge der langen Untersuchungshaft, ein schneller gesundheitlicher Verfall ein. Meines Wissens erlitt er mehrmals einen Gehirnschlag und

wurde zur Beobachtung in das Lazarett der Strafanstalt Klingelpütz in Köln überführt. Als er von dort aus wieder nach Lüttringhausen überführt wurde, war W[indhoff] in einem körperlichen und geistigen Verfallszustand, dass er alsbald, noch vor Beendigung seiner Haftzeit, entlassen wurde. Carl Windhoff hat sich auch zuhause nicht mehr erholt und starb, offensichtlich an den Folgen der Haft, am 28. Mai 1941.“ (28)

International

Carl Windhoff war aktiv in der „Internationalen syndikalistischen Bauarbeiter-Föderation“, dem branchenspezifischen Pendant zur „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ (IAA). Als Funktionär und Delegierter referierte er im Jahre 1931 auf dem 4. IAA-Kongress in Madrid. (29) Diese Internationale Bauarbeiter-Föderation blieb die einzige in Ansätzen funktionierende syndikalistische Brancheninternationale und gab in den Jahren 1931/32 mit dem „Presse-Dienst“ ein eigenes Organ heraus. (30)

Schlußwort

Aufgrund seiner Biographie war Carl Windhoff so überzeugt von der gerechten Sache seiner Tätigkeit und seiner eigenen Überzeugungskraft, dass er sogar mit seinen Aussagen in den Verhören durch die Nazis, „auf Verständnis für seine gewerkschaftliche Tätigkeit rechnete, wo er sich nach Lage der Dinge sagen musste, dass hier absolut kein Verständnis zu erwarten war,“ so Ernst Binder im Jahre 1947. (31) Carl Windhoff gehörte zu den bedeutendsten Syndikalisten der 1920/30er Jahre in Deutschland. Seine Persönlichkeit ist beispielgebend für die heutige Zeit.

• Helge Döhring

(Institut für Syndikalismusforschung, Bremen)

Carl Windhoff zum 60. Geburtstage.

Unser Genosse Carl Windhoff-Düsseldorf wird am 9. November 60 Jahre alt. Sein Name und sein Wirken sind mit der Geschichte der deutschen anarcho-syndikalistischen Bewegung untrennbar verknüpft. Ein großer Teil seines Lebens war dem Kampfe gegen Staat und Kapital, gegen Vorurteile und Feigheit seiner Klassengenossen gewidmet. Auch heute wieder zu seinem 60. Geburtstage steht er inmitten eines Streikes. Seine Arbeit und seine Treue zur Sache des revolutionären Anarcho-Syndikalismus sollen uns Jüngeren ein Beispiel sein. Die FAUD übermittelt ihrem alten, aber innerlich jungen Genossen Carl Windhoff die besten Grüße und Wünsche für die Zukunft und für weiteres Wirken im Sinne des Anarcho-Syndikalismus.

• Die Geschäftskommission. Reinhold Busch“ (25)

30. Siehe dazu auch:
„Barrikade“, Nr. 4 (Dezember 2010): „Die Syndikalistische Bauarbeiter-Internationale – ISBF. Eine Dokumentation 1931-1936“.

31. IISG, Rocker Papers, Nr. 606.

32. „Der Syndikalist“, Nr. 45/1932.

Carl Windhoff
Fliesenleger
Düsseldorfer
Grafenberger Allee 257



Quellen und Literatur

Archive

Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam
Rocker Papers, Nr. 606.
Bundesarchiv, Berlin
R 58-318

Protokolle

Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften
Protokoll über die Verhandlungen des 18. Kongresses der Freien Arbeiter-Union Deutschlands
Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands: Protokoll über die Verhandlungen der V. Konferenz

Periodika

„Barrikade. Streitschrift für Anarchosyndikalismus, Unionismus und revolutionären Syndikalismus“

„Der syndikalistische Bauarbeiter“

„Der Syndikalist“

„Presse-Dienst“ der „Internationalen syndikalistischen Bauarbeiter-Föderation“

Literatur

Klan, Ulrich/Nelles, Dieter: „Es lebt noch eine Flamme“. Rheinische Anarcho-Syndikalisten in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau 1990

Rocker, Rudolf: „Aus dem Memoiren eines deutschen Anarchisten“, Frankfurt 1973

Abbildungen:

Stempel

Fliesenleger Konferenzprotokoll Titelseite

Der Bauarbeiter

Organ der Föderation der Bauarbeiter Deutschlands

Mitglied der F. U. A. D. (A. S.)

Der Bauarbeiter:

erscheint zunächst monatlich einmal. Er wird den Mitgliedern der angeschlossenen Ortsvereine gratis zugestellt.

Januar 1925

Das Einzel Exemplar kostet für Nichtmitglieder 5 Pf., unter Kreuzband von der Expedition bezogen 10 Pf. / Verlag, Redaktion u. Expedition: Robert Buth, Berlin N 39, Boyenstraße 28

Redaktion: Robert Buth, Berlin. — Druck: Mux Mattisson, Berlin SW 68, Ritterstr. 71.

Zum Geleit

Hallo, da bin ich! Ihr fragt, wer ich bin, und was ich will? Nun, ich will Antwort geben: Man nennt mich „Der Bauarbeiter“, Organ der Föderation der Bauarbeiter Deutschlands (A. S.). Die Buchstaben in der Parantese sollen sagen: Anarcho-Syndikalisten. Meine Väter sind die Delegierten der III. Konferenz, deren Verhandlungen Ihr unten wiedergegeben findet. Sie haben mir nicht durchaus erst zur Geburt verholfen, sondern nur wieder zu neuem Leben erweckt, man kann auch sagen, verjüngt. Denn schon vor 40 Jahren wurde mein Vorgänger, „Der Bauhandwerker“, geboren. Sein Geburtstag war der 1. Juni 1884, Geburtsort: Berlin. Das war zu einer Zeit, als über der deutschen Arbeiterbewegung, soweit sie sich sozialistisch betätigte, das Damoklesschwert des „Sozialisten-Gesetzes“ hing, welches jeden Augenblick heruntersausen und „Boß und Reißige“ töten konnte. Eine schwere Zeit war das! Freilich können sich von ihr nur diejenigen das richtige Bild machen, die es damals schon mit dem sozialistischen Klassenkampf tief ernst nahmen. Dazu gehörte aber gerade „Der Bauhandwerker“ und die Männer, welche ihn mit ihrem Geist erfüllten. Es waren dies die Berliner Maurer, deren Kind er war, und sein Hauptnährvater, der Regierungsbaumeister Gustav Kehler. Zwei Jahre aber nur sollte sein Leben in Berlin dauern. Er wurde auf Grund des „Sozialisten-Gesetzes“ verboten, Verleger und Redakteur und noch eine ganze Reihe andere tüchtige Kameraden wurden aus ihrem Heimatsort ausgewiesen, und nicht nur von Frau und Kindern gerissen, sondern brot- und heimatlos gemacht. Das war Ende Juni 1886. Am 1. Juli aber, also eine Woche später, erschien sogleich, in Braunschweig, die Nummer 1 „Der Baugewerkschafter“. Wohl ein anderer Kopftitel, auch andere Verantwortliche, aber der Inhalt blieb derselbe, wie bei seinem ermordeten Bruder. Man könnte eben den Geist des Nährvaters nicht erschlagen. Auch den „Baugewerkschafter“ ereilte dasselbe Schicksal wie seinen Vorgänger. Er wurde erdrosselt. Auch hier wurde der Redakteur wieder ausgewiesen. Es erschien dann aber gleich auf dem Fuße „Das Vereinsblatt“, und als dieses verboten wurde, „Die Solidarität“. Ihr folgte dann nach zwei Wochen „Der Wanderbursche“. Mit der Zeit wurde auch das „Sozialisten-Gesetz“ nicht mehr verlängert (Oktober 1890!), und von da ab kam wieder „Der Bauhandwerker“, der sich bis zum Jahre 1897 tapfer durchkämpfte. Es sei besonders betont, daß der „Bauhandwerker“, trotzdem er seinen Namen so oft ändern und von einem Ort zum andern wandern mußte, keine Woche ausblieb, trotz aller Verbote, Verfolgungen und Ausweisungen. Aus ihm wurde dann „Die Einigkeit“ geboren, die am 19. Juni 1897 das Licht der Welt erblickte. Deren Nachfolger wurde endlich, mit dem Zusammenbruch des alten Regimes in Deutschland, „Der Syndikalist“!

Von den Männern und Kampfgenossen, die schon den ersten geistigen und propagandistischen Vorläufer der heutigen syndikalistischen Bewegung in Deutschland aus der Taufe hoben, stehen heute noch einige freudestrahlend, als sie hörten, daß die Bauarbeiter Deutschlands sich ein Blatt schaffen wollen, welches sowohl den alten Rebellengeist pflegen, prinzipiell wegweisend, durchgreifend organisatorisch und agitatorisch, sowohl aufklärend wie dem täglichen Ringen um die Besserstellung der Klassen- und Industrie-Genossen dienen soll.

Soll „Der Bauarbeiter“ das werden, was sich seine Lebenswecker von ihm versprochen haben, dann ist ernstes Wollen, mit unbegrenztem Tatwillen geeint, in jeder Hinsicht Voraussetzung derer, die in jeder Weise der Sache dienen wollen.

Kameraden! Ihr seht, daß es jetzt auf diesem Gebiete mehr vorangehen soll. Setzt daher alle eure Kräfte ein, daß die schon bestehenden Ortsvereine erstarken, daß sie sich weiter ausdehnen und mit Hilfe unseres Kampfgenossen sowohl unser Ziel und die Aufgaben erfüllt werden können, die sich die syndikalistischen Bauarbeiter mit ihren übrigen Gesinnungs- und Kampfgenossen gesteckt haben.

Es gilt der heutigen privatkapitalistischen Gesellschaft, dem Unternemertum mit aller Kraft wirtschaftliche Vorteile zum Wohle der Arbeiter abzurufen, die organisatorischen Unterlagen für eine freie, antiautoritäre Gesellschaft zu schaffen, kurz, die Kameraden mit frisch-fröhlichem Kampfesgeist in jeder Beziehung zu erfüllen. Dabei soll und wird, wenn jeder Kamerad sein Bestes für die Sache daran setzt,

„Der Bauarbeiter“

ein treuer Kampfgenosse sein.

Der Geschäftsleiter.

III. Konferenz der Föderation der Bauberufe Deutschlands vom 28. bis 30. Dezember 1924 in Kellers Festsälen zu Berlin, Bergstr. 69

Vor Eröffnung der Konferenz beehrte die „Freie Sängervereinigung“ die Anwesenden durch einen Liedervortrag.

Um 10½ Uhr eröffnete der Genosse Martin Groener als Obmann des Groß-Berliner Bauarbeiter-Kartells die Konferenz mit einer herzlichen Begrüßung der Teilnehmer. Unter Hinweis auf die vorliegende Tagesordnung spricht er den Wunsch aus, daß die Konferenz ersprießliche Arbeit leisten möge.

Die vorgesehene Tagesordnung wurde von den Delegierten gutgeheißen und wurden zur Leitung der Konferenz gewählt als Vorsitzende mit gleichen Rechten die Kollegen Otto Heuer (Halle a. S.) und Gustav Pruss (Alt-Landsberg), als Schriftführer die Kollegen Martin Groener (Adlershof) und Wilhelm Ladé (Berlin).

In die Mandatsprüfungs- und gleichzeitig Bedaktionskommission wählte die Konferenz die Kollegen Hepprich (Breslau), Stanislawski und Richard Minke (beide Berlin).

Den Geschäfts- und Rechenschaftsbericht erstattete Kamerad Buth, Berlin. Er führte ungefähr folgendes aus: Liebe Kameraden! Ich bin nicht gewillt, mich über die Vorgeschichte näher auszulassen, die zu dem Wechsel der Person des Geschäftsleiters außerhalb einer Reichskonferenz geführt hat. Er schilderte dann, welche Schwierigkeiten die Geschäftsleitung besonders in der Inflationszeit zu bestehen hatte. Überall herrschte große Arbeitslosigkeit, besonders im Industriegebiet Rheinland und Westfalen. Natürlich gingen daher auch die Beiträge an die Geschäftsleitung nur sehr spärlich ein und wenn sie eintrafen, waren sie so sehr entwertet, daß damit nicht einmal die Portokosten gedeckt werden konnten, die eine Empfangs-Bestätigung kostete. An eine Erhaltung der Geschäftsleitung oder Leistung von Solidarität durch sie, war gar nicht zu denken. Dann war die Arbeit der Geschäftsleitung erschwert durch den „Fall Wiesner“, mit dem sich mehrere Sitzungen beschäftigen mußten. Unter anderem auch eine solche am 12. August 1923 in Berlin, die der Ausschuß von Halle aus veranstaltete. Wegen dieser Sache verlangten verschiedene Ortsvereine im Reich eine außerordentliche Konferenz.

Eine diesbezügliche Umfrage ergab aber, daß überhaupt nur ein ganz geringer Teil darauf reagierte. Außerdem wäre auch damals wegen der enormen Unkosten eine Konferenz fast unmöglich gewesen. Nachdem Buth noch einen Brief aus Nürnberg vorgelesen hatte, in dem gesagt ist, daß die Utensilien der Geschäftsleitung seinerzeit von Wiesner abgeholt worden wären, als er (W.) gerade schwerkrank war, daß also diese Handlung gegen seinen Willen geschehen sei, erklärte B. hierzu, daß diese Behauptung unwarhaft sei. Im Gegenteil sei richtig, daß W. selbst das Fuhrwerk für den Transport der Sachen bestellte und fleißig bei der Bergung mitgeholfen habe. B. schließt mit den Worten: Die Geschäftsleitung habe alles getan, was sie unter den gegebenen Umständen habe tun können, sie habe gut gearbeitet.

Es folgt das Verlesen der Abrechnung durch Gen. Buth. — Daraus geht hervor, daß die G.-L. im Jahre 1921, laufend vom 1. Januar bis zum 10. Dezember, eine Einnahme von insgesamt 59.211 R.-M. zu verzeichnen hat, während die Gesamtausgabe 59.795 R.-M. beträgt. Das Rechnungsjahr schließt mit einem Bestand von 1791,46 R.-M. — Die Zahl der Ortsvereine, welche der Föderation angeschlossen sind, beträgt augenblicklich 30.

Der Geschäftsleiter führte dann Klage darüber, daß 14 Ortsvereine, welche im Laufe des Jahres streikten, sich wohl bei der G.-L. meldeten, aber nicht den Anfang und erst recht nicht das Ende des Streiks mitteilten, so daß die G.-L. immer im Dunkeln tapse. — In Berlin streikten die Bauberufe, finanziert zum größten Teil ihre Streiks selbst, ein Teil wurde auch durch die Ortskasse finanziert. Die Fliesenleger Berlins brachten auch die Mittel für ihren Streik selbst auf, ebenso die Bauarbeiter im Ruhrgebiet. — Buth schließt seinen Bericht mit der Erklärung, daß die Geschäftsleitung nur das tätigen kann, was die Ortsvereine von den Forderungen und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Föderation im kommenden Jahre besser dastehen möge.

Der Obmann Herbaschewski (Halle a. S.) gibt den Bericht des Ausschusses und erklärt, daß dieses Jahr ein ziemlich mißglücktes war, und zwar mußten viele Briefe mit der G.-L. gewechselt und auch nicht wenige Sitzungen abgehalten werden, besonders wegen des Falles Wiesner und auch wegen des Austritts des Obmannes Küstenbrück.

Gen. Schacht (Berlin) weist in dem Bericht der Revisoren darauf besonders hin, daß die Tätigkeit der Revisoren bei der G.-L. eigentlich eine andere ist, wie allgemein geglaubt wird. Die wirklichen Revisoren sollen die Ortsvereine sein, welche zu prüfen haben, ob die Geldbeträge, welche an die G.-L. abgesandt werden, auch in den Abrechnungen enthalten sind. — Im übrigen haben die Revisoren bei der Geschäftsleitung alles in Ordnung befunden.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Teilnahme an der Konferenz wie folgt:

Bauberufe:	Berlin:	Otto Ehrig
"	"	Rich. Minke
"	"	Rich. Stanislawski
"	"	Alex. Launer
"	Alt-Landsberg	Gustav Pruss
"	Halle	Otto Heuer
"	Dortmund	Willy Grebenstein
"	Essen a. Ruhr	Adam Rimbach
"	Duisburg	
"	Mühlheim a. Ruhr	
"	Leipzig	Otto Lagler
Steinsetzer:	Berlin	Rich. Schütt
Bauberufe:	Breslau	Hepprich, Pritzel
"	München	Georg Groß
"	Münch.-Gladbach	Herm. Götze
"	Düsseldorf	
"	Köln	
"	Nürnberg	Georg Hauenstein
"	Stuttgart	Josef Geiler
"	Pliezhausen	
"	Velten i. M.	Karl Hennig
Rohrer:	Berlin	Hilbiges
Bauberufe:	Friesenheim	Lud. Schuster
"	Ferch	Ernst Haegert
"	Magdeburg	Herm. Köppen
"	Olvenstedt	
Maler:	Berlin	Joh. Eitner
Fliesenleger:	Berlin	Willy Kirstein
Bauberufe:	Werder	Paul Vaupel
"	Köpenick	Paul Buchholz
"	Spreehagen	Wilh. Schneider

Obmann des Ausschusses: Herbaschewski.

Mitglied des Ausschusses: Friedr. Beyer.

Geschäftsleitung: Berlin.

Rob. Buth, Wilh. Lade, Karl Wilhelm, Albert Schacht, Rich. Lehmann.

Geschäftskommission:

Fritz Kater.

Diskussion über Punkt 2.

Sollte man an dieser Stelle einen Bericht im Protokoll setzen über den größten Teil der Sonntag-Nachmittags-Sitzung der Konferenz, so müßte man schreiben: „Auf Anordnung wurde das Grab geöffnet, die Leberreste nochmals sezert und dann wieder feierlich bestattet.“ — (Natürlich mit allem Drum und Dran auf 20 Seiten geschildert.) So aber genügt es wohl zu sagen: Mit Erklärungen, Diskussionsreden, Richtigstellungen und Geschäftsordnungsdebatten wurde der „Fall Wiesner“ endgültig begraben, und zwar zur Zufriedenheit aller Teilnehmer. — Im Verlauf der weiteren Aussprache über den Geschäftsbericht wurden die jetzt eingeführten Fragebogen bemängelt. Die Ortsvereine sollen die Einsendungen zur Aufstellung der Abrechnungen regelmäßiger und besser vollziehen. Gen. Buth ersucht die Delegierten nochmals, die Kassierer der Ortsvereine auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen, die darin besteht, die Fragebogen richtig auszufüllen und rechtzeitig an die G.-L. einzusenden.

Der erste Tag schließt dann mit der von den Revisoren beantragten Entlastung für die bisherige Geschäftsleitung, welche einstimmig erfolgt.

II. Verhandlungstag.

Nach Verlesung der Präsenzliste schlägt die Redaktionskommission vor: „Beyor in die Tagesordnung, Punkt 3, eingetreten wird, solle die Konferenz die Anträge 5 (Halle) und 3 (Stuttgart) erledigen.“ Die Konferenz ist auch anfangs damit einverstanden, nachdem aber Gen. Heuer (Halle) den Antrag 5 begründet hat, schlägt der Vorsitzende Pruss vor, erst Punkt 3 der Tagesordnung zu erledigen. Dieser Vorschlag löst natürlich eine Diskussion aus, bis die Abstimmung dann trotz einiger Widersprüche ergibt, daß Punkt 3 der Tagesordnung nunmehr behandelt wird.

Es folgt also der Vortrag des Genossen Kater über die Gewerkschaftsbewegung. Aus diesem Vortrag verdient einiges festgehalten und hervorgehoben zu werden. Gen. Kater sagte ungefähr folgendes: Vor allen Dingen sollte in unserem Reich volle Klarheit herrschen über die Aufgaben, welche die syndikalistische Bewegung zunächst heute und dann in der Zukunft zu erfüllen hat. Leider ist das nicht überall der Fall. So ist noch immer zu verzeichnen, daß einige Kameraden meinen, und sich auch dafür einsetzen, die F. A. U. D. (A. S.) sei ausschließlich eine Ideen-Gemeinschaft und als solche nur eine Kulturbewegung. Eine

solche Einstellung ist falsch. Der revolutionäre Syndikalismus hat zur Voraussetzung, wenn er verwirklicht werden soll, den engen und festen Zusammenschluß solcher Menschen, deren Interessen eng aneinander liegen und nicht miteinander kollidieren. Also Interessens-Gemeinschaften sind zu bilden zu dem Zweck, diese so aktionsfähig zu gestalten, daß sie — und da es sich hier um Arbeiter handelt! — schon heute in der Lage sind, der kapitalistischen Gesellschaft möglichst hohe Vorteile abzurufen und gleichzeitig das sozialistische Ideal, die unbedingte Solidarität, kurz alles, was unsere Prinzipienklärung beinhaltet, den Mitgliedern geistig und seelisch zu vermitteln. Weg einer anderen Auffassung ist, hat den Inhalt unserer Prinzipienklärung, besonders aber die Aufgaben, welche die Syndikate (Gewerkschaftlichen Organisationen und Föderationen) zu erfüllen haben, nicht begriffen. Mit dem Moment, wo der Haupt- oder gar ausschließliche Wert auf die „Ideen-Gemeinschaft“ gelegt wird, ist der Syndikalismus, resp. die syndikalistische Bewegung, welche sich hier in Deutschland in der F.A.U.D. (A.S.) verkörpert, erledigt. Denn Syndikalismus ist Wirtschaftsorganisation, zu dem Zweck, die ökonomische Lage der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft zu bessern. Kurze Arbeitszeit und möglichst gutes Auskommen sind die Vorbedingungen, um die Arbeiterschaft höheren Idealen zugänglich zu machen. Dazu die Syndikate, der Syndikalismus. Uns liegt nicht daran, den Staat, den politischen Überbau, zu erobern, der sich nur auf Grund der ökonomischen Macht der privilegierten Klassen behaupten kann. Uns liegt vielmehr daran, dem Staat die Quellen abzugrauben, also ihm das ökonomische Fundament zu nehmen. Das haben wir schon mehr als ein halbes Menschenalter gepredigt. Dieses Prinzip muß aufrecht erhalten bleiben. Selbstverständlich müssen wir bei unseren wirtschaftlichen Kämpfen immer die Augen offen haben und die uns anfortroyierten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im revolutionären Sinne zu meistern suchen. D. h. zur rechten Zeit das Richtige tun. Also uns Bewegungsfähigkeit erhalten. Welche Aufgaben haben denn lebendige Gewerkschaften zu erfüllen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten: Nicht stamplungsartig hinvegetieren, sondern die Augen und Ohren offen halten. Auch nicht die Interessensgemeinschaft im dem engen Sinne verstehen, daß sie in Berufs- und Fachsinnele ausartet. Es gilt die einzelnen Berufs- oder Fachgruppen zusammenzufassen in Industrie-Organisationen und Industrie-Föderationen. Nur so kann die wahre Schlagkraft und die dazu gehörige Solidarität zweckdienlich erreicht werden.

Wir haben uns auch Gedanken darüber zu machen, was dann wird, wenn die elektrischen Kraftquellen nicht mehr erzeugt werden durch die schwarzen Diamanten, welche von den heutigen Grabensklaven ans Licht der Sonne gefördert werden. Wenn Licht und sämtliche Antriebskräfte etc. zu Wasser und zu Lande erzeugt werden ohne die Kohle, wie viel hunderttausende Arbeitskräfte werden dann überflüssig. Und wenn auch der Bauberuf darunter nicht direkt so leidet, wie alle anderen Betriebe, so wird doch die Zeit nicht ferne sein, wo die anderweitig überflüssig werdenden Arbeiter diese Industrie überschwemmen. An all diese Dinge haben wir heut schon zu denken und unsere Agitation darauf einzustellen, wenn nicht all unser Ringen und Kämpfen doch vergeblich gewesen sein soll. Das privatkapitalistische Unternehmertum wird sich den Teufel darum scheuen, was aus all den Arbeitern wird, die aus dem Produktionsprozeß ausgeschleudert werden. Angesichts dieser drohenden Gefahr muß sich das Proletariat immer mehr als einige Klasse fühlen und mit aller Kraft daran arbeiten, das Klassenbewußtsein zu heben, um zur rechten Zeit geschlossen den allumfassenden Betriebskampf zur Beseitigung der Lohnknechtschaft und Errichtung der klassenlosen Gesellschaft führen zu können. Voraussetzung hierfür ist aber auch, daß der Sozialismus schon heute, wie der Embryo im Mutterleib, durch die Arbeiter-Organisation entwickelt wird, damit er am Tage nach der großen Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Machtinstellungen als lebensprühender Jüngling in Wirkung treten kann. Wir wollen unsere Berufs- resp. Industrie-Föderationen, unsere Orts-, Kreis-, Provinz- und Landes-Arbeitsbörsen dahin ausbauen, daß sie in der Lage sind, die Produktion weiterzuführen im autoritären, sozialistischen Sinne und die Konsumtion regeln, ohne Obrigkeit und sonstige Autoritäten. Nicht im Regieren darf die Kunst liegen, des Volkes Wohl zu pflegen, sondern im Verwalten der Dinge, von denen das Wohl aller Menschen abhängt.

In Bezug auf Interessensgemeinschaft im weiteren Sinne haben die Ortsvereine der Bauberite in Süddeutschland schon vorbildlich gearbeitet. Hier haben sich alle einzelnen Sparten des Baugewerbes zu einheitlichen Ortsvereinen zusammengeschlossen. Sie wählen in jeder Sparte trotz ihrer besonderen Fachinteressen, stehen aber als Bauindustriearbeiter geschlossen zusammen. So muß es sein. Gewalt kann es da auch noch vorkommen, daß das bestehende geschaffene solidarische Band nicht immer ausreicht und erweitert werden muß. Dazu ist aber dann die Landes-Tagung, die Ortsbörse etc. vorhanden, um dieses Band weiter zu ziehen und alle Genossen für den Kampf mit einzubringen.

Wenn man aber im gegebenen Moment nicht wie die „Kuh vor dem neuen Eise“ stehen will, dann ist es notwendig, schon heute die politischen Kameraden ansichtig zu machen, die bereit und gewillt sind, sich der Studien zu unterziehen, welche notwendig

sind, die Produktion weiterzuführen und die Verteilung der Produkte zu regeln, daß jeder nach seinen Fähigkeiten schaffen und nach seinen Bedürfnissen konsumieren kann. Das zu durchdenken, ist jedes aufrechten Menschen Aufgabe. Also fleißiges, zielklares Arbeiten auch für die Bauberite notwendig. Das für das nötige Studium einschlägige Material müssen die Ortsvereine und Börsen den Studienkommissionen zur Verfügung stellen.

Zu dem Antrag Halle a. S. äußert sich der Vortragende dahin, daß er undiskutabel sei. Denn er wirft unseren ganzen Aufbau über den Haufen. Es käme, wenn er beschlossen würde, dabei nichts weiter heraus, als ein allgemeiner Arbeiterverein, wie ihn Lassalle in den 60er Jahren für politische Zwecke im Auge hatte. Der Ursprung solcher Anträge liegt in der Unklarheit, welche noch immer bei manchen leitenden Personen herrscht über den Aufbau und Zusammenhang unserer Organisation insgesamt. Unsere Aufgabe ist, die Dinge möglichst zu vereinfachen. Vereine gleicher Industrie an einem Orte sollen sich miteinander zu einem Ortsverein verbinden, wie es der Antrag Stuttgart verlangt. Sie können dann auch ihre Beiträge einheitlich regeln und solche an ihre nächsten Instanzen einheitlich abführen, die dann ebenfalls in der Lage sind, schnell handeln zu können.

In unseren Kongressbeschlüssen ist die heute richtige Form einer leichtbeweglichen Organisation vorgezeichnet. Handeln wir danach und wir werden nichts zu bereuen haben.

Nunmehr wird der Antrag Halle a. S. „Jeder Ortsverein hat sich der nächstliegenden P.A.B. anzuschließen und die Geschäftsleitung ist aufzuheben“ nach kurzer Diskussion zurückgezogen.

Der Delegierte des Stuttgarter Ortsvereins begründet den Antrag so: Er lautet:

„Laut unserem Aufbau sind die Berliner Organisationen verpflichtet, sich zu vereinigen. Sollte es so wie bisher weitergehen, sehen die Stuttgarter Bauarbeiter eine Schädigung der Gesamtorganisation darin und müssen deshalb ihre Konsequenzen daraus ziehen.“

Über diesen Antrag entspinnt sich eine ziemlich lebhafte Diskussion, an der sich fast alle Anwesenden beteiligen. Tanner (Berlin) schildert den Streik der Berliner Bauberite und den Grund des Auseinandergehens der Föderation Berlin. Schröder (Berlin) tritt dem entgegen. Nachdem der Antrag reichlich diskutiert ist, wird von den in Frage kommenden Delegierten Berlins erklärt, daß sie mit dem Antrag Stuttgart soweit einverstanden sind, als ihnen nunmehr die Konferenz empfiehlt, sich zusammenzuschließen unter Bildung von Fachsektionen. — Dieses gilt nicht nur für Berlin, sondern auch für andere Orte im Reiche.

Leipzig wird sich in nächster Zeit der Reichsföderation anschließen. Dieses hängt aber von dem Ausgang der Konferenz ab. — Der Delegierte schildert übrigens in sehr anschaulicher Weise, wie Arbeitsbörsen nicht entstehen sollten, und wie sie entstehen müßten von unten auf.

Die Diskussion über den Vortrag des Gen. Kater ergab nichts Bemerkenswertes. Gegenersicht war nicht vorhanden und Neues wurde nicht mehr beigebracht.

In seinem Schlusswort ging der Referent noch auf einige Ausführungen der Diskussionsreferent ein. So schildert er die Koalition sämtlicher syndikalistischen Berufsgruppen in Mühlheim-Bühl zu einem einheitlichen Ortsverein, mit einheitlichen Beiträgen etc. aber unter starker Aufrechterhaltung der Berufssektionen unter Aufsicht dieser an die zuständigen Landes-Föderationen. Damit sei auch gleichzeitig die Arbeitsbörsenfrage gelöst, so daß eine solche neben dieser Einheitsorganisation nicht nötig sei. Anders liegen die Dinge in Leipzig, Dresden und noch manchen anderen Orten. Dort stehe man noch immer auf dem Standpunkt, alles durch eine Freie Vereinigung aller Berufe erreichen zu können. Wohl mag es doch wiederum einleuchten müssen, daß mit solchen allgemeinen Organisationen die Aufmerksamkeit, welche Voraussetzung für die sozialistische Produktion und Distribution-Verteilung ist, nicht erfüllt werden kann. Die Vereine aller Berufe sind eben keine Syndikate. Sie sind im besten Fall gute Freigewerkschaften für die syndikalistische Idee und gute Bildungsstätten. Also nicht Ideen- als Interessens-Gemeinschaften. Das werden jene Genossen vielleicht auch bald einschätzen, besonders aber wohl dann, wenn es sich um das Werben von Mitgliedern und um die Wahrnehmung deren wirtschaftlichen Interessen in der heutigen Gesellschaft handelt. Die Syndikalisten stellen also in erster Linie eine Interessens-Gemeinschaft dar und die sie autoritäre revolutionäre Sozialisten und bestrebt sind, diese ihrer Klassengenossen zu vermitteln, sind sie auch eine Ideen-Gemeinschaft. Die Organisationen sind demnach auch als Schul- oder Lehranstalten zu betrachten. Sie können aber nur auf demjenigen besten Einfluß ausüben, den sie als Mitglied gewonnen haben. Schon aus diesem Grunde ist die Organisation Vorbedingung für den revolutionären Klassenkampf. Wer aber von sozialistischer Gesellschaft spricht, muß sich vor allem über eines klar sein: soll eine Gesellschaft gut funktionieren, dann ist hierfür die vorgesehene Organisation ausschlaggebend. Ist diese nicht auf der Höhe in jeder Beziehung, dann ist das Chaos unausweichlich. Eine Gemeinwirtschaft entsteht nicht aus sich selbst, am allerwenigsten eine solche, wie sie wir Syndikalisten uns vorstellen, dabei müssen die wirtschaftlichen Organisationen schon heute vorhanden, alle Vorbedingungen für dieselbe zu schaffen.

Und diese sind die Syndikate der Berufs- resp. Industriearbeiter-Föderationen. Ueber die Frage: Tarifverträge und Betriebsräte gehen die Bauberufsarbeiter sehr leicht zur Tagesordnung über. Von letzteren werden sie heute noch wenig berührt. Wesentlich anders sieht dies aber in der Groß- und Schwer-Industrie und auch in den Städten. Der 15. Kongress wird sich auch mit dieser Frage beschäftigen müssen. Wenn die Föderationen die nötige Stärke besitzend dazu besitzen, müssen sie sich auch an die Herausgabe eigener Föderationszeitungen machen. Es gilt ein gründliches Durcharbeiten aller der Fragen, die den Arbeiter heute am meisten drücken und darüber hinaus wegweisend zu wirken, in Wort und Schrift.

Zum Schluß erwähnte der Referent noch das Siedlungswesen, wie es in der Nachkriegszeit so sehr im Schwung war, das aber heute vollkommen als Versager bezeichnet werden muß. Der Zusammenbruch ist vorwiegend auf den Mangel an Gemeinschaftsgeist der Arbeiter zurückzuführen. Wir haben die Aufgabe, alle diese Mängel durch organisatorische und agitatorische intensive Arbeit zu beseitigen.

Ein Antrag der Geschäftsleitung, dahingehend, daß Ortsvereine oder Vereine, welche mehrere Fachgruppen von Bauarbeitern in sich schließen, sich nicht Föderation oder gar Föderation der Bauberufe nennen können, wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Die Geschäftsleitung schlägt nun vor, daß sich die Ortsvereine, welche der Föderation angeschlossen sind, wie folgt bezeichnen:

„Föderation der Bauberufe Deutschlands“ (A. S.)
Ortsverein (Name)

Dieser Vorschlag findet keinen Widerspruch

Wahl der Geschäftsleitung.

Gen. Buth erklärt, daß, wenn die Konferenz einmütig der Meinung ist, daß er die Leitung der Föderationsgeschäfte wieder übernehmen soll, er annehmen werde.

Die Wahl ergibt als Geschäftsleiter Robert Buth, Berlin N. 39, Boyenstraße 28.

Auf andere Vorschläge erfolgte Ablehnung. Als Sitz des Ausschusses wurde der Ort bestimmt, wo die G.-L. ihren Sitz hat, und zwar auf Antrag Stanislawsky (Bauberufe Berlin). Zum Obmann des Ausschusses wird gewählt: Richard Stanislawsky, Berlin S. O. Cuvrystraße 40.

Ein Antrag Schacht (Revisor):

Das Verhältnis der Revisoren zur Geschäftsleitung bleibt daselbe wie bisher.

findet keinen Widerspruch. Eine Abstimmung erfolgt nicht.

Damit schließt der zweite Tag der Konferenz.

III. Verhandlungstag.

Beim Verlesen der Präsenzliste fehlen 4 Teilnehmer. Vors. Pratt ermahnt die Delegierten zur Pünktlichkeit, Sachlichkeit und Kürze.

Punkt 6.

Die internationale Bauarbeiterbewegung. Berichterstatter: A. Souchy. Aus diesem Bericht wäre auch viel Erwähnenswertes festzuhalten, was hier kurz gesagt sein soll: „Ein bemerkenswertes Beispiel für die Notwendigkeit eines internationalen Zusammenschlusses ist die verschiedenartige Bezahlung der Seeleute. Die deutschen Seeleute arbeiten beispielsweise billiger als die englischen; das muß natürlich zu Mißlichkeiten führen. — Die Bauarbeiter müssen danach streben, einen internationalen Einheitslohn zu schaffen. Erst dann wird der Kampf gegen das internationale Kapital erfolgreich sein können. Jetzt beschafft sich das Kapital noch immer die Arbeitskräfte dort, wo sie am billigsten zu haben sind; da es die fertigen Produkte nicht, wie in der Metallindustrie, aus dem Auslande beziehen kann. Wie man früher nach Deutschland italienische Arbeiter schickte, so schickt man jetzt deutsche und italienische Arbeiter nach Kanada und anderswo mehr hin, weil sie billiger sind als andere.“

Ueber die Bewegung in den einzelnen Ländern ist u. a. kurz folgendes zu sagen: Während Portugal eine gute Bauarbeiterorganisation hat, ist mit Brasilien weniger zu rechnen, weil dort die Bauarbeiter noch nicht stark sind. Ueber Schweden ist zu sagen, daß dort jetzt schon alle Berufe in allen Industrien einheitliche Beiträge zahlen. — Weiter wäre zu sagen, daß wir zwar vorläufig noch nicht imstande sind, große Kämpfe selbständig zu führen, erst recht noch nicht internationale Kämpfe. Wenn wir das aber tun wollen, so müssen wir Propaganda machen, und zwar auf internationaler, für unsere Weltanschauung, den Syndikalismus. — Auf Anregung der portugiesischen Genossen findet anschließend an den Kongress der I. A. A. eine internationale Bauarbeiterkonferenz, vielleicht am 20. März d. J., statt. — Die Konferenz der Föderation der Bauberufe Deutschlands ist gewillt, einen Delegierten nach Amsterdam zu senden. Dazu wird der Genosse Rimbach aus Muhlheim-Ruhr gewählt. Die Konferenz beauftragt gleichzeitig den Genossen Rimbach, im Behinderungsfalle einen Ersatzmann zu stellen.

Punkt 7.

Beratung der Anträge.

Antrag I. Magdeburg:

„Die Konferenz möge beschließen, daß mindestens ein Stundenlohn als Wochenbeitrag festgelegt wird.“

Dieser Antrag wird nach Begründung und reger Diskussion von einigen Delegierten (Geiler-Stuttgart, Rotzler-Sömmerda und Hauenstein-Nürnberg) dann erweitert, von der Mehrzahl der Teilnehmer unterstützt und in folgender Fassung angenommen:

„Der Wochenbeitrag ist auf 2 Prozent des Wochenlohn festzusetzen, mindestens aber hat jeder Ortsverein 60 Pfennig als Mitgliedsbeitrag wöchentlich zu erheben.“

Antrag 2a. (Bauberufe Berlin):

„Die Sektion der Zimmerer, Mauerer und Bauhilfsarbeiter Groß-Berlin stellt den Antrag, ein Mitteilungsblatt „Der syndikalistische Bauarbeiter“ herauszugeben.“

wird vom Genossen Launer (Berlin) eingehend begründet und, nachdem in der Diskussion sehr oft der Wunsch nach Agitation in jeder Form laut wird, wird der Antrag einstimmig angenommen. Die Konferenz steht auf dem Standpunkt, daß „Der syndikalistische Bauarbeiter“ ab und zu gleichzeitig als Flugblatt benutzt wird. Das Blatt erscheint erstmalig nach Möglichkeit, dann monatlich, bzw. halbmonatlich einmal. In bezug auf die Finanzierung des Blattes wird der

Antrag Launer, „pro Monat und Mitglied 10 Pfennig zu erheben“,

dahin erweitert, daß durch den Antrag nunmehr eine Aenderung der Leitsätze stattfindet und wird in der Form wie folgt angenommen:

„Der Beitrag an die Geschäftsleitung beträgt für jede verkaufte Beitragsmarke ab 1. Januar 1925 15 Prozent (Fünfzehn Prozent).“

Von diesen 5% Beitrag, die nun über die bisherigen 10% Beitrag an die G.-L. gezahlt wurden, sollen die Kosten für die Zeitung dann gedeckt werden. —

Durch das Erscheinen der Zeitung ist auch der Ortsverein Breslau zufriedengestellt, welcher von der Konferenz einer größeren Agitationstour durch Schlesien zugestimmt haben wollte, wie der Antrag 4b besagt. Herausgeber des Blattes „Der syndikalistische Bauarbeiter“, ist der Geschäftsleiter. — Redakteur ist einer der beiden zu wählenden Beisitzer. Als Pressekommission fungiert der Ausschuß.

Antrag 2b (Bauberufe Berlin):

„die Mitgliedsbücher in einem schmaleren Format und mit einem steifen Deckel herstellen zu lassen. Für neugewonnene Mitglieder sollen an Stelle der Mitgliedsbücher Mitgliedskarten ausgegeben werden, die für die Dauer eines Jahres reichen. Die Prinzipienklärung ist für die Zukunft besonders herzustellen, so daß sie nicht nur in die Bücher eingestiftet werden, sondern auch zur Propaganda Verwendung finden kann“, wird angenommen, allerdings werden „Mitgliedskarten“ nicht ausgegeben, weil unrentabel.

Antrag 2c (Bauberufe Berlin):

„Jede Solidarität kann in Zukunft nur durch Umlage von der Geschäftsleitung erhoben werden“, wird nach reichlicher Diskussion bedingungsweise angenommen, das heißt,

wenn die Geschäftsleitung in besonderen Fällen anderweitig hat Gelder aufnehmen müssen, soll die G.-L. wie der Antrag 2c besagt, verfahren.

Antrag 6 (Maler Berlin) wird zurückgezogen.

Antrag 4a (Breslau), eigentlich eine Anfrage, wird nach reger Diskussion vom Genossen Kater beantwortet. Er gibt den Rat: In vorkommenden Fällen wegen Terror nicht von der Arbeitsstelle zu gehen, bis man entlassen wird; festhalten, auf wessen Veranlassung man entlassen wird und dann den Urheber auf Grund des Artikels 159 der Reichsverfassung und auf Erstattung des entgangenen Arbeitsverdienstes zu verklagen.

Zu Antrag 1c (Breslau) nimmt die Konferenz den Standpunkt ein:

Akkordarbeit wird, wie bisher, allgemein abgelehnt. Wo es nicht zu umgehen ist, sind wir natürlich gezwungen, diese mitzumachen.

Antrag der Geschäftsleitung:

Ortsvereine, welche fast rein bauberufliche sind, haben ihr Material nicht von der Geschäftskommission, sondern von der Geschäftsleitung der Föderation zu beziehen, wird angenommen. Außerdem sollen die verschiedenen Börsen durch die Presse aufgefordert werden, die Ortsvereine zu sichten und, so weit sich diese bauberuflich zusammensetzen, durch die Börse aufgefordert werden, sich der Föderation der Bauberufe anzuschließen.

Einem Antrag, die Protokolle der I. und II. Konferenz an die Ortsvereine zu versenden, kann nicht zugestimmt werden, weil diese nicht vorhanden sind. Hingegen wird das Protokoll der III. Konferenz von der G.-L. in gedruckter Form an die Ortsvereine versandt. Nachdem noch einige Anfragen nicht einschneidender Natur beantwortet worden sind, und der Gen. Stanislawski die Delegierten auffordert, die jungen Kräfte, den sogenannten Nachwuchs, welchen die Unternehmer in nächster Zeit züchten werden, zu erfassen und zu organisieren, schließt der Gen. Heuer (Halle) die Konferenz mit dem Wunsch, daß alle Kräfte zum Wohl der Organisation sich anspannen und arbeiten mögen.

E. J.

Internationella byggnadsarbetare
konferensen i Lyon den 17 nov. 1926

Representerade voro följande byggnadsarbetare federationer: Hol-
lands, /repr. Lanzink/ Sveriges /repr. Severin/ Tysklands /repr. Buth/
Portugal /repr. Miranda/ Frankrikes /repr. Jouvé, Boudoux. Vagneron
och Boisson/

Konferensen öppnades av representanten för I.A.A. kamrat Schapiro,
vilken också valdes att leda förhandlingarna.

xx xxx xx

Ordföranden föreslog att omedelbart övergå till det praktiska ar-
betet. Ni ha allesamma erhållit, sade han, stadgeförslaget från den
provisoriska kommittén; ni känna varom det rör sig; ni ha redan dis-
kuterat det å eder kongress, och det är därför ändamålsenligast att
den provisoriske,
giva ordet åt sekreteraren för den internationella konferensen, för
att han skall bli i tillfälle att giva en kort översikt av vad som
gjorts för inkallande av den xx internationella konferensen.

Buth: Anser att efter de två kongresser som ägt rum, ~~xx~~ /1/ det
inte föreligger något behov av att prata så mycket. Han påpekar
den omfattande korrespondens som här förts sedan han började sitt
arbete. Han tror icke det är nödvändigt att ~~läsa alla dessa brev~~
föredraga hela denna korrespondens. I.A.A:s andra kongress, som ägde
rum förra året, har beslutat att internationella federationer skall
bildas. Portugal hade erhållit mandat att sysselsätta sig därmed
men hade förklarat, att Portugal var en smula för långt avlägset
från de andra länderna, för att med dessa kunna träffa de nödiga
överenskommelserna inom rimlig tid. I.A.A:s plenarmöte hade då
beslutat att överlämna detta mandat åt den tyska organisationen,
och det var ~~så~~ därför som Buth befann sig förpliktad att
att påbörja arbetet för den internationella byggnadsarbetarefede-
rationen. Den tyska centralorganisationen hade accepterat mandatet
och satt sig i förbindelse med kamrat Lanzink. En konferens ägde
rum i Düsseldorf; vid denna konferens hade var och en av de två
mandatorganisationerna förberett ett förslag till stadgar. En andra
konferens som ägt rum i Berlin hade samarbetat ^a dessa stadgar till
ett förslag, och med detta förslag som grundval ~~had~~ /en main/
hade en appell riktats till de revolutionära syndikalistiska bygg-
nadsarbetareorganisationerna i Frankrike, Tyskland, Belgien, etc.
I.A.A. hade anmodats att sända samma kallelse till de mera avlägsna
länderna Mexiko och Argentina. Ni känna denna appell; den har varit

publicerad i Proletaire och Voix du Travail.

Mandatorganisationen hade betraktat det såsom mycket viktigt att den blivande internationalen bildades i ~~samarbete~~ intimt samarbete mellan tyskar, fransmän, o.s.v.

När vi nu, sade kamrat Buth, under några dagar varit i tillfälle att åhöra förhandlingar å ~~byggnadsarbetare~~ eder byggnadsarbetarekongress, samt de autonoma syndicatens kongress, så ha vi också förstått hela den kamp, som ni ha haft att föra mot C.G.T. och C.G.T.U. Sedan ni nu lyckligtvis blivit organiserade, skall arbetet bliva lättare.

För de germanska länderna har det varit oss lätt att komma till samförstånd; det var språket som förenade oss. En smula svårare var det med ~~fransmännen~~ fransmännen och portugiserna.

Man var betänkt att avhålla den internationella konferensen i Düsseldorf, men händelserna ha följt hastigare än man hade tänkt. Vi erhöilo från den franska byggnadsarbetarefederationen ett långt brev ställt till den provisoriska kommittén, samt innehållande en inbjudan till de utländska representanterna att delta i den franska byggnadsarbetarefederationens extra ordinarie kongress; de finansiella svårigheterna voro ~~fastställda~~ fastställda inför den provisoriska kommittén; om endast ett par representanter skulle ha anlänt hit ~~för~~ för att i egenskap av kamrater erhålla upplysning om situationen i Frankrike, skulle det ha varit nödvändigt att därefter inkalla en internationell konferens, och härför skulle vissa svårigheter ha ställt sig i vägen. Man har då begagnat tillfället att då ~~sammankallades~~ kongressen i Lyon sammankallades samtidigt också sammankalla den internationella konferensen.

Kamrat Buth påpekar nödvändigheten av en internationell förbindelse; utan internationell förbindelse ha vi ingen möjlighet att öva kontroll på våra medlemmar.

Ingenting skiljer oss i dag mera än kändhända ett par tre detaljer i stadgarna; men detta är av mindre vikt, ty det är här icke frågan om ord utan om grundvalen. De holländska och svenska organisationerna ha svarat ~~att~~ att de godkänna de utarbetade stadgarna; C.G.T. i Portugal har givit samma svar. Det föreligger alltså en allmän ~~överensstämmelse~~ överensstämmelse beträffande stadgarna.

Kamrat Buth erinrade om sitt ärliga arbete för den fackliga rörelsen.

Ordföranden: I den dagordning, som publicerats i Voix du Travail, finnes en punkt om valjande av en fullmaktsgårskningskommitte; därpå behöva vi inte förlora någon tid. Kamraterna ha sin mandat i fickan. Vi överlämna dem till den blivande organisationen.

Boisson begär upplysning om vilka organisationer som ~~kan~~ inbjudits att delta i denna konferens.

Ordföranden upplyser att Mexiko och Argentina ha kallats men att deras svar på grund av den korta tiden icke hunnit anlända. Icke dess mindre komma dessa två organisationer att ansluta sig till den blivande internationalen.

För övrigt ha följande organisationer inbjudits att delta i den internationella konferensen: Frankrike, Tyskland, Holland, Sverige, Portugal, Belgien, Mexiko, Argentina, Spanien och Norge.

~~Ordföranden~~
Presidenten upplyser att den norska centralorganisationen blott är en mycket liten organisation, men är sammansatt nästan uteslutande av byggnadsarbetare.

Boudoux: I princip är konstituerande av den internationella byggnadsarbetarefederationen godkänd; byggnadsarbetarefackföreningarna ha givit oss mandat att delta i denna konstitution.

Han ville påpeka, att liksom man konstituerar C.G.T. Syndicaliste Revolutionnaire, ansluten till I.A.A. man ~~håller sig till~~ ~~håller sig till~~ låter sig inspirera av denna metod och att I.A.A. anmodar C.G.T.S.R. att påverka de byggnadsarbetarefackföreningar, som icke äro anslutna till den nationella federationen att ansluta sig till denna federation och därmed till den internationella federation, som vi äro i begrepp att konstituera. Detta emedan vi hava byggnadsarbetarefackföreningar som äro tveksamma /susceptibles/ att inträda /renter/ i C.G.T.S.R. och som ännu inte tillhöra byggnadsarbetarefederationen.

Kamraterna godkände Boudoux' synpunkter.

Jouve: Påpekar att vi godkänna i den största sänja konstituerandet av den internationella byggnadsarbetarefederationen. Jag anhåller att kamraterna från de utländska centralorganisationerna överse med oss, om vi under en viss tid, på grund av orsaker, som äro oberoende av vår vilja, bli provisoriskt inspärrade, ^{nu} /confinés/ liksom vi ha varit intresserade uteslutande av Federation du Batiment, utan att sysselsätta oss med andra frågor /forces des coté/. Emellertid ha vi ~~inte~~ ^(sections) negligerat det utländska arbetet. Då jag varit sysselsatt med des Instables har jag redan trätt i förbindelse med kamraterna i Portugal. Vi ha aldrig varit motståndare till en internationell byggnadsarbetarefederation; det är blott händelserna som tvingat oss att taga den ställning vi tagit.

Vi tacka kamraterna Lanzink och Buth för de ansträngningar de gjort. Situationen är i dag klar; det är onödigt att här upotaga någon debatt om en principförklaring. Vi kunna säkert övergå till det praktiska arbetet.

Boisson: Beklagar till kamratens rapport att han icke har kunnat komma till Federation du Batiment för att lära känna federationens situation och de svårigheter, som den ännu i detta ögonblick har urx synpunkten av dess propaganda,

Vi tacka, säger han, kamraterna för den solidaritet det bringat oss, och som tillåtit oss att sammanträda till denna extra ordinarie kongress. Det skulle vara oss en glädje om kamraterna kunde komma och besöka våra lokaler i Paris.

Ordföranden: Vi skulle kanske kunna avsluta diskussionen med att godkänna ~~rapporten~~ kamrat Buths rapport.

Lanzink: säger att omedelbart som han erhållit appellen om solidaritetsbidrag till den franska byggnadsarbetarefederationen, hade han utsänt cirkulär till alla organisationer, och dessa ha omedelbart svarat därpå,

Konferensen godkänner kamrat Buths rapport.

~~Ordet överlämnas därefter åt Lanzink som förestår för konferensen. Detta beslut tas på rapporterna rörande situationen i varje land. Beslutet är att varje federation bör förbereda en detaljerad rapport och insända denna till internationalen, som därefter tillställer de övriga federationerna den. I dag kunde man inskränka sig till att giva de viktigaste siffrorna från varje organisation.~~

Ordet överlämnas därefter åt Lanzink *som förestår* för konferensen, för att icke spilla för mycken tid på rapporterna rörande situationen i varje land, beslutar uttala att varje federation bör förbereda en detaljerad rapport och insända denna till internationalen, som därefter tillställer de övriga federationerna den. I dag kunde man inskränka sig till att giva de viktigaste siffrorna från varje organisation.

Detta förslag antogs.

Boisson: Giver ~~en~~ några upplysningar rörande den franska byggnadsarbetarefederationen. Han påpekar, att till denna dag federationen har utlämnat 12 000 medlemskort, vilket gör ungefär 4 000 betalande medlemmar pr månad. ~~Kortets~~ Medlemskortets pris är 1 Franc och den månatliga kontingenten 1:75 fr. Se här vad som rör frågan om byggnadsarbetarefederationens effektivitet.

Rörande hållningen hos vår kongress, så ha kamraterna kunnat bilda sig en mening som inte är oviktig för oss; trots karaktären av våra diskussioner rörande solidariteten och verksamheten, så är totaliteten av kamraterna inom byggnadsindustrien eniga med oss. Beviset härför är att det förslag, som i juli månad framlades av Comite National, antagits av majoriteten av syndikaten inom byggnadsindustrien.

Kamraterna böra icke ignorera, att i Federation du Batiment det finnes en minoritet som har tendansen att föra oss mot Amsterdam hellre än mot Moskva. Syndikaten äro eniga med de synpunkter som förfäktas av kamraterna inom byggnadsindustrien /camarades du Batiment/ och inom I.A.A. Detta skall giva verksamheten dess inriktning; redan ha kamraterna i skifferbrotten i Trelaze lovat oss ~~att i samverkan med oss sätta sig i kontakt med skiffertäckarna i Angers för att återföra dessa till Federation du Batiment.~~ att i samverkan med oss sätta sig i kontakt med skiffertäckarna i Angers för att återföra dessa till Federation du Batiment. Vi hysa förhoppningar att år 1927 skall medföra en förnyelse bland byggnadsarbetarna.

Den enda farhåga som ha är att sista Comité National har höjt kontingenten med 0,75 fr. i ett enda slag, och vi bli säkerligen tvingade att ytterligare höja den med 0:50 fr. Om vi begära 1 fr. så kan det hända, att de mindre stabila organisationerna återgå till den lokala självständigheten.

Boisson påpekar likaledes för kamraterna, att till förfogande stå följande tidningar: Le Travailleur du Batiment /Byggnadsarbetaren/ Le Proletaire, ^{samt} en tidning som utgives av Syndicat Unique du Batiment de la Seine /departementet Seines förenade byggnadsarbetarefackföreningar/. Dessutom äger Syndicat des Terrassiers de la Seine / anläggningsarbetare/ ~~vilken~~ kommer att ansluta sig till federationen, en tidning: Le Terrassier.

Jouve: kompletterar de uplysningar Boisson givit med att påpeka, att de ha övervägt hur propagandan skall kunna bedrivas. Han hade föreslagit utgivandet av ett speciellt märke, som skulle vara obligatoriskt för alla syndikat inom federationen. Detta märke, vars pris skulle vara 0:50 fr. skulle lätta den börda tidningen utgör ~~utgör~~ ~~utgör~~ och vara ett märke för propagandan. Kongressen har emellertid beslutat göra ~~utgör~~ märkesköpet frivilligt och inte obligatoriskt. Han föreslår att I.A.A:s affisch skall utgivas i märke genom I.A.A:s försorg, för varje land och dess propaganda.

Ordföranden upolyser att kontingenten till I.A.A. betalas genom ett märke, som har just samma bild.

Jouve anser att detta märke skulle giva resurser åt I.A.A. åt de nationella byggnadsarbetarefederationerna och åt den internationella byggnadsarbetarefederationen.

Severin: Den svenska byggnadsarbetarefederationen är sammansatt icke endast av egentliga byggnadsarbetare, utan också dem som äro sysselsatta med framställning av de materialer, som förnämligen ~~äro~~ användas inom byggnadsindustrin. F. n. räknar federationen ungefär 15 000 medlemmar. Detta betyder emellertid inte att alla betala kon-

tingent; det existerar nämligen en rätt betydande arbetslöshet, och de arbetslösa betala ingen kontingent till organisationen.

Severin säger att det finnes relativt få yrkeslärda arbetare, såsom snickare, målare etc. inom federationen. Största delen äro grovarbetare eller anläggningssarbetare, vilka äro organisationens förnämsta stöd. De ha ständigt varit den revolutionära syndikalismens banérförare, och äro för övrigt mycket goda organisationsmedlemmar som icke frukta att bära klasskampens bördor och ansvar.

I Sverige ha vi blott en enda kontingent, som går till centralorganisationen, genom vilken den senare fördelas till de olika organen. Vi betala till ~~xxxx~~ centralorganisationen ungefär 3:75 fr. pr vecka förutom understödet till de stridande. Till understödefonden betalas ungefär 8 fr. ^{pr} vecka och medlem. Dessutom ha de lokala organisationerna en viss summa för sin administration. Det är icke federationerna som under strejker understödja de stridande utan centralorganisationen.

Beträffande propagandan utföres den i Sverige genom distriktsorganisationer och icke av federationerna. Sådan är situationen ungefär inom den svenska byggnadsindustrin.

Lanzinkx /Holland/ giver följande detaljer rörande organisationsförhållandena. År 1923 räknade vi 75 medlemmar. Detta var just i ögonblicket av den ryktbara splittringen inom den revolutionära syndikalismen i Holland, när den gamla syndikalistiska centralorganisationen blev kommunistisk. För närvarande har den holländska organisationen 600 medlemmar i 15 lokalorganisationer. Hos ^{oss} är det i motsats till Sverige huvudsakligen yrkeslärda arbetare, som tillhöra organisationen såsom målare, stukatörer o.d.

Arbetsförhållanden äro ungefär ~~xxxxxxx~~ följande: de reformistiska, katolska etc. organisationerna å ena sidan och arbetsgivarna å andra sluta arbetsavtal; de revolutionära syndikalistiska organisationerna ha velat vara närvarande vid förhandlingarna, men detta har förkastats av arbetsgivarna. De ha icke velat tillåta de revolutionära syndikalisterna att närvara.

Lönerna äro uppdelade i 6 klasser; ~~xxxxxxx~~ de högsta äro de som utgå i de tre stora städerna Amsterdam, Rotterdam och Haag. Den högsta lön, som utgår i storstäderna, är ungefär 9 fr. pr timme. I de mindre städerna är timlönen ungefär 4:50 fr. Det förekommer också ackordsarbete, framför allt vid hybyggnader, där arbetarna kunna förtjäna 1:10 floriner pr timme, d.v.s. ungefär 13:20 fr. Den dagliga arbetstiden är 8½ timme utom lördagen.

Pr vecka är arbetstiden 48 timmar. I Amsterdam arbetar man dock blott 8 timmar om dagen, ehuru lagen säger 8 $\frac{1}{2}$. Kamrat Lanzink framhåller, att det är efter den revolutionära perioden i Europa, som 8-timmarslagen är antagen, men byggnadsarbetarna gjorde blott 8 timmar även före lagen.

Kontingenten utgår med ungefär 60% av en timlön pr vecka; d.v.s. i de stora städerna betalar man 60 % av 85 cents, vilket gör ungefär 6 fr. Av denna summa gå 15 cents till stridsunderstöd och resten till propaganda, tidningar etc. Alla medlemmar av byggnadsarbetare-federationen erhålla centralorganisationens veckoorgan.

För närvarande existerar det en betydande arbetslöshet i Holland. Denna har förnämmligen uppkommit därigenom, att regeringen indragit de subsidier, som förut givits till städerna, för att därigenom stimulera den privata byggnadsverksamheten. Städerna kunna alltså icke längre bygga. Det finnes ungefär 12⁰⁰⁰ arbetslösa i Amsterdam och 50 000 i hela landet.

Kamrat Lanzink framhåller att den revolutionära syndikalistiska propogandan bedrivits i alla tider och utan uppehåll.

Miranda /Portugal/ Gör en översikt över förhållanden inom byggnadsindustrin i sitt land. Ända fram till 1890 arbetarna började ~~xxxx~~ arbetet då solen gick upp och slutade när den gick ned.
~~xxxx~~ / commencait au lever du Soleil pour terminer au coucheur du soleil /

I april 1913 federationen tillkämpade sig ~~9 $\frac{1}{2}$~~ 9 $\frac{1}{2}$ timmars arbetsdag under sommaren och 8 timmar på vintern.

I april 1916 erövrades ~~7 $\frac{1}{2}$~~ 8-timmarsdagen efter några dagars strejk. I Portugal räknas för närvarande ungefär 18 000 arbetslösa inom byggnadsindustrin. Åttatusen ha emigrerat till andra länder. Kamrat Miranda säger, att även om arbetarna arbeta 6 dagar i veckan, så är deras ställning ganska miserabel.

/Se för övrigt den skriftliga rapport rörande Portugal som Miranda lämnat/

Severin kompletterar sin rapport; rörande pressen påpekar kamrat Severin, att även byggnadsarbetarefederationen i Sverige har ett organ, en mindre revy, som utkommer i gång i kvartalet. För övrigt tjänstgör den dagliga tidningen för de meddelanden, som federationerna önska göra.

~~xxxx~~ / Här följer i protokollet vad jag yttrade rörande registret, vilket emellertid är så fullständigt korrumpert att det ingenting tjänar till att översätta. F.S./

Kamrat Miranda kompletterar likaledes sin rapport med ~~xxxx~~ en upplysning rörande kontingentbetalningen inom hans organisation. Kontin-

genten är ungefär 42 franska centimer i veckan. Av dessa gå 20 % till propagandan i regionens centrum, och 20 % till federationens resp, sektioner i norr, 10 % för åttan ~~5~~ 5% för följda medlemmar, 5 % för strejker och solidaritet, 10 % för ~~med~~ utgivandet av ~~deras~~ deras Revy, och 20 % för federationen själv.

Boisson påpekar, att han i kamraternas papper lagt in federationens städgar, där de kunna finna hela den mekanism som reglerar arbetet inom Federation Nationale du Batiment.

Beträffande 8-timmarsdagen, så är denna arbetsdag i Frankrike legaliserad, men redan före 8-timmarsdagen, så arbetade man inom vissa yrken blott 9 timmar ehuru lagen var 10 timmar.

För närvarande, med tillämpning av reglementet för den offentliga administrationen i varje industri, ~~skäl~~ ha entreprenörerna rätt att uttaga 8 timmar på vintern och 9 på sommaren. Det finnes emellertid vissa centra, såsom t. ex. Lyon, där 8-timmarsdagen är fullständigt genomförd.

Rörande lönerna i de stora städerna sådana som Paris och Lyon etc. timlönen är ungefär 5 fr. Vissa yrken ha 6 och ~~5~~ 6:50 fr. Grov- och hjälparbetare ha en timlön som varierar mellan 4:25 fr. och 4:50 fr. I provinnsstäderna ~~lönerna~~ ~~variera~~ mellan 3 och 4 fr,

Beträffande ackordsarbete, så utgör detta i vissa städer ett hinder för arbetarna att organisera sig. Arbetsgivarna underlätta därför också detta arbete för att hindra den fackliga organisationen att göra sig gällande.

Buth: /Tyskland/ Beträffande byggnadsarbetarefederationen i Tyskland så är denna bildad 1920; före dess bildande funnos blott lokala byggnadsarbetareorganisationer i landet. För närvarande äro 52 organisationer anslutna till denna federation, med ungefär 4 000 medlemmar; till jämförelse kan nämnas att de reformistiska byggnadsarbetareorganisationerna räkna ungefär 400 000 medlemmar.

Lönerna äro följande: 5:30 fr. till 7:70 fr. för grovarbetare och 8:75 till 10:25 för yrkesarbetare. Kontingenten är ungefär 7 fr. pr vecka och medlem; i speciella fall ~~denna~~ ^{kan} denna kontingent ~~är~~ ~~med~~ ~~xxxx~~ ~~upgå~~ till 10:50 fr. pr vecka. Av denna kontingent gå 15 % till federationen för dess eget arbete och 85 % kvarstanna hos de lokala organisationerna för deras arbete. För ~~strids~~ ~~under~~ ~~stöd~~ stridsunderstöd beslutar varje organisation själv ett visst veckobidrag till strejkkassan.

Åttatimmarsdagen existerar med 7 timmars arbetstid på lördagen.

Situationen inom byggnadsindustrien i allmänhet i Tyskland är

miserabel. Arbetslösheten har på sommaren gått upp till 60 % men under vintern ända till 90%. Trots detta erhålla vi dock en summa i kontingent, som tillåter oss arbeta för organisationens framgång.

Ordföranden: Jag tror att vi nu ^{omedelbart} kunna diskutera stadgefrågorna och det praktiska arbetet, som skall följa på konferensen. Som kamrat Buth har rapporterat äro organisationerna i Holland, Sverige och Portugal redan eniga ~~med~~ om stadgarna. Det är sålunda de franska kamraterna, som ha att meddela oss sina ~~önskemål~~ önskemål beträffande stadgarna.

Boisson: Beträffande stadgarna, som förelagts vår kongress, så har denna beslutat framställa följande förslag till den internationella konferensen:

I artikel 5 rörande den internationella konferensen och röstnings-sättet vid denna, föreslå vi, att det i stadgarna fastställs, att varje ansluten federation skall ha en röst.

I artikel 6 rörande de administrativa organen föreslå vi följande tillägg: I fall av en permanent anställd, skall hans mandat begränsas till två år; därefter är han inte åter valbar, förrän två år förflutit.

Kamrat Lanzink säger framhåller, att varje medlem av organisationen har rätt att välja vem han vill; han betraktar det framställda förslaget såsom en begränsning av de individuella rättigheterna; han begär att få välja vem han vill och bli vald genom vem han vill. Om sekreteraren skall vara helt betald ~~med~~ eller icke är principiellt sett av sekundärt intresse. Han förstår det framställda förslaget och påpekar som exempel, att i Holland ^(det finnes) en syndikalistisk centralorganisation, för vilken vi ännu icke äro tillräckligt syndikalister; den har icke några betalda funktionärer.

Han anser, att om vi ha en god organisatör, så är det icke nödvändigt att begränsa hans mandat till den eller den tiden. Han hade i går afton sett, vad det betyder, när man vill ha en ny funktionär men icke kan finna någon.

Han beklagar att han icke kan acceptera det av fransmännen gjorda förslaget.

Severin: Jag är fullständigt enig med Lanzink i vad han framfört, framför allt i frågan om internationalens ~~struktur~~ struktur. Det tager alltid sin tid att komma i god rapport med de olika länderna; i samma ögonblick som kamraten är i stånd att verkligen utföra ett arbete, så är tiden inne då man nödgas ersätta honom.

Boisson: Vi ställa icke denna fråga såsom för anslutningen grundläggande; endast såsom belysande den franska rörelsens originella

^{det är}
 karkötär; en fråga om en viss doktrin; men den skall icke göras till en fråga om anslutning, ehuru vi försvara den även inom den internationella federationen.

Buth är av samma mening som de holländska och svenska kamraterna och framhåller, att det är en stor fara för internationalen om den ~~xxx~~ städse skall ha detta damoklessvärd svävande över sitt huvud.

Lanzink framställer följande förslag till paragraf 6: Ett sekretariat på tre personer väljes av varje konferens för en tid av två år.

Kamrat Miranda är anhängare av samma ~~enxagxx~~ mening som de franska ombuden framfört.

Vagneron uppskattar de argument som framfört av kamraterna från Sverige och Hollandx för internationalens dokumentation.

Lanzinkx tilläggsförslag antogs.

Ordföranden frågar de franska kamraterna, om de antaga Lanzinks förslag sådant det framställdes av honom eller med reservation.

Jouve: Med reservation för framtiden. Vi påpeka för eder vår synpunkt; vi ha mandat ~~äxxkxx~~ därtill. Lanzinkx förslag giver oss tillfredsställelse och borgen för det goda samarbete som är nödvändigt. Vår federation kan växla synpunkt i framtiden men för ögonblicket ha vi vårt mandat.

Lanzinks förslag ~~ix~~ antages med reservation från de franska och portugisiska delegationerna.

Boisson: Federation du Batiments kongress har föreslagit, att internationalens säte skall förläggas till Holland.

* Lanzink föreslår att man redan nu fixerar antalet sammanträden för byrån, och att man i stadgarna rörande byrån gör följande tillägg: Byrån skall vara sammansatt ---- etc --- och skall sammanträda två gånger om året.

Severin: Jag tror icke det är nödvändigt att i stadgarna markera antalet sammanträden för byrån. När byrån är sammansatt av en medlem från varje ansluten organisation, så ~~xxxax~~ utgöra dess sammanträden nära nog en kongress, och man kan inte hålla två kongresser pr år; det är för dyrt. Man bör kunna träffa överenskommelse mellan byråmedlemmarna pr korrespondens. Han föreslår att ~~xxaxskadgaxxax~~ i stadgarna ingenting fixeras beträffande sammanträdena.

Kamrat Lanzink återtager sitt förslag.

Kamrat Miranda föreslår följande namn för organisationen: Internationella syndikalistiska byggnadsarbetarefederationen / I.S.B.F./

Lanzink: I artikel 3 första stycket heter det: De till I.S.B.F. anslutna organisationerna kämpa i överensstämmelse med I.A.A. för

6 timmars arbetsdag och för förbättring av lönerna och arbetsvillkoren. Detta är en upprepning, ty 6 timmars arbetsdag är inbegripen i förbättring av arbetsvillkoren. Han föreslår följande lydelse:

"kämpa i överensstämmelse med I.A.A. för förbättring av arbetsvillkoren."

Genom ~~xxxxxxx~~ I.A.A:s beslut är det en nödvändighet att kämpa för 6-timmarsdagen; därigenom att man kämpar ~~xxx~~ i överensstämmelse med I.A.A:s beslut så kämpar man också för 6 timmarsdagen.

Ordföranden föreslår följande lydelse: "för förbättring av arbetsvillkoren och särskilt för ~~xxxxxxx~~ 6-timmarsdagen".

Lanzink godkänner denna omkastning.

Organisationens namn beslutas skola vara Internationella syndikalistiska bygnadsarbetarefederationen / I.S.B.F./

Ordföranden ~~xxxxxx~~ ställer stadgarna under proposition; de antagas.

~~Ordföranden~~ Det återstår ännu tre frågor att besluta i: sekretariatet, förläggningssorten och kontingenten.

Boisson: Vi föreslå att förlägga sekretariatet till Holland.

Lanzink: ~~Skälxxxxxxx~~ Måhända vore det bättre att förlägga det till Berlin, då det många gånger givets arbete som skall utföras i gemenskap med I.A.A.

Boudoux är av samma mening som Lanzink.

Severin: Jag tror det är bättre att förlägga det till Holland. Det ligger en viss tendens därråt, att Tyskland har alla internationella sekretariat.

Miranda är anhängare av Holland som förläggningssort.

Ordföranden ställer under proposition förslaget om internationella sekretariatets förläggning till Holland.

Holland antages med 4 röster mot 1.

Ordföranden framställer följande förslag: Det organ som nu träder i verksamhet måste stå i den bästa förbindelse med de olika länderna; vore det därför icke skäl att välja ett sekretariat av tre medlemmar i olika länder: en aktiv sekreterare i Holland och två assisterande: en i Frankrike och en i Tyskland.

Lanzink framhåller, att det är rätt svårt för den aktive sekreteraren att alltid ha att diskutera med sig själv, då ingen medlem av sekretariatet finnes i hans närhet. Han föreslår att man förändrar stadgarna till följande lydelse: "4 sekreterare, varav två i det land, dit sekretariatet är förlagt, och två i två andra länder.

Detta förslag antages: Två sekreterare i Holland, 2 i Frankrike och 1 i Tyskland.

Boisson föreslår att det bör vara resp. sekreterare i federationer-

na som skola väljas till internationalens sekreterare.

Ordföranden: Det är federationen som beslutar, om det så blir sekreterarna eller andra kamrater.

Kongressen utser följande kareter under reservation för ~~respxxx~~ deras resp. organisationers ratifikation:

Aktiv sekreterare: Lanzink.

Assisterande sekreterare: Buth, Tyskland och Jouve Frankrike.

Den 4:de sekreteraren skall väljas av den holländska organisationen.

Varje till I.S.B.F. ^{avslutad organisation} (skall) utse en medlem i byrån.

Ordföranden: Vi ha nu kvar att diskutera frågan om kontingenten.

Boisson föreslår, att kontingenten skall sättas så lågt som möjligt.

Schapiro föreslår 10 /holländska/ cents pr medlem och år. Detta gör ungefär 1:20 fr. eller ungefär 0:10 fr. pr månad. Denna kontingent bör betalas kvartalsvis.

Boisson frågar om federationen skall vara tvungen att betala regelmässigt, trots alla skulder som den har; detta blir mycket svårt.

Kamraterna föreslå att kontinentbetalningen /för Frankrike, F.S./ icke börjar förrän med utgången av juli 1927

Jouve: Vi skola försöka att finna någon väg att uppbringa medel. Han föreslår att I.A.A. åtager sig att låta framställa de märken, som skola säljas; detta skall skänka oss en resurs att skapa en fond och bespara oss tryckningskostnaderna.

Detta förslag antages. Märkena från I.A.A. skall levereras med de olika organisationernas namn.

Lanzink: Vore det icke så gott att bestämma datum för organisationens trädande i funktion. Föreslår att Internationella byggnadsarbetarefederationen träder i funktion den 1 jan. 1927

Detta förslag antages.

Med hänsyn till ~~xxxxxxx~~ revisorerna /Commission de Controle/ framhåller Lanzink, att dessa från den 1 jan. bära ha skyldighet att kontrollera räkenskaperna. Han föreslår därför att revisorerna väljas av den holländska byggnadsarbetarefederationen.

Detta förslag antages.

Ordföranden: Internationella ~~Byggnads~~ Syndikalistiska Byggnadsarbetarefederationens konferens har avslutat sitt arbete. Det är det första försöket, som gjorts av I.A.A. Vi ha redan börjat arbetet för att förbereda en metallarbetareinternational. I det jag avslutar denna kongress uttrycker jag den förhoppningen, att arbetet skall bedrivas med större energi än någonsin, och att vi inom I.A.A. skola kunna skapa en starkt organiserad industriell rörelse, Avslutning kl. 6:10. e.m.

Anmärkningar
(av översättaren)

Såsom i de flesta fall vid översättningar av denna art uppstå / vissa ~~svår-~~
~~svårigheter~~ vid översättningen, på grund av vissa tekniska termer och fra-
~~sa~~ som på sitt språk har sin särskilda ~~betydelse~~. Jag har därför, där över-
sättningen blivit mycket fri, inom parentes meddelat den franska texten, om
det kan vara eder till någon glädje. För övrigt följer här ett par anmärk-
ningar som hänför sig till ~~xxxxxxx~~ de i tex-
ten inom parentes insatta numren:

1) Här avses de båda franska kongresser, som föregingo den internationella,
och som de utländska ombuden bevistade.

2) Jag är icke fullt säker på vad "Sections Instables" egentligen är.
"Instable" betyder egentligen "ostadig", men en översättning till "de ostadiga
sektionerna" skulle naturligtvis vara meningslös. Sannolikt betyder det
emellertid här tillfällighetsarbeten, måhända också vad vi här i landet bru-
ka kalla anläggningsarbeten. ^{Enligt} protokollet från Federation du Batiments ~~ix~~
10:de kongress år 1925 föreslår nämligen Jouve (samma man som använder uttryc-
ket i det här översatta protokollet) följande lydelse på artikel 10 i stad-
garna: "Pour att underlätta fackföreningarnas rekrytering och den federala
aktionen, skapas det vid de stora offentliga arbetena (kanaler, tunnlar
järnvägsbyggnader, vägar och i de förstörda områdena etc.) "des sections
federales ~~instables~~ d' Instables", vilka äro direkt förbundna med federationen och admini-
strerade av denna etc." Detta ger otvivelaktigt förklaringen, men eftersom
jag även själv är intresserad, skall jag vid tillfälle skriva till Schapiro
~~vid tillfälle~~ och fråga.

3) Här avses uppenbarligen Federation du Batiment; direkt översatt saknar,
som ni se, uttrycket mening.

4) Huruvida "huit" (le huit) i detta sammanhang betyder 8-timmarsdagen
eller något annat är jag urständsat att avgöra.

F.S.

Protokoll
Rapport rörande internationella byggnadsarbetare-
konferensen ~~och~~ denna sammanhängande

förhållanden

Anledningen till att konferensen förlades till Lyon i stället för såsom förut avsetts till Düsseldorf, varigenom representationskostnaderna åtskilligt höjdes, var förhållandena i Frankrike. Sedan den 1923 bildade Confederation Generale du Travail Unitaire anslutit sig till Röda Fackföreningsinternationalen har hela tiden funnits en opposition, som dels torde kunna betecknas såsom ren-syndikalistisk och dels anarkistiskt betonad. En betydande mängd fackföreningar utträdde dels ur den gamla C.G.T. på grund av denna enligt allmän uppfattning reformistiska orientering, och dels ur C.G.T.U. på grund av dennas anslutning till R.F.I. Sannolikt föranleddes utträdet ur landsorganisationerna till mycket stor del även av den rena slöheten, vilken måhända kan sägas vara en rätt naturlig reaktion efter C.G.T:s våldsamma ansvällning under och åren närmast efter kriget. Härfor talar den omständigheten, att större delen av de sålunda utträdde fackföreningarna alldeles upplösts och medlemmarna övergått i de oorganiserades led. Uteslutet är inte heller, att denna slöhet medverkat till utträdet, även där den angivna orsaken varit missnöje med landsorganisationernas politik ur ideella synpunkter.

Emellertid sammanslöto sig en del av de sålunda på ideella grunder utträdde fackföreningarna i en organisation, som man kallade Union Federativ des Syndicats Autonomie en France, vanligen förkortad till U.F.S.A. Denna sammanslutning betecknade sig inte själv som en landsorganisation och var knappast heller i sträng mening en facklig organisation. Fackföreningarnas självständighet inom sammanslutningen var fullständig och om något enhetligt utträdande kunde det sålunda inte bli tal. Egentliga stadgar funnos inte och bestämda bidrag utgingo inte heller. Sammanslutningen var sålunda så löslig som gärna möjligt, och den utgjorde närmast ett moraliskt stöd för de utträdde fackföreningarna dels i deras strävan att fortfarande upprätthålla organisationen och dels i striden mot de båda landsorganisationerna. Förutsättningen att av dessa spridda grupper bilda en något fastare organisation voro icke heller stora, då man saknade den stomme, som en stor grupp inom samma industri kunde utgöra. Industrifederationerna voro anslutna till de båda landsorganisationerna, och det var sålunda endast enskilda fackföreningar inom spridda områden

som deltog i sammanslutningens arbete.

Den enda industri, där man räknade ett större antal sympatisörer var byggnadsindustrin. Inom denna industri hade federationen "Federation du Batiment et des Travaux Publics" bibehållit sin självständighet och stod icke ansluten till någon av de båda landsorganisationerna. Emellertid hade även inom denna industri så många arbetare utträtt ur federationen och bibehållit anslutningen till landsorganisationerna, att inom var och en av dessa en ny federation bildats. Vilken av de sålunda existerande trenne byggnadsarbetarefederationerna som är den största, är mera än jag kan säga. Inom ^{den ursprungliga} federationen hade i varje fall aldrig på en gång en så stor grupp ställt sig i opposition mot dess självständiga ställning, att ~~en~~ majoritet kunnat vinnas för anslutning till den ena eller andra landsorganisationen. Den självständiga byggnadsarbetarefederationen ~~var~~ sålunda den ursprungligen enhetliga organisationen, medan de två andra måste betraktas såsom avspittringar.

Kunde denna industrifederation vinnas för bildande av en ny landsorganisation, hade man emellertid den stomme, kring vilken denna organisation kunde uppbyggas. För en sådan politik var redan federationens exekutivkommitte och dess verksamaste medlemmar vunna, men därmed var ingalunda säkert att federationens majoritet kunde övertygas om det riktiga i denna taktik. Det är ett egendomligt psykologiskt förhållande inom den franska fackföreningsrörelsen, att ehuru den ~~stärkst~~ ofta varit utsatt för svåra inre strider och splittringar, så har dock hos medlemmarna kvarstannat något slags pietetsfull vördnad för enheten, sådan den en gång 1895 /genom C.G.T:s bildande/ och 1902/genom Arbetsbörsernas federations inträde i C.G.T./ uppstod. Enheten är en doktrin, som man städse talar ~~om~~ om och pliktskyldigast gör sin reverens, även om man inte alltid handlar, så att den kan bevaras.

Emellertid hoppades man att genom de utländska representanternas närvaro vid den franska byggnadsarbetarekongressen kunna påverka ^{(ombuden} ~~den~~ i riktning mot bildande av en tredje landsorganisation i Frankrike. Detta var den viktigaste anledningen till den internationella konferensens förläggande till Lyon, där den franska byggnadsarbetarefederationen samtidigt skulle ha extra kongress. Man hoppades dessutom att genom de utländska ombudens närvaro kunna höja de franska byggnadsarbetarnas tillförsikt rörande organisationen och dess framtida kamp. Medlemmarna hade faktiskt gripits av ett slags apati för hela organisationsverksamheten och varje offer för denna. Framför allt var kontingentfrågan ett brännande spörsmål. De franska arbetarna ha aldrig tillhört de ekonomiskt offervilliga, och höga och regelbundna kontin-

genter ha aldrig stått högt i kurs. Då detta motiverats med ett slags revolutionärt förakt för att slåss med pengar, så har det sannolikt mest varit ett försök att göra en dygd av nödvändigheten. Under senare år har denna motvilja mot kontingentbetalning ytterligare ökat, något som kanske är mindre egendomligt med hänsyn till valutaförsämringen och den därav följande prisstegringen, mot vilken arbetslönerna blivit väsentligt efter, alldeles som hos oss under kriget. Organisationerna befunno sig faktiskt i en sådan moralisk upplösning, att de ideella betänkheterna endast ~~xxxx~~ utgjorde mycket små hinder för anslutning till den landsorganisation, som hade bäst om pengar. Och båda de förefintliga landsorganisationerna voro små kapitalister i jämförelse med den åt I.A.A. orienterade minoriteten. Kunde de utländska delegaternas närvaro vid den franska kongressen och deras berättelser om de offer, som arbetarna i andra land bringade de syndikaistiska organisationerna, verka uppryckande på de franska arbetarna, skulle mycket vara vunnet. Stöd från utlandet och möjligheter till samarbete med kollegerna i andra länder i praktiska frågor, som nära berörda de franska byggnadsarbetarna, skulle vara en hävstång, genom vilken fransmännen rycktes upp ur sin apati och följaktligen också ur den lokala och fackliga autonomi, som under den ideella slöjan närmast var en kontingentfråga, men som förhindrade organisationerna att prestera ett praktiskt arbete.

~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~

Bland de praktiska organisationsfrågor, som för närvarande intressera de franska arbetarna, är frågan om emigrationen en av de viktigaste. I ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ det långa cirkulär, var den franska medbyggnadsarbetarefederationens exekutivkommitte beledsagade stadgeförslaget till den internationella byggnadsarbetarefederationen, då detta sändes ut till avdelningarna, uppehåller man sig också nästan huvudsakligen vid emigrationsfrågan, ehuru man måste veta, att denna fråga måste komma att spela en underordnad roll, sådan byggnadsinternationalen blir sammansatt. De emigranter, av vilka fransmännen lida, komma i huvudsak från Polen, Italien och till någon del från Spanien och Portugal. Emellertid är det i huvudsak från de två förstnämnda länderna, och dessa bli inte representerade i ~~xxxxxxxx~~ byggnadsarbetareinternationalen. Här nedan följer exekutivkommitens cirkulär till avdelningarna i översättning, varav synes vilken betydande roll emigrationsfrågan tillmätes:

4

Studier till ett förslag till bildande av en industriell
och internationell byggnadsarbetarefederation

Inledning.

Den extra ordinarie kongressen i Lyon har på sin dagordning skapande av en internationell organisation varit följande byggnadsarbetarefederationer skola delta: Frankrike, Tyskland, Holland, Sverige och Portugal, för att behandla alla aktuella problem ~~xxxx~~ på det internationella planet.

- 1/ Emigrationen
- 2/ Den internationella industriella strejken
- 3/ Huru skall en pånyttfödelse av förkrigstidens revolutionära syndikalism åstadkommas.

Varför äro dessa frågor upptagna till debatt? Emedan de alla äro av aktualitet och sporra /passionent/ oss till våra strider på arbetsplatser och verkstäder. Vi erhålla varje dag klagomål från arbetarna mot det utländska arbetet; ~~xxxx~~ emedan ^(de utländska) kamraterna komma och ersätta de organiserade arbetarna ~~xxxx~~ /travailleurs syndicalistes/ till ett billigare pris ~~xxxx~~ förklara de: medan vi söka arbetet - arbeta utlänningarna och beröva oss vårt bröd.

Äro de ansvariga, dessa utländska arbetare, därigenom att de ~~xxxx~~ ~~xxxx~~ stundom ignoera alla organisationer, icke förstå att förklara sig på franska, icke känna ~~xxxx~~ gällande arbetsvillkor samt vanor och bruk inom organisationerna? Dåligt närda och dåligt logerade äro emigranterna ibland, för att icke säga alltid, exploaterade av agenter, mellanhänder och entreprenörer, som framför allt vilja ha dem hit för att förstöra den revolutionära syndikalismen till förmån för kapitalismen.

De icke organiserade arbetarna äro till en del /un peu/ orsak till detta intrång på arbetsplatserna, emedan de, då de icke tillhöra ~~xxxx~~ deras klass' organisation, ha mycket svårt att appellera till fackföreningen eller motsvarande organisation för att kämpa mot detta plågoris. Det är beklagligt att konstatera att bland 10 millioner arbetare i landet, det i fackföreningarna inom de två C.G.T. icke finnes mera än 1 million medlemmar.

Vad ha vi gjort på emigrationens område? Icke stora saker av det som vi skulle göra. Vad skola vi göra? Vi ha upprättat en emigrationskommitté för upplysning, övertygelse /documents/ och propaganda, vilken börjar att arbeta för S.U.B /Syndicat Unique de Batiment/ och under kontroll av I.A.A. Vi skola göra en appell till de verksamma

~~xxxx~~ utsända till eder det här närslutna stadgeförslaget, för att ni
må taga kännedom därom och diskutera det i edera syndikat. Vi förmäna
oss på detta sätt ha arbetat för den revolutionära syndikalismen,

Väntande på diskussionen och på kongressens beslut be vi
eder mottaga, kamrater, våra broderliga hälsningar.

Exekutivkommitten

Med det omtalade stadgeförslaget, som utsändes för diskussion,
avses förslaget till stadgar för den internationella byggnadsarbete-
refederationen. (F.S.)

Hur nödvändigt det var att betona just de praktiska organisations-
 angelägenheterna såsom emigrationsfrågan får man en påminnelse om från
 fackföreningarnas behandling av cirkuläret. I Paris som är den franska
 byggnadsarbetarefederationens starkaste fäste, ~~xxxx~~ och där dessutom
 hela exekutivkommitén är förlagd, kunde i alla händelserna stadgarna
 till den internationella byggnadsarbetarefederationen ^{inte} behandlas utan
 att betydande ändringsförslag framlades, såsom synes av nedanföljande
 resolution, antagen av Syndicat Unique du Batiment de la Seine /S.U.B./
 I denna resolution finner man som synes ~~xxxx~~ uttryck för den förut
 nämnda värnaden för enheten. Där det redan existerar fackföreningar
 som äro anslutna till någon av de båda ~~xxxx~~ förefintliga
 byggnadsarbetareinternationalerna bör man icke splittra, vilket väl
 betyder att man varken bör försöka bilda nya fackföreningar eller
 söka få över de gamla. Man finner likaledes uttryck för kärleken
 till den s.k. autonomien. Den nya byggnadsarbetareinternationalen får
 icke vara ansluten till I.A.A. och varje antydning om en sådan anslut-
 ning eller en orientering åt I.A.A. i stadgarna bör bortfalla. Slut-
 ligen är det måhända betecknande, att man i artikel 8 vill ha bort
skyldigheten att till medlemmarnas kännedom bringa meddelandena
 från byggnadsarbetareinternationalen och ersatt med frivillighet.

Jag låter här S.U.B:s resolution följa:

2/ ~~84~~
I artikel 5 andra stycket ~~xxx~~ skola de konferensens beslut, som ha finansiell karaktär, vara obligatoriska för alla anslutna. Röstnings-sättet är baserat på syndikatens representation antingen denna är direkt genom enskilda syndikat eller genom den federala kanal^{en} för ~~en~~ federerade syndikat.

I artikel 8 bör ordet skyldighet^(devoir) ersättas av ordet frivillighet^(faculté),

xxx

Det är lätt att finna, att samma tankar och idéer, som få uttryck i S.U.B:s resolution å sin sida givit anledning till ^{Jeu} påtagliga försiktighet med vilken exekutivkommittén yttrar sig i en berättelse till kongressen. Synbarligen vållar det exekutivkommittén åtskilligt besvär att komma fram med de förslag, som ligger den på om hjärtat. Klago-målen över de finansiella svårigheterna äro motiveringen för en kontingentförhöjning, vilken man dock i berättelsen icke vågar omnämna av fruktan för att skrämja bort några fackföreningar. I protokollet från den internationella konferensen ger också Boisson uttryck för sin fruktan, att kontingentförhöjningen skall förmå vissa fackföreningar att kvarstå i lokal autonomi. Kontingentförhöjningen var i och för sig oundviklig, om någon central organisationsverksamhet skulle kunna uprethållas, men man ville uppenbarligen ha detta förslag från annat håll än från exekutivkommittén. Detta sammanhänger tydligen i sin ordning med den primitiva fruktan för funktionärer och organisationsledning, av vilken den franska rörelsen behärskas, och vilken jag senare berör med några ord.

För övrigt är som synes hela berättelsen ett upprepande av samma fraser som sedan två ~~decennier~~ eller tre decennier tillbaka i Frankrike gällt som oantastliga. Dessa fraser kunna i den franska fackföreningsrörelsen icke framkalla någon diskussion; den politiska oavhängigheten t. ex. är en gång för alla erkänd såsom ~~grundvalen~~ den teoretiska grundvalen för den franska fackföreningsrörelsen, även om man inte alltid i praktiken handlar därefter, varken i Frankrike eller i andra länders syndikalistiska organisationer. Den lokala självbestämmanderätten eller autonomien, som man här kallar den, är synbarligen också en företeelse som man har åtskilliga svårigheter att komma förbi. Å ena sidan är man klar över att den lokala autonomien måste beskäras, om en central organisation skall kunna arbeta, men å andra sidan vågar man inte säga detta rent ut. Och därför ^{återfaller} ~~vänder man~~ man till de oklara tale-sätten om auktoritetens ersättande av friheten, och fackföreningens frihet inom ^{industrisammanslutningen} ~~syndikat~~ federationens autonomi inom centralorganisationen o.s.v.

Åt enhetsidén har man ~~öfver~~ bringat det offret, att till kongressen inbjuda representanter från C.G.T. och C.G.T.U. för att ytterligare få klargjort dessa organisationers ställning till enheten. I grunden var man säkerligen medveten om, att ingenting annat kunde på grund av dessa inbjudningar bli klargjort än de oförsonliga motsatser, som ännu alltjämnt råda mellan de tre olika riktningarna inom fransk fackföreningsrörelse. Och för att klarheten härom icke skulle lämna något övrigt att önska, voro representanter inbjuda även från U.F. S.A. och I.A.A. Genom dessa inbjudningar skulle ofelbarligen debatten, om sådan uppstod, komma att blotta inte endast de små skiljaktigheter som förefunnos beträffande de praktiska organisationsangelägenheterna /mellan de tre organisationerna i Frankrike föreligger inte den betydande skillnad som t. ex. mellan S.A.C. och Landsorganisationen i Sverige. Organisationsformerna äro desamma, det praktiska arbetssättet i huvudsak också och beträffande den teoretiska grundvalen är skillnaden relativt ringa åtminstone om man skall rätta sig efter uttryckssätten/ utan de ~~öfver~~ mera djupgående motsättningarna mellan den socialdemokratiskt orienterade C.G.T. den bolsjevikiska C.G.T.U. och den anarkistiskt betonade U.F.S.A. Ty det är sannolikt här som striden egentligen bottnar. Exekutivkommittén berör som synes i sin rapport endast mycket kortfattat och knappast övertygande frågan om den nya organisationens beroende av anarkisterna. Man håller fram den gamla på grund av flitig användning numera rätt suddiga klichén, att anarkisterna äro antiauktoritära, utan att närmare gå in på frågan.

Här följer i översättning "Exekutivkommitténs rapport" eller berättelse, vilket man vill kalla den:

Exekutivkommittens rapport

till den extra ordinarie kongressen i Lyon den 13 och 14 nov, 1926
uu-

Sedan juli månad 1925 har exekutivkommittén bedrivit det federala arbetet i enlighet med de beslut som fattades av kongressen i Lyon.

Centralkommitteerna /comites nationaux/ av januari och juli 1926 ha enhälligt godkänt alla försök till enande i förening med de båda utomstående byggnadsarbetarefederationerna.

Vår redlighet har erkänts t.o.m. av våra motståndare. Å andra sidan kunna vi icke säga detsamma om dessa. De konfedererade /den gamla C.G.T./ vilja icke uppnå någon total enighet med de s. k. unitaristerna /den kommunistiska C.G.T.U./ I början av år 1926 hade vi goda förhoppningar att byggnadsligan / Ligue du Batiment/ skulle kunna sammansvetsa de olika delarna från de skilda tendanserna inom syndikalismen; Vi ha varit benägna för varje försök till enande antingen det har varit konfederalt eller industriellt.

Vi vilja t, o. m. ännu en sista gång åhöra förslagen från de olika centralerna, och detta är anledningen till att vid kongressens öppnande representanter från C.G.T.; C.G.T.U.; U.F.S.A. och I.A.A. ha kallats officiellt. Städe med omsorg om den syndikalistiska rörelsen ~~vi~~ bekräfta ^{vi} ännu en gång vår redliga vilja att rädda syndikalismen från faran från de politiska partierna.

Undersökning av situationen.

I överensstämmelse med resolutionen vid kongressen i Lyon 1925 rörande maximum av ~~styrkor~~ ansträngningar för att förverkliga den industriella ~~enigheten~~ eller totala enigheten har exekutivkommittén upprepade gånger ~~gjort~~ varit i arbete och ~~gjort~~ ^{allt} för att uppnå det bästa resultatet.

~~zFiklxäaxextxax~~ Den extra ordinarie kongressen 1925 kallade alla syndikat utan avseende vid deras tendens. ~~Maxxäxxk~~ Resultatet; det mest fullständiga uteblivande av de konfedererade och moskovitiska syndikaten från denna konferens för industriell enighet.

Våra syndikat blevo genomkorsade av diverse strömningar; å ena sidan de konfedererade och å andra sidan de Moskvaorienterade.

Några syndikat, såsom granitarbetarna i Vire, lämnade oss

Andra ha övergått till facklig autonomi på grund av kontingentens höjning.

Några andra ha kvarstått i sympati, men äro anhängare av att åter förena sig med en central, vilken som helst.

Det är efter allt ha studerat den finansiella situationen och den

71

provisoriska ~~självtändighetens~~ självtändighetens fara, som exekutivkommittén, liksom den gamla centralkommittén, har betraktat den nya orienteringen genom förslaget från Boudoux- Barthe-Jouve.

Efter kongressen i Lyon ~~xx~~ ha vi ~~med~~ i huvudsak gripit oss an med den fackliga rekryteringen och med aktionen i alla våra organisationer.

Vi ha haft mot oss dessa svårigheter, som man kallar dyrtiden. Efterhand ha alla materialer stigit i pris: transporter, papper, lokalyror; för det som var möjligt med 100 fr. 1925, måste man år 1926 räkna med 200 fr. som ett minimum.

Vår effektivitet ~~x~~ har upprätthållits och till och med vuxit trots propagandan från våra ~~mo~~ståndare, som disponera över tidningar och finanser långt ~~xxx~~ mera än vi.

Vi ha sammanpressat våra utgifter och mångdubblat våra offer, och trots detta uppnå vi blott ~~ett~~ ett stort hål /*Peine à boucler*/ i vårt budget. Vi äro i samma situation som hela världen; utgifterna stiga och inkomsterna minskas efter hand som valutakursen nedgår.

Vad är att göra?

Låt oss betrakta kassaproblemet. Till den ändan erhöilo vi ett brev från I.A.A., i vilket gavs oss några påpekningar rörande den franska rörelsen.

~~Vx~~ Varför är den revolutionära syndikalismen splittrad? Emedan vi ha haft det förbannade kriget, och att i dag denna syndikalism är gynnad i C.G.T. genom det socialistiska partiet och i C.G.T.U. genom det kommunistiska, då däremot före kriget syndikalismen var stark och skriv lagar för de socialistiska partierna; det var därför som den kunde bevara sin enhet.

~~Den autonoma~~ Skall den autonoma rörelsen, såsom vissa av dess aktiva medlemmar påstå, på samma sätt komma att bero av anarkisterna?

Vi tro det icke, emedan dessa senare äro antiauktoritära och äro mot förtryckarna och för de förtryckta i ^{deras} ~~deras~~ doktrin, då däremot politikerna komma till oss endast för att få väljare.

Den revolutionära syndikalismen är en organisation för försvar av arbetarnas intressen på klasskampens ~~verkliga~~ verkliga mark. Revoltandan, som animerar de exploaterade, finner alltid solidaritet i denna miljö, som är dess själ och kropp. Klasskampen är av väsentlig karaktär för arbetarna; ~~xxx~~ icke samarbete med arbetsgivarna och kapitalisterna, men framdeles inte heller med politikerna. Ingenting är bättre för syndikaten för att utveckla klassmedvetenheten, och det finnes klassmedvetenhet, blott där det finnes organisation.

Vi äro mot politikerna, eftersom de äro för ~~de~~ de revo-

lutionära partiernas kamp men mot klasskampen, ty hos dem finnes det socialistiska, kommunistiska etc. arbetsgivare, som profitera av denna förvirring för att exploatera sina medmänniskor.

Politiken är konsten att ~~regera~~ regera folket. Syndikalismen är konsten att taga sin sak i egna händer.

Vi äro för samling av de autonoma styrkorna och mot varje öppet eller förtäckt ~~×~~ samförstånd /collusion/ med den reformistiska C.G.T. som ~~är~~ ansvarigt för avvikelserna från förkrigstidens klasskamp och med C.G.T.U. som delar ledning med kommunistiska partiet.

Den revolutionära syndikalismen har icke längre någon medborgarrätt inom de båda C.G.T.

Alla de som gå till C.G.T. komma att befinna sig på barrikaden mellan det socialistiska partiet och det kommunistiska och erhålla slag från båda sidor.

För enheten är det nödvändigt att välja ~~med~~ politikerna, C.G.T. ~~eller~~ C.G.T.U. eller mot politikerna. Det är bättre med ett skadligt arbete som för till systemets ruin än med det bättre ~~max~~ modererat av det dåliga.

Varför de autonoma organisationerna äro oundvikliga?

I betraktande av att enighet ~~ger~~ styrka ~~max~~, så försvagar splittringen. Hur skola vi skapa en förbindelse? ~~se~~ där det problem, som ~~upprepar~~ eldat alla diskussionerna mellan de aktiva medlemmarna.

Vi ha varit ~~vana~~ att finna hem, som ha alla anordningar för att göra sina affärer, och vi ha fruktan att skapa ett eget hem. Men i deras hem vi syndikalister bli ~~inrenting~~ annat än tjänstefolk. ~~Men~~ ~~hos~~ oss själva skola vi vara fria; se där skillnaden.

Låtom oss

~~Kasta~~ en blick på ~~proletariatets~~ landsorten; medlemmarna kunna inte förbliva isolerade. Bojkottade av arbetsgivarna och utan förbindelse med de ~~autonoma~~ autonoma organisationerna inom andra industrier äro de endast utlämnade åt motståndarnas alla attacker. Pelloutiers syndikalism, på vilken vi åberopa oss, är icke isolering. Den har tagit gestalt i arbetsbörserna, i statistiken, i platsbyråerna, med ett ~~ord~~ genom den allmänna kampen, som arbetarna kämpa gemensamt. Om vi äro för ~~en~~ facklig /corporativ/ autonomi, så äro vi dock också för den allmänna kampen, ty dyrtiden träffar alla arbetare, den långa arbetstiden berör hela industrien; alltså är det nödvändigt med en förbindelse, ty syndikalismen manifesterar sig på tre områden:

- 1/ Facklig /corporativ/ aktion
- 2/ Allmän aktion
- 3/ Social aktion

~~Händelserna~~

Händelserna löpa med hastighet mot det ~~kända~~ okända; det finnes inte längre någon stabilitet ~~zpxx~~ i penninglönerna; regering~~en~~ ^{er} följa varandra utan att hava löst en enda fråga; de utländska skulderna äro förkrossande, fascismen ligger på lur med sin ~~zaxkzxxx~~ arbetarettik, vilken är full av faror för arbetarna.

Det är nödvändigt att välja. Exekutivkommiten har gjort sitt val. Den placerar syndikalismen på dess verkliga mark; aktion på arbetsplatserna, aktion ~~ixzaxkziäaxzaxx~~ inom industrien genom lokalorganisationerna, allmän aktion genom de autonoma syndikatens lokala förbindelse, allmän aktion genom den federala kanalen i hela landet, social aktion genom den nya organisation, som icke endast bör intaga en defensiv ställning ^{gentemot} de politiska partierna men en offensiv ^{gentemot} alla politiker.

Vad skall ~~vaxx~~ vår organisation~~x~~ vara? Det som vi göra ~~axzaxzixk~~ den till. Det är onödigt att säga, att den icke skal^l vara som det två C.G.T. för närvarande äro, en organisation för centralisation och diktatur. Nej, det skall vara en organisation som utgår från att göra en enhet av ~~axzaxz~~ ^{mängden} men icke en mängd av enheten. Envar skall ha sin plats. Diktaturen skall ersättas av den fria disciplinen, auktorieten av friheten.

På grundvalen: autonomi för corporationen inom det industriella syndikatet.

I centrum: ~~axzaxzixzaxzaxz~~ autonomi för syndikatet~~x~~ i den lokala unionen.

I toppen: autonomi för federationerna i C.G.T.

Se här ett program; låtom oss ställa detta under arbete! Vi äro fattiga men vi ha viljan. Giv oss syndikat anslutna till federationen, det material som är nödvändigt för att hålla huset uppe, och ni skola snart skönja att år 1927 skall syndikalismen ännu låta tala om sig, ty den är icke död.

Enheten

Är den organiska enheten möjlig? Vi svara nej. Alla förs^{er}, som till denna dag ha gjorts, ha mest länt till skada; där syndikaten skulle ha varit återkomna till sin naturliga plats, som de egentligen aldrig skulle ha lämnat.

Politiken intresserar allt för många ~~axzaxzixzaxzaxz~~ syndikalistiska politiker, så att de ha övergivit sitt fält av erfarenheter ~~ix~~ i detta hänseende.

Amsterdam har ~~axzaxz~~ lierat sig med II ~~ixzaxzixzaxzaxz~~ Socialistiska internationalen. Moskva har lierat sig med III internationalen.

Skall en sammanslutning av de autonoma syndikaten i en organisation

5/ 14
bli ett hinder för realiserande av den totala enheten? Vi svara nej.

Varför? Emedan varje förslag till en revolutionär aktion skall finna oss redo; vid varje diskussion kring ~~göra~~ bordet~~xxx~~ godkänna vi diskussionen för försvar av den revolutionära syndikalismen.

Vi vilja icke vara något slags mindrevärdiga syndikalister, utan förhandla som lika mot likar, emedan vi äro i stor majoritet bland anhängarna till en aktion, till uteslutande förmån för arbetareklassen.

Vi ha rätt, ~~men~~ vi äro icke många ~~xxx~~ i betraktande av den aktuella villervallan. Må vi stå klara och rena; ur den federala synpunkten vi förbliva vad vi äro, ur den konfederala synpunkten ~~det beror~~ av Eder, av de autonoma syndikaten, att deltaga i skapandet av denna organisation, rörande vilken ni här måste säga eder mening, ty det är diskussionen, ~~xxx~~ ur vilken klarheten ~~xxx~~ och den bästa lösningen för den fria förelsen framgår.

Om ni önska en tredje organisation, så är det denna ni skola skapa och inenting annat.

På det internationella området

Vi äro officiellt inbjudna att deltaga i en internationell byggnadsarbetarekonferens. Exekutivkommittén har accepterat ~~xxx~~ den ~~off~~ officiella representationen under förutsättning, att detta ratificeras av den extra ordinarie kongressen.

Emigrationsproblemet intresserar oss på denna punkt; för att söka en lösning böra vi icke tveka att samarbeta med byggnadsarbetarecentralerna under I.A.A:s kontroll.

Vår rapport är kortfattad; vi ha velat sammanfatta den på några sidor; grundvalen för debatten intill nästa kongress visar oss tre olika planer:

- 1/ Det nationella konfederala planet
- 2/ Det internationella industriella planet
- 3/ Det internationella planet

Alla våra förhoppningar om att rädda den revolutionära syndikalismen äro ~~xxx~~ inneslutna i dessa rader.

Byggnadsarbetare, vi räkna på eder alla!

Exekutivkommittén

xxxx

Denna rapport med däri inneslutna förslag till bildande av en ny landsorganisation förelades medlemmarna först vid kongressen. Man hade inte vågat på förhand utsända den av fruktan för att, ~~om de~~ syndikaten, ~~erhållit~~ någon tid för ~~dess~~ behandling av förslaget, skulle avböja det i enighetens namn. Det var sålunda ett stycke överrumpning, vilken lyckades rätt väl, såsom man av det följande kan se. Måhända skulle planen till den nya landsorganisationens bildande ha lyckats, även utan denna överrumpning.

Efter alla dessa förberedelser sammanträdde den franska byggnadsarbetarefederationens extra kongress den 13 november. Vid kongressen voro representanter för 60 fackföreningar, av vilka 14 voro från Paris och medlemmar av det förut nämnda S.U.B. En fackförening hade sänt representant endast i informationssyfte, och denna deltog följaktligen inte i besluten. ~~xxxxxxx~~

Dechargedebatten gick relativt ~~lindrigt~~ lindrigt över, och man var redan efter ett par timmars diskussion redo att fatta beslut, varvid exekutivkommittens förvaltning godkändes med alla röster. Likaledes godkändes revisionsberättelsen mot endast 2 röster.

Härmed var man framme vid den fråga eller det frågekomplex, som i grunden var orsaken till kongressens sammankallande. Diskussionen blev här livlig nog och man måste båda dagarna tillgripa nattplenum för att få frågorna klarlagda. Emellertid blev den dock inte så livlig och långvarig, som man skulle ha kunnat vänta. Av de inbjudna representanterna från andra organisationer hade nämligen ~~endast tre~~ endast tre hörsammat inbjudan. C.G.T. hade endast i en skrivelse uttryckt sina förhoppningar om, att kongressens beslut skulle återföra den gamla byggnadsarbetarefederationen i C.G.T:s sköte. C.G.T.U. hade däremot sänt en representant, Racamond, som i en timmes anförande sökte övertyga de församlade om att de revolutionära organisationerna borde samla sig inom C.G.T.U. Efter sitt tal avlägsnade sig Racamond omedelbart, och ~~därpå~~ på grund härav kom aldrig någon diskussion mellan honom och representanterna för I.A.A. och U.F.S.A. att äga rum. Bland fackföreningsombuden befunnos sympatisörerna med de tvenne redan existerande landsorganisationerna vara så få, att någon egentlig strid inte uppstod. Därmed ~~var~~ var det rätt klart, att byggnadsarbetarefederationen skulle ge sin anslutning till förslaget om bildande av en tredje landsorganisation i Frankrike, samt till bildande av en syndikalistisk byggnadsarbetareinternational. Egentligen stod striden härom häftigast mellan Parisombuden, av vilka en del hävdade, att majoriteten inom S.U.B. var motståndare till den tredje landsorganisationens bildande och endast ville medverka i en byggnadsarbetareinternational, vilken skulle vara fullkomligt fristående. När man slutligen gick till röstning visade det sig att av de 59 med beslutande röst representerade fackföreningarna 53 röstade för en ny landsorganisations bildande, 3 däremot, medan tvenne blanka sedlar avgavs och ett ombud var frånvarande.

I och med detta beslut var den nya landsorganisationen i Frankrike ett faktum. Man hade endast väntat på byggnadsarbetarefederationen, och dagen efter det denna avslutat sin kongress sammanträdde de auto-

noma fackföreningarnas union till kongress. Vid denna kongress voro representerade 88 fackföreningar genom 61 ombud. Kongressen hade på det hela taget endast en fråga på ~~dagordningen~~, nämligen bildande av en landsorganisation, och denna fråga var i själva verket redan avgjord. De byggnadsarbetarefackföreningar, som nämligen vid federationens kongress redan beslutat ge sin anslutning till den nya landsorganisationens bildande voro i majoritet vid U.F.S.A:s kongress. Frågan var också fort nog avgjord, vilket är lätt att förstå, då kongressen endast skulle ~~vara~~ pågå i två dagar och tid skulle givas för de många öppningstalen och de utländska representanternas hälsningar etc. ~~Efter endast några timmars debatt beslöt kongressen~~

Den huvudsakliga oppositionen kom vid denna kongress från ~~anarkisterna~~ ~~de renlärigaste anarkisterna~~, vilka voro motståndare till landsorganisationens bildande. Detta motstånd motiverades emellertid inte med den splittring, som skulle uppstå genom ytterligare en landsorganisations konstituerande; de ville ingalunda något återinträde i någon av de existerande landsorganisationerna. Det de ville var den lokala självständighetens bibehållande. Någon centralorganisation skulle inte bildas, emedan detta vore att beröva de lokala organisationerna deras autonomi. Hållningen var konsekvent, ty det var ju obestridligt, att de lokala organisationerna förlorade något av sin självständighet därigenom, att centralorganisationen bildades. Däremot var ju deras ~~omvärld~~ närvaro och opposition vid kongressen, såsom det anmärktes, en smula egendomligare, ty de kunde ju genom att helt enkelt underlåta anslutning bibehålla den lokala självständighet, för vilken de kämpade. Efter endast några timmars debatt var emellertid frågan avgjord, och med 84 röster beslöt kongressen att konstituera Confederation General du Travail Syndicaliste Revolutionnaire ett namn som redan var beslutat vid byggnadsarbetarefederationens kongress. Mot landsorganisationens bildande röstade endast 1 ~~ombud~~ fackförening medan 3 blanka röster avgavs.

Den mest svårlösta frågan vid kongressen var egentligen valet av funktionärer. Man hade beslutat att organisationens förläggningssort skulle vara Lyon. Man hade dessutom beslutat att den helt betalde sekreteraren skulle ha den mycket måttliga lönen av 1000 fr. i månaden, ~~och~~ d.v.s. vida mindre än de allra flesta av arbetarna förtjänade. Slutligen hade man beslutat, att han endast fick väljas för två år och ~~inte~~ att han inte kunde återväljas. När valet skulle ske, visade det sig, att den ende, på vilken man egentligen reflekterade utav de i Lyon bosatta, under ~~inga~~ villkor ville åtaga sig uppdraget. Av parisarna kunde

man också svårligen begära, att ~~de~~^{de} för två år skulle släpa sin familj till Lyon och arbeta där ~~xxxx~~ för en måttlig lön för att sedan bli arbetslös, när ~~de~~^{han} för närvarande i Paris hade arbete. Å andra sidan räckte inte lönen till för att hålla familjen i Paris medan mannen var i Lyon. Efter 4 timmars parlamentering åtog sig ~~xxxxxxx~~ slutligen en parisare, Huart, att för tre månader upprätthålla sysslan. Man hade förhoppningar om att inom denna tid kunna övertala den lyonare, ~~xxxxxxx~~ Fourcade, vilken man helst ville ha, att bekläda posten. Såsom kassör, vilken icke skulle vara helt betald, valdes en i Lyon bosatt medlem som hette Raitzon.

Därmed voro de franska kongresserna slut och det arbete fullgjort, för vars utförande den internationella byggnadsarbetarekonferensen kom att förläggas till Lyon. Uteslutet är inte, att de utländska representanternas närvaro hade en stimulerande inverkan på fransmännen. ~~De~~^{Jag} fingo i alla fall veta att de revolutionära syndikalisterna inte heller i utlandet fingo något för intet, utan måste nedlägga arbete och andra offer för sin organisation. I synnerhet var S.A.C:s prestationer föremål för allmän beundran. Vår unga och relativt lilla organisation kunde i varje fall uppvisa de bästa resultaten, och jag får min del underlåt inte att tala om, vilka offer S.A.C:s medlemmar bringade för sin rörelse. Man var också allmänt ense om, att hade något av den organisationstalang och ihärdighet, som de svenska arbetarna visat, kunnat förbindas med den franska entusiasmen och glöden, så skulle storverk kunna uträttas.

Efter de franska kongressernas avslutning återstod sålunda den internationella byggnadsarbetarekonferensen, till vilken sista dagen ägnades. Då jag emellertid inte rörande denna har något att förmäla utöver, vad redan sagts i de översatta protokollet, avslutar jag härmed min rapport

Stockholm i januari

Paul Severin

Fr otokoll

hållet vid internationella syndikalistiska byggnadsarbetarkonferensen i Luttich, Belgien, Maison des Syndicats, rue de la Loi, den 20, 21 och 22 oktober 1928.

Dagordning.

1. Konferensens öppnande. Val av byrå.
2. Val av fullmaktsgranskningskommitte och sekreterare.
3. Sekretariatets verksamhetsberättelse.
4. Revisionsberättelse
5. Rapport från de delegerade:
 - a/ Belgien
 - b/ ~~Den~~ Tyskland
 - c/ Frankrike
 - d/ Holland
 - e/ Sverige
 - f/ Tyskland /Markow/
6. Förslag
 1. Förhållandet mellan den internationella yrkesfederationerna och I.A.A. Skall den internationella syndikalistiska byggnadsarbetarfederationen bestå i sin nuvarande form?
~~2x~~
 2. Förslag från yrkesfederationen i Tyskland /Buth/.
Den ~~syndikalistiska~~ internationella syndikalistiska byggnadsfederationen skall bestå, dock endast på en sådan yrkesinternationell grund att den på det bästa tjänar den syndikalistiska världsskådningen
 3. Tysklands byggnadsarbetarfederations /Markow/ förslag till I.A.A:s III kongress i maj 1928
I.A.A:s III kongress måtte giva den syndikalistiska byggnadsarbetarfederationens sekreterare, kamrat Hansink jr, i uppdrag att göra arbetet för ISBF:s ~~samma~~ anslutning till I.A.A., då endast därigenom ett fruktbarande arbete för den gemensamma rörelsen kan komma till stånd.

Anmärkning. Detta förslag blev ej helt antaget i det skick som det förelåg, utan framhölls mera, att en förändring i förhållandena blott kan åvägbringas genom en internationell byggnadsarbetarkonferens, som visserligen skall hållas i samförstånd med I.A.A:s sekretariat.
 4. Tysklands byggnadsfederations förslag /Buth/.
~~ISBF:s~~ ISBF:s konferens skall sysselsätta sig med frågan om internationell solidaritet genom yrkesfederationerna, då praktiskt taget ~~äxax~~ vid ekonomiska strider inom yrken eller industrier är av behovet påkallat med solidaritet av större mått.
 5. Förslag från Belgiens byggnadsarbetarfederation.
Organisering av propagandan bland byggnadsarbetarna i alla länder.
 6. Förslag från Tysklands byggnadsarbetarfederation.
De anslutna organisationerna skola inlämna sina förslag till ISBF:s konferens ~~ax~~ i så god tid till sekretariatet att detta är i tillfälle att 13 veckor före konferensens avhållande kan låta ~~ka~~ alla anslutna organisationer ta del av ~~desamma~~ desamma.
 7. Förslag från Holland syndikalistiska ~~byggarna~~ byggnadsarbetarfederation.
De anslutna organisationerna sända var tredje månad rapport till sekretariatet över arbetsförhållanden, löner, arbetstid, arbetslöshet, strejker och viktiga aktioner, så att det internationella sekretariatet kan bringa detta till de anslutna organisationernas kännedom.
 8. Förslag från Tysklands byggnadsarbetarfederation /Buth/.
Internationalens sekreterares, kamrat B.Lansink jr, förhållande på I.A.A:s kongress i Luttich fördömes på det skarpaste.
 9. Olika ~~förslag~~ förslag.
 10. Val av säte för ~~den~~ internationalens sekretariat. De holländska kamraterna föreslår Paris.

Lista över närvarande delegater.

Holland: Lansink jr
 Frankrike: Boisson
 Tysklands gamla federation: Buth och Launer
 Belgien: Demoulin, Coucke och Bourgeois
 Tysklands nya federation: Markow
 Representant för I.A.A: Souchy

Lansink öppnade förhandlingarna och hälsade de närvarande välkomna. Han beklagade att reaktionen i de romanska länderna Italien, Spanien och Portugal gjorde en representantiom från dessa länder omöjlig.

Till sekreterare valdes kamrat Boisson.

Lansink tillfogade några ord till sin skriftligt framlagda verksamhetsberättelse. Han beklagade det nuvarande läget och hoppades att den internationella rörelsen i framtiden kommer att mera befrämja den revolutionära syndikalismen.

Boisson anmärkte på att verksamhetsberättelsen framlades först vid konferensens början, varigenom det blev omöjligt för den franska byggnadsfederationens exekutivkommitte att taga ställning till densamma. Det är också att beklaga att det saknas mellan de anslutna federationerna och ISBF ej finnes någon närmare kontakt. Han meddelade att kamrat Jouwe, Frankrikes representant i ISBF:s byrå på grund av familjeförhållanden varit tvungen att avsäga sig sitt uppdrag. Han beklagade att tremånadersbulletinen ej utkommit regelbundet.

Beträffande splittringen inom Tysklands syndikalistsiaka byggnadsarbetarefederation sade han sig endast fått meddelande därom indirekt. Han hade av sin exekutivkommitte fått i uppdrag att verka för att de båda federationernas representanter genom en konferens måtte förena sig igen.

Han förklarade att den franska rörelsens nuvarande läge ej tillät en regelbunden avgift till ISBF; den summa den franska byggnadsarbetarfederationen var skyldig ISBF utgjorde 4,792 francs.

Lansink lämnade en kort översikt över de holländska byggnadsarbetarnas läge: Efter splittringen med NAS delades även byggnadsfederationen i två hälfter. För närvarande har den syndikalistiska byggnadsarbetarfederationen ingen avlönad funktionär. Genom I.A.A:s III. kongress beslut banades väg för förening med den syndikalistiska företagsorganisationen, och det är att hoppas att situationen nu blivit i någon mån förbättrad.

Demoulin förklarade, att den belgiska byggnadsorganisationerna hittills ej betalat någon avgift till ISBF, emedan man ej varit klar över om avgiften skulle gå till ISBF eller till I.A.A.

Lansink framhöll att denna fråga kunde diskuteras senare, när frågan förslaget om ISBF:s vidare bestånd behandlades.

Launer protesterade mot att verksamhetsberättelsen i sista minuten blivit framlagd för konferensen och menade att det var en manöver av Lansink. Han anmärkte även på att den nya byggnadsarbetarfederationen i Tyskland ännu ej anslutit sig till ISBF.

Launer framhöll även, att om Lansink, som han påstår, ej haft tid att sköta internationalens arbete, så kunde han ha satt sig i förbindelse med Buth, ty som bekant blevo tre sekreterare valda. Och har det varit fråga om pengar så har man aldrig vägrat honom sådana.

Byggnadsfederationen i Belgien har på grund av vissa orsaker ej betalt någon avgift. Men varför har ej den franska organisationen ej betalt sina avgifter? Den enda ursäkt för uraktlåtandet därunder vore en strejk. Talaren frågade om ISBF skulle upplösas; det föreföll honom som om de franska kamraterna genom framställandet av denna fråga blevo överraskade.

Markow frågade varför Launer protesterade, innan de delegerade hade avlämnat rapport. Frågan är just nu inte på sin plats.

Lansink var av den mening att man först skulle diskutera verksamhetsberättelsen och avgöra huruvida sekreteraren hade gjort allt vad han göra kunde eller om han brustit i sina åligganden gentemot internationalen. Detta måste klart sägas ifrån.

På Launers protest svarade han att det ingalunda var med beräkning som verksamhetsberättelsen först i sista minuten blev utdelad; det var inte blott Launer utan alla delegeraderna som först nu bekommit densamma. Talaren menade att man kommit tillsammans för en kamratlig överläggning.

Beträffande det förslag som blivit antaget på IAA:s kongress i Lutich, förklarade talaren att kongressen ej beslutat att upplösa den internationella federationen utan överlämna frågan blott som en önskan till den internationella byggnadsarbetarfederationen. Lansink själv hade ej som sekreterare för byggnadsfederationen varit på kongressen utan som sekreterare för I.A.A., och det hade ej varit hans uppgift att avgöra beträffande inkomna förslag. Talaren förklarade vidare att frågan om upplösning av ISBF ej kunde diskuteras på IAA:s kongress, ty detta var en sak som endast tillkom

aldrig ISBF:s konferens. Han betonade ännu en gång att det ~~ingen~~ varit hans avsikt att likvidera ISBF.

Talären sade, att han förstod den svåra situation i vilken de franska kamraterna befunno sig, vilka hade att hävda sig mot både den gamla CGT och CGTU.

Det hade ej heller varit möjligt att lägga något arbete på kamrat Buth, enär denne sannolikt själv var överhoppad med arbete, eftersom han inte kunnat sända någon rapport till ISBF. Detta var väl också orsaken till att Buth blev ersatt med Launer. Talären ~~hade~~ betonade ännu en gång att man ~~skulle~~ under inga omständigheter ~~skulle~~ fick framskapa en fientlig atmosfär på konferensen.

Buth förklarade ~~att~~ att det ej var riktigt då det sades att han ej skickat Lansink någon rapport, han hade sänt en ingående rapport över läget i Tyskland. Att han inte sänt någon rapport för 1928 berodde på att Lansink varit i Berlin och på ort och ställe kunnat orientera sig.

Frågan är om man ~~skulle~~ av ISBF skall göra ett påhäng till IAA eller om den skall bestå som självständig.

Man hade inte kommit dit för att trycka varandras händer utan för att utgesjalta ISBF. Fritz Kater hade redan före konstituerande kongressen i Lyon förklarat att bildandet av en internationell byggnadsarbetarfederation var för tidigt. På grund av att man på visst håll ~~varit~~ mot ISBF ~~kundade~~ har denna ej kunnat få någon livskraft.

Tysklands gamla byggnadsarbetarfederation har hittills lämnat de flesta bidragen till ISBF och är emot att den anknytes till IAA.

Förslaget till upplösning av ISBF kom från en landsfederation som ej är ansluten till densamma, det är en sak som måste beaktas. IAA har ingenting att säga till om beträffande ~~de~~ ISBF; vi äro inte emot IAA, men de internationella industrifederationerna måste förbli självständiga.

Lansink framhöll att det ej längre kunde fortgå på detta sätt. Först måste man diskutera verksamhetsberättelsen innan man talade om konflikten mellan de tyska byggnadsarbetarfederationerna. Nu har Launer begärt ordet. Om han ämnar tala om verksamhetsberättelsen kan han erhålla ordet, men inte om han diskuterar allmänna frågor.

Launer protesterade och förklarade, att artikel 6 i ISBF:s stadgar säger att ~~ISBF~~ en konferens med ISBF skall äga rum samtidigt som IAA:s kongress. Varför blev inte en sådan internationell konferens inkallad, kanske på grund utav att Lansink ej ville det? ~~Enligt~~ ~~IAA:s~~ ~~stadgar~~ ~~protokoll~~ När man läser IAA:s kongressprotokoll kan man lätt få den tron att man ville tillintetgöra ISBF. Talären förklarade vidare att han ej riktigt kände till det förslag angående ISBF:s oavhängighet som Markow hade lagt fram på IAA:s kongress. Vi vilja att ISBF skall leva; det är sekretariatets fel att det i dag står till som det gör. Markows förslag kom från en federation som ej är ansluten till ISBF, och nu frågade han Lansink varför han inte protesterat däremot.

Lansink upprepade att han bevistade kongressen som ~~skulle~~ för IAA och ej som sekreterare för ISBF. Gentemot kamraterna Buth och Launer förklarade han att han inte kunde protestera mot ett förslag som framlades. Även sedan IAA:s kongress överlämnat detta förslag till ISBF:s konferens hade han ej kunnat finna något anstötligt i detsamma, då ju konferensen hade att avgöra över ISBF:s existens.

Beträffande verksamhetsberättelsen ville Lansink ~~ingen~~ anmärka att han på många brev och frågor ej fått något svar. Reformisterna kunna sända deligierade till alla länder; det kunna inte vi. Han hade skrivit till Österrike, Belgien, Argentina, till IWW i Nordamerika, till Spanien och Portugal, och i de flesta fall hade han ej fått något svar.

Eftermiddagens förhandlingar.

Boisson ~~framställde~~ förelade konferensen ett förslag, som skulle komma att underlätta alla diskussioner. Förslaget löd:

"Efter att kamraterna Lansink, Buth, Launer och Boisson ha uttrat sig över verksamhetsberättelsen, beklagar den internationella konferensen de missförstånd, som varit orsakerna till motsättningarna på konferensen.

Konferensen beslutar att ISBF även i framtiden skall bestå som självständig organisation i överensstämmelse med IAA:s grunder, och att verksamhetsberättelsen enhälligt antages."

Souchy vände sig emot ~~att~~ påståendet att IAA:s kongress ville upplösa industrifederationerna. Tvärtom hade IAA:s 2 kongress anbefallt bildande av internationella industrifederationer. "Men det vore dock för mycket att begära att yrkesfederationerna skulle stå över IAA.

IAA:s 2 kongress beslöt i samförstånd med kamraterna från de inskilda industrierna att göra ett försök till bildandet av internationella federationer för sjömännen, metallarbetarna och byggnadsarbetarna. Tyvärr har detta

varit möjligt endast bland byggnadsarbetarna. Tal. ville att Boissons förslag skulle delas på till två att behandlas var för sig.

Launer framhöll att verksamhetsberättelsen och Lansinks resolution måste skiljas åt.

Därefter gick man till röstning om verksamhetsberättelsen.

Buth röstade emot verksamhetsberättelsen.

De belgiska delegerade avhöllo sig från att rösta, emedan de ej be-
kommit verksamhetsberättelsen i rätt tid. Även de franska delegerade avhöl-
lo sig från att rösta på grund av att det var svårt för dem att rösta för
eller emot densamma, enär berättelse ej varit förelagd deras organisations
exekutivkommitte och då de förband sig med verksamhetsberättelsen för-
bundet ett förslag om förening av de båda byggnadsfederationerna i Tyskland.

Det beslöts då att omröstningen om verksamhetsberättelsen skulle före-
tagas senare, och diskussionen fortsatte.

Kassarapport.

		Inkomster.		Holl. gulden.	
1.	Bidrag från byggnadsarbetarfederationen i Tyskland				70,81
2.	" " " " " " " " " " " "			" Sverge	44,70
3.	" " " " " " " " " " " "			" Holland	33,75
4.	" " " " " " " " " " " "			" Tyskland	70,59
5.	" " " " " " " " " " " "			" Sverge	36,22
6.	" " " " " " " " " " " "			" Tyskland	141,36
7.	" " " " " " " " " " " "			" Sverge	39,63
				Summa	437,06
		Utgifter.		Holl. gulden	
1926.	Byrån och arkivet				30,50
	Korrespondens och telegram				32,25
	Översättningar				17,05
	Porto				4,80
1927	Telegram				31,40
	Översättningar				57,50
	Trycksaker /Lyonrapporten, stadgar/				122,70
	Porto				33,80
	Telegram				7,75
	Översättningar				35,50
	Porto				1,20
				Summa	352,65
				Saldo	84,41
					437,06

Lansink uppsylste om att 1 gulden 75 cents liksom en summa av 100 francs från den franska byggnadsarbetarfederationen ej voro medtagna i rapporten. Dessa summor skulle komma med i nästa kassarapport.

Efter det några erinringar gjorts blev kassarapporten enhälligt antagen.

Buth framhöll att det föreföll märkvärdigt att de svenska byggnadsarbetarna, vilkas antal i verksamhetsberättelsen angavs till 14,000, betalt ett förhållandevis ringa bidrag; Tysklands gamla byggnadsarbetarfederation har efter klyvningen betalt en större summa.

Lansink svarade att de svenska kamraterna ~~had~~ haft att utkämpa långa och svåra strider, varför de ej kunnat betala bidrag i behörig utsträckning. Dessutom är det så inom den svenska organisationen att de lokala organisationerna sända sina bidrag direkt till centralorganisationen, och denna av-
sätter sedan en av kongressen bestämd del till federationen. Byggnadsarbetar-
federationen förfogar sålunda över förhållandevis ringa penningmedel. So-
uchy bekräftade Lansinks förklaring angående ~~den~~ läget i Sverge och gav
dessutom några närmare upplysningar till belysande av situationen. Det är
riktigt, att den svenska syndikalistiska byggnadsfederationen räknar 14,000
medlemmar; de svenska syndikaliternas centralorganisation räknar omkring
35,000 medlemmar.

Rapporter från de olika ländernas delegerade.

Belgien.

Propagandaverksamheten i landet.

I slutet av 1907 bildades i Belgien en oavhängig federation av bygg-
nadsarbetare och möbelsnickare till följd av en splittring av den dåvarande
landsfederationen, som i dag är ansluten till det reformistiska byggnadsarbetar-
förbundet.

Anledningen till splittringen var den gången byggnadsarbetarförbun-
dets obligatoriska anslutning till det belgiska arbetarpartiet och upprättan-
det av en central liksom upptagandet ~~av~~ i partiet av nya ditti-

ej anslutna fackföreningar.

Bildandet av den oavhängiga landsfederationen kröntes med framgång. Vi hade talrika och betydande lokalorganisationer i Malines, Gent, Brugge, Ecloo, Lierre, Ostende, Antwerpen, Verviers och Luttich. Vi bildade till och med en facklig ~~känds~~ landsorganisation med syndikalistisk tendens och som deltog i den internationella syndikalistiska kongressen i London 1913. Så kom kriget som förstörde allt och slutade med vapenstillståndet.

I april 1919 hade vår landsfederation sin första sammankomst ~~känds~~ efter kriget i Malines. Vid denna konferens voro lokalorganisationerna från Malines, Gent, Brugge och Luttich representerade. De deligerade från Malines förklarade att 4 träarbetarsyndikat i Malines hade för avsikt att ~~kollektivt~~ ansluta sig till den socialistiska centralen, dock under villkor att man inte ställde fördrän på obligatorisk anslutning.

Syndikaten från Malines och Antwerpen avspilttrades, och fackföreningarna i Verviers blevo ej återupptagna efter kriget. För närvarande finns det endast ~~känds~~ lokalorganisationer i Gent, Lierre, Ecloo, Brugge och Luttich. Vår landsfederation räknar i runt tal 450 medlemmar.

Det nuvarande läget

Fackföreningsrörelsen i Belgien har fullständigt tagits om hand av reformisterna. Inom byggnadsfacket finns det på en del orter fackföreningar av olika riktningar: socialistiska, liberala, katolska, demokratiska, kristliga och oavhängiga. På de flesta platser äro de socialistiska fackföreningarna de starkaste och talrikaste. Ett stort antal byggnadsarbetare äro dock ännu oorganiserade, och det är inte uteslutet att vi skola kunna organisera en del av dessa, blott vi finge möjlighet till att bedriva propaganda i större utsträckning. Tyvärr är det dock ej lätt att sätta igång med någon propaganda i Belgien, då vi sakna de nödvändiga medlen därtill.

Dessutom sakna vi också organisatoriska krafter, som kunna försvara våra syndikalistiska idéer. Arbetarnas oförståelse och likgiltighet för de fackliga organisationerna gör också våra kamrater modlösa. En systematisk propaganda med affischer, tidningar flygblad, möten o.s.v. skulle dock, därom äro vi säkra, komma att medföra ~~god~~ gott resultat.

Även språkfrågan medför ~~xx~~ många svårigheter i Belgien. Här talas till halften franska och till hälften flamländska, så att en organisator som talar franska ej kan besöka de flamländska områdena. Tolknings försämra i regel ett bra ~~föredrag~~ föredrag.

Det vore önskvärt om byggnadsarbetarinternationalen kunde hjälpa oss i våra bemödanden. I Flandern kunde holländska och till och med tyska kamrater hålla föredrag. Vi appellera till byggnadsinternationalen ~~xxx~~ och anhålla om moraliskt och materiellt stöd, ~~xxx~~ så att vi även här i Belgien skola kunna upprätta en stark landsfederation.

Avgifterna i våra lokalorganisationer utgöra 3 francs i veckan, däri inbegripet även avgiften till arbetslöshetskassan.

Lönerna utgöra omkring 5 francs i timmen för utlärda byggnadsarbetare och 4 francs för hjälparbetare. Arbetstiden är 8 timmar om dagen och 48 timmar i veckan. För en ensam arbetare kostar det dagliga underhållet /inackordering/ 25 francs. En bostad om ett rum och kök kostar i måndashyra 200 francs.

M. Demoulin.

Tyskland.

Rapport från byggnadsarbetarfederationen /Buth/.

Den tyska arbetarklassen är organiserad på centralistisk grund. Ledarna i det socialdemokratiska partiet äro också till en del ledare inom fackföreningarna och medlemmar av parlamentet. I Tyskland finns det 5 olika byggnadsarbetarorganisationer. 1/ det reformistiska byggnadsarbetarförbundet, 2/ Industriförbundet för byggnadsfacket ~~xxx~~ /kommunistiskt/ ~~xxx~~ /kommunistiskt inriktat men dock ej anslutet till Moskva/, 3. den syndikalistiska byggnadsarbetarfederationen, 4/ yrkesfederationen i byggnadsfacket, 5/ de kristliga byggnadsarbetarfackföreningarna.

I Tyskland är kollektivavtal fastställt för ~~xxx~~ byggnadsfacket till 1929 och gäller för hela riket. Avtalen förklaras för det mesta för obligatoriska. Under den tid kollektivavtalen gälla få ej arbetarna ~~xxx~~ strejka, ej heller om stegrade ~~xxx~~ levnadskostnader gör en löneförhöjning nödvändig. Kommunisterna gå in för taktiken att ~~xxx~~ söka besätta de ledande posterna i fackföreningarna. De gamla fackföreningarna vägra att respektera en strejk som ej blivit proklamerad av dem. En sådan strejk förklara de som oberättigad och tvinga sina medlemmar att bli strejkbrytare annars gå de förlostig arbetslöshetsunderstödet. I arbetsförmedlingarna sitta i de flesta fall medlemmar eller ledare i de centrala fackföreningarna, och dessa sända

arbetsslösa till platser där det strejkas. Vägra då arbetarna att antaga arbetet indrages understödet.

I denna situation ha vi propagerat för passivt motstånd /sabotage/. De tyska arbetarna kunna emellertid ännu ej använda detta vapen som de borde. De tro, att man måste lägga ned arbetet, och vi måste alltså förklara för dem att passivt motstånd är det samma som mindre ~~lön~~ arbete för mindre lön.

Lönerna utgöra för närvarande blott 70 proc. av förkrigstidens löner, under det levnadsindexet har stigit med 100 proc. Bostadsnöden är alltså mycket stor i Tyskland. Det kräves varje år 260,000 bostäder, men blott 20,000 byggas. Det innebär att bostadskrisen kommer att fortvara ännu länge. Arbetstiden i byggandefacket utgör $46 \frac{1}{2}$ timmar per vecka. Dock är det endast 25 proc. av samtliga byggnadsarbetare som åtnjuta denna arbetstid, 25 proc. arbeta ~~48~~ 48 timmar och ~~25~~ 25 proc. arbeta mer än 54 timmar i veckan.

Bindandeförklaringen för avtal eller skiljedomsutslag gör alla strejker omöjliga. Nya arbetsdomstolar införes, vid vilka de syndikalistiska ~~organen~~ organisationerna ej bli erkända, emedan de syndikalistiska organisationerna ej äro avtalslutande part. Man försöker till och med att vägra medlemmar i syndikalistiska organisationer avtalsenliga löner.

I denna svåra situation ha vi varit tvungna att upprätta etts algs kartellsamarbete med andra vänsterinriktade organisationer, och med anledning därav måste vår federation ha rörelsefrihet.

Markow/Tyskland/ gjorde några erinringar till Launers redogörelse för kollektivavtalen. Han meddelade att arbetstiden ofta uppgår till 9-10 timmar om dagen.

Förutom riksavtalen förekommer ofta att lokala byggnadsarbetarfederationer med lokalistisk eller syndikalistisk tendens avsluta separatavtal. Inom byggandefacket i Tyskland finns det i dag ett stort antal organiserade arbetare. Detta beror på att arbetslösa från andra industrier ofta skickas till nödhjälpsarbete, och då de blott tillfälligtvis äro sysselsatta inom byggandefacket vilja de ej organisera sig. De måste arbeta 12 veckor för att åter komma i åtnjutande av arbetslöshetsunderstöd.

Om de reformistiska organisationerna företaga en strejk av politiska eller andra grunder som ej ha något intresse för syndikalisterna, t.ex. när det rör sig om avtalsenligt fastställande av löner, som för länge sedan bestå i parktiken, äro syndikalisterna tvungna att delta i strejken för att ej bli betraktade som strejkbrytare.

Inom FAUD äro en del organisationer för avtal en del äro däremot; kartellsamarbetet med andra organisationer har inte haft några goda verkningar på medlemstocken.

Timplönerna för utlärda byggnadsarbetare äro i genomsnitt mark 1,50, för olärda en mark.

Avgifterna till organisationerna utgöra 1,50 mark i veckan, ~~äxxz~~ ~~äxxz~~ d.v.s. en timlön. De syndikalistiska organisationerna i Tyskland ha inga arbetslöshetskassor i sina organisationer.

Frankrike.

Boisson. Sedan vår kongress i Lyon har ställningen för vår byggnadsarbetarfederation varit mycket svår. Det fanns strömningar hos oss som voro för autonomi och mot en anslutning till den nya fackliga landsorganisationen. Många yrkesgrupper och yrkesorganisationer ha övergått till den gamla reformistiska C.G.T. Även en fraktion av anarkister uppträdde mot den nya landsorganisationen /CGTSR/, som är ansluten till IAA. ~~En~~ Kända kamrater, såsom Le Pen, Forget, Jouteau, tidigare sekreterare för vår byggnadsarbetarfederation, ha övergått till reformisterna. Det var inte bara i Paris detta skedde utan även i provinserna. Kamraterna Barthe och Vagneron, den sistnämnde deltog till och med i bildandet av CGTSR, ha liksom gått tillbaka till den gamla CGT?

Vi ha också haft att kämpa mot en stor arbetslöshet, som drabbat många av våra kamrater. Vi ha kämpat mot arbetslösheten och ställt krav på sextimmarsdag, vi ha också vänt oss mot arbetslöshetsunderstödet, som vi betrakta som tiggeri; däremot ha vi fordrat arbete.

Det har varit oss möjligt att hålla vår federation vid liv, genom att nedbringa utgifterna, sekreteraren avskedades och vår tidning La Travailleur Batiment läto vi utkomma blott då och då; vi ha även sålt en del av expeditionsmöblerna, enär vi använde mindre expeditionslokaler och då ej voro i behov av dem.

Våra organisationer hade företagit en enhetsaktion för att ~~anbuds~~ arbetsavtal till den förste mars 1926. De kommunistiska fackföreningarna gjorde denna rörelse, som igångsattes med så stora förhoppningar om intet, av fruktan för att deras medlemmar skulle övergå till vår gamla federation. Sedan den tiden har frågan om enhetsaktion ej mera varit före på våra landskonferenser.

Vi ha fört en hård strid mot en bestämmelse som tillät arbetsgivarna

att under flera av årets månader förlänga arbetstiden till 9-10 timmar dagligen.

Lönerna. I de större städerna utgöra timlönerna 5 och 6 francs, i provinserna 4-5 francs. Hjälparbetarna erhålla 1 franc mindre.

Vår senaste landskonferens tog ställning till det nya bostadsbyggnadsprojektet, som är känt under namnet "Loucheurs lag" och enligt vilket med ett lån på 15 miljarder francs 200,000 nya bostäder skulle byggas.

Våra fackföreningar vaka över att de nuvarande kontrakten, de sociala lagarna och lönebestämmelserna bli efterföljda. Vi kämpa även mot ackordsarbetet. Den nyligen inträffade katastrofen i Vincennes, orsakades inte minst av ackordsarbetet.

Launier, Tyskland frågade om man i Frankrike ej utövade kontroll över det material som användes och över arbetets förlopp. I Tyskland kontrollerar byggnadspoliserna materialet och arbetets förlopp. Vi ha också sökt göra vårt inflytande gällande för att billiga lägenheter om ett och två rum uppföras.

Boisson svarade att en sådan kontroll ej förekom i Frankrike. Beträffande den sammanstörtade byggnaden var företagaren ägare och arkitekt i en person. Byggherrarna uppföra hus och sälja sedan de enskilda lägenheterna så snart byggnaden är färdig. Då huset efter färdigställande och försäljningen ej mer är ägare av huset, har han intet intresse av kvaliteten i detsamma. Härvidlag saboteras mycket. Det är att hoppas att en propaganda kommer till stånd mot detta slags husbyggande.

Avgiften till fackföreningarna. I seine-departementet betala våra medlemmar 6 francs i avgift till organisationen. Därav gå två francs till federationen, som överför 75 centimes till CGTSR och 10 centimes till internationella byggnadsarbetarfederationen.

Varje år utställer centralorganisationen ett medlemskort för alla medlemmar, som därför måste betala en viss avgift. Av dessa avgifter bildas en kongressfond. Vid den senaste landskonferensen fastställdes priset för medlemskortet till 3 francs för byggnadsfederationens medlemmar. Ett medlemsmärke som är förbundet med detta blev samtidigt nedsatt i pris från 1 franc till 25 centimes.

Vi ha försökt alla nedel att betala våra skulder till de utländska organisationerna, dock har detta på grund av här framhållna omständigheter ej möjligt för oss. Vi hade i så fall helt enkelt måst lägga ned våra organisationer.

De närvarande delegerade förklarade sig eniga med Boissons redogörelse och voro enhälligt av den meningen att betalningen av skulderna blott kunde ske när det låg inom möjligheternas gräns. Man förklarade att man skulle betala skulderna när det var möjligt.

Sammanträdet avslöts klockan 10 em.

2. Förhandlingarna den 20 oktober kl. 8 fm.

Holland.

Rapport från Lansink jr.

I holland finns det 7 olika organisationer inom byggnadsfacket.

1. De reformistiska fackföreningarna /Amsterdam/.
2. De katolska fackföreningarna.
3. De national-kristliga fackföreningarna
4. De kristligt-nationala fackföreningarna
5. NAS fackföreningar som uteslutits från Moskva
6. De revolutionär-syndikalistiska fackföreningarna
7. De neutrala byggnadsarbetarfackföreningarna.

Alla dessa fackföreningar ha sin landsorganisation. Antalet medlemmar i nämnda byggnadsarbetarförbund utgör:

De reformistiska fackföreningarna	15,000	medlemmar
Stukatörernas förbund	1,500	"
Målarförbundet	3,500	"
De katolska byggnadsarbetarfackföreningarna	12,000	"
De national-kristliga fackföreningarna	10,000	"
De kristligt-nationala	250	"
NAS byggnadsarbetarfackföreningar	3,500	"
NSW	350	"
De neutrala byggnadsarbetarfackföreningarna	250	"

De holländska byggnadsarbetarna äro organiserade till en tredjedel, två tredjedelar äro oorganiserade.

I Holland finnas två arbetsgivarorganisationer för byggnadsfacket: Allmänna byggnadsarbetsgivarförbundet och katolska byggnadsarbetsgivarförbundet.

Kollektivavtalen avslutas för ett år och äro obligatoriska. Våra fackföreningar och NAS äro uteslutna från förhandlingarna om avtals slutande, enär reformisterna och katolikerna äro i flertal.

Det finns 7 löneklasser: De högsta löneklasserna äro i Amsterdam, Rotterdam och Haag med en genomsnittlig timlön av 85 cents som maximilön och 50 cents som minimilön. /En holländsk gulden är här 100 cents = 1,70 mark och kr. 1,55 i svensk valuta.

För de enskilda yrkesgrupperna äro lönerna fastställda sålunda: Timmermän ha en timlön av 85 cents, stukatörer 95, målare 75, plåtslagare 80, betongarbetare 85, hjälparbetare 75 och jordarbetare 85 cents.

I allmänhet arbetas på ackord, varvid arbetarna kunna förtjäna en timlön av 1,20 gulden. När det regnar erhålla arbetarna 70 proc. av timlönen. Arbetstiden utgör 8½ timmar dagligen eller 46 timmar i veckan. Alla arbetsförhållanden regleras efter kollektivavtal, och under avtalstiden får ej strejk tillgripas.

Plåtslagarna strejkade 4 månader för att få betald semester, och det medförde resultat. 1929 erhålla de tre dagars semester som betalas med 6 daglöner. 1930 erhålla de 3 dagars semester med 16 dagars betalning. Arbetsgivarna betala ferierna i förhållande till arbetstiden.

Inom den syndikalistiska byggnadsarbetarfederationen i Holland härskar den bästa enighet. Av veckokontingenten går 70 proc. till federationen och 20 proc. avsätts till strejkkassan. Varje federation är självständig. Vid strejker appellerar varje federation till de andra federationernas solidaritet. Vid strejk gå 2 proc. av lönen till under stöd åt de strejkande.

Souchy förklarade att han just nu ej kunde översätta den svenska rapporten, men han skulle sända den skriftligt översatt till internationalens byggnadsarbetarsekretariat.

Launer ville att man skulle återupptaga diskussionen om den första punkten på dagordningen. ISBF måste bli bestående och Markows förslag bör avskivas. Han anmodade Markow att återtaga sitt förslag.

Markow: Förslaget blev antaget av IAA:s kongress, emedan man ansåg att ISBF ej var i stånd att upprätthålla sin verksamhet och flertalet av de avslutna byggnadsarbetarfederationerna hade ej betalt avgiften. Av denna anledning ansågo vi det vara bäst att byggnadsarbetarfederationerna anslöto sig till IAA för att bli mera livskraftiga.

Buth: De federationer som ej ha betalt avgiften ha varit ur stånd därtill på grund av inre svårigheter.

Launer: ville att man skulle behandla punkt 8 före punkt 9, d.v.s. att först skulle man diskutera ISBF:s existens och sedan anslutningen till IAA.

Boisson framhöll att konflikten inom den tyska byggnadsarbetarrörelsen inverkad på den internationella rörelsen och var en fara för ISBF.

I betraktande av att ISBF ej är något anhang till IAA utan en självständig federalistisk sammanslutning uppfordrar den internationella konferensen kamraterna inom de båda tyska byggnadsarbetarfederationerna att så fort som möjligt inkalla till en enighetskonferens, varvid minoriteten på förhand förpliktar sig att underkasta sig de beslut som av enighetskonferensens majoritet fattas, men skall rätten till kritik dock ej bekrävas.

I betraktande av att IAA utgör huvudorganisationen och att de beslut som fattas på dess kongresser äro ett uttryck för alla dess organisationer, fordrar den internationella konferensen att i framtiden alla frågor som röra industrifederationerna föret bör söka lösas av de intresserade organisationerna, och om en lösning ej kan åvägabringas böra de föreläggas IAA.

Boisson tillfogade att han av exekutivkommittén fått i uppdrag att framlägga detta förslag; hans federation hade dittills ej erhållit någon rapport från det internationella byggnadsarbetarsekretariatet, och man hade fruktat att denna omständighet kunde få till följd en upplösning av ISBF.

Launer framhöll, att det franska förslaget var motsägande. Å ena sidan talade man om självständighet, och å andra sidan talade man om att minoriteten måste underkasta sig majoriteten. Menade de franska kamraterna kanske att majoriteten alltid hade rätt?

FAUD har antagit en centralistisk karaktär, vid kongressen våldförde man sig på oppositionen. IAA har intervernerat, FAUD har förblivit neutral. Minoriteten får ej underkasta sig majoriteten. Talaren lämnade en redogörelse över de kollektivavtal, som erkännas i FAUD:s nya stadgar.

En internationell konferens kunna ej lösa de internationella frågorna. Tal. förklarade sig vara motståndare till det franska förslaget kamraternas förslag; han var för självständighet, och detta förslag är riktat mot enheten. Han förklarade att han gemensamt med Buth hade bundet mandat för denna konferens. Vid två på varandra följande rikskonferenser med den gam-

la byggnadsfederationen hade följande förslag antagits:

Autonomi för byggnadsfederationen, solidaritetens reglering genom federationen och ej genom FAUD.

Markows nya arbetsutskott måste upplösas, endast medelammarna av den gamla arbetsutskottet äro valda och dessa medlemmar kunna omväljas.

Markow anslöt sig till de franska kamraternas enighetsförslag och fortfor: IAA:s kongress har beträffande stridigheterna i Holland framlagt enighetsförslag utan att överskrida sin befogenhet. Striden mellan de båda byggnadsfederationerna rörde sig ej om principiella frågor utan om organisationsfrågor. Sedan splittringen har man nu för första gång sammanträffat med representanter för den gamla federationen. Detta måste nu utnyttjas.

Kamrat Launer framhåller att man i den nya federationen var emot autonomi och att FAUD var centralistisk. IAA måste anses som en decentralistisk organisation, vilket den också är. Det är ej sant att FAUD:s kongress angripit federationens autonomi. Ingen har tänkt därpå. Om kamrat Launer är ängslig för majoriteten och om han kör fram med dess ofördragsamhet med minoriteten, inom FAUD, så var detta ej heller riktigt.

Buth och Launer ha på FAUD:s kongress i Mannheim förklarat att de anslöto sig till den nya regleringen av solidariteten. FAUD:s kongress var för att regleringen skedde genom byggnadsfederationens arbetsbörsen och ej genom federationen. I Mannheim förklarade sig Launer vara enig med denna reglering, han har nu alltså ändrat ståndpunkt.

Kamrat Launer blev utesluten från Storberlins byggnadsyrkesfederation och har nu bildat en ny organisation. Stanislawski har fått i uppdrag att tillskriva lokalorganisationerna om med förfrågan om de ville välja ett nytt arbetsutskott. Flertalet av lokalorganisationerna var för att ett nytt arbetsutskott skulle väljas. Därmed var splittringen given. Kongressen i Mannheim och byggnadsarbetarnas rikskonferens i Stuttgart ägde rum i maj. 1927.

Buth påpekade att konferensen i Magdeburg hade beslutat om att man skulle utgå ur FAUD. Man hade nekat att hålla tidningen, "Der Syndikalist", och då denna är obligatorisk för medlemmarna, innebar detta att man utträtt ur FAUD.

Markows nya arbetsutskott hade sammankallat till en ny rikskonferens i Leipzig påsken 1928. Vi denna rikskonferens hade den gamla federationen lika litet som det gamla arbetsutskottet varit närvarande.

Markow förklarade att vid FAUD:s extra kongress hade Launer ej fått

närvara, Markow själv hade dock röstat för att Launer skulle få närvara. Man har inte på något sätt försökt att ingripa i federationens självständighet. Lansink hade försökt medla, men Buth hade satt upp sina villkor för ett samgående. Den nya byggnadsfederationen ansluter sig till de franska kamraternas förslag.

Den minoritet som är emot FAUD:s nya stadgar är mycket ringa. Blott tre lokala organisationer ha gått emot desamma.

De nya stadgarna äro nödvändiga för att göra FAUD tillåten inför arbetsdomstolen. I de nya stadgarna förklaras FAUD vara en ekonomisk organisation, varigenom man tror sig hos arbetsdomstolen kunna utverka denna tillåtelse. Betecknande är att det inte är arbetsgivarna som äro emot en sådan tillåtelse utan arbetsdomstolens ledamöter i arbetsdomstolen som äro utsedda av de reformistiska fackföreningarna.

Talaren förklarade sig vara beredd att lämna vissa medgivanden för att få en enighet till stånd.

Buth och Launer förklarade, att de ej voro ensamma om sin här intagna ståndpunkt, alla lokala organisationer tillhörande den gamla federationen voro eniga i denna punkt. Det var ej som Markow sagt ett fåtal.

Launer ville slå fast att Markow hade orätt. Saken låg ej så till som den blivit framställd. Den gamla federationen har aldrig ingripit i organisationernas självbestämmanderätt.

Orsaken till att han blev utesluten ur Berlins byggnadsyrkesfederation är att hänföra till Katers intriger. Denne har med alla medel försökt att få genomfört det av honom framlagda förslaget att FAUD skulle sköta om solidaritetsregleringen. Han själv, Launer, hade ständigt varit för att detta skulle ske genom federationerna. Man hade intrigerat mot Buth, förklarade honom för oduglig och velat sätta Launer i hans ställe. Launer hade dock stått på samma ståndpunkt som Buth och ville ej medverka till något sådant. Han hade av sin organisation invalts som medlem i federationen, och han ville ej avsäga sig sitt uppdrag för att ej bli utesluten ur sin organisation. Några kamrater förklarade sig solidariska med honom och så bildade de en ny lokal organisation med Berlins timmermän. Buth ville avsäga sig sin befattning, men kamraterna avhöllo honom därifrån.

På kongressen i Mannheim krävde Launer inkallandet av en gemensam

konferens med den gamla timmermansföreningen i Berlin för att dryfta ~~skruvar~~ frågan. På denna konferens skulle endast timmermännen få ha ordet. Talaren förklarade att protokollet över hans anförande var oriktigt och att man senare var tvungen att lämna ett beriktigande. Han hade förklarat att man skulle försöka få till stånd en gemensam timmermanskonferens, som skulle besluta över sin självständighet. Man hade inte förgräpat sig på federationens ~~xxxxxxnas~~ självbestämmanderätt, vilket framgår av det sätt på vilket man behandlade saken vid kongressen. Kater hade ständigt manövrerat och själv för Buth förklarat, då det var fråga om regleringen av solidariteten: Ni vilja väl i alla fall inte att jag skall våldföra mig på mitt eget barn!

Beträffande tidningen så hade man i Magdeburg ej fattat något definitivt beslut, det hade man överlåtit till de lokala organisationerna.

På konferensen i Leipzig hade den nya federationen majoritet, nämligen 4,000 medlemmar, dock måste man göra klart för sig hur många av dessa som hade betalt sin kontingent och äro goda syndikalister. Talaren förklarade sig vara enig med de franska kamraterna beträffande solidaritetens reglering vid strejker. Markow har förklarat, att han ansluter sig till de franska kamraternas förslag, vilket är lätt för honom då hans federation är större och utgör majoritet. Launer själv ville dock ej underkasta sig majoriteten.

Buth förklarade att han inte hade något att tillägga utöver vad Launer hade framhållit. Konferensen fick avgöra frågan.

Markow protesterade mot att Launer hade beskyllt honom för att ha farit med osanning.

Eftermiddagens förhandlingar.

Lanzink framhöll att man måste söka finna en lösning av den tyska frågan. Han föreslog att man skulle ena sig om att få till stånd en enighetskongress inom en tid av 6 månader.

Launer förklarade att han ej kunde godkänna en frist av 6 månader.

Lanzink svarade: Vi ha här tvenne federationer som stå på samma principiella grundval, med samma åskådning och samma mål. Om vi ej kunna förena dem har vår sammankomst förfelat sitt syfte. I Holland har man efter IAA:s kongress förenat sig trots olika åskådningar; var och en har behållit sin egen mening.

Demoulin framhöll att man nu hade diskuterat både länge och väl utan att ha kommit till något resultat. Det är en omöjlighet att tvenne organisationer med samma ideal bekämpa varandra. Vilja kamraterna Buth och Launer förplikta sig att förfäkta den internationella konferensens mening nämligen sammankallandet av en enighetskongress i Tyskland?

Markow förklarade sig för ~~xxx~~ ett enande.

Lanzink förklarade, att det var ISBF:s uppgift att bana väg för en förening, ty enligt stadgarna kan ISBF blott erkänna en federation i varje land.

Demoulin framhöll, att de kamrater som fullständigt voro emot en förening lämnade argument till reformister och kommunister. En förening av de båda federationerna är absolut nödvändig, ty ISBF:s existens är avhängig därav.

Lanzink /till Buth och Launer/: Hur era mandat än kunna vara, så ha ni inte överskridit er befogenhet om ni för era uppdragsgivare förklara att ni ej kunna avvisa de utländska delegerades appell till er att söka få till stånd en förening.

Buth förklarade till sist att han ej var emot en förening. Dock om ISBF:s stadgar ej erkände mer än en federation, då skulle man utesluta den gamla byggmadsfederationen i Tyskland, som varit med om att uppbygga ISBF, och erkänna den andra. Han ville ha till stånd en ändring av artikel 4 i stadgarna angående anslutningsvillkoren, så att i ett land 2 federationer kunde vara anslutna.

Boisson förklarade att ~~xxxxxxx~~ den franska byggmadsarbetarfederationens exekutivkommitte kunde bestå endast genom bibehållandet av artikel 4 i stadgarna; en ändring därutinnan komme att öppna dörrarna för framtida splittring. Talaren tillfogade att om man ej kunde ena sig vore det bättre att upplösa ISBF.

Efter en längre diskussion om den tyska frågan, i vilken alla delegerade deltog, förklarade Buth slutligen att han personligen ej hade något ~~emot~~ emot en förening blott man tog hänsyn till hans sakliga synpunkter; han var till och med beredd att träda tillbaka som ledare för federationen ifall inighetskongressen ej hade ägt rum inom 3 månader.

Man enade sig slutligen om följande av Lanzink framlagda förslag, som antogs enhälligt:

"Sedan delegerade för de båda tyska byggmadsarbetarfederationerna fått förklara sig angående den nuvarande splittringen, som medfört beklagliga följder för den internationella syndikalistiska byggmadsarbetarrörelsen,

uppfordrar den internationella byggnadsarbetarkonferensen i Lüttich den 21 - 22 oktober 1928 de båda tyska byggnadsarbetarfederationerna att före nästa internationella syndikalistiska byggnadsarbetarkonferens med ~~hjälp~~ av biträde av den internationella syndikalistiska byggnadsarbetarfederationens sekretariat ~~samma~~ sammankalla till en rikskonferens för dryftande av enighetsfrågan.

~~Att~~ alla stridigheter mellan de båda organisationerna upphöra. De båda arbetsutskotten förplikta sig att agitera för en förening."

ISBF:s ställning till IAA.

Lanzink: När IAA fattade här föreliggande beslut så skedde det av den orsak a att ISBF ej arbetat så som det varit nödvändigt. Närmare förbindelser mellan de båda organisationsbildningarna måste upprättas. De internationella federationer som äro anslutna till Amsterdam utsända en bulletin var 14 ~~dag~~ dag. Med hjälp av IAA kunde man offentliggöra en rapport över den internationella byggnadsfederationens verksamhet.

Markow: Varje nationell federation kan överlämna sina offentliga ~~meddelanden~~ meddelanden till IAA:s delegerade. Avgifterna kunna som hittills ~~avfö~~ avsättas till ISBF. Tillfogade följande förslag: Byggnadsarbetarinternationalen skall vidarebestå med bibehållande av sin nuvarande karaktär och intimt samarbeta med IAA.

Boisson föreslog, att en bulletin utges varje kvartal, i vilken speciellt byggnadsarbetarnas intressen behandlas. Alla federationerna kunna månatligen lämna sina meddelanden till IAA:s bulletin.

Förslagen 2 och 3 beslöt konferensen enhälligt att avföra från dagordningen.

Förslag 4 ~~av~~ från den tyska byggnadsarbetarfederationen /Buth/ hade följande lydelse:

"ISBF:s konferens skall behandla frågan om ~~den~~ internationella solidariteten genom yrkesinternationalerna, då praktiskt sett vid konflikter inom ett yrke eller en industri en solidaritet av större omfattning är nödvändig"

Souchy belyste strukturen av de syndikalistiska organisationerna i de enskilda länderna. Han ~~frå~~ påvisade att i Sverige, Argentina och i Spanien samt även i Norge regleras solidariteten genom de syndikalistiska landsorganisationerna och ej genom federationerna. De argentinska kamraterna vilja till och med ej veta av bildandet av industrifederationer. Dessa förhållanden medgiva ej ~~understöd~~ vid strejker enhetligt understöd efter internationella linjer. Man måste överlämna fullgörandet av solidaritetsförpliktelserna till de enskilda landsorganisationerna. Om en federation ~~själv~~ själv vill reglera solidaritetsförpliktelserna eller överlämna detta till ISBF må det stå ~~den~~ den fritt att så göra, men om andra vilja vända sig till IAA så skola de inte underkastas något tvång i den vägen.

Boisson påpekade att man med en avgift av 10 centimes per månad och medlem ej kunde betala något strejkunderstöd. Ty denna avgift är bestämd för ISBF:s propaganda. ISBF skall vid alla konflikter i samråd med IAA vända sig till alla organisationer för att söka ~~hjälp~~ skaffa hjälp åt strejkande.

Buth anslöt sig till Boissons mening.

Launer föreslog att ISBF i alla avseenden förblir en självständig organisation i nära förbund med IAA.

Lanzink var också för att båda organisationerna gemensamt skulle ut-sända upprop om solidaritet vid konflikter.

Launer framhöll att det bör vara byggnadsinternationalen som avsätter bidragen till IAA för att kunna utöva kontroll.

Den internationella byggnadsarbetarkonferensen beslöt att det skulle stå byggnadsarbetarfederationerna fritt att avsätta sina bidrag till ISBF eller IAA.

Propaganda.

Förslag från Demoulin: De belgiska kamraterna ha på grund av landets två språk att dragas med stora svårigheter. Man talar både franska och flamländska. Han appellerade till de delegerade att ~~understödja~~ understödja de ~~belgiska~~ belgiska kamraterna för att avhjälpa dessa svårigheter.

Förslaget blev enhälligt antaget.

Buth önskade att alla rapporter som röra den internationella konferensen tillställas federationerna 3 månader i förväg.

Det holländska förslaget om ~~en~~ tremånadersrapporten blev antaget.

Förslag 8 ströks.

Räkenskapsberättelsen blev enhälligt ~~antag~~ godkänd.

Det internationella sekretariatet.

De franska delegerade förklarade att de av sin exekutivkommitte fått i uppdrag att föreslå att i framtiden skulle det internationella sekretariatet under överinseende av det lands federation där det har sitt säte, så att i framtiden alla missförstånd och personfrågor skola kunna undvikas. Den franska byggnadsarbetarfederationen förklarar sig villig att övertaga sekretariatet under villkor att exekutivkommitten får utöva kontroll över arbetet och välja de kamrater som skola utföra arbetet. Om en kamrat ej sköter sitt uppdrag är vederbörande landsfederation skyldig att utse en annan i hans ställe. Federationens exekutivkommitte är ansvarigt för det internationella sekretariatets arbete.

Efter en stunds diskussion blev detta förslag antaget.

För de andra länderna utsågs kamraterna Lanzink/Holland/ och Demoulin /Belgien/.

Efter det att enighet vunnits i Tyskland skall även där en kamrat utses.

Diverse frågor.

De franska delegerade uttalade sig över frågan om den internationella arbetarvandringarna. Sedan lagen om byggandet av 200,000 bostäder antagits i Frankrike /Louckeurs lag/, vilka skola uppföras under de närmaste 5 åren komma utan tvivel de franska arbetsköparna att införskaffa arbetare från utlandet, och dessa skola komma att tvingas att för sämre villkor än de franska arbetarna taga arbete. Därigenom kommer att uppstå en svår konkurrens arbetarna emellan.

Talaren frågade om inte IAA gemensamt med de till densamma anslutna landsorganisationerna kunde utgeva en broschyr, tryckt på flera språk, i vilken arbetarna skulle varnas för att resa till Frankrike. I denna broschyr skulle det elände de invandrade arbetarna råka ut för i Frankrike även genom illustrationer framställas.

Souchy lämnade en översikt över läget för de utländska arbetarna i Tyskland. En utländsk arbetare kan ej få arbete i Tyskland. Det är genom lag förbjudet att sysselsätta utländska arbetare så länge arbete ej finnas att få för tyska arbetare.

Boisson framhöll att det ligger en nationalistisk fara i detta vilket också kan utveckla sig till andra länder. Reformisterna vilka även kalla sig för interntionalister måste göras uppmärksamma på detta.

Man enade sig om att de franska kamraterna skulle utarbeta en rapport över frågan.

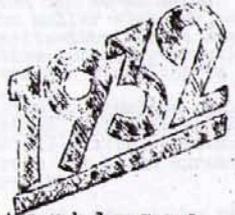
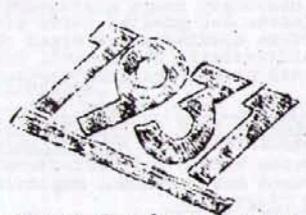
Därmed var dagordningen genomgånngen, och konferensen avslutades kl 10 på kvällen.

Louis Boisson

Sekretare.

Bauarbeiter

Herausgegeben von der Reichs-Föderation der Bauberufe Deutschlands (R.F.B.)
angeschlossen der Freien-Arbeiter-Union-Deutschlands (F.A.U.D.)
Mitglied der Internationalen-Syndikalistischen-Bauarbeiter-Föderation.
Verantwortlich: Geschäftsleitung: Sitz: Berlin.
W. M. Jarkow, Berlin, N. 113, Bornholmerstr. 7.



**„Die Befreiung der Arbeiterklasse
muss das Werk der Arbeiter selbst sein“**

Mit diesem Ruf zur Besinnung auf die eigene Kraft der Arbeitermassen verliessen wir das 12 Jahr der Republik, das Jahr 1930, mit seinen katastrophalen Zusammenbrüchen politischer Hoffnungen, wachsender Erwerbslosigkeit von 2-4 Millionen und des direkten Lohnabbaues.

Uns tragen lassend von der Hoffnung, dass die Arbeiterschaft nach den gesammelten Erfahrungen sich von den Partei und Gewerkschaftsbürokraten frei machen und aus ihrer Stagnation erwecken würde, schritten wir in die Zukunft die Güster und drohend vor uns lag.

1931. Die privat kapitalistische und monopolistische Wirtschaft beholt und kragt in allen Fugen. Krampfhaft bemühen sich die Wirtschaftsführer die Oberhand zu behalten. Immer weitere Massen von Arbeiter wurden auf die Strasse gesetzt. Politikanten und Gewerkschaftler umscheln die Massen der Werkstätigen weiter, mit dem Erfolg dass die politische Mordsonne in bisher nie gekanntem Ausmass sich breit machte. Das Frühjahr brachte für die Bauarbeiter, besonders für diejenigen Teile die es noch immer nicht verstehen gelernt hatten, die Enttarnung der zentralistischen Organisationen.

Verzweifelt wehrten sich grosse Teile der Bauarbeiter und versuchten durch Streik den Lohnraub abzuwehren. Aber die Gewerkschaften, der D. B. B. und die „Christen“, in treuer Gemeinschaft mit den Unternehmerverbänden und den Tarifinstanzen, zeigten ihre ganze Brutalität und schreckten selbst nicht vor einem Bruch des Koalitionsrecht zurück.

„7-11 % Lohnabbau war das Resultat dieses Verrates.“
Doch im tollen Wirbel ging es weiter, die Bauwirtschaft wird durch Sperrung der Bankkredite weiter geknecbt. Die Erwerbslosigkeit steigt und erreicht in den Sommermonaten bereits 70% aller in Baugewerbe beschäftigten.

bedürfte diese Gelder zur Stützung der kapitalistischen Monopolisten, doch alles vergebens es kragt im Gebick der Nr.3-wolle Konzern platzt ihm folgt die Kurat-Bank und viele andere. Der Schleier zerreisst und antwortet die ungeheure Korruption innerhalb der Wirtschaft, eine Affäre überstürzt die andere. Die Politikanten werden als unfähig die Gaschicke des Volkes zu leiten nach Hause geschickt, der Parlamentarismus ist Bankrott. Die Regierung unter Dr. Brüning herrscht und bringt die erste Notverordnung, die bald weitere folgen sollten und auch prompt folgten.

Paragraphe der Reichsverfassung der Republik werden durch den Artikel 48 derselben Verfassung unserer Kraft gesetzt. Die Willkür herrscht die Presse und Redefreiheit wird geknecbt, das Streikrecht beschnitten eine Flut von Hochverrats und Landesverratsprozessen ist die Folge. 26

Um die immer grösser werdende Ansprüche der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung decken zu können, werden die zu zahlende Sätze erhöht, die Ansprüche der Versicherten gekürzt, in der Sozialversicherung werden 400000 neuhaer in der Kette beraubt, der Lohnraub wird von der Regierung sanktioniert unter der Parole-„Preissenkung-Lohnsenkung“.

„Mittonhinein platzt die Nazi-Tagung in Harzburg, zwar etwas vorsilig für die Beteiligten, doch ein wannendes „Knetekl“ für die Arbeiterschaft. Doch selbst-„das Köpfe werden rollen“-und „Krschlassen-Krschlassen“- bringt die Massen nicht aus ihrer Lethargie.

Die zur Abwehrkampfrufende revolutionäre Arbeiterschaft wird von den Machthabern des Staates geknecbt. Die Presse verboten und die sich von ihrem Schlaf weckende Mass. wird ihres Sprachrohrs und Rufes zum Streit gegen den drohenden Faschismus und Unterdrückung beraubt.

Durch das „Verbot des Syndikalismus“ wird in auch wir, als syndikalistische Bauarbeiter unserer Organs beraubt.

Die dritte Notverordnung vom 6 Oktober 1931 bringt für die Freiheitliche Bewegung weitere Gefahren. Durch die Anwendung des Rechtes des Reichspräsidenten auf Grund Artikel 48, Abs. 2, werden die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 in ihren Grundrechten teilweise oder ganz ausser Kraft gesetzt, besonders von Interesse ist für uns der Artikel-117-:

„Das Briefgeheimnis sowie das Post-Telegraphen und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich.

„Annahmen können nur durch Reichsgesetz zugelassen werden.“
Dieser Artikel ist also durch die dritte Notverordnung aufgehoben. Das Versammlungsverbot, der Weihnachtsfrieden und anderes mehr. Und heraus der unausgesprochene Belag-zustand in neuen Gewarde und da jede wahrheitsgemässe Kritik verboten, die Diktatur der Brüning-Regierung.

Die durch diese Annahmen aufgerüttelte und zum Vorstoss bereit anarcho-syndikalistische Bewegung, wie sie durch unsere Organisationen zum Ausdruck kommt, liess uns trotz aller bitterer Erfahrungen die uns das Jahr 1931 bereitete, mit freier und ungebaugter Hoffnung die Schwelle des Jahres 1932 überschreiten.

Wir sind uns bewusst, dass wir vor schwarzen Entscheidungen in Deutschland stehen. Aber oben dieses Bewusstsein wird dazu beitragen dass wir bei allen Dingen die da kommen mögen unseren Mann stehen, alle revolutionäre Kämpfer für den Freiheitlichen Sozialismus. Getragen von dem Leitmotiv am Beginn des Artikels. In Vertrauen zum Gelingen des Endkampfes, in brüderlicher Solidarität geschärft um das Banner der Freiheit, sind wir für die kommende Kämpfe bereit. Nutzen wir die kurze Zeit bis zum April dieses Jahres, der Termin mit dem grossen Pragezeichen der Brüningregierung.

Nutzen wir die Zeit. Die Reichs-Konferenz der Bauarbeiter und der 19 Reichskongress der F.A.U.D. zu Göttern in Erfurt, sollen uns bereit finden, als Herrschau zum Kampf gegen jede Unterdrückung.

Es lebe die Freiheit, - es lebe die Revolution,

begrüssen wir das neue Jahr.

Die Geschäftsleitung der Reichs-Föderation
L. A. Walter Jarkow, Richard Stanislawsky.

ooo ooo ooo

!! Achtung !!

Vorsitzende, Kassierer Revisoren, dass 4 Quartal 31. mmo abgerechnet werden. Zahlkarten liegen dieser Leitungsendung bei. Gebt soht! inur diese sind gültig.

Habt ihr schon das Rundschreiben No. 1 beantwortet?? Wer hier seine Pflicht versäumt macht sich selbst verantwortlich.
R. Stanislawsky, W. Jarkow.

Lohnabbau und Tarifrecht!!

Eine Kritik von C. Windhoff.

27

Die Lohnabbau-Theoretiker und Praktiker haben Hochkonjunktur wie nie zuvor. So wie in den Jahren 1919 bis 1923 die Ebert, Scheidemann und Genossen die Parole ausgaben:

"Nur die Arbeit kann uns retten"
das heisst uns, das kapitalistische Regime -- so gaben vor etwa 2 Jahren die Hauptlinge der grossen Wirtschaftskonzerne in Deutschland, nachdem sie ihre Betriebe über Rationalisiert und hunderttausende Arbeiter auf die Strasse gesetzt hatten, die Parole aus:

"Nur durch Lohnabbau ist die deutsche Wirtschaft zu retten"
Die Gewerkschafts und Parteipresse sowie das an den Schultern der organisierten aber dankfaulen Arbeiterschaft zu Amt und Würden empor gekletterte Führertum nahm mit grossem Wortschwall gegen die Lohnabbauparole Stellung.

"Scharfer Kampf" -- "schärfster Kampf" -- und sogar "Kampf bis zum Weissbluten"

wurde als Gegenparole angekündigt. Was ist seitdem Geschehen?? Die Regierungen der einzelnen Länder und des Reiches haben sich treu und brav bemüht, die Wünsche und Forderungen der kapitalistischen Wirtschaften "Führer" als einen gegebenen Befehl zu betrachten und auszuführen. Die unter Leitung des sozialdemokratischen Herrmann Müller stehende vorläufige Regierung arbeitete exakt mit den Gewerkschafts-Hauptlingen zusammen und liess den Streikverhinderungen und Lohnabbau-Apparat genannt Schlichtungsordnung, spielen um den Lohnabbau zu fördern und staatlich zu sanktionieren.

Die jetzige unter Leitung des Centrum-Christen Dr. Brüning stehende Reichsregierung aber sohin in Bezug auf Lohnabbau jeden bisher aufgestellten Rekord hunderttausende Berg-Hütten-Metall-Textil-Verkehrs und Bauarbeiter, die bisher schon darben mussten, wurden durch den direkt wahrnsinnigen Lohnabbau nach dauernden Hungern vorurteilt.

Aber nicht nur das:
Die Brüning-Regierung war angeblich bestrebt, die Finanz und Wirtschaftsnetz zu beseitigen mittelst Anwendung des Artikel 48 der Reichsverfassung. Eine Notverordnung jagte die andere. Und der Erfolg??

Durch die Notverordnungen wurde neue Not verordnet. Die Erwerbslosen und Friesenunterstützung wurde stark herabgesetzt. Hunderttausenden Jugendliche jeder Unterstützung genommen und damit neue Not diktatorisch verordnet. Die Wirtschaft noch mehr gedrosselt.

Fünf Millionen Erwerbslose und deren Masselnd in nie gekannten Masse sind ein warnendes Monnetkel für die Machtinhaber des Staates und des Kapitals.

II.

Aber den Herrschenden gelstet nach mehr Interdrückung und Rechtlosmachung der Arbeiter. Die Herrschaften planen das fast nur noch auf dem Papier stehende Tarifrecht zu beseitigen.

Die grossen Zentralgewerkschaften haben sich dank ihrer rückständigen ideologischen Einstellung und schlappen Haltung bereits so weit zurück drängen lassen, dass ihr Einfluss auf die Gestaltung der Lohn und Arbeitsbedingungen gleich null ist. Beweist: Siehe den Inhalt der Gewerkschaftspresse. Immer denn, wenn irgendwo Lohnabbau angekündigt wurde, schlug die Gewerkschaftspresse sehr fade Töne an. Sobald aber der Schlichter und Reichsarbeitsminister den Lohnabbau unter Zuhilfenahme bekannter sozialdemokratischer Grossen diktiert hatten, dann wirkte diese Presse auf die Gewerkschaftsmitglieder ein, sich zu knicken. Und diese Mitglieder viele Jahre in Jesuit und Gdayergehorsam gegenüber den Führern erzogen, sie knickten und gehorchten wie dressierte Hunde im Zirkus Sarasin, oder Lagerbock.

Die schlappe jeden Kampf ausweichende Haltung der grossen Gewerkschaft ist zu einem beträchtlichen Teil mitverantwortlich am dem Elend der Massen und an dem Niedergang der Wirtschaft. Dieses ist nicht nur unsere Meinung sondern diese Meinung hat sich schon gebrochen in die Kreise des links eingestellten Bürgertums. "Die Welt am Montag" schrieb schon in ihrer Nummer 26. im Juni des Jahres unter der Überschrift:

"Kraftvolle Forderungen nötig!"

unter anderem folgende Sätze:

Jetzt heisst es für die Gewerkschaften, durchzusetzen, dass die Regierung rasch die handgreiflichen Ungerechtigkeiten der Krisensteuer, die Ausschaltung hunderttausender Jugendlichen aus der Arbeitslosenunterstützung und andere hartertreibende Verordnungen aufhebt. Gelingt das nicht, so ist das "Rettungswerk" aus amerikanischer Initiative für die werktätige Bevölkerung Deutschlands ein Wochens auf weite Sicht, die im Nebel endet, in dessen Schleiern kapitalistische Mächte sich alle aventurillen Vorteile sichern.

Es ist in den letzten Jahren auch dem schwer Belohrbaren klar geworden, dass Hunger und Not des werktätigen Volkes. Die automatische eingreift in die Lage des geschäftlichen Mittelstandes und in die der Industrie. Bricht die Kaufkraft der Massen, so wird die ganze Wirtschaft gelähmt. Die bläherigen Experimente, mit Lohnsenkungen, Preisabnahmen um so die Abhebung des Marktes zu kommen, sind fahlgeschlagen, wie nicht nur wir es vorausgesagt haben.

Die Gewerkschaften haben es heute nicht schwer, dass zu beweisen. Hoffentlich besitzen sie die Kraft, jetzt ihre entsprechende Forderungen durchzusetzen.

Seitdem sind 5 Monate verflossen, aber wie wir nicht anders erwarten hatten, haben sich die Zentralgewerkschaften zu einer kraftvollen Aktion oder gar zu einem Kampf gegen die Lohnabbauausnahme nicht aufschwingen können. Aber an hohlen Phrasen an die Versammlungsfunktionärwerk zur Köderung der unzufriedenen Massen hat es nicht gefehlt. Auch Bittgänge zu Papst-Hindenburg und Onkel-Bruning haben die Hauptlinge der Gewerkschaften und der S.P.D. öfter unternommen.

Dasselbe Trümperspiel und dieselben Komödien sehen wir bei dem Problem der Arbeitszeitverkürzung respektive Einführung der Fünftageswoche oder 40 stündigen Arbeitszeit pro Woche, ist es nicht ein oder ein paar wenn man sieht, wie diese an Mitgliedern Millionen starken Zentralgewerkschaften winselnd Regierung und Reichstag anbetteln, doch endlich ein Einsehen zu haben und die 40 Stunden woche gesetzlich einzuführen??

Wenn die Zentralgewerkschaften diese staatlich eingestellten Institutionen ernstlich und ehrlich gewillt wären diese Probleme zu lösen, dann hätten sie längst gelöst sein können durch die Kampfmittel der direkten Aktion, selbst gegen den Willen der Regierung und des Parlaments.

Aber leider, die Zentralgewerkschaften aller Richtungen, ob sie sich nun "frei" oder "christlich-hirsch-dunkersch" oder polnisch nennen, ihnen allen fehlt das energische Wollen und der Wille zum Kampf. Sie alle sind wohl noch grosse, aber geist und kraftlos in revolutionärer-ideologischer Hinsicht lendenahme, tote Organisationen. Ihr Ideal und gleichzeitig ihre schlimmste Krankheit, die den Organisationskörper total versenkt hat und wie solches Gift wirkt, ist der Wirtschaftsfriede und daran werden sie über kurz oder lang verenden, wie ein alter Karrenkaval. Je eher dieses geschieht, umso besser für die Arbeiterschaft. Der Weg muss frei werden für den Anarcho-Syndikalismus, wo nicht mehr ein selbstherrliches aufgeblasenes Führertum bestimmt, sondern die Masse der Arbeiter selbst.

III.

Die Löhne der deutschen Arbeiter aller Kategorien sind in den beiden letzten Jahren stark zurück gegangen. Am schwersten mitgenommen wurden wohl die Berg-Metall-Textil und Bauarbeiter. Mit den Verhältnissen der Bauarbeiter wollen wir uns hier mal etwas näher beschäftigen.

Der letzte Lohnabbau bei den Bauarbeitern wurde im Frühjahr des Jahres 1931 vorgenommen. Die wirtschaftsfriedlichen Bauarbeiterorganisationen, der deutsche Bauwerks-Bund, (D.B.B.) und die christliche Bauwerkschaft, murten zwar, aber dann fügten sie sich glatt.

Der Reichstarif für die Bauarbeiter wurde festgelegt bis zum 2.3.32. Nun wissen wir, dass die Bauunternehmer von der Senke Lohnabbaukollater besonders stark befallen sind. Trotzdem diese Herren ihre angebliche Tariftreue immer so stark betonen, ist ihr bestreben nur darauf eingestellt, weniger zu zahlen, als wie tariflich festgelegt ist.

"Der Grundstein" Organ des D.B.B. hat in den letzten wochen wiederholt darüber berichtet und nachgewiesen, dass die organisierten Bauunternehmer in allen Gauen Deutschlands Sturm laufen gegen die Tariflöhne. Die Herren vom Bau wollen die nach ihrer krankhaften Ansicht übersteigerten Löhne in den einzelnen Landesteilen wie folgt senken.

"In Brandenburg um 25 %.

Hieraus ist zu ersehen, mit welcher unvorfrorenen brutalen Gesellschaft die Bauarbeiterschaft zu rechnen haben.

In einem Teile der S.P.D. Presse erschien Ende November 31. folgender, die Situation und die Tarifrfrage der Bauarbeiter beleuchtende Artikel.

"DER TARIFKAMPF DER BAUARBEITER"

Die Bauunternehmer setzen ihren Kampf gegen die tariflich vereinbarten Löhne mit erstaunlicher Hartnäckigkeit fort. Sie entdeckten, weil dass besser so in ihren Kram passt, jetzt sogar in bürgerlichen-Gesetzbuch den Satz von dem unrückköhlichen oder stillschweigenden Vorbehalt, einen Vertrag nur so lange gelten zu lassen, als die Umstände, unter denen er abgeschlossen ist, weitergelten. Dass es noch so etwas wie ein Tarifvertragsrecht gibt, haben die Herren Bauunternehmer anscheinend schon ganz vergessen. Verträge sind für sie nun schön und gut, wenn sie die Gegenseite binden.

Mit dieser sponderbaren Auffassung haben die Bauunternehmer bis jetzt bei den Tarifbüchern nicht viel Glück gehabt.

In HALLER/SAALE, erklärte sich des Tarifaust nach langer Beratung und heftigen Auseinandersetzungen mit den tarifbuchlästernen Unternehmern für unzuständig zur Verhandlung über die Lohnfrage. Die Haltung des Tarifamtes entspricht dem Geist des Arbeitsvertragsgedankens.

Nicht so, dass Tarifamt für NIEDERSCHLESSEN: Dort korrespondieren die Unternehmer ohne weiteres einen Abbau der Löhne für Facharbeiter um 26-41 % und für Tiefbauarbeiter um 20-35 %, das heisst auf 38 Pfg. Das Tarifamt Niederschlesien hat, nachdem die Arbeiterbesitzer unter Protest gegen seine unmögliche Haltung die Sitzung verlassen hatten, tatsächlich den Einbruch in das Tariffrecht vorgenommen. Es fällt einen Schiedsspruch, wonach die Löhne über eine Mark um 11 Pfg. und die unter 1 Mark um 10 Pfg. abgebaut werden sollen.

Das Tarifamt OBERSCHLESSEN, wo die Unternehmer einen Lohnabbau von 24-30 % und eine Senkung der Lehrlingsentschädigung um 33% durchdrücken wollten, kam zu keinem Ergebnis, sondern verlegte die Verhandlungen, weil die Arbeitervertreter die Zuständigkeit des Tarifamtes anzweifelt und gegen einen etwaigen Spruch sofort Berufung einzulegen drohten.

Der Tarifamtsvorsitzende für die GRENZMARK (Schnleidenmühl), wo die Unternehmer einen Abbau der Löhne um Teil bis zu 40 % beantragten - das würde in Effekt einen Bauarbeiterlohn von 35 Pfg. pro Stunde in der dritten Lohnstufe bedeuten - war vernünftig genug, diese verrückten Anträge als undiskutierbar zu bezeichnen. Da keine Einigung zustande kam, erklärte der Vorsitzende, dass die bisherigen Löhne weiter gelten.

In BRANDENBURG verliefen die Verhandlungen in ähnlicher Weise.

In RHEINLAND haben die Bauarbeitgeberverbände beim Tarifamt in Köln beantragt, mit Rückwirkung vom 11. November ab die Löhne um 20 % für Facharbeiter und um 18 % für Tiefbauarbeiter zu kürzen. Das bedeutet für die Tiefbauarbeiter der niedrigsten Lohnklasse eine Senkung des Lohnes auf 48 Pfg. pro Stunde.

Die Unternehmer des Baugewerbes versuchen also unter Anwendung aller Mittel zunächst zu Verhandlungen zu kommen und über Verträge zu beraten, die sie durch ihre eigene Unterschrift als rechtsgültig anerkennen haben. Sie stellen geradezu phantastisch neue Lohnabbauforderungen, obwohl die Sinnlosigkeit des Lohnabbaues offen zu Tage liegt. Die Bauarbeiterlöhne sind längst gesunken. Hat deshalb die Beurlaubigkeit zugenommen ?? In Gegenteil: sie ging noch weiter zurück.

Vom Reichsarbeitsminister ist in der Frage des Lohnabbaues keine Hilfe zu erwarten. Hat es Zweck, an ihm die dringliche Forderung zu richten, endlich einmal einen wirksamen Schutzz für einen Schutz des Tariffrechtes zu tun ? Sollen die geltenden Tarifverträge zusammen mit den Löhnen ins Bodenlose rutschen ??

Aus vorstehenden Berichten ist klar zu ersehen, wie die Unternehmer überall bestrebt sind, die schlappe Haltung der zentralistischen Bauarbeiter-Organisationen auszunützen.

Mit bitten und betteln sind Lohnkämpfe nicht zu führen. Jahrelang sind diese Organisationen jeden Streik tapfer ausgewichen. Wo aber Bauarbeiter zum Streik übergingen, da erklärten die Verbandsführer diesen Streik als wild, verweigerten ihren Mitgliedern jede materielle und finanzielle Unterstützung und lieferten Streikbrecher.

Aber auch da, wo es nicht zum Streik kam, zeigten die Verbandshauptlinge in der Lohnabbaufrage nicht nur liebevolles Entgegenkommen, sondern sie brachten den Unternehmern auch schon den Lohnabbau auf dem Präsentierteller entgegen (Siehe weiter unten).

Zur Zeit wo ich dieses schreibe, am 8. Dezember 31. ist die neueste Notverordnung der Regierung in Vorbereitung.

Die Löhne und Gehälter sollen errant abgebaut und das Tariffrecht um einige Looh zurück gesteckt werden. Die freien Gewerkschaften und S.P.D. Presse, macht wieder in radikalen Tönen und kündigt auch Gewähligen und der Regierung mit bombastischen Phrasen an, dass ein weiterer Lohnabbau und gar ein Einbruch in das Tariffrecht unter keinen Umständen geduldet und energisch zurück gewiesen würde.

Wenn auch die Höheren und Enten darüber lachen - schadet nichts - es gibt immer noch organisierte Arbeiter, die an solchen Phrasen glauben. Doch warten wir ab, was kommen wird.

Eins aber wissen wir bestimmt: wenn am 10. Dezember die Notverordnung erscheint und weiterer Lohnabbau nebst Abbau des Tariffrechtes verordnet ist, dann verschwinden die radikalen Töne in der S.P.D. und Gewerkschafts-Presse - bis die nächste Notverordnung geplant wird.

Übrigens ist es nicht lächerlich, ist es nicht Hohn und elende Heuchelei, wenn diese sogenannten freien Gewerkschaften zusammen mit der S.P.D. davon reden und schreiben, dass sie das Tariffrecht der Arbeiter verteidigen wollen. Haben nicht die "freien Gewerkschaften" am 1. April mit der "christlichen Gewerkschaft" seit 30 Jahren mit Erfolg daran gearbeitet, ihren Hunderttausenden von Mitgliedern jedes Selbst- und Mitbestimmungsrecht bei dem Abschluss von Tarifverträgen zu nehmen ??

Hiesse es den Mitgliedern gegenüber nicht immer: "Wer sich nicht fügt der fliegt ??". Ist es nicht Tatsache das diese Gewerkschaften immer danach gehandelt und gestrebt haben, die links von ihnen stehenden oppositionellen Organisationen der F.A.U.D. und den Industrie-Verbandes von dem Tariffrecht auszuschalten ??

Wissen wir daran erinnern, dass die Hauptlinge dieser Zentralgewerkschaften dabei gemeinsame Sache gemacht haben mit den Unternehmern und deren Syndicats ??

Hat diese Sorte Arbeiterführer vergessen, dass sie in den vielen Fällen die Staatsgewalt, die Gerichte und Polizei zur Hilfe heranzogegen haben um den oppositionellen Organisationen das Tariffrecht zu nehmen ??

Haben diese Herrschaften nicht immer das Tariffrecht mit dem Schlichtungswesen benutzt, um Hunderttausenden Arbeitern den Lohnabbau aufzuzwingen und das Streikrecht zu nehmen ??

Sind alle diese Schmutzeten nicht immer von der S.P.D. und deren Presse verteidigt worden ? Und eine solche Gesellschaft spielt sich nun auf als Kapitoldwächter des Tariffrechtes.

BAUARBEITER - ALLER-ORTS !

Wir fragen Euch, Sind wir berechtigt, die hier gekennzeichnete Handlungsweise der Gewerkschaften - und Parteiführer als Demagogie und Heuchelei zu bezelohnen ??

Seit langen Jahren sind wir uns darüber klar, dass die Tariffverträge zu Gunsten der Arbeiter festgelegten Bestimmungen nur dann innu gehalten und durch geführt werden, wenn eine starke, lebendige, aktive Arbeiterorganisation ständig darüber wacht und wo notwendig sofort eingreift. Dies ist schon anforderlich bei guter Arbeitskonjunktur, dann fast jeder Unternehmer ist bestrebt, den Tarif zu umgehen.

Viel schlimmer aber entwickeln sich die Dinge bei schlechter Konjunktur, bei grosser Arbeitslosigkeit. Denn nutzen die Unternehmer ihre wirtschaftliche Macht gegenüber den Arbeitern rücksichtslos aus und pfeifen auf den Tarif. Selbst eine äusserst aktive Organisation hat dem gegenüber einen schweren Stand. Noch schwieriger aber sind die

NR 140

Will mensche Dinge beurteilen, dem muss man sich schon jahrelang praktisch mit der Arbeit auseinandersetzen.
 Die wirtschaftlich-technischen Gewerkschaften haben im letzten Jahr und zum Teil haben sich einzelne Arbeiter Unionen Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten) F.A.U.B. (A.S.) und deren angeschlossenen selbstständigen Gruppen (minzipielle Gegner der Tarifverträge) seien.
 Dies ist eine totale Verkennung der Geschichte der F.A.U.B. und der von den einzelnen syndikalistischen Gruppen seit langen Jahren gelebten Praxis. Die Syndikalisten sind seit Jahrzehnten ein Beispiel für wirtschaftliche in unserem Sinne eingetragenen. Bekämpft haben wir immer nur die langfristigen Verträge, nicht aber die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Kämpfe wirtschaftliche Konjunktur für sich auszunutzen.
 Dies bereitet seit 60 Jahren bestanden der F.A.U.B. angeschlossene Vereinigungen der Fliegler in Düsseldorf haben in den letzten Jahren schon dreimal Tarifverträge ohne festes festes Laufdenar abgeschlossen. Und zwar: Den Tarif von 1. August 1923.
 Den Tarif von 20. Mai 1925.
 Den Tarif von 13. September 1928.

Diese Tarifabschlüsse erkannte auch der D.B.E. durch Unterschrift als gut und für seine Mitglieder verpfändlich an.
 Wir behaupten dass der D.B.E. noch nie in irgend einem Orte oder Bezirk Deutschlands für irgend einen der ihm angeschlossenen Berufs einen Tarif abgeschlossen hat der sich bezüglich Wahrung der Arbeiterinteressen mit den Tarifverträgen unserer Freunde in Düsseldorf messen kann.
 Der letzte der obengenannten Tarifverträge, wurde am 31. August 1931 außer Kurs gesetzt. Die Erwerbslosigkeit war sehr gross und die Untermannschaft an den Tarif tief und tief, indem es, ohno dem Tarif vorher zu kündigen durch direkte Aktion die Löhne kürzten.
 Die Unternehmer forderten ab September 1931 einen neuen Tarif mit 20 % Lohnabbau.

Angesehe die wirtschaftliche Situation sind wir bereit über den Lohnabbau mit uns reden zu lassen unter folgenden Bedingungen:
 1) In dem neuen Tarif werden Sicherungsklauseln festgelegt um ein unter bieten des Tarifs unmöglich zu machen.
 2) Die anspruchsvollen Arbeiten müssen unter alle organisierten Fliegler so verteilt werden, dass nicht wie bisher, der eine Teil ständig streikend und der andere Teil immer in Arbeit steht.
 Diese vorstehende doch wohl sehr richtige Bedingungen lehnen die Unternehmer und ihr Syndikus als Aufgaben von Stunden ab und der D.B.E. lehnt sich dieser Ablehnung an.
 (Die Herren scheinen nicht zu wissen, dass sich laut Urteil des Reichs-Arbeitsgerichts vom 30.4.30, R.E. 3/30, -der eine Tarifkontrahent, dem anderen eine Gewähr der Tariftreue bieten muss.)

Angesehts dieser Ablehnung fragen wir?
 Wo bleibt die die Wahrung des Tarifrechts der Arbeiter??
 Wie ist ein solches Gebahren mit der Grundlage einer jeden Gewerkschaftlichen Organisation, mit der Solidarität in Einklang zu bringen??
 Mit den in vorliegender Abhandlung niedergelegtem Tatsachematerial glaube ich genügend nachgewiesen zu haben, wie die Zentral-Gewerkschaften durch ihre direkt Klassenkampfirendliche Ideologie und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Ohnmacht mehr und mehr in Schrittmachen der Lohnabbauoffensive der Unternehmern wurden und wie in Zusammenhang damit die sozial gelobte Tarifrecht der Arbeiter mehr und mehr untergraben wurde.

Wenn Gewerkschafts und Partei-Führer und Zeitungsgelehrer sich nun aufspielen als die Verteidiger des Tarifrechts, so ist dies ein auf die Dumheit der Masse berechneter Bluff. Die Gewerkschaftsführer wollen mittels des Tarifrechts, dass Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Ortsgruppen voll und ganz ausschalten (siehe Reichsarbeitsrat und sich zu Ker: an und Horrecher über die Arbeiter-Organisationen aufrechnen).
 In der Antike wurden tausende von Sklaven mitseamt ihrer Arbeitkraft ohne sie zu bezahlen von goldglänzigen Potentaten oder von den SK: von hindu in an fremde Anseher verkauft.
 Im Mittelalter verkauften deutsche Leibeigene, um an Gold zu kommen, ihre Freiheit an einen Feudalfürsten, um für ein Jahr den Leibeigenschaft zu übernehmen.

Heute aber in der Zeit der kapitalistischen Ausbeutung und Brutalität heute sehen wir die Sklaverei des alten römischen Weltreiches, sowie der Griechen und Ägypter wieder aufleben aber in anderen Formen. 34

bedernte Gewerkschaftsführer die sich "freie" oder "christlich" nennen. Amoklämme aus den Reihen des Proletariats schwenken sich nicht in totaler Anknüpfung ihres Berufs, die Arbeiterkraft vor zehn-ja hunderttausenden von Arbeitern zu verschlingen und zu zerstreuen in Form eines selbstständigen Arbeitens das Selbst und Lebensinteressen nicht nur der örtlichen Organisationen, sondern auch des einzelnen Arbeiters ausgeschaltet ist.

Ist dies nicht auch -Sklaverei -abelster Art ???

Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die Arbeitsbedingungen vertraglich geregelt worden in vernünftigen Formen.
 Das Tarif und Arbeitsrecht muss wachen und schützen.
 Die Lohnabgabe und das Menschenrecht 1.

ooo 000 000
 Die International-syndikalistische-Genossenschaft-Föderation:

Dem "Pressedienst" der I.S.B.F. entnehmen wir hiermit einige Mitteilungen, die für unsere Kameraden von Interesse sein dürften.
 Die I.S.B.F. unsere Bruder-Organisation in Frankreich teilt mit, dass zum nach Frankreich von der grossen Arbeitslosigkeit erfasst worden ist. und im Pausenbereich bereits fast 50 % der Belegschaft betroffen ist. Genau wie in Deutschland, schlagen die reformistischen Organisationen um die Parteien der Sozialisten und K.P.D. die tollsten Propaganda-Kampagnen angesichts der Erwerbslosigkeit die "Anti-Ausland-Propaganda", fordern die Einführung der 40 Stundenwoche und Hilfsmassnahmen des Staates.

Von den reformistischen Organisationen der Belegschaft wird nach b-kommt anstatt auch die Einführung von Arbeitslosenunterstützung ihrer Mitglieder geplant, ausserdem machen die Herrschaften wie bei uns in Schaffung der Einheitsfront. Als Triebfeder dazu die kommande Weltöffentlichkeit, anzuweisen.

Das International-Arbeitsamt.
 t seinen Sitz in Genf ist wie noch in frischer Erinnerung sein dürfte mit viel Gemeinsinn und Gedächtnis der Arbeiterschaft der ganzen Welt als ein wirksam auf sozialen Gebiete hingestellt worden. Unsere Genossenschaftlichen mit, dass beabachtender Konjunktur, selbst in aller nächsten Zeit, des Arbeitsmarktes, der 12 stündige Arbeitstag gang und gebe ist, wurde nicht vor dieser "hohen" Warte aus, der 8 Stundenarbeit für die Arbeiterschaft der ganzen Welt verkündet??

ooo 000 000
 Mitteilungen der
 Reichs-Föderation!

Wir weisen alle Kameraden nochmals daraufhin, dass alle Anschriften für die Reichsföderation an die Adresse des Genossen Walter Marlow, Pariser Str. 113, Birnholmanstr. 7 zu richten sind.
 Für die Schriftleitung:
 Walter Marlow.

"Das Mittel-europäische-Verbandsblatt".
 Die Reichs-Föderation.
 Dient als Verbindung und Information für unsere Mitglieder, durch das Verbot des "Syndikalisten" sind wir unseres öffentlichen Sprecherganges beraubt, wir bitten deshalb alle Kameraden, deshalb nicht minder fleissig bei der Mitarbeit zusein. Gerade jetzt ist es doppelte Pflicht jedes Kameraden Hand ans Werk zu legen.
 Richard Stanislawsky Berlin, S.O.

WERBEKAMPAGNE DER FAUD.

Die Geschäftskommission hat für die 41. und 42. Woche, eine Werbekampagne der FAUD im Reich festgesetzt. Durch Rundschreiben der G.K. wurde bekannt gegeben, dass die Gruppen für diese Wochen das dreifache der Zeitungen geliefert bekommen, als sie sonst regulär beziehen. Wir als Geschäftsleitung der Föderation ermahnen die Gruppen und Kameraden sich sehr eifrig an der Werbung neuer Mitglieder, sowie neuer Zeitungsleser zu beteiligen. Wir empfehlen ausser der Zeitung, noch die Broschüre - Was will der Syndikalismus - Telende, keine toten Gewerkschaften. - zu der Propaganda zu benutzen. Diese Broschüre ist für sehr billiges Geld durch die G.K. zu beziehen.

ALLE MANN AN DECK!

TUE JEDER SEINE PFLICHT!

Helfe jeder, dass der Anarcho-Syndikalismus sich in Deutschland eben so durchsetze, wie in Spanien.

Wir müssen Massenbewegung fördern! Stellt die syndikalistische Bewegung an den Platz, der ihr gebührt.

JEDES MITGLIED WERBE EIN ZWEITES!!!

Doch wir sollen und dürfen uns nicht nur in der 41. und 42. Woche besinnen und

für unsere Idee werben, nein, ich spreche mit den Worten eines Kameraden aus dem Rheinland, der mir dieser Tage schrieb: - Zu was brauchen wir als Syndikalisten eine "Wertwoche"? Wir sollen und müssen immer unsere Pflicht tun und die irregeleitete Arbeiterschaft auf den richtigen Weg zu bringen. Das Jahr hat be- kanntlich 52 Wochen und in jeder Woche haben wir Gelegenheit unsere Stimme ertönen zu lassen und zu werben und wider zu werben. - Stimmt sich jeder an diesen Worten ein Beispiel. Immer und immer und Über- alle wollen wir für unsere Gedanken werben, gleich, ob es auf der Stam- polstelle oder ob es auf dem Arbeitsplatz, oder wo es auch sonst sei.

Wir als Geschäftsleitung der Föderation der Bauern sind der An- sicht, dass es unseren Gruppen und Mitgliedern wohl gelingen wird, die Zahl der heutigen Mit- gliedschaft der Föderation zu verdoppeln. Denn wir kennen die Fähigkeit unserer Kameraden und wissen, ferner, dass die Bauern schon immer die Elite, der Vortrupp der revolution- ären Ideen und Bewegung waren. Kein anderer ist für unsere Ideen so empfänglich, als der Bauernprolet. Stesst ihn an, macht ihn mit unseren Ge- danken vertraut, bringt ihn mit in unsere Versammlungen und Gruppen - abende, damit er sich überzeugen kann, dass bei uns ein anderer Geist, als bei den Zentral - Gewerkschaften und den politischen Parteien, herrscht.

AUF KAMERADEN ZUR TAT!!!

Achtung!!!

Der Stand der Werbung ist an jedem Mittwoch und am Sonnabend an die Geschäftsleitung der Föderation zu berichten. Alles Material, wie Mit- gliedsbücher, Eintrittsmarken, Beitragsmarken, Erwerbslosensmarken, sowie Karteikarten u.s.w., sind von der Geschäftsleitung der Reichsföderation anzufordern und gehen sofort nach Erhalt der Bestellungen an die Gruppen ab.

Die Geschäftsleitung.

FRAGE EINER DER ANDEREN

WO BLEIBT BEIN ZWEIFTES MITGLIED?

LOHNKÜRZUNGEN IN RUSSLAND.

Seit der Stalin - Reform hat der oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjet Union jeden Betrieb Sparsamkeit und Rationalisierung der Ausgaben zur Pflicht gemacht. Viele Werke haben mit

Sparsam bei den Löhnen der Arbeiterschaft

274

angefangenen. So ist es jetzt auch in der Sowjet - Union zu Lohnkämpfen gekommen. Die Methoden, die dabei gegen die Arbeiterschaft angewendet werden, sind in den Ländern der kapitalistischen Ordnung nicht üblich.

Der Moskauer Rundfunk teilte mit grosser Entrüstung mit, dass in einigen Werken der Metallindustrie - und zwar in den grössten - eine Anzahl Arbeiter gegen die Lohnsenkung protestiert und angeblich aufgetrieben von oppositionellen Elementen die Arbeit niedergelassen habe. Der Sowjet - Rundfunk nennt die Arbeiter, die da streikten, weil sie nicht glauben, bei den niedrigen Löhnen loben zu können, gemeine "Goldraffer", die es nicht verstehen, kleine Opfer für das Land zu bringen. Ihnen werden im schärfsten Ton die schwersten Strafen angedroht.

Viele der streikenden Arbeiter sind nach den Angaben des Sowjet Senders Mitglieder der kommunistischen Partei. Ueber diese ist sofort der Parteiausschluss verhängt worden. In den grossen "Kirov - Werk" sind sämtliche Arbeiter, die gegen die Lohnsenkung protestierten, auf die Strasse gesetzt wurden. Die sogenannte "schwarze Sperre" ist über sie verhängt worden. Ihre Namen werden durch Rundfunk und Presse bekannt gegeben und alle Werke des Landes werden aufgefordert, den "Raffern" keine Arbeit zu geben.

Haben die Kommunisten nicht bis in die letzten Monate hinein gross- präherlich von den Löhnen der Arbeiter und des Lebensstandards der Arbeiter in Russland gesprochen und geschrieben und wurde von ihnen nicht immer wieder erklärt, den deutschen Arbeiter sei das Streikrecht genommen worden? Vorstehende Notiz zeigt, wie es mit den Löhnen und dem Streikrecht in Russland bestellt ist. Nun werden die Kommunisten sagen, dass im Interesse des sozialistischen Aufbaus die Arbeiter Opfer bringen müssen. - Einverstanden, aber hat es auch nur noch entfernt etwas mit sozialistischen Aufbau zu tun, dass man jede Proteste der Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- lage mit den brutalsten Mitteln unterdrückt? Was bedeutet es denn, wenn die Arbeiter derjenigen, die sich der Lohnsenkung widersetzen, durch Rundfunk und Presse bekannt gegeben und das die Werke aufgefordert werden, ihnen keine Arbeit zu geben?

Es bedeutet, dass man in Russland denjenigen, der auch nur den leisesten Protest gegen die Verschlechterung seiner Lebenslage zu erheben wagt, einfach verlängern lässt.

Die Methoden, die man in der Sowjet Union bei der Behandlung der Arbeiter anwendet, haben mit Sozialismus nicht das geringste zu tun. Es sind die Methoden des Sozialisten und des letzten Kapitalismus, deren sich an dort bedient.

Wir bedanken uns für derlei Sozialismus!

Nur der freie Sozialismus, der Gedanke

des Anarcho - Syndikalismus gibt der Arbeiterschaft die Gewähr für die Freiheit und den Wohlstand aller.

S A I S O N A R B E I T S L O S I G K E I T

62 Prozent Bauarbeiter im Sommer.

Nach statistischen Material. Das Reichserwerbslosentum betrug die Erwerbslosigkeit der Bauarbeiter in der letzten Augustwoche 1931 61,69 Prozent. Die Erwerbslosigkeit hatte in den letzten vierzehn Tagen des August um 12 000 Mann zu sinken. In August ist das noch höhere Erwerbslosentum 77?

Auf
In-
re
hat
XX

DIE INTERNATIONALE ARBEITSLOSIGKEIT

Das Internationale Arbeitsamt gibt die Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen Ländern wie folgt bekannt:

	Juli 1931	Vorjahr
Italien	670 300	372 000
Irland	28 700	26 000
Lettland	6 390	3 680
Norwegen	37 000	24 000
Folen	330 200	240 000
Schweiz	16 100	8 800
Ungarn	28 100	21 000
Verenigte Staaten	6200 000	-
Australien	113 600	63 100
Belgien	70 400	15 700
Dänemark	39 000	29 500
Deutschland	4100 000	2841 000
Danzig	24 400	18 309
Frankreich	41 100	1 019
Finnland	48 100	7 820
Großbritannien	2507 000	736 000

Wir wurden um folgende Veröffentlichung gebeten:

Harburg, den 19. August 1931.

Werte Kameraden des Pressebüros!

Sie ersuchen um Abdruck folgender Zeilen:

Antiautoritäre Sozialisten, Revolutionäre von Harburg, Wilhelmsburg, Hamburg und Neuhof halten es für angebracht, dass nach Möglichkeit jeder Kamerad die Organe der linksstehenden Gruppen in Deutschland kennt, um so sich unbeeinflusst orientieren zu können. Daher haben wir alle linken Zeitungen ersucht, ihren Lesern dieses zur Kenntnis zu bringen.

- "Contra" Anarchistische Zeitschrift, Erscheint monatlich und im 2. Jahrgang. Preis halbjährl. 1,- Adr. V. Ritschel, Wien X. Rutenhofgasse 106.
- "Ronal" Anarchistische Monatschrift, Org. der Anarchistischen Vereinigung Preis halbjährl. 2,35 Mk. Adr. Erich Mühsam, Berlin - Britz, Dörohlhauchtweg 48, Erscheint im 5. Jahrgang.
- "Der Syndikalist" erscheint im 15. Jahrgang, Org. der Freien Arbeiter Union (Anarcho - Syndikalisten) wöchentlich 1/4 Jahrl. 2,40 Mk. Adr. R. Busch, Berlin S. 14., Märkisches Ufer 11.
- "Der Freie Arbeiter" erscheint wöchentlich und im 24. Jahrgang, Org. der Föderation der kommunistischen Anarchisten, 1/4 Jahrl. 2,- Mk. Adr. B. Cahn Berlin Lichtenberg, Heinrichstr.
- "Die Internationale" Zeitschrift für die rev. Arbeiterbewegung, Herausg. Freie Arbeiter Union (Anarcho - Syndikalisten) erscheint monatl. und im 4. Jahrgang, Heft - 50, Mk. Adr. R. Busch, Berlin S. 14., Märkisches Ufer 11.
- "Der syndikalistische Bauarbeiter" Organ der Föderation der Bauarbeiter Deutschlands, Anarcho - Syndikalisten, erscheint monatl. und im 4. Jahrg., Adr. Robert Wisner, Halle/Saale, Leipzigerstr. 10, Preis des Heftes 1,-
- "Erkenntnis und Befreiung" Org. des Bundes herrschaftsloser Sozialisten Oesterreichs, erscheint im 15. Jahrgang und wöchentlich, auf Preise von 2,- Mk im 1/4 Jahr, Adr. R. Grossmann, Neukirrling No. 237 b./Klosterneu = burg (Niederösterreich)
- "Die proletarische Revolution" Org. der allgemeinen Arbeiter Union Einheitsorganisation, (Frankfurter Richtung) erscheint im 6. Jahrg. und wird 14 tglig herausgegeben, Preis 1,27 Jahrl. 4,95, Adr. K. Schwab, Frankfurt a./M. - Ginnheim, Fräckerstr. 20.
- "Die Aktion" Herausg. des Central, Berlin = Filmproduktionsgesellschaft, str. 17, erscheint im 21. Jahre als Zeitschrift für die Kunstbewegung, Preis des 30 Seiten starken Heftes 1,-
- "Proletarischer Zeitspiegel" Organ der Arbeiterbewegung, erscheint wöchentlich

Presse-Dienst

der

Internationalen Syndikalistischen Bauarbeiter Föderation

Sitz Deutschland.

Jahrgang I.

1. September 1951.

Nummer 1.

B e r i c h t

über die

Internationale Konferenz der anarcho - syndikalistischen Bauarbeiter
abgehalten am 22. und 23. Juni 1951, in Madrid (Spanien)

An der Konferenz nahmen folgende Länder teil: Portugal, Spanien, Frank - reich, Holland und Deutschland.

Um eine schnellere und bessere Vertretung zu erzielen, wird beschlos - sen, die Leitung der Konferenz dem als Dolmetscher mit hinzugesogenen Genossen V. Grobon - Fernandez - Madrid, zu übertragen.

Der bisherige Sekretär der Syndikalistischen Bauarbeiter Internationale Genosse L. Boisson - Paris, ist am Erscheinen verhindert, hat aber fol - genden schriftlichen Tätigkeitsbericht an die Konferenz eingeschickt:

Tätigkeitsbericht.

Kameraden! Gemäss den Beschlüssen der Internationalen Konferenz zu Lüttich, am 20., 21. und 22. Oktober 1928, hat die Geschäftsleitung die Arbeit des Internationalen Büros während der Geschäftsjahre 1928 und 1929 übernommen.

Die Arbeit des Internationalen Büros ist nicht so gewesen, wie sie hätte sein sollen. Sie hat sich im Austausch einiger Korrespondenzen mit den angeschlossenen Föderationen erschöpft. Wenn die Arbeit nur mittel - mässig war, so lag dies an den Schwierigkeiten der Übersetzungen der verschiedenen Sprachen und an der Nachlässigkeit verschiedener Födera - tionen, welche auf Briefe, Handschriften und Fragebogen nicht antwor - teten. Wir sind der Meinung, dass das Büro in Zukunft seinem Sitz in einem Lande haben soll, indem die Schwierigkeiten der Übersetzungen nicht so gross sind. Für Holland hat der ehemalige Geschäftsleiter Jan - sink die Zusendung des Archivs versäumt. Erst Ende Februar haben wir den Kassenbestand und einige Druckschriften erhalten, und dies auch erst, nachdem wir mehrere Schreiben an ihn gesandt hatten. Nach dem Abgange des Lansinks in die N.A.S. haben wir erst im Juli 1929 wieder Nachricht erhalten, durch die Vermittlung des Kameraden Rossen. Wir haben auch von dieser Organisation 50 Gulden für internationale Solidarität er - halten.

Von Belgien, Spanien und Portugal, erhielten wir keine Nachricht auf un - sere Briefe und Handschriften. Ist es die Lage in Spanien und Portugal dieser Länder der Diktatur, welche es nicht ermöglicht hat, die Ent - wicklung der Dinge zu verfolgen oder verkehren diese Länder nur direkt mit der I.A.A. ?

Mit S c h w e d e n hat die Verbindung erst 1929 begonnen. Der Kamerad G. Oeder lieferte uns einen aufschlussreichen Bericht über die Lage in seinem Lande. Für Schweden hat uns der Sekretär der I. A. A. den Anschluss der Bauarbeiter Föderation übermitteln. Wir haben diesen Organisation geschrieben und ihr die Statuten unterbreitet, um sie mit den auszufüllenden Bedingungen bekannt zu machen, aber bis auf den heutigen Tag sind wir ohne Nachricht geblieben.

In der S c h w e i z hat sich der Verband der Maurer zu Genf der Internationalen Bauarbeiter Föderation angeschlossen. Der Geschäftsführer, Kamerad Carist, ist in regelmäßiger Verbindung mit uns. Die Kameraden dieser Organisation begegnen vielen Schwierigkeiten bei der Propaganda für die föderative Idee in der Schweiz.

In D e u t s c h l a n d sind zwei Bauarbeiter Föderationen: Die Föderation Buth, die der I. S. B. F. angeschlossen ist und ihre Beiträge nach dort entrichtet, sowie die Föderation Markow (jetzt Wiesmar) welche nicht der I. S. B. F., aber der I. A. A. angeschlossen ist. Für die Föderation Buth, welche einen Streik der Fliesenleger in München hatte, haben wir zur Internationalen Solidarität aufrufen müssen. Das Büro hat 75 Mark als Streikunterstützung gezahlt. Die Internationale Geschäftsleitung hat des Oeffteren dem deutschen Konflikt besprochen. Wir haben mit beiden Bauarbeiter - Föderationen schriftlich verkehrt und mit allen Mitteln versucht, eine Wiedervereinigung herbei zu führen, im Interesse der Mitglieder und der angeschlossenen Organisationen. Auf der Konferenz in Lüttich waren beide Geschäftsleitungen beauftragt worden, die Wiedervereinigung vor der nächsten Internationalen Konferenz zu vollziehen, dann statutengenäss können nicht zwei Föderationen eines Landes an die Internationale Bauarbeiter Föderation angeschlossen sein. - Auf der letzten Bauarbeiter Konferenz in Deutschland, war unser Kamerad Juhel anwesend. Sein Bericht besagt, dass die Föderation Buth sich der Wiedervereinigung entgegenstemmt, wir hoffen, dass unsere Kameraden die Notwendigkeit der Dinge zur Wiedervereinigung einsehen und der Lage ein Ende bereiten. Wir hoffen ferner, dass auf der Internationalen Konferenz in Madrid die Vereinigung für die Internationale Bauarbeiter - Föderation in Deutschland sich vollziehen wird.

In F r a n k r e i c h ist die Bewegung immer noch stockend. Die Konflikte mit den Reformisten und Kommunisten lähmen jede Aktion und jede Neugruppierung. Dieser Zustand darf aber nicht andauern. Wir hoffen, dass die Arbeiter, welche Vertrauen zum revolutionären Syndikalismus haben, nur C. T. G. S. A. stossen werden.

Die Geschäftsleitung der Internationalen Föderation wünscht, dass sich das Internationale Büro sich in Zukunft in Berlin befindet, denn dort lässt sich der Verkehr in fremden Sprachen leichter vollziehen. Mehrere benachbarte Länder von Deutschland sprechen leichter Deutsch als Französisch, wie Schweden, Norwegen, Holland. Ferner wäre auch für die Herausgabe des Internationalen Organs, die Zentrale besser gerüstet. Viele Länder verkehren leichter mit dem Büro der I. A. A., als mit dem Büro der Internationalen Föderation, auch hier könnten beide Büros gut zusammenarbeiten. Wir glauben, dass durch das Zusammenarbeiten mit der I. A. A. der Entwicklung unserer Föderation nichts im Wege steht, denn unser Föderalismus ist eine Folge der Glieder, welche von unten nach oben gehen und umgekehrt, für den Sieg des revolutionären Syndikalismus.

Für die Geschäftsleitung der Internationalen
Syndikalistischen Bauarbeiter Föderation.

L e u i s B o l s o n .

Die Kameraden P. Besnard und L. Huart, Paris, vertreten gleichzeitig die bisherige Leitung der Bauarbeiter Internationale. G. Winchoff - Deutschland kritisiert die schlechte Vorbereitung der Konferenz durch das Internationale Büro in Paris. Festgestellt wurde, dass die Bauarbeiter in Spanien, Holland, Schweden u.s.w. keine Einladung erhalten haben. -

Besnard - Frankreich, erkennt an, dass das Sekretariat in Paris verankert ist.

Nunmehr folgen die Situationsberichte der einzelnen Länder.

M. Gonzalez - Madrid (Spanien)

Nach dem Sturz der Diktatur und der Monarchie ist die revolutionäre syndikalistische spanische Arbeiterorganisation, die C.N.T., wieder im schmellem Aufbau begriffen. Unter den rund 750 000 Mitgliedern der C.N.T. zählen wir jetzt schon 100 000 Bauarbeiter. Ein Landeskomitee regelt die Verbindung. Vieles bleibt uns noch zu tun übrig. Zunächst planen wir die Herausgabe eines besonderen Föderationsorganes für die Bauarbeiter.

Wir schliessen uns an das Internationale Sekretariat an und werden auch unseren Kräften entsprechend zur Finanzierung beitragen.

J. Miranda - Lissabon (Portugal)

Durch die im Jahre 1926 einsetzende Diktatur wurden unsere Gewerkschaften und Zeitungen verboten, die Druckerei gewaltsam zerstört, die führenden Kameraden eingekerkert oder nach Afrika verbannt. Damals bestanden in Portugal rund 50 syndikalistische Bauarbeitergruppen mit 10 000 Mitgliedern. Die Diktatur ist zwar noch nicht überwunden, aber wir sind dabei unsere Organisationen wieder aufzubauen. Wir sind wieder im Besitz von zwei Wochenblättern und haben zur Zeit wieder etwa 20 000 Bergarbeiter, Landarbeiter und Bauarbeiter organisiert.

In 10 Ortsgruppen zählen wir rund 5000 Bauarbeiter. Letztere geben ein besonderes Blatt heraus. Unsere Redner dürfen sich nur an ihrem Wohnort betätigen.

Ueber den Stand der Bewegung in Holland

berichten die Kameraden Wolhuis und Rousseau. In dem kleinen Holland ist die syndikalistische Bewegung durch das Treiben der sogenannten Kommunisten und der Parlamentarier schwer geschädigt worden. Unter unseren stark 3 000 Mitgliedern, zählen wir in 8 Gruppen über 500 Bauarbeiter. Eine Stärkung unserer Organisation macht sich allenthalben bemerkbar.

Für Deutschland

gibt G. Winchoff den Bericht. Unter der jetzt schon mehrere Jahre anhaltenden wirtschaftlichen Depression, verbunden mit einer Massenarbeitslosigkeit, haben die syndikalistischen Organisationen schwer zu leiden.

Am schwersten liegt die Bauwirtschaft darnieder. Dennoch haben wir in 50 Ortsgruppen rund 5 500 Bauarbeiter organisiert. Unter Führung des früheren Föderationsleiters Bath haben sich im Jahre 1926 eine Anzahl Ortsgruppen aus nichtigen Gründen abgesondert. Diese abgesonderten Gruppen zählen noch ca. 600 Mitglieder.

Unsere Föderation unter Leitung von R. Wiesner in Halle gibt ein 14 tlig erscheinendes Blatt heraus, die unter Leitung von H. Bath - Berlin stehende Föderation gibt ein monatlich erscheinendes Blatt heraus. Während unser Föderationsblatt nur zur Propaganda benutzt wird, missbraucht Bath jede Nummer seines Blattes zum Kampf gegen die syndikalistische Organisation insgesamt und auch besonders gegen unsere Föderation. Ein Antrag, der sich mit diesen Dingen beschäftigt, liegt der Konferenz vor.

Die Lohn und Arbeitsverhältnisse sind zur Zeit die denkbar schlechtesten. Organisatorisch am stärksten haben wir die Fliesenleger erfasst. Diese haben sich denn auch ziemlich weitgehenden Einfluss auf die Gestaltung der Lohn und Arbeitsbedingungen erkämpft und die höchsten Löhne erzielt.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften bekämpfen uns mit den schmutzigsten Mitteln und stellen den Unternehmern vielfach Lohndrücker und Streikbrecher zur Verfügung. Zur Zeit sind durchschnittlich 70 % unserer Bauarbeiter erwerbslos.

Dieser Bericht löst eine Anzahl Fragen aus, die der Kamerad Windhoff dann eingehend beantwortet. - - -

Die Konferenz beschliesst dann, zu den eingegangenen Anträgen Stellung zu nehmen. Durch Umfrage wird festgestellt, dass durch die e n d w e d e r n i c h t o d e r z u s p ä t e I n f o r m a t i o n der einzelnen Länder, es den einzelnen Landesorganisationen nicht mehr möglich war, zur Internationalen Bauarbeiter - Konferenz Stellung zu nehmen. Dadurch ist zu erklären, dass nur von der deutschen Sektion Anträge vorliegen. Dann wird in die Beratung der einzelnen Anträge eingetreten.

Antrag I.

Als dringend notwendig erachtet, schon aus propagandistischen Gründen erachten wir es, dass die Internationale Bauarbeiter Konferenz, zur Frage der Rationalisierung im Baugewerbe Stellung nimmt, und insbesondere auch gegen die Einführung des amerikanischen Arbeitssystems, welches es ermöglicht, dass aus dem einzelnen Arbeiter das Mehrfache von dem Herausgepresst wird, was sonst hier in Deutschland der Fall ist.

Windhoff - Deutschland begründet den Antrag und erläutert an praktischen Beispielen, wie durch das amerikanische Arbeitssystem das Quantum der Arbeit so stark gesteigert wird, dass die Hälfte der Arbeiter zur Entlassung kommt. Naturgemäß ist eine so ausgeführte Galopparbeit qualitativ sehr minderwertig und als Pfuscharbeit zu bewerten. In der Diskussion stimmten alle Redner zu und der Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag II.

Die Internationale - Bauarbeiter - Konferenz muss sich unbedingt mit der Frage befassen, ob und wie weit es möglich ist, bei grosser Erwerbslosigkeit in einem Lande, die dort überzähligen Arbeitskräfte in einem anderen Lande unterzubringen.

Auch dieser Antrag wurde von Windhoff wie folgt begründet: Seit mehreren Jahren haben wir in Deutschland die massere Erwerbslosigkeit. Viele unserer Bauarbeiter, wie Mauerer, Putzer, Zimmerer und Fliesenleger liegen auf der Strasse. Später mussten wir dann erfahren, dass in Schweden und in der Schweiz um diese Zeit obige Handwerker gesucht wurden. Hier müssen wir unbedingt einmischen. Die einzelnen Informationen und Berichte über die Internationale Bauarbeiter Föderation und unter den einzelnen Landesorganisationen müssen in Zukunft besser vom Statte gehen. Wir müssen in der Lage sein, unseren Genossen in anderen Ländern Arbeit zu verschaffen, denn wir helfen damit nicht nur den einzelnen Genossen, sondern vor allen Dingen auch den einzelnen Landesorganisationen, die bei dieser Handhabe in finanzieller Hinsicht stark entlastet und vor einer Krise bewahrt werden. Ausserdem aber wird auch das Solidaritäts und Zusammengehörigkeitsgefühl international gefördert.

Der Antrag wird ohne Widerrede angenommen.

Antrag III.

Das Büro der Internationalen Bauarbeiter Föderation hat unbedingte Arbeit zu sorgen, sich in Zukunft in den Besitz von Arbeitsverträgen, insbesondere Abmachungen betreffend Stundenlöhnen, Arbeitszeit, Ferienregelung, Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb, bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern, u.s.w. zu setzen. Wenn möglich, ist jeder angeschlossenen Landesorganisation je ein Exemplar dieser Verträge zwecks gegenseitiger Information zur Verfügung zu stellen.

Nachdem Windhoff, Deutschland auch diesen Antrag begründet hatte, stellten die Delegierten der einzelnen Länder bezüglich der Arbeitsverhältnisse in Deutschland viele Fragen, womit wohl am besten bewiesen ist, dass dieser Antrag volles Verständnis gefunden hat.

Nachdem der Kamerad Windhoff die gewünschte Auskunft erteilt hat, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Antrag IV.

Die Landesorganisation der Bauarbeiter (Syndikalisten), Richtung Buth - Leuner, Deutschland, ist aus der Internationalen Bauarbeiter Föderation auszuschließen, da sie jeder Wiedervereinigung mit der F.A.U.D. (Anarcho - Syndikalisten) ablehnt.

Hierzu liegt eine schriftliche Begründung der deutschen Föderationsleitung (Sitz Halle/Seale) vor.

Am Hand reichhaltigen Materials behandelte Windhoff die den deutschen syndikalistischen Bauarbeitern genügend bekannten, leidigen Streitfragen, womit sich schon die Konferenz in Lüttich 1928 beschäftigen musste. Alle Einzelheiten hier aufzuzählen erübrigt sich. Redner betonte zum Schluss, dass Robert Buth auf der Konferenz der Bauarbeiter Anfang Juni 1930 in Berlin fest versprochen und die bestmögliche Zusicherung gegeben habe, dass bis Ende 1930 die Wiedervereinigung erfolgen würde. Statt dessen tat Buth das direkte Gegenteil und führte den Kampf in verschärfter Form weiter. Dies dürfe so nicht weiter gehen. Die Internationale Konferenz müsse nun bestimmen, dass nur eine deutsche Föderation an das Internationale Sekretariat angeschlossen sein könne.

Nach harter Besprechung und Beantwortung einiger Einzel-Fragen wurde einstimmig beschlossen:

In Anbetracht der schädigenden Haltung, welche die Gruppe Buth Leuner innerhalb der syndikalistischen Bauarbeiter Föderation in Deutschland jetzt schon seit mehreren Jahren einnimmt, insbesondere durch die fortgesetzten Angriffe in der Presse und in Flugblättern gegen die gesamte syndikalistische Organisation in Deutschland, beschließt die in Madrid tagende Internationale Konferenz der Bauarbeiter:

Die Gruppe Buth und Leuner ist aus der Internationale ausgeschlossen.

Das Internationale Bauarbeiter Sekretariat wird auf allgemeinen Wunsch nach Deutschland verlegt. Der Kamerad W. Markow - Berlin soll das Sekretariat übernehmen.

Bezüglich der T ä t i g k e i t d e s S e k r e t a r i a t s wurde nun allseitig gewünscht und verlangt:

- I. Eine bessere, intensivere, internationale Pöhlungnahme und Propaganda.
- II. Herausgabe eines periodisch erscheinenden Pressedienstes, zunächst in Deutsch und Französisch.
- III. Da in den angenommenen Anträgen I., II und III niedergelegten Wünsche und Forderungen sollen in den einzelnen Ländern energisch propagiert werden. Das internationale Bauarbeiter Sekretariat soll dazu die Anleitung geben.

Kamerad Windhoff - Deutschland gibt dazu folgende Erklärung ab: "Wir werden uns in Deutschland bemühen, dass das Sekretariat alle diese Arbeiten durchführt, damit mehr Leben und mehr Bewegung in die Internationale einzieht. Vorbedingung dabei aber ist, dass die einzelnen Landesorganisationen die Beiträge an das Sekretariat regelmäßig einreichen. Unsere Kameraden in Deutschland sind, weil zu 70 % ohne Arbeit, zu arm, um mit eigenen Mitteln viel leisten zu können." Alle Delegierten stimmten dem zu und versprachen für die Finanzierung einzutreten. Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Kamerad P. Bernard - Paris begründet dann kurz eine von ihm eingebrachte Resolution und bittet um Zustimmung.

Diese Resolution lautet:

Die Internationale Bauarbeiter Konferenz stellt fest, dass es unbedingt notwendig ist, innerhalb der einzelnen Landesorganisationen, Institutionen zu schaffen, die den gewerkschaftlichen Apparat die volle Ausübung seiner Aufgaben ermöglichen. Deshalb verlangt die Konferenz von den I.A.A. Sektionen, dass sie den Reorganisationsplan in Anwendung bringen, der auf dem Kongress der I.A.A. vorgelegt wurde. Wenn möglich soll die Anwendung schon erfolgen, ohne das vom I.A.A. Kongress beschlossene Referendum abzuwarten.

Gegen diese Resolution erhebt sich kein Widerspruch und wird dieselbe angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der Konferenz erledigt.

In einem kurzen Schlusswort stellt Windhoff - Deutschland fest, dass die Konferenz wenn auch schlecht vorbereitet, dennoch gute Arbeit geleistet hat und in schöner Harmonie verlaufen ist. Lobend und dankend anerkennen müssen wir insbesondere die Dienste, welche der spanische Kamerad V. Grobon - Fernandez - Madrid unserer Konferenz freiwillig geleistet hat, als Vorsitzender und vielseitiger Dolmetscher. Grobon hat damit sehr viel zum Gelingen der Konferenz beigetragen.

Mit einem freundlichen Schlusswort an die Kameraden schliesst der Kamerad Grobon die Konferenz.

Der schwedische Delegierte A. Jensen, der den Verhandlungen der Konferenz nicht beiwohnen konnte, wurde über die wichtigsten Beschlüsse informiert und hat sich damit einverstanden erklärt.

Achtung !!

Achtung !!

Da der Kamerad W. Markow wieder in Deutschland weilt, sind vom heutigen Tage an, sämtliche Zuschriften in Sachen der Internationale an folgende Adresse zu senden.

Walter Markow, Bornholmerstr. 7, Berlin N. 115, Deutschland

Presse-Dienst.

der

Internationalen syndikalistischen Bauarbeiter Föderation

Sitz: Deutschland.

November - Dezember 1931.

Jahrgang 1. No. 3.

Die Bauarbeiter - Internationale !

Im Gegensatz zu den reformistischen Industrie-Internationalen steht die syndikalistische Bauarbeiter - Internationale, in freier föderalistischer Gebundenheit. Sie bildet ein Teil des primären Fundamentes der Internationalen-Arbeiter-Assoziation, wie es ja auch aus den Statuten der I.S.B.F. ersichtlich ist. Die I.S.B.F. bildet den Vortrupp aller syndikalistischen Industriegruppierungen, soweit diese durch ihre Länderorganisationen, oder wo solche nicht bestehen, diese selbst der I.A.A. angeschlossen sind. Dadurch erwächst für die I.S.B.F. die doppelte Aufgabe der internationalen Reaktionsfront, die vereinte Front aller syndikalistischen wirtschaftlichen Klassenkampf-Föderationen entgegen zu stellen. Die täglichen Erfahrungen der Abwehr und Tageskämpfe, dürfen daher nicht nur eine Angelegenheit der einzelnen Länderföderationen bleiben, sondern müssen zur Information und Diskussion der I.S.B.F. laufend übermittelt werden, damit die dabei gemachten Erfahrungen zum Vorteil der syndikalistischen Föderationen ausgenutzt werden können.

Aber nicht nur die Ereignisse der Abwehr und Tageskämpfe stehen in den Rahmen der Aufgaben der I.S.B.F., sondern darüber hinaus steht ja als Ziel die Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Schaffung einer freien sozialistischen Wirtschaft. Die Konferenz in Madrid hat dementsprechend Anträge festgelegt und die Delegierten der Länderföderationen erachteten es als ein Gebot der Zeit alles daran zu setzen, was zur Erreichung der gesteckten Ziele getan werden kann. Dabei wollen wir die verschiedenartig gelagerten Verhältnisse der einzelnen Länder vollste Beachtung schenken. Wir stellen deshalb nochmals zur Jahreswende diese Anträge zur Diskussion der Länderföderationen.

Antrag 1.

Als dringend notwendig, schon aus rein propagandistischen Gründen erachten wir es, daß die Internationale Bauarbeiter Konferenz zur Frage der Rationalisierung im Baugewerbe Stellung nimmt und insbesondere auch gegen die Einführung des amerikanischen Arbeitssystems, welches es ermöglicht, das aus dem einzelnen Arbeiter das Mehrfache von dem heraus gepreßt wird, was sonst hier in Deutschland der Fall ist.

Kameraden!

Dieser Antrag hat nicht nur, wie es den Anschein hat deutsche Interessen zu vertreten, sondern dürfte in allen Ländern des Kontinents von aktueller Bedeutung sein. Der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft ist in allen Ländern gleich.

Die Bestrebungen eine Grundlage zu schaffen zur Wiederaufrichtung der privatwirtschaftlichen Vormachtstellung, fußt auf die Voraussetzung erhöhter Ausbeutung der vorhandenen Arbeitskräfte, größte Leistungen und niedrigster Lohn. Das von diesen Bestrebungen kein Land verschont bleibt, beweisen ja die in No. 2. des "Pressedienstes" veröffentlichten Länderberichte. Gerade dessentwegen müßte es schon eine Aufgabe der Länderföderationen und Länderorganisationen sein, schnellstens durch Einsendung ihrer Berichte und Stellungnahmen zu den Ereignissen ihres Landes, den Reigen über diesen Antrag zu vollenden.

Antrag 2.

Die Internationale Bauarbeiter Konferenz muß sich unbedingt mit der Frage befaßen, ob und inwieweit es möglich ist, bei großer Erwerbslosigkeit in einem Lande, die dort überzähligen Arbeitskräfte in einem anderen Lande unter zu bringen.

+++++

Die Wintermonate mit der allgemeinen Feiertagsruhe in der Industrie des Baugewerbes, geben die Organisationen Gelegenheit zur Rückschau über die gemachten Erfahrungen in ihrem Tätigkeitsbereich und darüber hinaus auch die Zielsetzung und Sammlung zu neuen Kämpfen. Als der Antrag 2, vom Gen. Carl Windhoff als Delegierter der deutschen Bauarbeiterföderation, der Konferenz vorgelegt und begründet wurde, standen die Delegierten der Länder noch in der glücklichen Position, den Antrag ohne weiteres zustimmen zu können, da ja bis zu der Zeit, in fast allen Ländern soweit es die Bauindustrie anbetraff, wennig oder gar keine Erwerbslosigkeit zu verzeichnen war. Inzwischen haben sich ja die Ereignisse in der ganzen Welt, völlig geändert und es dürfte jetzt wennig Länder geben, in denen die allgemeine Wirtschaftskrise sich nicht auch auf die Bauindustrie ausgewirkt hat. Doch durch diese Ereignisse ist nicht etwa der Antrag heute als "deplaziert" zu betrachten, sondern das direkte Gegenteil dürfte der Fall sein. Gerade diese Erscheinung, die die Gleiche in fast allen Ländern zur Zeit ist, wird beim beginn des kommenden Frühjahrs von größter Bedeutung sein. Gilt es doch die Minderheitsbewegungen in den einzelnen Ländern über die Krise zu helfen, das Solidaritätsgefühl und die internationale Verbundenheit verpflichtet alle Kräfte zu mobilisieren, im Interesse der eignen und internationalen Föderation. Ein bloßes Lippenbekenntnis nützt hier garnichts! Die Praxis fordert von der Theorie deren Berechtigung! Die von uns als Selbstverständlichkeit anerkannte "Gegenseitige Hilfe", fordert von den einzelnen Länderföderationen Handlungen.

Die von fast allen Regierungen erlassenen Gesetze, welche für das arbeitende Element, die Grenzüberschreitungen zum Zweck der Arbeitsaufnahme verbieten, lassen Gesetzeslücken auf. Hier haben die Länderorganisationen einzugreifen. Sie müssen sich also mit diesen Gesetzen und deren Umgehungsmöglichkeiten im Interesse der internationalen Solidarität befassen. Sie müssen ferner prüfen, ob die kommende Konjunktur in der Bauindustrie es ermöglicht, ausländische Kameraden Beschäftigung zu bieten. Dann erfordert der Antrag, die Regelung der Arbeitsbedingungen, die Notwendigkeit der Verständigung (Sprache) die Aufenthaltsbewilligungen und deren Bedingungen. Bei den verschiedenartigen Währungsverhältnissen der Länder ist zu prüfen, ob man die zu vermittelnde Arbeit nur an ledige oder auch verheiratete Genossen vergeben kann. Also eine Unmenge Fragen und Probleme tauchen hier auf, die gewiß für jede Länderorganisation von Wert sind, diese zu lösen, in der Fähigkeit dieser Lösungen liegt ja auch der Beweis, wie weit wir in der Lage sind unsere uns selbst gestellte Aufgaben zu erfüllen. In der Erfüllung entsteht eine Etappe auf dem Wege zur Uebernahme der Produktion. Kameraden benutzen wir die Wintermonate zur Vorarbeit, die Besprechung innerhalb der Organisationen der Länderföderationen, die Bildung von Sprachkursen für die Mitglieder, das beste Mittel zu internationaler Verständigung und all die oben angeschnittene Fragen machen es notwendig, daß die engste Verbindung mit dem Sekretariat der I.S.B.F. hergestellt wird. Zu diesem Zweck dürfte es sich empfehlen, daß in den einzelnen Ländern, Kameraden bestimmt werden die zur Entlastung der Landesföderationsleitungen verpflichtet werden, die ständige Verbindung mit der I.S.B.F. her zu stellen.

Wir schließen diese Nummer des "Pressedienstes" mit der Hoffnung daß bis zu Beginn des kommenden Jahres, die Verbindung mit der I.S.B.F. restlos durchgeführt ist, damit an die Verbreiterung der syndikalistischen Bauarbeiter Internationale geschritten werden kann.

Die Kameraden der Länder, Spanien, Schweden und im besonderen Frankreich, bitten wir ganz besonders das Versäumte nachzuholen.

Für das Sekretariat. W. Markow.

Zwei Tarifverträge!

Es soll hiermit nicht etwa die Frage für oder gegen Tarifverträge zur Debatte gestellt werden, sondern wir wollen nur folgend dem Hinweis in No. 2 des "Pressedienstes" handeln. Die Monopolvormachtstellung der reformistischen Zentralorganisationen in Deutschland bei Abschlüssen von Tarifverträgen, mit ihren Klasseneinteilungen und Ausschaltungen der davon betroffenen Arbeiterschaft macht es notwendig, daß wir uns mit dieser Angelegenheit beschäftigen und gebe ich deshalb zur besseren Information, Auszüge aus dem Reichstarif für das Hoch u. Tiefbaugewerbe in Deutschland und lasse mich dabei von den Gedanken leiten, das diese Auszüge besser überzeugen, als wie dies mit einer einfachen Beschreibung geschehen kann.

Im Gegensatz zu dem reformistischen Vertrag gebe ich einige Auszüge aus dem Tarifvertrag einer Fachgruppe (syndikalistische Fliesenleger Düsseldorf) die der syndikalistischen Bauarbeiter-Föderation Deutschlands angeschlossen ist. Aus der Gegenüberstellung beider Tarifverträge, zeigt sich bei dem letzteren ganz offen der Charakter der Klassenkampforganisation, wo trotz kollektiven Tarif jeder davon betroffene Arbeiter unmittelbarer Träger des Abkommens ist.

Reichstarifvertrag für Hoch-, -Beton-, -Tiefbauarbeiten, zwischen den Arbeitgeberverbänden des deutschen Reiches und den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer, dem deutschen Baugewerksbund, dem Zentralverband der Zimmerer u. verwandter Berufsgenossen, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter, dem Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Geltungsbereich:

Der räumliche Geltungsbereich des Tarifvertrages ist das deutsche Reich. Absatz 2) In allen zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten oder Orten sollen die bezirklichen Organisationen der Arbeitgeber, Lohn und Arbeitstarife nach dem diesem Verträge beigefügten Muster abschließen.

Absatz 2) 3 Abschnitt: Die Vertragsschließende Parteien haben ihre Unterverbände zum Abschluß von Lohn u. Arbeitstarifen anzuhalten u. s. w., kommt mit einem Unterverband der Arbeiter oder Arbeitgeber ein Lohn u. Arbeitstarif nicht zustande, so können die bezirklichen Arbeitgeber oder Arbeiterverbände in ihrer Gesamtheit oder einzeln mit dem oder den übrigen Arbeiter oder Arbeitgeberverbänden einen solchen Abschließen u. s. w. Kommt eine Einigung über den Abschluß eines Lohn u. Tarifvertrages nicht zustande, so haben die Tarifinstanzen gemäß § 11, Ziff. 19-24 zu Entscheiden.

Absatz 5) Organisierte Arbeitgeber die unorganisierte Arbeiter beschäftigen und organisierte Arbeiter, die bei unorganisierten oder anders organisierte Arbeitgeber beschäftigt sind, fallen unter diesen Reichstarifvertrag und die dazu gehörigen Lohn u. Arbeitstarife und haben die Verpflichtung sie im vollen Umfange durchzuführen.

Anmerkung:

In diesem Abschnitt des § 1. Absatz 5, zeigt sich die Monopolstellung der reformistischen Organisationen durch ihre staatliche Anerkennung, aber auch gleichzeitig die völlige Ausschaltung der Arbeiterschaft selbst, bei der Regelung der Lohn u. Arbeitsbedingungen. Denn durch die staatliche Allgemeinverbindlichkeitserklärung des betreffenden Tarifvertrages, schalten individuell abgeschlossene Arbeitsverträge bei der Betrachtung der Klagefähigkeit aus, sobald die Gegenpartei also der Unternehmer Mitglied einer tariftragenden Organisation ist. Der § 5. welcher den Arbeitslohn in Klassen einteilt, kann wegen seiner Länge nur teilweise gegeben werden. So sagt der Abschnitt 2 des § 5.

Der Stundenlohn ist unterschiedlich festzusetzen für alle Arbeiter Gruppen bis zum vollendeten 19 Lebensjahr und über 19 Jahre (Vollarbeiter). Dann staffelt man die Löhne der Facharbeiter vom 16 -19 Lebensjahr, und setzt für Hilfsarbeiter in derselben Altersklasse den Lohn um 17 % niedriger als wie in den jeweiligen Stufen der Facharbeiter. Die Hilfsarbeiter (Voll wie jugendliche Arbeiter) teilt man dann wiederum in zwei Klassen und zwar für den Hoch u. Tiefbau, bei letzteren ergibt sich der Unterschied aus der Entlohnung, denn der Tiefbauarbeiterlohn liegt 20-25 % tiefer als der Lohn des Bauarbeiters aus dem Hochbaugewerbe. Platzarbeiter, Wächter u. s. w. stehen in der Entlohnung wiederum unter den Tiefbauarbeiter.

Der Lohn der Facharbeiter staffelt sich nach den einzel erfaßten Branchen des Hoch u. Tiefbaugewerbes deren Zahl ungefähr 30 beträgt. Diese Löhne staffeln sich wiederum in die meist 5 Ortsklassen der einzelnen Tarifgebiete, die sich in großer Zahl über das gesamte Reichsgebiet verteilen. So das sich eine Klassierung der einzelnen Berufe des Hoch u. Tiefbaugewerbes ergibt, wie sie das ganze Wesen des Reformismus mit sich bringt. Vom besonderen Interesse ist dann noch der § 10, der die Ferien regelt:

Der Abschnitt 1. behandelt die Ferienansprüche der Arbeiter von 3 Tagen im ersten Beschäftigungsjahr bis zu 5 Tagen nach 3 jähriger Tätigkeit bei ein und derselben Firma. Die Voraussetzung auf Ferienanspruch im Jahre, besteht in eine ununterbrochene Zugehörigkeit zu ein und demselben Betrieb von 36 Wochen. Dazu kommen noch allerlei Ergänzungen doch wird auch der Unbefangene sagen, daß die Ferienfestsetzung nur Sand in den Augen des größten Teiles der Bauarbeiterschaft ist.

§. 11.

Behandlung von Streitigkeiten, offenbart das Wesen des reformismus innerhalb der deutschen Zentralgewerkschaften in jeder Beziehung hier ist eine vollständige Ausschaltung der Arbeiterschaft zu erkennen und zwar durch das dazwischen Schieben von Berufsfremden (ließe Unparteiische) deren Schiedssprüche aber für die Arbeiter von bindender Kraft sind. Da man ja durch den Internationalen Gewerkschaftsbund (I. G. B.) auch außerhalb der deutschen Reichsgrenzen, die vorbildliche Tarifregelung der deutschen Gewerkschaften propagiert, dürfte gerade dieser Teil zur Gegenpropaganda dienlich sein. Die Wiedergabe ist deshalb wörtlich;

1. Allgemeines:

- 1). Es werden folgende Tarifinstanzen gebildet: (a) Schlichtungskommissionen, (b) Tarifämter, (c) das Haupttarifamt.
- 2). Die Schlichtungskommissionen sind zuständig: (a) als unterste Auslegungsinanz, (b) als Gütestelle nach § 101 des Arbeitsgerichtsgesetzes. Die Tarifämter sind zuständig: (a) als Schiedsgerichte zur Auslegung von Tarifbestimmungen im Sinne von § 91, des Arbeitsgerichtsgesetzes. (b) als vereinbarte Schlichtungsstellen für die Fälle aus § 1, Ziff. 2 und § 5, Ziff. 10 Reichstarifvertrag. Das Haupttarifamt ist zuständig: (a) als oberstes Schiedsgericht im Sinne des § 91 des Arbeitsgerichtsgesetzes. (b) als oberste Schlichtungsstelle.
- 3). Die Arbeitgeber und Arbeitermitglieder der Tarifinstanzen sind nicht Vertreter der Parteien und an Aufträge nicht gebunden. Sie sind in ihrer sachlichen Stellungnahme nur den Tarifverträgen, dem Gesetz und ihrem Gewissen unterworfen.
- 4). Lehnen Beisitzer oder deren Vertreter in einer tariflichen Instanz die Beteiligung an einer Verhandlung oder an der Entscheidung über einen Streitfall ab, so kann dennoch die Entscheidung gefällt werden, wobei angenommen werden soll, das diese Beisitzer sich der Stimme enthalten haben, als Ablehnung der Beteiligung gilt es auch, wenn die sämtlichen Arbeitgeber oder Arbeiterbeisitzer trotz Ordnungsgemäßer Ladung in einem zweiten Termin nicht Erscheinen.
- 5). Die beteiligten Organisationen sind zu den Verhandlungen zu laden. Es bleibt ihnen überlassen, die streitenden Parteien ihrerseits zu laden, oder sie zu vertreten. Im Güteverfahren müssen die streitende Parteien auch persönlich geladen werden.
- 6). Vor Fällung eines Schiedsspruches ist stets die Einigung der Parteien zu versuchen. An der Beratung und Abstimmung, die in Abwesenheit der Parteien zu erfolgen hat, nehmen sämtliche Mitglieder der Tarifinstanz teil. Wo unparteiische Vorsitzende tätig sind, dürfen sie sich der Abstimmung nicht enthalten. An der Abstimmung dürfen sich auf Arbeitgeber oder Arbeiterseite nur soviel Mitglieder beteiligen, als auf der anderen Seite Mitglieder anwesend sind.
- 7). Bindende Entscheidungen der Tarifinstanzen haben, sofern die Tarifinstanz als vereinbarte Schlichtungsstelle wurde, die gleiche Wirkung wie die Bestimmungen des Tarifvertrages, sofern sie als Schiedsgericht tätig würde, die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils.
- 8). Auch Organisationsfremde können die Tarifinstanzen anrufen oder vor sie geladen werden, jedoch nur durch Vermittelung der vertragsschließende Organisationen gleicher Art oder deren Unterverbände.

10) Die Organisationen können vereinbaren, daß für Angelegenheiten bestimmter Fachrichtungen ein oder mehrere im voraus zu bestimmende Mitglieder derselben Fachrichtung als Mitglieder der Tarifynstanzen tätig sein sollen.

11) Für die Arbeitgeber und Arbeitermitglieder in den Tarifynstanzen werden Stellvertreter ernannt.

12 A) Die Kosten der Tarifynstanzen tragen die Vertragsparteien je zur Hälfte. Die Tarifynstanzen können solchen streitenden Parteien, die den Vertragsschließenden Organisationen nicht angehören, die Kosten des Verfahrens ganz oder teilweise auferlegen.

(b) Auch kann die Verhandlung des Streitfalles von der Hinterlegung eines Kostenvorschusses, bei der Geschäftsführung der Tarifynstanzen durch die den Vertragsschließenden Organisationen nicht angehörenden beteiligten abhängig gemacht werden.

13) Die sämtlichen Instanzen geben sich ihre Geschäftsordnung selbst. Muster hierzu werden von den Vertragsparteien vereinbart.

14) 2 Schlichtungskommissionen:

Die Schlichtungskommissionen, werden für einzelne oder mehrere zusammenhängende Orte gebildet; Sie bestehen aus der gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitern. Die örtlichen Organisationen wählen ihre Vertreter. Anträge an die Schlichtungskommission sind innerhalb einer Aufsclußfrist von 21 Tage nach Eintritt der Streitigkeit einzureichen. Eine Streitigkeit gilt als eingetreten, sobald eine der streitenden Parteien die Unmöglichkeit einer Einigung erklärt hat. Die Schlichtungskommission hat spätestens 8 Werkstage nach der Antragstellung über die Angelegenheit zu verhandeln. Wo die Einrichtung von Unterkommissionen besteht, oder wo sie geschaffen wird, haben diese das Recht, Streitfälle auf der Baustelle zu untersuchen und auf die Beilegung der Streitigkeit hin zu wirken.

3 Tarifämter:

15) Tritt die Schlichtungskommission als Auslegungsinanz auf Anruf in der vorgeschriebenen Zeit nicht in Tätigkeit, so ist die Beschwerdeführende Organisation berechtigt, die Sache vor die zweite Instanz (Tarifamt) zu bringen mit dem Hinweis, daß die Schlichtungskommission auf fristgerechten Anruf nicht in Tätigkeit getreten ist.

16 a) Gegen den Spruch der Schlichtungskommission ist innerhalb einer Aussclußfrist von 10 Tagen nach Fällung der Entscheidung Berufung an die zuständige zweite Instanz (Tarifamt) durch Einreichung eines Schriftsatzes zulässig. Das gleiche gilt, wenn in der Schlichtungskommission ein Spruch nicht zustande gekommen ist.

(b) Das Tarifamt hat innerhalb 10 Tagen tätig zu werden.

17) Das Tarifamt besteht aus der gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitern, sowie einen unparteiischen Vorsitzenden, der von den Vertragsparteien gewählt wird. Wird das Tarifamt als vereinbarte Schlichtungsstelle tätig, so müssen auf jeder Seite 4 Beisitzer mitwirken.

18) Die Berufung gegen die Entscheidungen des Tarifamtes ist nur in den für das Haupttarifamt vorgesehenen Ausnahmen (Ziff. 20-21 u. 24, zulässig.

19 a) Wird das Tarifamt auf Grund des § 1 Ziff. 2, oder § 5 Ziff. 10. R.T.V. (Reichstarifvertrag) angerufen, so hat es zunächst eine Einigung der Parteien zu versuchen. Gelingt diese nicht, so hat es einen Schiedsspruch zu fällen, über dessen Annahme oder Ablehnung sich die Organisationen innerhalb einer vom Tarifamt festzusetzenden Frist, gegenüber den unparteiischen Vorsitzenden zu erklären haben. Nicht Erklärung gilt als Ablehnung. Bei der Festsetzung der Frist ist das Tarifamt an die Vorschriften, des § 13 R.T.V. gebunden. Schiedssprüche des Tarifamtes, die einstimmig gefällt wurden, sind endgültig und bindend, das gleiche gilt für Schiedssprüche, denen sich die Parteien vorher unterworfen haben.

(b) Ist das Tarifamt auf Grund des § 1. Ziff. 2, R.T.V. tätig geworden und wird der Schiedsspruch von einer oder mehreren Organisationen abgelehnt, so entscheidet auf Antrag das Haupttarifamt gemäß Ziff. 24 a.

(c) Erfolgt das Eingreifen des Tarifamtes auf Grund § 5, Ziff. 10, R.T.V. und wird in diesen Falle der Schiedsspruch von einer oder mehreren Organisationen abgelehnt, so tritt das Tarifamt innerhalb der in § 13, R.T.V. festgelegten Frist erneut zusammen, und zwar treten in diesem Falle zu den unparteiischen Vorsitzenden zwei unparteiische Beisitzer hinzu, die gemeinsam von den Vertragsparteien des Lohn und Arbeitstarifes zu ernennen sind.

(d) Das mit 3 Unparteiischen besetzte Tarifamt hat zunächst wieder eine Einigung der Parteien zu versuchen und falls diese nicht gelingt, einen Schiedsspruch zu fällen. Dieser Schiedsspruch ist endgültig und bindend, wenn er mit einer Mehrheit von mindestens 7 Stimmen gefällt wird, oder wenn sich die Parteien ihm vorher unterworfen haben. Wird keine dieser Voraussetzungen erfüllt, so ist nach Ziff. 19, a, zu verfahren. Wird der Spruch von einer oder mehreren Organisationen abgelehnt, so hat der Tarifamtsvorsitzende den Streitfall an das Haupttarifamt abzugeben. Das Haupttarifamt entscheidet gemäß Ziff. 24, b.

(e) Wo sich die Vertragsparteien des Lohn u. Arbeitstarifes über die als Unparteiische zu bestimmenden Persönlichkeiten nicht einigen, haben sie den geschäftsführenden Vorsitzenden des für den Sitz des Tarifamtes zuständigen Landesarbeitsgerichts zu bitten, daß er geeignete Persönlichkeiten bestimme. Die Ernennung des unparteiischen Vorsitzenden des Tarifamtes erfolgt auf die Dauer des Reichstarifvertrages.

4 Haupttarifamt:

(20) Tritt das Tarifamt auf Anruf in der vorgeschriebenen Zeit nicht in Tätigkeit, so ist die beschwerdeführende Organisation berechtigt, die Streitsache durch ihre zentrale Vertretung vor das Haupttarifamt zu bringen.

(21, a) Gegen Entscheidungen die das Tarifamt auf Grund Ziff. 16 gefällt hat, ist innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen nach schriftlicher Bekanntgabe Berufung an das Haupttarifamt zulässig, jedoch nur dann, wenn die Entscheidung des Tarifamtes gegen den Sinn des Reichstarifvertrages oder gegen grundsätzliche Entscheidungen des Haupttarifamtes verstößt. Die Anrufung des Haupttarifamtes ist ferner zulässig, wenn das Tarifamt auf Anruf in der vorgeschriebenen Zeit nicht in Tätigkeit getreten ist, oder wenn im Tarifamt eine Entscheidung nicht zustande gekommen ist.

(b) Die Berufung bewirkt, abgesehen von den Fällen der Ziff. 24, keinen Aufschub.

(22) Das Haupttarifamt ist ferner auf Antrag einer der vertragsschließenden Spitzenorganisationen befugt, grundsätzliche Streitfragen zu entscheiden, die sich bei der Auslegung des Reichstarifvertrages ergeben. Ob ein grundsätzlicher Fall vorliegt wird vom Haupttarifamt entschieden.

(23) Das Haupttarifamt setzt sich zusammen aus je einen Beisitzer der am Reichstarifvertrag beteiligten Arbeiter und der gleichen Anzahl Beisitzer der Arbeitgeberverbände und aus 3 Unparteiischen. Die vertragschließenden Spitzenorganisationen bezeichnen die 3 Unparteiischen. Soweit sie sich hierbei nicht einigen, werden die Unparteiischen vom Reichsarbeitsminister nach Anhörung der vertragschließenden Spitzenorganisationen ernannt.

(24, a) Wird das Haupttarifamt auf Grund § 1, Ziff. 2 R.T.V. angerufen, so kann es über alle strittigen Fragen mit bindender Wirkung entscheiden, oder die bindende Entscheidung bestimmter Fragen dem Tarifamt (Ziff. 19, a) überweisen.

(b) Wird dem Haupttarifamt auf Grund Ziff. 19, d, die Entscheidung über die Lohnfestsetzung überlassen, so kann es den vom Tarifamt gefällten Schiedsspruch entweder bestätigen oder aufheben wobei auch eine teilweise Bestätigung oder Aufhebung zulässig ist. Im Falle der Aufhebung, hat das Haupttarifamt eine neue Entscheidung nur insoweit zu fällen, als die Löhne der Hauptarbeitergruppen (Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Bauhilfsarbeiter, Tiefbauarbeiter und Maschinisten) der obersten Ortsklasse strittig ist. Diese Entscheidung des Haupttarifamtes ist endgültig und bindend. Ueber alle sonstigen noch strittigen Lohnfragen entscheidet das Tarifamt in der erweiterten Besetzung der Ziff. 19, d. bindend.

§ 12

Durchführung des Vertrages:

(1) Die vertragschließenden Organisationen verpflichten sich, ihren Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Reichstarifvertrages und der auf Grund desselben abgeschlossenen Lohn und Arbeitstarife einzusetzen und zwar auch bei allen den vertragschließenden Arbeitgeberorganisationen nicht angehörenden Bauunternehmungen. Entsteht ein Streitfall zwischen den Vertragsparteien oder ihren Unterorganisationen, der zu Kampfmaßnahmen führen kann, so haben die Vertragsparteien zunächst in Verhandlungen einzutreten.

Streiks, Aussperrungen oder sonstige Kampfmaßnahmen sind unzulässig vor Beginn und während der Dauer des Schieds oder Schlichtungsverfahrens, sowie nach Abschluß dieses Verfahrens durch bindende Entscheidung.

(2) Fügt sich eine der vertragschließenden Organisationen einer bindenden Entscheidung der Tarifinstanzen nicht, so besteht für die Organisation der Gegenpartei dieser Organisation gegenüber Handlungsfreiheit.

Anmerkung:

Kameraden, soweit der Reichstarif für das Baugewerbe in Deutschland. Ich glaube treffender keinen Beweis über den wahren Charakter der reformistischen Zentralverbände bringen zu können, als wie es mit der Uebermittlung des Reichstarifvertrages geschehen ist. Das diesen Steigbügelhaltern des Kapitals, diese vortrefflichen Klausulierungen, gerade in der jetzigen Lohnabbauwelle zum Verhängnis geworden sind, trägt nur zur Erhärtung meiner Behauptungen bei.

Das es auch anders geht beweist der Tarif unserer Düsseldorfer Organisation und gewinnt dieser Vertrag doppelt an Bedeutung, da er sich auf den Klassenkampf aufbaut und auch gleichzeitig die Tarifauffassung der anarcho-syndikalistischen Bauarbeiter Deutschlands kennzeichnet.

Arbeits-Vertrag:

Lohn und Akkordtarif, für das Fliesengewerbe
Düsseldorf u. Umgegend.

§ 1, Vertragsschließende:

Vorliegender Vertrag ist abgeschlossen und gegenseitig anerkannt von der Arbeitgeber-Vereinigung angehörenden Plattierungsgeschäften in Düsseldorf u. Umgegend-inkl. Neuss einerseits und der Freien Vereinigung der Fliesenleger, angeschlossen der Freien Arbeiter Union (Syndikalisten) sowie dem deutschen Baugewerksbund andererseits.

§ 2, Geltungsbereich:

Dieser Vertrag gilt für alle Arbeitsstätten in Düsseldorf u. Umgegend einschließlich Neuss und für alle auswärtigen Arbeitsstätten, wo von Plattengeschäften oder Unternehmern obengenannter Orte Plattenarbeiten ausgeführt werden. Der Sitz des Geschäftes ist für die Auslegung und Bezahlung des Tarifes und der Zulagen maßgebend.

§ 3 Arbeitszeit:

Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, jedoch ist Samstag um 1 Uhr Schluß. In Zeiten schlechter Konjunktur ist die vorhandene Arbeit, so einzustellen und die Arbeitszeit so zu kürzen, daß alle Leger gleichmäßig Beschäftigung und Verdienst haben. Sollte es dann noch nicht möglich sein, alle Leger zu beschäftigen, dann sind diejenigen Leger auszuschalten, in deren Familie mehrere Personen am Verdienen sind. Ab 1.11.1930 wurde die 5 Tagewoche eingeführt.

§ 4. Ueberstunden, Nacht und Sonntagsarbeit:

Ueberstunden sowie Nachts und Sonntagsarbeit und Arbeit an den gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen zu leisten und dürfen nur gefordert werden, wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen, Verkehrsstörungen eintreten, wenn Schäden durch Naturereignisse zu Verhindern und zu beseitigen sind; ferner bei dringenden Reparatur und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten. Als Ueberstunden, Nachts und Sonntagsarbeit und als arbeiten an gesetzlichen Feiertagen gelten: 1, Als Nachtarbeit jede Arbeit von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr. 2, Als Ueberstunden jede Arbeit in der Zeit, die zwischen der Nachtarbeit und der normalen Arbeitszeit liegt. 3, Als Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen jede Arbeit an diesen Tagen von morgens 5 Uhr bis abends 12 Uhr. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 % gezahlt. Für Arbeit an Sonn und gesetzlichen Feiertagen, sowie für Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 100 % auf die Akkordtarifsätze gezahlt.

§ 5 Lohnberechnung:

Für die Berechnung des Lohnes ist der Akkordtarif maßgebend. Alle Arbeiten, für in diesem Verträge Akkordpreise festgelegt sind, werden nur in Akkord ausgeführt. Alle in diesem Tarif nicht aufgeführten Arbeiten oder neuen Formen, für welche unter Anrufung eine Einigung über den Akkordsatz nicht erzielt wird, werden zum Stundenlohn mit 20 % Zuschlag bezahlt.

§ 6 Lohnzahlung:

Die Lohnzahlung umfasst eine Woche. Die Lohnzahlung findet jeden Freitag vor Feierabend an der Baustelle und wenn dies nicht möglich ist, in den Geschäftsräumen des Arbeitsgeber, oder sofern der Arbeitnehmer nicht Nachhause gehen kann, an der Arbeitsstelle, bzw. durch Postsendungen Freitagabend statt. Die Lohnperiode schließt Mittwochs. Abschlagszahlungen auf Akkordarbeiten sind an den Lohntagen in Höhe von ungefähr 90 % des verdienten Akkordlohnes zu leisten. Die Anträge auf Abschlagszahlungen müssen spätestens bis Donnerstag morgens bestellt werden. Das Warten auf Material wird in Stundenlohn gezahlt, wenn der Leger dieses einen halben Tag vorher bestellt hat.

§ 7.

Regelt die in Deutschland übliche Fragen der Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

§ 8. Schlichtung und Streitigkeiten.

Streitigkeiten aus diesem Vertrag sind durch die örtlichen Schlichtungskommissionen, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, schleunigst zu schlichten. Die beiderseitigen Vertragsschließenden wählen ihre Mitglieder. Der Vorsitzende wird in jeder Sitzung gewählt. Die Schlichtungskommission hat, wenn eben zugänglich, innerhalb 24 Stunden, spätestens aber 48 Stunden zu tagen und sind vor dieser Tagung und während des Verfahrens, Streicks und Aussperrungen oder ähnliche Maßnahmen irgendwelcher Art unter keinen Umständen zulässig. Anträge für die Schlichtungskommission sind schriftlich zu stellen an den Obmann unter genauer Begründung des Streitfalles.

Bei allen Streitigkeiten, sind die amtlichen und staatlichen Schlichtungsinstanzen auszuschalten, soweit hierzu kein Zwang besteht. Die Vergebung von Arbeiten an Zwischenmeister ist verboten, ebenso die Lieferung von Platten an Zwischenmeister. Es werden nur solche Leger eingestellt, die im Besitze einer von den örtlichen Vertragsschließenden Fliesenlegerorganisationen ausgestellten Ferienkarte sind.

§ 9. bringt örtliche Regelung.

§ 10 u. 11. Durchführung des Vertrages;

Alle im nachfolgenden Akkordtarif festgesetzten Preise sind Mindestpreise und dürfen unter keinen Umständen unterboten werden. Alle dem Tarif zu wieder laufende Abmachungen (billiger Arbeiten sind nach dem Entscheid des Reichsarbeitsgerichtes ungültig.) Der Stundenlohn beträgt 1,80 mk. Soweit der Vertrag unserer düsseldorfer Organisation die Gegenüberstellung des § 8 dieses Vertrages, allein dürfte genügen um die von mir aufgestellte Behauptung gegenüber dem reformistischen Vertrag zu rechtfertigen. Ein weiteres eingehen auf die Gegensätze ist mir wegen des Platzmangels im "Pressedienst" in dieser Nummer nicht möglich, doch werde ich in einer späteren Ausgabe darauf zurück greifen. Wie es ja auch den Antrag 3 der Madrider-Konferenz entspricht.

Mitteilungen des Sekretariats:

M.

Mit der Herausgabe dieser Nummer des "Pressedienst" beschließen wir diesen Jahrgang. Wir hoffen das mit der nötigen Mitarbeit der zweite Jahrgang, entsprechend des Konferenzbeschlusses pünktlich jeden Monat erscheint und in seinen Inhalt den Wünschen der Länder entspricht.

Außerdem geben wir zur Beachtung noch einmal Bekannt, das alle Einsendungen für die I.S.B.F. in Kasse wie Korrespondenz direkt und nur an den Genossen Walter Markow zu richten sind.

Die Adresse ist: Walter Markow. Berlin. N. 113. Bornholmerstr. 7 (Deutschland)

Kasse:

An Beitrag ging von der norwegischen Landesföderation, für die Zeit von 1930 .31, der Betrag von 88,37 Kr. ein.

Für das Sekretariat der I.S.B.F.
Walter Markow.

Presse-Dienst.

der
Internationalen syndikalistischen Bauarbeiter Föderation
Sitz: Deutschland:

Verantwortlich: für den Inhalt: Walter Markow, Berlin, N. 113.
Januar 1932. Jahrgang 2, No. 1.

1931

1932

DIE INTERNATIONALE SYNDIKALISTISCHE - BAUARBEITER - FÖDERATION.

Werte Kameraden!

Getreu unseres Mahnrufes: " DIE BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE;
KANN NUR DAS WERK DER ARBEITER SELBST SEIN ".

Wendet sich das Sekretariat der I.S.B.F. zum Jahresbeginn an die Bauarbeiterschaft aller Länder und ermahnt Angesichts der zum entscheidenden Kampfe bereiten Reaktion, zur intensivsten Kampfbereitschaft und internationaler Zusammenarbeit.

Den Machtwillen der internationalen privat und monopol-kapitalistischen Wirtschaftsführer zu zerbrechen, kann ebenso wie den diktaturgelüsten politischen Machthaber, nur eine international in Kampfgemeinschaft eng verbundene Arbeiterschaft vollbringen.

Die Ereignisse in wirtschaftlicher, wie politischer Hinsicht in fast allen Ländern der Welt, fordern ein einheitliches Vorgehen des Weltproletariats.

Die durch das völlige versagen der 2 und 3 Internationale der Sozialisten und Kommunisten, sowie der völlig in deren Fahrwasser segelnden und durch und durch korumpierten reformistischen Gewerkschaften irre gewordene Arbeiterschaft, gilt es den Weg zu weisen.

Den Vorstoß den unsere spanische Bruderorganisation (C.N.T.) im verflossenen Jahre durchführte, gilt es durch direkte Aktionen in allen Ländern weiter auszubauen und zu stützen.

Unser Ruf zum Kampf lautet:

- 1) Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterklasse;
- 2) Beseitigung der Erwerbslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit, 6 Stundentag mit Lohnausgleich, bzw. Einführung der 3 Tage-woche.
- 3) Organisierung von Boykottbewegungen zur Unterstützung der Wirtschaftskämpfe und der Preisgestaltung.
- 4) Schaffung des Einheitslohnes.
- 5) Organisierung des Generalstreiks zur Schaffung der freien Rätegesellschaft.

Unter dem Banner der I.A.A. marschieren wir vorwärts und kämpfen für die Freiheit, für die soziale Revolution.

Das Sekretariat der I.S.B.F.
i. A. Walter Markow.

Lohnabbau und Tarifrecht!!

Eine Kritik von C. Windhoff.

Die Lohnabbau-Theoretiker und Praktiker haben Hochkonjunktur wie nie zuvor. So wie in den Jahren 1919 bis 1923 die Ebert, Scheidemann und Genossen die Parole ausgaben:

"Nur die Arbeit kann uns retten"

das heisst uns, dass kapitalistische Regime - so gaben vor etwa 2 Jahren die Häuptlinge der grossen Wirtschaftskonzerne in Deutschland, nachdem sie ihre Betriebe über Rationalisiert und hunderttausende Arbeiter auf die Strasse gesetzt hatten, die Parole aus:

"Nur durch Lohnabbau ist die deutsche Wirtschaft zu retten"

Die Gewerkschafts- und Parteipresse sowie das auf den Schultern der organisierten aber denkfaulen Arbeiterschaft zu Amt und Würden empor gekletterte Führertum nahm mit grossem Wortschwall gegen die Lohnabbauparole Stellung.

"Scharfer Kampf" - "schärfster Kampf" - und sogar "Kampf bis zum Weissbluten"

wurde als Gegenparole angekündigt. Was ist seitdem Geschehen??

Die Regierungen der einzelnen Länder und des Reiches haben sich treu und brav bemüht, die Wünsche und Forderungen der kapitalistischen Wirtschaft "Führer" als einen gegebenen Befehl zu betrachten und auszuführen.

Die unter Leitung des sozialdemokraten Herrmann Müller stehende vormalige Regierung arbeitete exakt mit den Gewerkschafts-Häuptlingen zusammen und liess den Streikverhinderungs- und Lohnabbau-Apparat, genannt Schlichtungsordnung, spielen um den Lohnabbau zu fördern und staatlich zu sanktionieren.

Die jetzige unter Leitung des Centrum-Christen Dr. Brüning stehende Reichsregierung aber schlug in Bezug auf Lohnabbau jeden bisher aufgestellten Rekord. Hunderttausende Berg-Hütten-Metall-Textil-Verkehrs- und Bauarbeiter, die bisher schon darben mussten, wurden durch den direkt wahnsinnigen Lohnabbau zum dauernden Hungern verurteilt.

Aber nicht nur das:

Die Brüning-Regierung war angeblich bestrebt, die Finanz und Wirtschaftsnat zu beseitigen mittelst Anwendung des Artikel 48 der Reichsverfassung.

Eine Notverordnung jagte die andere. Und der Erfolg??

Durch die Notverordnungen wurde neue Not verordnet. Die Erwerbslosen und Krieseunterstützung wurde stark herabgesetzt. Hunderttausenden jugendlicher jede Unterstützung genommen und damit neue Not diktatorisch verordnet, die Wirtschaft noch mehr gedrosselt.

Fünf Millionen Erwerbslose und deren Massenelend in nie gekanntem Masse sind ein warnendes Merkmal für die Machtinhaber des Staates und des Kapitals.

II.

Aber den Herrschenden gelüftet nach mehr Unterdrückung und Rechtlosmachung der Arbeiter. Die Herrschaften planen das fast nur noch auf dem Papier stehende Tarifrecht zu beseitigen.

Die grossen Zentralgewerkschaften haben sich dank ihrer rückständigen ideologischen Einstellung und schlappen Haltung bereits so weit zurückdrängen lassen, dass ihr Einfluss auf die Gestaltung der Lohn und Arbeitsbedingungen gleich null ist. Beweis: Siehe den Inhalt der Gewerkschaftspresse. Immer dann, wenn irgendwo Lohnabbau angekündigt wurde, schlug die Gewerkschaftspresse sehr radikale Töne an. Sobald aber der Schlichter und Reichsarbeitsminister den Lohnabbau unter Zuhilfenahme bekannter sozialdemokratischer Grossen diktiert hatten, dann wirkte diese Presse

auf die Gewerkschaftsmitglieder ein, sich zu kuscheln. Und diese Mitglieder viele Jahre in Demut und Cadaveregehorsam gegenüber den Führern erzogen, sie kuschelten und gehorschten wie dressierte Hunde im Zirkus Sarasani, oder Hagenbeck.

Die schlappe jeden Kampf ausweichende Haltung der grossen Gewerkschaften ist zu einem beträchtlichen Teil mitschuldig an dem Elend der Massen und an dem Niedergang der Wirtschaft. Dieses ist nicht nur unsere Meinung sondern diese Meinung hat sich Bahn gebrochen in die Kreise des links eingestellten Bürgertums. "Die Welt am Montag" schrieb schon in ihrer Nummer 26. im Juni des Jahres unter der Überschrift;

"Kraftvolle Forderungen nötig!"

unter anderem folgende Sätze:

Jetzt heisst es für die Gewerkschaften, durchzusetzen, dass die Regierung rasch die handgreiflichen Ungerechtigkeiten der Kriese Steuer, die Ausschaltung hunderttausender Jugendlicher aus der Arbeitslosenunterstützung und andere harrsträubende Verelendungsbestimmungen aufhebt. Gelingt das nicht, so ist das "Rettungswerk" aus amerikanischer Initiative für die werktätige Bevölkerung Deutschlands ein Wechsel auf weite Sicht, die im Nebel endet, in dessen Schleiern kapitalistische Mächte sich alle eventuellen Vorteile sichern.

Es ist in den letzten Jahren auch dem schwer Belehrbaren klar geworden, dass Hunger und Not des werktätigen Volksteils automatisch übergreift in die Lage des geschäftlichen Mittelstandes und in die der Industrie. Erlischt die Kaufkraft der Massen, so wird die ganze Wirtschaft gelähmt. Die bisherigen Experimente, mit Lohnsenkungen, Preisabbau, um so zur Belebung des Marktes zu kommen, sind fehlschlagen, wie nicht nur wir es vorausgesagt haben.

Die Gewerkschaften haben es heute nicht schwer, dass zu beweisen. Hoffentlich besitzen sie die Kraft, jetzt ihre entsprechende Forderungen durchzusetzen.

Seitdem sind 5 Monate verfloßen, aber wie wir nicht anders erwartet hatten, haben sich die Zentralgewerkschaften zu einer kraftvollen Aktion oder gar zu einem Kampf gegen die Lohnabbauseuche nicht aufschwingen können. Aber an hohen Phrasen an dito Versammlungsfeuerwerk zur Köderung der unzufriedenen Massen hat es nicht gefehlt. Auch Bittgänge zu Pappahindenburg und Onkel-Brünning haben die Häuptlinge der Gewerkschaften und der S.P.D. öfter unternommen.

Dasselbe Trauerspiel und dieselben Komödien sehen wir bei dem Problem der Arbeitszeitverkürzung respektive Einführung der Fünftagewoche oder 40 stündigen Arbeitszeit pro Woche. Ist es nicht ein elender Jammer wenn man sieht, wie diese an Mitgliedern millionen starken Zentralgewerkschaften winselnd Regierung und Reichstag anbetteln, doch endlich ein Einsehen zu haben und die 40 Stunden Woche gesetzlich einzuführen ??

Wenn die Zentralgewerkschaften, diese staatlich eingestellten Institutionen, ernstlich und ehrlich gewillt wären diese Probleme zu lösen, dann hätten sie längst gelöst sein können durch die Kampfmittel der direkten Aktion, selbst gegen den Willen der Regierung und des Parlaments.

Aber leider, die Zentralgewerkschaften aller Richtungen, ob sie sich nun "frei" oder "christlich" "hirsch-dunkersch" oder polnisch nennen, -ihnen allen fehlt das energische Wollen und der Wille zum Kampfe. Sie alle sind wohl noch grosse, aber geist und kraftlos in revolutionärer-ideologischer Hinsicht lendenlahme, tote Organisationen. Ihr Ideal und gleichzeitig ihre schlimmste Krankheit, die den Organisationskörper total verseucht hat und wie schleichendes Gift wirkt, ist der Wirtschaftsfriede und daran werden sie über kurz oder lang verenden, wie ein alter Karrengaul. Je eher dieses geschieht, umso besser für die Arbeiterschaft. Der Weg muss frei werden für den Anarcho-Syndikalismus, wo nicht mehr ein selbstherrliches aufgeblasenes Führertum bestimmt, sondern die Masse der Arbeiter selbst.

III.

Die Löhne der deutschen Arbeiter aller Kategorien sind in den beiden letzten Jahren stark zurück gegangen. Am schwersten mitgenommen wurden wohl die Berg-Metall-Textil und Bauarbeiter. Mit den Verhältnissen der Bauarbeiter wollen wir uns hier mal etwas näher beschäftigen.

Der letzte Lohnabbau bei den Bauarbeitern wurde im Frühjahr des Jahres 1931 vorgenommen. Die wirtschaftsfriedlichen Bauarbeiterorganisationen, der deutsche Baugewerks-Bund, (D.B.B.) und die christliche Baugewerkschaft, murrten zwar, aber dann fügten sie sich glatt.

Der Reichstarif für die Bauarbeiter wurde festgelegt bis zum 2.3.32. Nun wissen wir, dass die Bauunternehmer von der Seuche Lohnabbaukoller besonders stark befallen sind. Trotzdem diese Herren ihre angebliche Tariftreue immer so stark betonen, ist ihr bestreben nur darauf eingestellt, wenniger zu zahlen, als wie tariflich festgelegt ist.

"Der Grundstein" Organ des D.B.B. hat in den letzten Wochen wiederholt darüber berichtet und nachgewiesen, dass die organisierten Bauunternehmer in allen Gauen Deutschlands Sturm laufen gegen die Tariflöhne. Die Herren vom Bau wollen die nach ihrer krankhaften Ansicht übersteigerten Löhne in den einzelnen Landesteilen wie folgt senken.

"In Brandenburg um 25 %.

In Baden um 30 %, in Bayern um 30 %, in der Pfalz um 40 % und in Anhalt um 30-50 %.

Hieraus ist zu ersehen, mit welcher unverfrorenen brutalen Gesellschaft die Bauarbeiter zu rechnen haben.

In einem Teile der S.P.D. Presse erschien Ende November 31. folgender, die Situation und die Tariffrage der Unternehmer beleuchtende Artikel.

"DER TARIFFKAMPF DER BAUARBEITER"

Die Bauunternehmer setzen ihren Kampf gegen die tariflich vereinbarten Löhne mit erstaunlicher Hartnäckigkeit fort. Sie entdeckten, weil dass besser so in ihren Kram passt, jetzt sogar im Bürgerlichen-Gesetzbuch den Satz von dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Vorbehalt, einen Vertrag nur so lange gelten zu lassen, als die Umstände, unter denen er abgeschlossen ist, weitergelten. Dass es auch so etwas wie ein Tarifvertragsrecht gibt, haben die Herren Bauunternehmer anscheinend schon ganz vergessen. Verträge sind für sie nur schön und gut, wenn sie die Gegenseite binden.

Mit dieser sonderbaren Auffassung haben die Bauunternehmer bis jetzt bei den Tarifämtern nicht viel Glück gehabt.

In HALLE/SAALE, erklärte sich das Tarifamt nach langer Beratung und heftigen Auseinandersetzungen mit den tarifbruchlüsternen Unternehmern für unzuständig zur Verhandlung über die Lohnfrage. Die Haltung des Tarifamtes entsprach dem Geist des Arbeitsvertragsgedankens.

Nicht so, dass Tarifamt für NIEDERSCHLESIEN: Dort forderten die Unternehmer ohne weiteres einen Abbau des Lohnes für Facharbeiter um 26-41 % und für Tiefbauarbeiter um 20-35 %, das heisst auf 33 Pfg. Das Tarifamt Niederschlesien hat, nachdem die Arbeiterbeisitzer unter Protest gegen seine unmögliche Haltung die Sitzung verlassen hatten, tatsächlich den Einbruch in das Tarifrecht vorgenommen. Es fällte einen Schiedsspruch, wonach die Löhne über eine Mark um 11 Pfg. und die unter 1 Mark um 10 Pfg. abgebaut werden sollen.

Das Tarifamt OBERSCHLESIEN, wo die Unternehmer einen Lohnabbau von 24-30 % und eine Senkung der Lehrlöhnsentschädigung um 33 1/2 % durchdrücken wollten, kam zu keinem Ergebnis, sondern vertagte die Verhandlungen, weil die Arbeitervertreter die Zuständigkeit des Tarifamtes anzweifeln und gegen einen etwaigen Spruch sofort Berufung einzulegen drohten.

Der Tarifamtsvorsitzende für die GRENZMARK (Schneidemühl), wo die Unternehmer einen Abbau der Löhne zum Teil bis zu 40 % beantragten - das würde im Effekt einen Bauarbeiterlohn von 33 Pfg. pro Stunde in der dritten Lohnstufe bedeuten - war vernünftig genug, diese verrückten Anträge als undiskutierbar zu bezeichnen. Da keine Einigung zustande kam, erklärte der Vorsitzende, dass die bisherigen Löhne weiter gelten.

In BRANDENBURG verliefen die Verhandlungen in ähnlicher Weise. Im RHEINLAND haben die Bauarbeitgeberverbände beim Tarifamt in Köln beantragt, mit Rückwirkung vom 11. November ab die Löhne um 20 % für Facharbeiter und um 18 % für Tiefbauarbeiter zu kürzen. Das bedeutet für die Tiefbauarbeiter der niedrigsten Lohnklasse eine Senkung des Lohnes auf 48 Pfg. pro Stunde.

Die Unternehmer des Baugewerbes versuchen also unter Anwendung aller Mittel zunächst zu Verhandlungen zu kommen und über Verträge zu beraten, die sie durch ihre eigene Unterschrift als rechtsgültig anerkannt haben. Sie stellen geradezu phantastisch neue Lohnabbauforderungen, obwohl die Sinnlosigkeit des Lohnabbaues offen zu Tage liegt. Die Bauarbeiterlöhne sind längst gesunken. Hat deshalb die Bautätigkeit zugenommen ?? La Egentell; sie ging noch weiter zurück.

Vom Reichsarbeitsminister ist in der Frage des Lohnabbaues keine Hilfe zu erwarten. Hat es Zweck, an ihn die dringliche Forderung zu richten, endlich einmal einen wirksamen Schritt für einen Schutz des Tarifrechtes zu tun ? Sollen die geltenden Tarifverträge zusammen mit den Löhnen ins Bodenlose rutschen ??

Aus vorstehenden Berichten ist klar zu ersehen, wie die Unternehmer überall bestrebt sind, die schlappe Haltung der zentralistischen Bauarbeiter-Organisationen auszunützen.

Mit bitten und betteln sind Lohnkämpfe nicht zu führen. Jahrelang sind diese Organisationen jeden Streik tapfer ausgewichen. Wo aber Bauarbeiter zum Streik übergingen, da erklärten die Verbandsführer diesen Streik als wild, verweigerten ihren Mitgliedern jede moralische und finanzielle Unterstützung und lieferten Streikbrecher.

Aber auch da, wo es nicht zum Streik kam, zeigten die Verbandshäuptlinge in der Lohnabbaufrage nicht nur liebevolles Entgegenkommen, sondern sie brachten den Unternehmern auch schon den Lohnabbau auf dem Präsentierteller entgegen (Siehe weiter unten)

IV

Zur Zeit wo ich dieses schreibe, am 8. Dezember 31, ist die neueste Notverordnung der Regierung in Vorbereitung.

Die Löhne und Gehälter sollen erneut abgebaut und das Tarifrecht um einige Loch zurück gesteckt werden. Die "freie" Gewerkschafts- und S.P.D. Presse, macht wieder in radikalen Tönen und kündigt ihren Gläubigen und der Regierung mit bombastischen Phrasen an, dass ein weiterer Lohnabbau und gar ein Einbruch in das Tarifrecht unter keinen Umständen geduldet und energisch zurück gewiesen würde.

Wenn auch die Hühner und Enten darüber lachen -schadet nichts - es gibt immer noch organisierte Arbeiter, die an solchen Phrasen glauben. Doch warten wir ab, was kommen wird.

Eins aber wissen wir bestimmt: wenn am 10. Dezember die Notverordnung erscheint und weiterer Lohnabbau nebst Abbau des Tarifrechts verordnet ist, dann verschwinden die radikalen Töne in der S.P.D. und Gewerkschafts-Presse, bis die nächste Notverordnung geplant wird.

Übrigens ist es nicht lächerlich, ist es nicht Hohn und elende Heuchelei, wenn diese sogenannten freien Gewerkschaften zusammen mit der S.P.D. davon reden und schreiben, dass sie das Tarifrecht der Arbeiter verteidigen wollen? Haben nicht die "freien" Gewerkschaften Arm in Arm mit der "christlichen" Gewerkschaft seit 30 Jahren mit Erfolg daran gearbeitet, ihren Hunderttausenden von Mitgliedern jedes Selbst- und Mitbestimmungsrecht bei dem Abschluss von Tarifverträgen zu nehmen??

Hiess es den Mitgliedern gegenüber nicht immer:

"Wer sich nicht fügt, der fliegt??"

Ist es nicht Tatsache das diese Gewerkschaften immer danach gehandelt und gestrebt haben die links von ihnen stehenden oppositionellen Organisationen der F.A.U.D. und des Industrie-Verbandes von dem Tarifrecht auszusalzen??

Müssen wir daran erinnern, dass die Häuptlinge dieser Zentralgewerkschaften dabei gemeinsame Sache gemacht haben mit den Unternehmern und deren Syndicis??

Hat diese Sorte Arbeiterführer vergessen, dass sie in den vielen Fällen die Staatsgewalt, die Gerichte und Polizei, zur Hilfe heran gezogen haben, um den oppositionellen Organisationen das Tarifrecht zu nehmen??

Haben diese Herrschaften nicht immer das Tarifrecht mit dem Schlichtungswesen benutzt, um Hunderttausenden Arbeitern den Lohnabbau aufzuzwingen und das Streikrecht zu nehmen??

Sind alle diese Schandtaten nicht immer von der S.P.D. und deren Presse verteidigt worden? Und eine solche Gesellschaft spielt sich nun auf als Kapitolswächter des Tarifrechts.

BAUARBEITER - ALLER- ORTS !

Wir fragen Euch; Sind wir berechtigt, die hier gekennzeichnete Handlungsweise der Gewerkschafts- und Parteiführer als Demagogie und Heuchelei zu bezeichnen??

V

Seit langen Jahren sind wir uns darüber klar, dass die ~~Bestimmungen~~ in den Tarifverträgen zu Gunsten der Arbeiter festgelegten Bestimmungen nur dann inne gehalten und durch geführt werden, wenn eine starke, lebendige, aktive Arbeiterorganisation ständig darüber wacht und wo notwendig sofort eingreift. Dies ist schon erforderlich bei guter Arbeitskonjunktur, denn fast jeder Unternehmer ist bestrebt, den Tarif zu umgehen.

Viel schlimmer aber entwickeln sich die Dinge bei schlechter Konjunktur, bei grosser Erwerbslosigkeit. Dann nutzen die Unternehmer ihre wirtschaftliche Macht gegenüber den Arbeitern rücksichtslos aus und pfeifen auf den Tarif. Selbst eine äusserst aktive Organisation hat dem gegenüber einen schweren Stand. Noch schwieriger aber sind die

die Verhältnisse wo es sich um Akkordarbeit handelt. Wir verweisen da besonders auf die Bauschreiner, Putzer, Stuckateure und Fliesenleger. Aus persönlicher Erfahrung sind uns die Verhältnisse in Rheinland und Westfalen besonders bei den Fliesenlegern gut bekannt. Im engeren Ruhrrevier, sowie im östlichen und südlichen Westfalen, wo seit langen Jahren ein gemeinsamer Bezirkstarif besteht und die Fliesenleger im D.B.B. im christlichen Verband und zum kleinen Teile in der Freien Arbeiter - Union Deutschlands organisiert sind, ist der Tarif selbst in Zeiten guter Konjunktur in den meisten Städten, besonders in den Randgebieten, fast nie gezahlt worden. Daran sind aber nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Kollegen selbst schuld.

Bedeutend günstiger lagen die Verhältnisse schon seit 25 Jahren im Rheinland, wo syndikalistische Gruppen, (Vereinigung der Fliesenleger) angeschlossen an die F.A.U.D. bestehen.

Aber auch im Rheinland sind die Unternehmer, seitdem die Massen-Erwerbslosigkeit einsetzte, rücksichtslos gegen die Fliesenleger vorgegangen und haben trotz ihrer immer beteuerten Tariftreue den schmutzigsten Tarifbruch verübt. So zum Beispiel in Coblenz, Bonn, Köln, Wuppertal, Essen, Mülheim, Duisburg, Hamborn, Oberhausen, Homberg, Krefeld, Gladbach, Neuss und Düsseldorf.

Unsere syndikalistisch organisierten Kollegen im Rheinlande nahmen in den letzten Jahren wiederholt zu den Tarifdrückereien Stellung und verlangten, dass in den einzelnen Tarifverträgen Sicherheitsklauseln aufgenommen würden und zwar so, dass jeder tarifdrückende Unternehmer und Fliesenleger zu Schadenersatz heran geholt werden konnte.

In Januar und Februar 1931 versuchten zunächst unsere syndikalistisch organisierten Fliesenleger in Düsseldorf diese Forderungen im Tarif festzulegen. Gleichzeitig wurde verlangt, um die starke Erwerbslosigkeit auf alle Kollegen zu verteilen, dass alle Fliesenleger abwechselnd arbeiten und stempeln sollten.

Zwei Kollegen und ein Angestellter des D.B.B. beteiligten sich zustimmend an unsere Verhandlungen mit den Unternehmern.

Als dann die Lohnkommission der Unternehmer bereits unterschrieben hatte, da erhob der Beamten - Apparat des D.B.B. mit Zustimmung der Bezirksleitung Köln und des Hauptvorstandes Berlin gegen diese Abmachungen Protest und drohte mit gerichtlichen Klagen. Gleichzeitig boten diese Herren als Gegenleistung den Unternehmern bedingungslos 10 % Lohnabbau an.

Charakteristisch ist dabei, dass zwei Syndicis der Unternehmer die Verbandsangestellten dabei unterstützten. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Das Beweismaterial, die einzelnen Schriftstücke, wurden bereits veröffentlicht am 23 März 1931. im Mitteilungsblatt der Fliesenleger und am 9 Mai 31, im Syndikalist.

VI.

In den Sommermonaten 1931 fanden Tarifverhandlungen in Köln statt. Die Vereinigung in Köln verlangte hier ebenfalls Sicherheitsklauseln für die Durchführung des Tarifes, weil die Unternehmer den abgelaufenen Tarif bis zu 50 % herab gedrückt hatten.

Die Kollegen der "christlichen und des D.B.B." stimmten der Sicherheitsklausel zu, aber die Verbandsangestellten waren dagegen und stellten sich auf die Seite der Unternehmer und deren Syndikus. Die Kölner Vereinigung wurde dann auf Antrag des D.B.B. von den Verhandlungen ausgeschaltet. Der amtliche Schlichter diktierte dann 15 % Lohnabbau. Der D.B.B. und die Christen stimmten zu, aber die Unternehmer lehnten ab und verlangten 20 %. Nun wählten die Verbandsangestellten die Wilden und inszenierten für einen Teil ihrer Mitglieder einen kleinen Teilstreik, um den Unternehmern entgegen zu kommen. Nach 6 Tagen schluckten die Verbandsführer dann glatt 22 % Lohnabbau.

Der Verbandsangestellte Jäger vom D.B.B. in Köln aber sagte:

Die Hauptsache ist dass wir einen Tarif abgeschlossen haben, was die Fliesenleger hernach damit machen ist ~~was~~ ihre Sache xxx.

Kleiner ausgedrückt heisst das: Wir sind für Tarifabschlüsse, aber die Unternehmer brauchen den Tarif nicht zu zahlen. Schon 1928 sagte der Angestellte Kessens in Köln zu "seinen Fliesenlegern":

Wenn alle deutschen Arbeiter so viel verdienen würden wie die Fliesenleger, dann wäre die deutsche Wirtschaft längst kaputt."

Dass die Angestellten der christlichen Baugewerkschaft nicht anders über den Tarifvertrag denken, das wurde bewiesen in einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht im Juni 1930 in Köln. Der Sachverhalt ist folgender:

Einige Fliesenleger, welche mehrere Jahre ununterbrochen bei einem Unternehmer tätig waren, klagten auf Bezahlung der tariflich festgelegten Wegezeitvergütung. (Nur für die letzte Arbeitsstelle) Ein Angestellter des christlichen Bauarbeiterverbandes vertritt die Kläger. Der Unternehmer macht eine Gegenforderung geltend. Auf Klage und Gegenklage will ich hier nicht näher eingehen, aber der Verlauf der Verhandlung, Aussagen der Kläger und Beklagten, bot sehr Interessantes.

Der Syndikus der Arbeitgeber als Vertreter des Beklagten machte geltend, die Kläger haben immer 2 Abrechnungen gemacht, eine richtige und eine nach welcher der Unternehmer ausbezahlt habe.

Die Frau des Beklagten als Zeuge vernommen, erklärte: Ich mache die Löhnungen und Abrechnungen für das Unternehmen meines Mannes.

"Noch nie haben wir für Wegezeit und Kleinigkeiten den Klägern etwas bezahlt. Das war immer in den vereinbarten Preis einbegriffen."

Von den Klägern wurde das nicht bestritten. Der Vorsitzende belehrte den Beklagten dahin gehend, dass wenn er auch noch nie Tarif bezahlt habe, dies nicht ausschliesse, dass er es jetzt tun müsse. Auch betreff der Gegenforderung sei nicht recht erwiesen u. s. w. Er machte nunmehr einen Vergleichsvorschlag in Höhe von etwa 2/3 der Forderung. Die Kläger nehmen diesen Vergleichsvorschlag an. Der Beklagte macht geltend das dies zu viel sei, da ihm ja ein enormer Schaden entstanden sei. Er wollte die Hälfte des eingeklagten Lohnes zahlen.

Darauf sagte der Vertreter der Kläger wörtlich; - indem er sich vorsichtig im Saale umsieht ob kein Lauscher da sei, - Herr Vorsitzender auf diesen Vorschlag des Beklagten kann ich nicht eingehen, wir haben mit ihrem Vorschlag schon nachgegeben, aber der Beklagte hat doch bereits den Vorteil gehabt, indem er nicht wie im Tarif festgelegt, 4,52 Mk. pro Qm. sondern nur 4,30 Mk. pro Qm. bezahlte.

Darauf sagte der Vorsitzende zu dem christlichen Vertreter:

"Ihre Leute haben doch den Tarif in der Tasche; es ist traurig wenn sie ihn nicht anwenden."

Also der Verbandsvertreter wusste von dem freiwillig angebotenen Tarifbruch seiner Mitglieder, zum Schaden ehrlicher Kollegen; Dies wurde am Arbeitsgericht einwandfrei festgestellt.

Und nun werden die Leser fragen: Welche Gegenmassnahmen hat nun die christliche Baugewerkschaft gegen ihre schon jahrelang den Tarifvertrag drückende christlichen Mitglieder ergriffen ??

Nun, die christliche Verbandsleitung in Köln hat, wie immer in solchen Fällen ein Auge zugedrückt und diesen Lohndrücken sofort bei einem anderen Unternehmer Arbeit besorgt, weil sie nun einmal - "Christlich" - sind.

Jeder dem Tarifvertrag unterstellte Unternehmer sieht solche Leute sehr gern in seinem Betrieb, nicht nur in Köln. Fast alle Unternehmer fühlen sich zu solchen Leuten, die es mit den Tarif nicht so genau nehmen und auf "Kleinigkeiten" verzichten, immer hingezogen. Und wenn einmal ein solcher Tarifdrucker wegen Arbeitsmangel entlassen werden muss, dann wird er gerne "übernommen" von einem anderen "tariftreuen" Unternehmer, unbekümmert darum, ob der Lohndrucker nun "christlich" oder "antichristlich" organisiert ist.

Der Mitinhaber der Firma O. Pl. in Düsseldorf, Herr I. F. der auch immer bestrebt ist, den Tarif zu drücken, äusserte sich vor Jahresfrist wie folgt: "Wenn wir (O. Pl.) als Belegschaft nur Leute vom Baugewerksbund hätten, dann könnten wir besser konkurrieren und für die ganze Belegschaft immer genügend Arbeit beschaffen."

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes in Düsseldorf, Herr P. D. (Eine Firma die viele Jahre ehrlich den Tarif zahlte) äusserte sich im Januar 1931 uns gegenüber in denselben Sinne.

"Ein nettes Kompliment für den - D. B. B. -"

VII.

Die Wortführer der "freien" und "christlichen" Zentralgewerkschaften behaupten und vertreten uns Syndikalisten gegen über schon seit 30 Jahren die Meinung, dass Tarifverträge ohne - langfristige - ein - bis zwei - und - dreijährige - Laufdauer ein Ünding sei und immer nur zum Schaden der Arbeiter auslaufen könne.

Diese Gewerkschaftsführer erlauben sich damit ein Urteil über Dinge von deren praktischen Auswirkung und Vorteile für die Arbeiter sie aus eigener Erfahrung gar nichts verstehen.

Will man solche Dinge beurteilen, dann muss man sie schon jahrelang praktisch mit erlebt haben.

Die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsführer behaupten immer, und zum Teil haben sich einzelne Arbeitsgerichte in ihren Urteilen dem angeschlossen, dass die Freie Arbeiter Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten) F.A.U.D. (A.S.) und deren angeschlossenen selbstständigen Gruppen prinzipielle Gegner der Tarifverträge seien.

Dies ist eine totale Verkennung der Geschichte der F.A.U.D. und der von den einzelnen syndikalistischen Gruppen seit langen Jahren geübten Praxis. Wir Syndikalisten sind seit Jahrzehnten prinzipiell für Tarifabschlüsse in unserem Sinne eingetreten. Bekämpft haben wir immer nur die langfristigen Verträge, mittelst denen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften geistig und physisch geknebelt wurden und niemals in der Lage waren, eine gute wirtschaftliche Konjunktur für sich auszunützen.

Die bereits seit 30 Jahren bestehende, der F.A.U.D. angeschlossene Vereinigung der Flieschleger in Düsseldorf haben in den letzten Jahren schon dreimal Tarifverträge - ohne festgelegte Laufdauer abgeschlossen.

Und zwar: Den Tarif vom 1. August 1923;

Den Tarif vom 20. Mai 1925;

Den Tarif vom 13. September 1928;

Diese Tarifabschlüsse erkannte auch der D.B.B. durch Unterschrift als gut und für seine Mitglieder verbindlich an.

Wir behaupten, dass der D.B.B. noch nie in irgend einem Orte oder Bezirke Deutschlands für irgend einen der ihm angeschlossenen Berufe einen Tarif abgeschlossen hat, der sich bezüglich Wahrnehmung der Arbeiterinteressen mit den Tarifverträgen unserer Freunde in Düsseldorf messen kann.

Der letzte der obengenannten Tarifverträge, wurde am 31. August 1931 ausser Kurs gesetzt. Die Erwerbslosigkeit war sehr gross und die Unternehmer nutzten ihre wirtschaftliche Uebermacht und drückten in den Sommermonaten den Tarif tiefer und tiefer, indem sie, ohne den Tarif vorher zu kündigen durch direkte Aktion die Löhne kürzten.

Die Unternehmer forderten ab September 1931 einen neuen Tarif mit 20 % Lohnabbau.

Unsere Vereinigung in Düsseldorf erklärte demgegenüber folgendes:

Angesichts der wirtschaftlichen Situation sind wir bereit über den Lohnabbau mit uns reden zu lassen unter folgenden Bedingungen.

1) In dem neuen Tarif werden Sicherungsklauseln festgelegt um ein unter bieten des Tarifs unmöglich zu machen.

2) Die auszuführenden Arbeiten müssen unter alle organisierten Flieschleger so verteilt werden, dass nicht wie bisher, der eine Teil ständig steampelt und darbt und der andere Teil immer in Arbeit steht.

Diese vorstehende doch wohl sehr richtige Bedingungen lehnten die Unternehmer und ihr Syndicus ohne Angaben von Gründen ab und der D.B.B. schloss sich dieser Ablehnung an.

(Die Herren scheinen nicht zu wissen, dass sich laut Urteil des Reichs-Arbeits-Gerichts vom 30.4.30. R.B. 3/30. - der eine Tarifkontrahent, dem anderen eine Gewähr der Tariftreue bieten muss.)

Angesichts dieser Ablehnung fragen wir ?

Wo bleibt da die Wahrung des Tarifrechts der Arbeiter??

Wie ist ein solches Gebahren mit der Grundlage einer jeden gewerkschaftlichen Organisation, mit der Solidarität in Einklang zu bringen??

Mit den in vorliegender Abhandlung niedergelegtem Tatsachenmaterial glaube ich genügend nachgewiesen zu haben, wie die Zentral-Gewerkschaften durch ihre direkt klassenkampffeindliche Ideologie und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Ohnmacht, mehr und mehr zu Schrittmachern der Lohnabbauoffensive der Unternehmer wurden und, wie im Zusammenhang damit das das sozial gelobte Tarifrecht der Arbeiter mehr und mehr untergraben wurde.

Wenn Gewerkschafts und Partei-Führer und Zeitungsschreiber sich nun aufspielen als die Verteidiger des Tarifrechts, so ist dies ein auf die Dummheit der Masse berechneter Bluff. Die Gewerkschaftsführer wollen mittelst des Tarifrechts, das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Ortsgruppen vollständig ausschalten (Siehe Reichstarif) und sich zu Herren und Herrscher über die Arbeiter-Organisationen aufschwingen.

In der Antike wurden tausende von Sklaven mitsamt ihrer Arbeitskraft ohne sie zu befragen von geldgierigen Potentaten oder von den Sklavenhändlern an fremde Ausbeuter verkauft.

Im Mittelalter verkauften deutsche Landesfürsten um zu Gold zu kommen ihre Untertanen als Kriegsmaterial an fremde teils überseeische Länder.

Heute aber in der Zeit der kapitalistischen Ausbeutung und Brutalität, heute sehen wir die Sklaverei des alten römischen Weltreiches, sowie der Griechen und Ägypter wieder aufleben aber in anderen Formen.

Moderne Gewerkschaftsführer die sich "freie" oder "christlich" nennen, Emporkömmlinge aus den Reihen des Proletariats, schämen sich nicht in totaler Verkennung ihres Berufs, die Arbeitskraft von zehn-ja hunderttausenden von Arbeiter zu verschachern und zu verkaufen in Form eines Reichstarifvertrages, worin das Selbst und Mitbestimmungsrecht nicht nur der örtlichen Organisation, sondern auch des einzelnen Arbeiters ausgeschaltet ist.

Ist dies nicht auch - Sklaverei - übelster Art ???
Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die Arbeitsbedingungen vertraglich geregelt werden in vernunftgemässen Formen.

Das Tarif und Arbeitsrecht muss wahren und schützen,
die Menschenwürde und das Menschenrecht.

ooo ooo ooo

Frankreich:

Unsere Bruderorganisation die C.G.T.S.R. teilt mit, dass nun auch Frankreich von der grossen Weltarbeitslosigkeit erfasst worden ist.

Bereits 50 % der syndikalistischen Bauarbeiter sind Erwerbslos in Paris und Umgegend, dasselbe in Lyon; Dort ist zwar noch rege Bautätigkeit, doch da es sich um Kasernenbauten handelt, verweigern unsere Kameraden die Arbeit. In Bordeaux und Clermond-Ferrand haben sie zwar keine Organisation, doch herrscht dort ebenfalls die Erwerbslosigkeit. Die 8 stündige Arbeitszeit ist in Frankreich vorherrschend ebenso die Akkordarbeit. Die Organisation der französischen Bauarbeiter, ist wegen der politischen Zerrissenheit sehr schwierig. Zur Zeit machen die Sozialisten und Kommunisten Propaganda für die Einheit der Gewerkschaften und versuchen die Arbeiter für sich zu gewinnen, indem sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Anti-Ausländer Bestrebungen unterstützen, zum Schaden der Emigranten und politischer Flüchtlinge aus Russland und Italien. Die reformistischen Gewerkschaften machen wie in anderen Ländern in Petitionen an die Regierung zur Beschaffung von Notstandsarbeiten und streuen damit der Arbeiterschaft Sand in die Augen. Die Triebfeder zu ihren Handlungen ist die kommende Wahlkampagne.

Schweiz:

Unsere Genfer Genossen teilen mit, dass durch die Wintermonate bedingt, die Bautätigkeit sehr gering ist. Im Canton Vaud, wo wir keine Organisation besitzen der reformistische Verband der Bau und Holzarbeiter vorherrschend ist, bringen es die Unternehmer fertig, bei abflauender Baukonjunktur die Löhne trotz bestehenden Vertrag freihändig zu regulieren und die Arbeitszeit zu verlängern bis auf 12 Stunden täglich. Dies alles in nächster Nähe des Internationalen Arbeitsamtes und Illustrieren wohl dadurch am besten die politische Schaumbläserei bei der Schaffung dieser Institution. Wegen Raummangel, bringen wir den uns zugesandten Lohnarif der Glaser im Canton Genf, erst in der nächsten Nummer zur Kenntnis. C.

Deutschland:

Durch die Notverordnung der Regierung-Brünning, ist die Bewegung schwer behindert, durch die Einengung der Press und Versammlung, wie Redefreiheit. Unser Landesorgan der "Syndikalist" ist bis März 1932 verboten. Damit verlor auch die Bauarbeiter-Föderation ihr Organ. Das Brief, Telephon und Telegrafengeheimnis, durchbrochen. Durch Verordnung wurden die Löhne automatisch gekürzt und auf den Stand von 1927 zurückgedrängt. Die Arbeitslosigkeit hat die 5 Millionen überschritten, die Arbeiterschaft leidet schwer. Abwehraktionen der Arbeiterschaft werden mit Staatsgewalt niedergeschlagen. Die Reformisten unterstützen die Regierung, aus Furcht vor dem Faschismus. Werden aber gerade dadurch zum Wegbereiter für die Faschisten.

Auch hier müssen wir wegen Raummangel auf ein näher eingehen auf die Dinge verzichten.

Casse:

Von den Schweizer Genossen gingen 8,00 Mk. als Propagandabeitrag ein. W. Markow.

Mitteilungen des Sekretariats:

Alle Anschriften, Beiträge für den Prossedienst und Mitteilungen sind nur an die Adresse des Genossen Walter Markow, Berlin, N. 113, Bornholmerstr. 7. (Deutschland) zu richten.

ooo ooo ooo

Presse-Dienst.

der
Internationalen syndikalistischen Bauarbeiter Föderation
Sitz: Deutschland:

Verantwortlich für den Inhalt: Walter Markow, Berlin. N. 113.
Februar/März 1932. Jahrgang 2. No. 2/3.

P F L I C H T -- E R F Ü L L U N G.

Mehr wie 25 Millionen - statistisch - erfasster Menschen, ungezählte Millionen nicht registrierter Arbeiter sind auf dem Erdenball aus dem Produktionsprozess ausgestossen, dem Hunger, dem Elend, der Verzweiflung preisgegeben.

Opfer der herrschenden Gesellschaft, Opfer der Hyäne Kapital. Ungezählte Millionen die noch das zweifelhafte Glück geniessen fleissig ihre Hände regen zu dürfen in harter Fron, werden beglückt von der wie ein Amokläufer die Welt durchbrausenden - Seuche-Lohnabbau und damit trotz regen der fleissigen Hände, eingereicht in die Front der Hungernden.

Der Kapitalismus der Welt der sich in Fieberkrämpfen windet im Kampf um seine Vormachtstellung und Exzistenz tobt sich fast Hemmungslos aus und hinterlässt somit eine Internationale-Armee, des Elends und der Barbarei.

Dem internationalen Trust und Monopol Kapital, steht die reformistische Gewerkschafts-Internationale treue Sekundanten-Dienste leistend beiseite und hilft mit ihren Versuchen, die Krankheiten des Kapitalismus zu beseitigen, die Front der -Elends-Internationale verstärken.

Die Arbeiterschaft die sich unter grossen und unsäglichen Opfern die "Internationale der Arbeit" schuf, wird durch die Haltung und Handlung der Führer ihres Glaubens und Widerstandskraft beraubt und begünstigt dadurch die Neubildung und Festigung, der kapitalistischen Wirtschaft und die Schaffung eines Sklaventums, dass dem vergangener Jahrhunderte würdig beiseite stehen wird.

Der Faschismus, das Ideal der Herrschenden zur Rettung ihrer Goldsäckle und des Profites breitet sich immer mehr aus, Not, Elend und Tyrannei sind seine Gefolgschaft.

In diesem Abwehrkampf steht die -Internationale-Arbeiter-Assoziation die wirkliche Internationale der Arbeit allein. Die unter ihrem Banner vereinten revolutionären Minderheiten stehen vor die gigantische Aufgabe die Arbeiterschaft zu sammeln, zu schulen zum Kampf für die Beseitigung der jetzt herrschenden Gesellschaftsunordnung, mit dem Ziel eine freie sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Um die I.A.A. in ihrem Kampf zu unterstützen, schritten die Bauarbeiter zur Bildung der syndikalistischen Bauarbeiter-Internationale um die Vorbedingung zu schaffen die eine freie sozialistische Gesellschaftsordnung bedarf.

Der Genosse Alex. Berkman, zeigt in seinem Buch "Now and after" ganz eindeutig nicht nur die Aufgaben einer gewerkschaftlichen Internationale der Industriegruppen, sondern auch die unbedingte Notwendigkeit zur Schaffung solcher internationaler Zusammenschlüsse.

ES ist nicht notwendig an dieser Stelle näher auf die Ausführungen des Gen. A. Berkman einzugehen, denn aus die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Organisierung der Arbeit für die soziale Revolution, schritten ja die syndikalistischen Bauarbeiter der I.A.A. schon im Jahre 1925 zur Bildung der I.S.B.F. Umso bedauerlicher ist die Erkenntnis, dass nur sehr wenig von den einzelnen Landessektionen der I.A.A. zum Gelingen des grossen Werkes beigetragen wird. Das wie bei den Reformisten, die nationale Belange voll auf befriedigen und die internationale Zusammengehörigkeit unserer Genossen ebenfalls nur ein Lippenbekenntnis sein soll, wage ich trotz meiner ketzerischen Gedanken nicht zu behaupten, bin vielmehr der Ansicht, das Nachlässigkeit, der Anlass zur Pflichtverletzung ist,

Deshalb wende ich mich nochmals an dieser Stelle für die I.S.B.F. an die Kameraden der Länder und weise auf die Gefahr hin, die auch für uns als freiheitliche Sozialisten mit dem Anwachsen der Internationalen Elendsarmee verbunden ist. Dem Hunger dem Elend der Verzweiflung verfallend, sind diese Millionen Menschen eine willkommene Beute für den Faschismus und steigern damit die Gefahr für alle freiheitlichen Elemente.

In der Hoffnung auf Arbeit werden die Millionen von Erwerbslosen nur zu leicht Opfer des Nationalismus, wie wir ihn ja auch von den Reformisten wiederholt zur Schau gestellt sahen. Durch Abriegelung der Landesgrenzen, glaubt man sich die Konkurrenz der ebenfalls hungernden Brüder vom Halse zu halten und opfert mit dem gleichen Augenblick, diejenigen Mitmenschen, die um der Freiheitssache willen ihr Land verlassen mussten. Jagt sie jetzt von Land zu Land und liefert sie zum Schluss der lauernden Bestie-Staatsgewalt aus.

Dies zu Dulden und durch unsere Nachlässigkeit zu unterstützen, kann und darf doch nicht sein. Unsere Aufgabe muss sein, diejenigen die um der Sache der Freiheit die Grenzen ihres Landes verlassen müssen, eine Stütze zu geben und sie damit wieder ein zu reihen in die Front der Kämpfenden.

Nützen wir die uns noch zur Verfügung stehende Freiheiten mit aller Kraft, die Ereignisse in Italien, Portugal und Spanien, sind warnende Beispiele. Nur engste internationale Verständigung schafft den Weg zur Freiheit.

Denkt stets daran die Kameraden des Sekretariats in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Sendet laufend Berichte über die Ereignisse eures Landes.

Pflegt den Austausch von Föderationsorganen, oder wo solche nicht bestehen, sendet Abschnitte aus den Landesorganen, die Vorkommnisse der Bauindustrie eures Lands betreffen.

Schafft in den einzelnen Ländern Korrespondenzstellen die zur einzigen Aufgabe die Nachrichtenübermittlung haben.

Beachtet die auf der Madrider-Konferenz gesteckten Ziele, jeder der hier seine Pflicht versäumt, verstößt gegen die Sache der Freiheit.

Für das Sekretariat:

I.A. W. Markow.

ooo 000 ooo

Portugal:

Die Bewegung ist noch immer verboten, die Bauarbeiter haben ihre Organisationsarbeit wieder aufgenommen und auch das Gewerkschaftslokal wieder eröffnet. Da das Organisationsinventar noch immer beschlagnahmt ist, müssen die Genossen von vorn anfangen. Werden aber durch die nun schon 3 Jahr andauernde Arbeitslosigkeit im Baugewerbe schwer behindert.

Frankreich:

Zu Beginn des März entfalteten unsere Genossen eine rege Propaganda zur Arbeitsbeschaffung, da die Arbeitslosigkeit im dauernden steigen ist. Der Bericht über den Verlauf steht noch aus. Ebenso entfalten auch die Reformisten und die "Roten" Gewerkschaften rege Propaganda für die Arbeitsbeschaffung und propagieren den 7 Stundentag und die 40 Stunden-Woche. Ein kleiner Fortschritt wenn auch reichlich spät.

Schweiz:

Durch die Einführung des Gesetzes der Arbeitslosenunterstützung, ähnlich der Einführung wie vor Jahren in Holland, sah sich unsere Organisation in Genf gezwungen, sich aufzulösen, da zur Anerkennung eine Mitgliedschaft von 200 Mann erforderlich ist. Ein Erfolg der reformistischen Bemühungen aller Länder, auf diese Art die unbequemen Rufer zum Streit zu erledigen. Doch werden unsere Genossen nach wie vor die Verbindung mit der I.S.B.F. Aufrecht erhalten.

Deutschland:

Kaum das der Eingriff in die Tariffreiheit durch die Notverordnung der Regierung vergangen ist, rüsten sich die Scharfmacher im Unternehmerlager zum neuen Kampf. Es geht dabei um nicht weniger als wie um die vollständige Beseitigung des--Lohnschutzes--für die Bauarbeiter. Bei diesem Unterfangen leistet der Staatsapparat durch das Reichsarbeitsministerium mit dem -Christlichen" Reichsarbeitsminister

Stegerwald an der Spitze für die Unternehmer Hilfestellung. Die in Deutschland übliche Verbindlichkeitserklärung und damit Rechtskraft erhaltende Löhne, lehnt dieser ehemals-christliche-Gewerkschaftssekretär ab mit dem Bemerkens, daß die Löhne im Baugewerbe nicht die gewünschte Lohnsenkung erreicht hätten.

Die Unternehmer nehmen diesen Anlass wahr und fordern nun die Aufhebung der Laufdauer für die Bauarbeiterlöhne die durch die Notverordnung geregelt sein sollten bis zum 30 April 32, und verlangen das schon am 1 April 32 die Notverordnungslöhne ausser Kraft treten.

Das Ziel der Unternehmer ist, Beseitigung jeder tariflichen Regelung um Hemmungslos die Notlage der Bauarbeiter ausnutzen zu können. Seit vielen Monaten ruht fast jede Bautätigkeit und wird am besten illustriert wenn wir mitteilen, dass viele Organisationen seit einem Jahr zu 100% von der Arbeitslosigkeit betroffen werden. Da nach dem Tarifgesetz in Deutschland die frommen Wünsche der Unternehmer wohl nicht Restlos erfüllt werden können, fordern sie erneut einen Lohnabbau von 17%-24% so das vielfach die Lohnsätze der Zeit von 1914 angepasst werden würden.

Dieses ungeheure Unterfangen bedeutet für die Bauarbeiterschaft eine Beschneidung des Existenzminimum, das sich unbedingt zum Schaden für die Körpererhaltung auswirken muss. Was aber fragen die Unternehmer danach wenn schon selbst staatliche Stellen die Ansicht huldigen, das die Löhne der Arbeiter ein Hindernis zur Wiederankurbelung der Wirtschaft bedeuten.

Bei den Reformisten herrscht ob dieser Ansicht grosses Geschrei, aber zum Kampf kann man sich nicht entschliessen. Diese Leute vertreten noch immer den Standpunkt, das bei schlechter Konjunktur eben ein zurück weichen unerlässlich ist. Ihnen geht es ja auch weniger um die Existenz und die Not der Arbeiter als wie um die Erhaltung des Privilegs des Abschlusses von Tarifverträgen.

Der Ausgang dieses Kampfes der sich vorläufig noch hinter den Kulissen abspielt ist ungewiss. Die Einheit der Bauarbeiterschaft die Notwendig wäre, wird durch die Arroganz der reformistischen Führer, aber auch durch die kommunistische Gewerkschafts-Opposition gestört.

Die anarcho-syndikalistische Bauarbeiterschaft ist zu klein um in diesen Kampf eine führende Stellung einzunehmen und so wird wohl eine weitere Verelendung eine unausbleibliche Folge sein. Der deutsche Arbeiter nähert sich mit Riesenschritten dem tiefsten Elend entgegen und da er sich noch immer nicht frei machen kann von Bevormundung und Führertum wird er somit auch zum Anreiz für die Scharfmacher der anderen Länder wie wir ja schon bereits aus den Lohnsenkungsberichten unserer Brüder jenseits der Grenzen hören müssen.

Durch die ungeheure Arbeitslosigkeit starck gehemmt fehlt es einzelnen Organisationen an das notwendigste was zur Propaganda benötigt wird. Mit Beginn der kommenden Saison in den angrenzenden Ländern, hoffen viele auf die Solidarität der Kameraden, ihnen bei Beschaffung von Arbeit behilflich zu sein. Dieser Wunsch ist verständlich wenn man beachtet das die Unterstützungssätze der Bauarbeiter zwischen 9-14,00 MK. die Woche liegen. Damit eine Familie zu Helfen ist fast unmöglich. Ein Trauerspiel von dem wir hoffen wollen das unsere Kameraden jenseits der Grenzen verschont bleiben mögen.

Anschriften über die Eventuelle Arbeitsmöglichkeiten sind zu richten an die Adresse des Sekretariats der I.S.B.F. dem Genossen W. Markow.

Zur Statistik:

Lohntarif der Glaser im Canton Genf/Schweiz:

Arbeitszeit im Dezember, Januar und Februar $7\frac{1}{2}$ Stunde täglich. Im April, Mai, Juni, Julie, August, September-9 Stunden, im Oktober und November 8 Stunden. Sonnabendnachmittag frei. Der Weg zur Arbeitsstätte ist in der Arbeitszeit einbegriffen. Mindestlohn 1,65 Franc pro Stunde. Ueberstunden 50% Aufschlag. Beim Wechseln der Baustellen wird das Fahrgeld vom Unternehmer gezahlt. Ist die Arbeit in einem anderen Orte, dann kommen noch 2,50 Franc für Zehrgeld hinzu. Kündigungen müssen 3 Tage vorher mitgeteilt werden. Ferien: Nach 1 jähriger Beschäftigung 2 Tage, nach 3 jähriger Beschäftigung 4 Tage. Akkordarbeit ist verboten. Bei Erwerbslosigkeit sollen keine Arbeiter aus dem Auslande engagiert werden. Der Arbeiter verpflichtet sich, seine Berufsarbeit nicht für andere Personen, als nur für seinen Unternehmer zu verrichten, andernfalles wird er sofort entlassen. Dieser Vertrag gilt auf ein Jahr.

ooo 000 ooo

Anschrift des Sekretariats:

walter Markow. Berlin N. 113. Bornholmerstr. 7.

Presse-Dienst.

der
Internationalen -syndikalistischen-Bauarbeiter-Föderation:
Sitz: Deutschland:

Verantwortlich: für den Inhalt: W. Markow, Berlin. N. 113. Bornholmerstr. 7.
April/ Mai 1932. Jahrgang 2. No. 4/5.

" LOHNRAUB - UEBERALL "

Deutschland:

Das völlige Brachliegen der Bauwirtschaft sich zu nutze machend gingen die Unternehmer mit Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums schon im April d. J. dazu über die durch Notverordnung festgesetzten Löhne im Baugewerbe erneut

" zu beseitigen und Abbau, mit dem Ziel " einer gänzlichen Beseitigung der kollektiven Arbeitsabkommen zu erreichen. Die Tarifämter welche entsprechend der deutschen Arbeitsgesetzgebung die entscheidende Instanz der unteren Parteien darstellen, fällten bereits einen Schiedsspruch, welcher einen Lohnabbau von 10% nebst einigen wichtigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vorsah. Dieser Spruch wurde von beiden Parteien abgelehnt. Die Unternehmer weil ihnen der Abbau zu gering war und die reformistischen Gewerkschaften aus taktischen Gründen.

Die vom Reichsarbeitsminister bestellten Sonderschlichter, fällten jetzt Schiedssprüche, welche im weitesten Masse den Unternehmer-Wünschen Rechnung trugen. Diese Sprüche brachten für die Facharbeiter einen Abbau der Löhne von 15% für die Hilfsarbeiter 12% und darüber. Die Unternehmer nahmen diesen Schiedsspruch sofort an, die reformistischen Tarifparteien lehnten ab. Die Handlungsweise der letzteren ist faktisch ohne Bedeutung und erfüllt nur den Zweck, die Mitglieder bei der Stange zu halten.

Der gefällte Spruch wird auf Antrag der Unternehmer, aller Wahrscheinlichkeit nach als verbindlich erklärt und gewinnen danach diese Löhne Gesetzeskraft, wenn nicht die deutsche Bauarbeiterschaft sich endlich dazu aufruft Widerstand zu leisten, dafür besteht aber sehr wenig Aussicht, bis auf einige Teilaktionen, die aber schon vorbeginn derselben, mit einer Niederlage der Arbeiter enden müssen.

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe erfasst rund 98% aller Bauarbeiter trotzdem reichlich Arbeit im Baugewerbe vorhanden wäre. Die Unternehmer griffen in Anbetracht der wirtschaftlichen Gesamtverhältnisse zu dem Mittel der Generalaussperrung, ohne dieselbe offiziell auszusprechen um zu ihrem Ziel zu gelangen. Sie planten erst die völlige Beseitigung aller tariflichen Bindungen, kamen aber dann durch die wild aufblühende Konkurrenz in den eignen Reihen sehr schnell zur Einsicht und "fügen" sich jetzt, wenn auch mit heuchlerischer Mine dem kollektiven Arbeitsabkommen. Die Reformisten die es jetzt in der Hand hätten, von sich aus einen Tarif abzuschließen abzulehnen, finden entsprechend ihrer Einstellung zum Staat nicht den Mut und die Ehrlichkeit dazu. Die Versuche der nicht am Tarifabschluss beteiligten Organisationen, eine Einheitsfront herzustellen um dadurch die Reformisten zum Kampf zu zwingen, wurden durch die Spaltungsmanöver der kommunistischen R.G.O. zerschlagen. Die Löhne der Facharbeiter betragen nun in Berlin 1,08 RM. pro Stunde für die Hilfsarbeiter 0,90 pfg. und für Tiefbauarbeiter 72 pfg. Im Reiche selbst gehen die Löhne für Facharbeiter herunter bis auf 50 pfg. die Stunde. Damit finden diese Löhne die volle Anpassung an die Sätze der Arbeitslosenversicherung. Die deutsche Arbeiterschaft uneinig durch Partei und Gewerkschaftszersplitterung, durchlebt eine Zeit schlimmster Ausbeutung. Durch offene Defamierung einer gewissen Sorte von Arbeiterführern, eine wenig Widerstandsfähige Masse gegen die fortschreitende Faschisierung Deutschlands.

M.

Die Reichskonferenz der syndikalistischen Bauarbeiter Deutschlands;

Am Donnerstag den 24.3.32. fand in Erfurt die Reichskonferenz der Bauarbeiter der FAUD (A.S.) statt. Trotz schwerster Notlage der einzelnen Organisationen, war die Konferenz von fast allen Gruppen restlos beschiedt. Ein Zeichen das der Gedanke der Industrie-Föderationen starker als je zu vor zum Durchbruch kommt. Aus den Berichten der Gruppen ging hervor, weshalb die Gruppen in der verflossenen Periode, trotz Unzufriedenheit der andersorganisierten Arbeiter nicht vorwärts entwickeln konnten, zum Teil sogar noch grössere Verluste an Mitgliedern zu verzeichnen hatten. Der Grund; die nun jahrelang schon von der Arbeitslosigkeit betroffene Kameraden, nicht mehr in der Lage die Verpflichtung gegenüber ihrer Organisation nachkommen zu können, verliessen die Reihen. So bedauerlich dieser Zustand an und für sich ist, liess es sich nicht vermeiden, denn auch die Organisationskassen hielten eine Belastung die nicht zahlende Mitglieder weiter mit durch zu schleppen nicht zu. So ergibt es sich von selbst, dass die Bewegung an Mitgliederzahl offiziell gesunken ist und nur noch knapp 1.000 Mann beträgt. Eine sehr niedrige Zahl, die aber nicht entmutigend ist weil wir die Gewissheit haben, dass bei einer Hebung der Arbeitslage ein grösserer Zuwachs an Mitglieder einsetzen wird. Aus den Berichten ging ferner hervor, dass die Bekämpfung der anarcho-syndikalistischen Bewegung von seiten der Reformisten mit den schäbigsten Mitteln geführt wird und selbst verunglimpfungen der Kameraden herhalten müssen, um ihre Mitgliedschaften von uns fern zu halten. Nicht anders geht es von seiten der kommunistischen Partei-Organisationen die der R.G.O. als sogenannte Einheitsverbände angegliedert sind, ein zusammenarbeiten mit diesen Organisationen ist wegen des Partei Dogma eine glatte Unmöglichkeit. Gegen das vom Reichsarbeitsgericht gefällte Urteil vom Jahre 1930, welches die Organisationen der FAUD eine Vertretung ihrer Mitglieder vor den Arbeitsgerichten verbietet, wurde wiederholt von uns angekämpft leider noch immer mit negativen Erfolg. Die Bestrebungen der Düsseldorfer Kameraden durch den Kameraden Windhoff die Beseitigung des Reichsgerichtsfehlers zu erreichen, sind durch die wirtschaftliche Lage zur Zeit noch gehemmt. Wie aus allen Berichten ersichtlich war, pulsiert das Gruppenleben in gewerkschaftlicher Hinsicht starck.

Zur Bauarbeiter International wünschen die Kameraden besten Erfolg und hoffen, dass es durch Einsicht aller beteiligten Länder der I. A.A. gelingen möge, die Widerstandskraft der Arbeiterschaft zu stärken und zu beleben. Dem geeinten Kapitalismus, die geeinte Front der Industrie Arbeiter. Die Wahl für die Leitung der Landesföderation fiel auf den Kameraden Walter Markow, als Obmann. Die Tagung konnte sich leider bedingt durch die Verhältnisse nur im engsten Rahmen zu allen schwebenden Gewerkschaftsfragen der Gegenwart äussern, da innerorganisatorische Regelungen zu erledigen waren. Der Verlauf der Konferenz, getragen vom besten Kameradschaftsgeist gibt zu der berechtigten Hoffnung Anlass, dass die Reichsföderation der Bauarbeiter über alle Klippen und Nöte der Zeit hinweg kommen wird, zum Wohle des Anarcho-Syndikalismus.

ooo ooo ooo

Portugal:

Die Bewegung leidet nun schon seit 5 Jahren unter den Terror der Diktatur. Es ist aber gelungen die Freigabe des Gewerkschaftslokals zu erreichen, wenn auch dabei die Bewachung bei Tag und Nacht von der Polizei in den Kauf genommen werden muss. Die Bewegung die durch die Diktatur sehr starck gelitten hat, setzt alle Kräfte in Bewegung um die verlorene Position wieder zu Erringen. Gleich bei Beginn der Reorganisation der Organisation musste der Kampf gegen einige Dutzend Elemente, die sich Kommunisten nennen geführt werden, weil diese Leute alles versuchten um den Aufbau der Bewegung zu vereiteln. Die Arbeiter sehen jetzt ihren Irrtum diese Elemente Gefolgschaft zu leisten ein und die Kameraden haben jetzt den Weg zur Entwicklung der Organisation frei. Die Mitgliederzahl der Bauarbeiter-Organisation ist noch sehr gering, zur Zeit 3500 Mitglieder trotz aller Verfolgungen, aber es geht täglich vorwärts. Bei der Entwicklung behindert der Mangel an Finanzen starck die Propaganda. Die Beiträge die entsprechend der sehr niedrigen Löhne, pro Woche 0,50 écus betragen reichen bei weitem nicht im gewünschten Masse aus, dennoch wird alles getan um die Bewegung wieder starck zu machen und den Sieg zu erkämpfen. Die Arbeitslosigkeit ist sehr gross, die gesamte Bauindustrie wird dabei mit 50.000 Mann getroffen. Davon allein in Lissabon 5.000. Seit 1926 mit dem Beginn der Diktatur hat sich die Lage für die

Organisationen nicht verändert. Die Organisation die damals 60 000 Mitglieder zählte, wurde durch die Erwerbslosigkeit schwer getroffen, da ihre Mitglieder keine Arbeitsmöglichkeiten erhielten. Bei der missglückten revolutionären Erhebung 1927, wurde die Bauarbeiterorganisation wie alle anderen syndikalistischen Organisationen verboten. Viele Kameraden verhaftet und nach Afrika verbannt. Jetzt sind einige zurück gekehrt und die Reorganisation begann. Die Organisation hat nun den Kampf mit einem Manifest und Arbeitslosendemonstration aufgenommen. Die Massen der Arbeiter befolgten in grosser Zahl den Ruf der Organisation. Die Regierung versprach unter dem Druck der Massen Abhilfe zu schaffen. Als aber nichts geschah und die Ohnmacht der Regierung von uns angeprangert wurde, da hetzte die Regierung die Polizei gegen die Arbeiter und drohte der Bewegung mit weiteren Repressalien. Unbeachtet dessen brachten die Genossen ein Manifest an die Öffentlichkeit, im Sinne des I.A.A. Kongresses und forderten zur Behebung der Arbeitslosigkeit die Einführung des 6 Stundentages, dieses syndikalistische Manifest fand in allen Kreisen der Arbeiterschaft grossen Anklang nur fehlt es leider noch an Organisationen um die Arbeiterschaft zu erfassen und dann die Forderung die nötige Kraft zu verleihen.

Die Löhne sind gefördert durch die Diktatur sehr niedrig. Vor der Diktatur regulierten die Arbeiter ihre Löhne, indem sie ihre Forderung den Unternehmern zur Kenntnis brachten und wenn dieselben sich weigerten, die selbe anzuerkennen, dann wurde mit den Mitteln der direkten Aktion der Kampf aufgenommen. Diese Streiks standen stets unter unserer Führung, denn in Portugal gibt es keine andere Organisationen innerhalb der Arbeiterschaft als die syndikalistischen. Gewiss gingen auch streiks verloren, doch vielmehr wurden gewonnen. Auch wenn es jetzt Tarife gäbe, würden sich die Unternehmer nicht danach richten denn sie fühlen sich gestützt durch die Diktatur. Die Löhne innerhalb der Bauindustrie bewegen sich in den Städten nach Tagelöhne berechnet wie folgt.

Maurer pro Tag--	14-21	écus.....	Zimmerer pro Tag--	16-22	écus.
Stukkateure"	18-25	"	Fliesenleger "	23-30	"
Maler "	15-21	"	Steinsetzer "	18-21	"
Holzarbeiter"	20-24	"	ungelernte Arb. "	10-17	"

In der Provinz liegen die Löhne vielfach bis 50% unter diesen Sätzen. Mit den unbeugsamen Willen der Genossen wird der Kampf gegen Diktatur und Willkür geführt, bis zum endgültigen Befreiungskampf und Sieg.

Oesterreich: 000 000 000

Trotz schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis des Landes, ist die Bautätigkeit weiterhin sehr rege. Die Unternehmer setzen wie in allen anderen Ländern, die Reduzierung der Lohnsätze auf 5% durch. Die reformistische Gewerkschaften die in diesem Lande nur bestehen, gaben den Druck nach und erklärten sich damit einverstanden ohne Kampf. Die Unternehmer nahmen danach Abstand von weiteren Forderungen, wie Streichung der Urlaubstage u.s.w.

000 000 000

Tschocho-Slowakei:

Die Wirtschaftskrise wirkt sich auch hier in der Bautätigkeit aus. Die Organisationsverhältnisse sind sehr im Argen. Den Reformisten gelang im Verlauf des Jahres 1931 die Verbindung der drei verschiedenen Richtungen. Damit sind die Kommunisten und christlichen Gewerkschaften ausgeschaltet. Für die Anarcho-syndikalistische Bewegung wird jetzt eine eifrige Propaganda entfaltet, der wir den besten Erfolg wünschen.

000 000 000

Jugoslawien:

Während der Ostertage tagte in Belgrad der Verbandstag der reformistischen Bauarbeiter. Dabei erfahren wir über die Zustände in diesem Lande, wo ebenfalls die Diktatur herrscht nichts erfreuliches. Von ungefähr 70 000 Bauarbeiter, sind rund 1500 Mitglieder durch die Reformisten erfasst. Christliche, kommunistische oder andere Organisationen bestehen nicht. Mit der Ausnahme das unter der Diktatur der Versuch unternommen wird, eine gelbe-faschistische Organisation zu schaffen deren Vorsitzender der ehemalige Führer der kommunistischen Organisation ist. Die Löhne sind gemessen an den Preisen sehr niedrig. Der Stundenlohn eines Bauarbeiters beträgt 5-7 Dinar= 1 Dinar= 7½ Pfg. Für Wohnräume elende Lehmhütten, bei deren Verleihung gleich die Viehställe in Deutschland noch Luxuswohnungen darstellen, müssen mit 2-400 Dinar im Monat bezahlt werden. Mit dem Arbeiterschutz ist es schlecht bestellt. Die Arbeitszeit beträgt regulär 10 Stunden und weit darüber. Frauen werden als Mörtelträgerinnen beschäftigt. Sonntagsruhe ist unbekannt. Da der tägliche Arbeitslohn nur zum Essen in karger Form ausreicht. Arbeitslosenversicherung besteht, doch bietet diese für eine 4 monatige Beschäftigung nur 1 Woche Unterstützung. Segnungen des Faschismus.

DEUTSCHLAND:

Land des Chaos in-gewerkschaftlicher, wie politischer Beziehung. Im Gährungsprozess zwischen militärischer und faschistischer Diktatur, sowie vollständig offenbarter Ohnmacht der Arbeiterklasse. Hierbei offenbaren sich, wie so schon in anderen Ländern die verhängnisvollen marxistischen Richtlinien. Die revolutionären Minderheiten kommen nicht zur Entfaltung. Es ist eine glatte Unmöglichkeit in einer periodisch erscheinenden Schrift, wie den "Pressediens" auf die einzelnen Begebenheiten tiefer einzugehen, da sich die Ereignisse sturmflutartig überstürzen. Eine Verordnung überholt die Andere, aber jede bringt für die breiten Schichten des Proletariats neue Senkungen des Lebensniveaus.

Die noch vor einigen Monaten springende Frage, auf welcher Basis sich eigentlich das Existenzminimum der Arbeitendenschichten bewegt, hat längst jede Aktualität verloren. Denn bereits mit dem 5. September 32. erfuhr die Arbeiterschaft, das die abwärts Kurve der Lebenshaltung noch ständig in Bewegung ist. Neuer Lohnraub um 5-50 v. Hundert ist die augenblickliche neue Basis, um deren Kern sich alles dreht. Nach den politischen Wirnissen und die offene Verächtlichmachung, des Parlamentarismus in der letzten Zeit, langen die augenblicklichen Machthaber, der sogenannte "Herrenklub" in den Bereich der Wirtschaft und versprechen der arbeitenden Schicht, die Beendigung der Wirtschaftskrise, durch ihr Experimentalarbeitsbeschaffungsprogramm nach der schon hinlänglich bekannten Devise; "Für den Arbeiter die Arbeit und für die Besitzenden die Milliarden"-Arbeitsdienstpflicht, eine Art Wiedereinführung der Wehrpflicht sollen hierbei Regulierend eingreifen. Die Beseitigung des Tarifrechtes bis zu einem bestimmten Grade, brachte ebenfalls die letzte Verordnung und erschütterte damit das Bollwerk der reformistischen Gewerkschaften.

Über die Auslegung der Worte, des Reichskanzlers v. Papen der "Staat ist keine Wohlfahrtsanrichtung" für die Arbeiter besteht nach der Neuregelung der Unterstützungsgesetze für die Arbeitslosen und Besten ebenfalls kein Zweifel mehr, denn mit Wochen Unterstützungen von 4-12 RM. für verheiratete Arbeiter in Berlin, wovon nicht nur die Lebenshaltung sondern auch noch alle anderen Ausgaben, wie Miete, Licht und Heizung und andere zum Leben notwendige Kleinigkeiten, an Hygienischen Artikeln gar nicht zu denken bestritten werden müssen. Die Wohlfahrtsanrichtung des Staates besteht eben nur noch für die "armen" Großkapitalisten und das Krautjunkturum, welche dem Staat die Versprechung zur Wirtschaftsaankurbelung geben und lediglich für dieses Versprechen erhalten sie für jeden Arbeiter welchen sie jetzt neu Einstellen, eine Prämie von 400 RM. und gleichzeitig damit das Recht, den schon in der Zeit des schärfsten Wirtschaftsdruck vereinbarten Tariflohn, noch um ein weiteres von 5-10 v. H. zu senken.

"Es lebe die freie Wirtschaft, -es lebe der moderne Sklavenhandel" Unter solchen Erscheinungen, wie sie hier nur ganz kurz herausgegriffen sind, wird es unseren Kameraden in den einzelnen Ländern, soweit sie der I.S.B.F. angeschlossen sind verständlich erscheinen, das die Fortführung einer geschlossenen Landes-Föderation unumgänglich geworden ist. Die ungeheure Notlage der Bauarbeiter-Organisationen ganz im besonderen, bewerkstelligte zwangsläufig die Auflösung einzelner Ortsföderationen, da sie nicht mehr in der Lage waren, ihre aus der Föderation hervor gehende Verbindlichkeiten nach zu kommen. Aus diesem Verhältnis entwickelten sich Trennungen von der Landesbewegung (FAUB) und mit dieser wiederum als doppelt leidtragender Teil die Landes-Föderation der Bauarbeiter, welche nun durch diese Ereignisse gezwungen wurde, eine offizielle Auflösung der Landes-Föderation vorzunehmen. Dadurch besteht in Deutschland zur Zeit nur die Verbindung einzelner Organisationen mit der I.S.B.F. Die Versuche die vom Sekretariat unternommen wurden um diesen Uebelstand abzuwenden, scheiterten an der starren Haltung der FAUB, wie der betreffenden Organisationen. Bedauerlich dabei ist das sich die Landesorganisation (FAUB) mit der Rolle einer rein propagandistischen Bewegung abfindet und vielfach die Ansicht vertritt, dass in jetziger Zeit die Fortführung der gewerkschaftlichen Arbeit eine

Walter Markow
Berlin N. 113
Bornholmerstraße 7

unütze Belastung der Bewegung darstellt. Zwar ein Verhängnisvoller Irrtum dem aber zur Zeit nicht bei zu kommen ist.

Besonders war es von Seiten der I.A.A. der Kamerad Souchy, der eifrig bemüht war helfend einzugreifen und trotz der Strömungskämpfe, die ihren Ursprung in der wirtschaftlichen Misere, wie am Beginn des Artikels aufgezeigt, den Versuch unternahm in der schwersten Zeit für die Landesorganisation, die Einigung aller syndikalistischen Kräfte zu bewerkstelligen. Diese Arbeit wurde stets im engsten Einvernehmen mit dem Sekretariat der I.S.B.F. getätigt. Haben aber zur Zeit noch keinen greifbaren Erfolg zeitigen können.

Bei diesen Bemühungen zeigte sich, dass die Erweiterung des I.A.A. Sekretariat, einer sich notwendig machenden Kollektivarbeit hinderlich in den Weg tritt. Wenn die dabei zur Schau getretenen Aktionsunfähigkeiten wie in Deutschland eine Norm für die Arbeit der I.A.A. werden sollte, Bedauern wir als Sekretariat den Beschluss des letzten Madrider-Plenums.

Aus den oben geschichteten Gründen, aber auch wegen des Ausbleibens der Länderberichte, nahm das Sekretariat abstand von der Herausgabe des "Presseendienst". Nachdem sich nun aber die Verhältnisse wieder etwas geklärt und zu einer Art Dauerszustand sich entwickeln, entschloß sich das Sekretariat, die Arbeit im Interesse der internationalen Sache wieder aufzunehmen und bringt entsprechend der Madrider-Konferenz, wieder monatlich den "PresseDienst" heraus. Dabei soll gleichzeitig daraufhin gewiesen werden, daß eine geregelte Mitarbeit, zum Nutzen des "PresseDienstes", der I.S.B.F. und zur Unterstützung des Sekretariats notwendig ist. Nur die laufenden Berichte aus den einzelnen Ländern, gewährleisten die Aktualität des "Presse Dienstes".

Moskau.

oooooooooooooooooooooooooooo

Schweden:

Die schwedische Bauarbeiter-Föderation, die solange der I.S.B.F. nicht angeschlossen war, hat sich auf dem Landeskongress entschlossen, wieder der Internationalen-Bauarbeiter-Föderation anzuschließen und dementsprechend auch die Beiträge an die I.S.B.F. abzuführen.

Die syndikalistische Bauarbeiter-Föderation-Schwedens hat 15 000 Mitglieder. Trotzdem auch in Schweden die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe immer größer wird, hat sich die Föderation in jeder Hinsicht gut behaupten können, wie aus dem Bericht des Vorjahres ersichtlich ist.

oooooooooooooooooooooooooooo

Schweiz:

Die Wirtschaftskrise, greift auch hier immer schärfer um sich. Die Begleiterscheinungen sind dieselben für die Arbeiterschaft, wie wir sie aus allen anderen Ländern zur Kenntnis nehmen mußten. Die Lohnsenkung soll auch hier, das Allheilmittel der Wirtschaftsgesundung sein. Die Arbeiterschaft wehrt sich stark in ihrer Gesamtheit gegen jeden Lohnraub, wie es durch eine Kette von Streiks zur Schau getragen wird. Besonders bei den Bauarbeitern ist der Kampfgeist groß. Durch Streik in St. Gallen, wurde nach zwei Monate Kampf der Lohnraub abgewehrt. Dieser Kampf galt für die Bauarbeiter der deutschen Schweiz als ein Entscheidungsringen. Zur gleichen Zeit gingen dann auch noch die Parkettleger in Streik, welcher ebenfalls nach 10 Wochen mit einem Plus für die Arbeiter beendet werden konnte. Dies mal gelang den schweizer Bauarbeitern dieser Abwehrkampf, aber die Krise zieht immer engere Bahnen. Ein Vergleich mit den deutschen Verhältnissen um das Jahr 1930 drängt sich jeden Beobachter auf. Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in "fakultativer" Form, ähnlich dem Holländer-System bereitet den reformistischen Gewerkschaften bereits Sorge, wegen der damit verbundenen Belastung der Kassen und wirkt sich wie in Deutschland die strikte Beibehaltung der Unterstützungskassen, zum Nachteil der Kampfassen und Kampfführung aus. Ein Teil der Mitglieder und auch ein Teil der Führer wenden sich stark gegen die Unterstützungsregelung und fordern die Übernahme der Unterstützungsleistungen durch den Staat. Auf den Verbandstag in Bern, machte man von Seiten der Bundesleitung dieselben Vorschläge wie wir sie vom A.D.G.B. kennen, indem man Vorschläge für den Staat macht und die Einführung einer Krisensteuer für hohe Einkommen und Vermögen vorschlägt. Leon Nicole, der Genfer Führer der Sozialdemokratie, wendet sich scharf gegen solche Vorschläge in der "Travail", worüber man auf dem Berner Verbandstag wenig erbeut war. Hoffentlich hört die Arbeiterschaft ehe es zu spät ist auf die Warner im Streit. Denn Leon Nicole erkennt richtig die Gefahr,

Nachden bisher in Deutschland gemachten Erfahrungen in dieser Hinsicht mit Recht.

Dem Kongressverlauf zu Folge, befindet sich der schweizerische Gewerkschaftsbund auf dem besten Wege einer vollen Angleichung an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Auch in der propagandistischen Art, scheint man vom letztgenannten (A.D.G.B.) sehr viel zu übernehmen.

In der No. 36. der schweizerischen Bau und Holzarbeiter-Zeitung, (Verbandsorgan des Bau und Holzarbeiter-Verbandes) finden wir einen Leitartikel mit der Überschrift "Von der spanischen Gewerkschaftsbewegung". Darin dürfen wir entdecken, dass wohl die anarcho-syndikalistische Bewegung auch heute noch der Hort der Arbeiterschaft ist.

Als Begründung dafür--und das ist kennzeichnend für die Reformisten aller Länder, wird dies der Leidenshaftlichkeit der Südländer und dem "Analphabetismus" zu geschrieben. Höher gehts wohl nimmer und es ist ein bedauerliches Zeichen geistiger Armut, wenn der schweizer Arbeiter solche Anwürfe, die sich ja indirekt gegen ihn selbst richten, ohne Protest hinnimmt. Im Anschluss an diese Feststellung erfolgt dann eine Hymne auf die Entwicklung der Union General de Trabajadores (spanischer Gewerkschaftsbund) der sich nach Ausrufung der Republik um das dreifache seiner Mitgliedschaft entwickelt habe und jetzt rund 957 000 Mitglieder zähle. In der aufgeführten Statistik werden die Bauarbeiter mit 384 Sektionen und 81219 Mitglieder vermerkt. Auf die übrigen Werbefilme dieses Artikels näher einzugehen können wir uns sparen, denn zu frisch ist noch in aller Erinnerung die Haltung der Reformisten in Spanien, während der Diktatur.

Es dürfte aber an der Zeit sein, dass sich unsere spanischen Kameraden mehr wie bisher mit der I.S.B.F. in Verbindung setzen, damit wir in der Lage sind, solche Anzapfungen, wie wir sie in dem schweizer Organ finden, in gehöriger Weise entgegen treten können. Zu der angeführten Zahl der Bauarbeiter erbitten wir Beantwortung.

-R.-

Zur Madrider Resolution, über die Arbeitsmethoden:

Entsprechend des Rundschreibens mit der Bildmontage, über die amerikanische, oder schweizerische und holländische Arbeitsmethode der Bodenplatten-Verarbeitung, kann auf Grund der Rundfrage diese Angelegenheit als geschlossen betrachtet werden. Soweit die Länder der I.S.B.F. angeschlossen sind, ergab sich aus den Berichten, dass allenthalben von Seiten unserer Kameraden, sowie auch grössere Teile der reformistisch organisierten Fliesenleger, die Einführung dieser Methode abgelehnt wird und allenthalben da, wo die Unternehmer den Versuch machten, diese Arbeitsmethode zum Nutz und Frommen ihres Profites einzuführen, mit allen Mitteln des Kampfes, selbst der Sabotage, der Versuch unternommen wurde, diese Arbeitsmethode zu unterbinden.

Den schärfsten Kampf zur Abwehr führten unsere norwegischen Kameraden und es gelang ihnen auch dadurch die vollständige Abwehr.

In Deutschland, besonders im rheinischen Industrie-Gebiet, lehnen die Kameraden die Ausführung der Arbeiten nach amerikanischer, oder holländischer Methode strikte ab. Dagegen im Ruhrgebiet mussten die Kameraden der Fachgruppe wiederholt gegen die Einführung dieser Arbeitsmethode Stellung nehmen. Die Unternehmer versuchten auf Grund der schlechten Wirtschaftsverhältnisse immer wieder die Einführung und erst die einmütige Stellungnahme der Kollegen der Stadt Essen gelang die Unterbindung dieser Versuche.

Ob diese Methode in Deutschland jemals festen Fuss fassen wird, wird sich erst erweisen, wenn eine bessere Konjunkturlage eintritt.

Die Kameraden in Holland, Frankreich und der Schweiz, also diejenigen Länder wo diese Methode seit langem ausgeführt wird, mögen die Kampfmaßnahmen der Kameraden in Deutschland, Norwegen und Schweden zur Zeit noch skeptisch gegen über stehen. Ein Austausch der Arbeitsverhältnisse der Länder unter einander und damit verbunden ein Kennenlernen der Vor und Nachteile dieser Methoden, wird sich zur einmütigen Bekämpfung der Massarbeit auswirken. Wenn unsere Kameraden in Amerika in ihrer Beantwortung an uns, die Kameraden des Kontinents ersuchen alles zu unternehmen um die Einführung des amerikanischen Systems zu unterbinden. Dann dürfte damit die Resolution von Madrid allein gerechtfertigt sein. Die seinerzeit schon angekündigte Bildmontage über Wandplattenverarbeitung konnte noch immer nicht durchgeführt werden, da unsere New-Yorker Kameraden, ihr Versprechen noch nicht nachgekommen sind.

-K-

P R E S S E - D I E N S T !
oooooooooooooooooooooooooooo

der
INTERNATIONALEN - SYNDIKALISTISCHEN - BAUARBEITER - FEDERATION.
oo
Herausgegeben
vom Sekretariat der I.S.B.F. Sitz: Berlin, N. 113, Bornholmerstr. 7.
Jahrgang 2. No. 7. November 1932.

KAMERADEN, beachtet die ADRESSE der I.S.B.F.
=====
ALLE ANSCHRIFTEN gehen nach wie vor an die ADRESSE
des KAMERADEN WALTER MARKOW, BERLIN, N. 113, Bornholmerstr. 7.

DEUTSCHLAND:

STREIK der syndikalistischen FLIESENLEGER in DUSSELDORF !!

Vorgeschichte des Kampfes:
Nachdem seit Oktober 1931 der tariflose Zustand für das Fliesenge-
werbe in Düsseldorf u. Umgegend Wirklichkeit wurde und zwar deswegen
weil es die Unternehmer ablehnten, die von den Kollegen geforderte
Tarifsicherheiten und Garantien anzu erkennen, machten sich inner-
halb des Tarifgebietes Düsseldorf Zustände breit und nahmen diese
Zustände Formen an, die man kurz betitelt mit -Unhaltbar-. All die
Errungenschaften seit bestehen der syndikalistischen Fliesenleger-
Organisation 1901, schienen beseitigt. Niemals und wenn die Arbeits-
losigkeit noch so scharfe Formen angenommen hätte, wäre es den Unter-
nehmern gelungen, die Kollegenschaften solche Anerbieten zu machen,
wenn nicht hier wiederum die Bürokraten der reformistischen und
der christlichen Bauarbeiter-Organisation, helfend im trauten Verein
mit dem Syndikus der Arbeitgeber-Verbände, die Düsseldorfer-Platten-
Firmen helfend beigeprungen wären. Was schert diesen-Arbeiter-Vertre-
tern, wenn dadurch auch ihre eigne Mitgliedschaft, von deren Beitrags-
groschen sie ihr Drohnen-Dasein fristen, auf den Hund kommen.
Gerade diese Bürokraten waren es, welche den tariflosen Zustand her-
bei führten, indem sie die Erklärung abgaben-einen solchen Tarif-
wie ihn die Düsseldorfer-syndikalistischen Fliesenleger forderten
ablehnen zu müssen. Durch diese Erklärung nahmen dann im Oktober 1931.
die Arbeitgeber ihre schon erfolgte Zusage zurück und da die Kollegen
erkannt hatten, das ohne diese geforderten Sicherheiten, ein Tarif-
abschluß nur ein Mittel zur Korruption sein kann, blieb man lieber
tariflos. Die Unternehmer ermutigt durch diesen Erfolg, Nutzten nun
die zum Dauerzustand gewordene Notlage der Arbeiter aus und drückten
durch systematische Aussperrung aller unbequemen Geister, den Lohn
derart, das Löhne zur Auszahlung gelangten, welche um das Jahr 1905
gezahlt wurden. Die Spaltung der Kollegen in drei Organisationen
Syndikalisten, reformisten und christen, trug viel zur Schaffung dieses
Zustandes bei. Nur so ist es zu verstehen, das die Düsseldorfer-Flie-
senleger, welche bis dahin unter Führung der syndikalistischen Orga-
nisation eine Spitzen-Position innerhalb der deutschen Arbeiter-
schaft eingenommen hatten, auf solchen Tiefstand gelangen konnten.
Unsere Kameraden setzten sofort als die Lage immer unhaltbarer wurde
ihre besten Kräfte zur Schaffung einer gemeinsamen Abwehrfront ein.
Vorerst mit wenig Erfolg, bis es endlich gelang im September des
Jahres 1932. alle in Düsseldorf befindlichen Fliesenleger ganz gleich
welcher Organisationszugehörigkeit zu sammeln zubringen. In dieser
Versammlung wurde nach einem Referat unseres Kollegen C. Windhoff
die alte Forderung, Schaffung der tariflichen Sicherheiten, Verteilung
der vorhandenen Arbeiten für alle in Düsseldorf setzhaften Kollegen
einstimmig gutgeheissen und neu aufgestellt. Die Unternehmer wurden
danach aufgefordert Stellung zu diesen Forderungen zunehmen u. s. w.
Um diese Forderungen der Düsseldorfer Kameraden mehr Kraft zuver-
setzen, wurde die Verbindung mit den umliegenden Städten, wie Köln
und andere mehr aufgenommen, da dort dieselben wenn nicht noch weit
schlimmere Verhältnisse eingerissen waren. Doch wieder waren es die
Angestellten des Deutschen Bauwerksbundes und die Vertreter des
Christentums aus den christlichen Gewerkschaften, die ihren Kollegen
die Erklärung abgaben, für die syndikalistischen-Windhoff-Forderungen
setzen sie sich nicht ein und erzählten dadurch tatsächlich in
Köln/Rhein, das unterbleiben einer Kampfstellung.

Ungeachtet dessen, benutzten die Düsseldorfer-Kameraden, die in ihrem Bereich hergestellte Einheit der Arbeiterschaft und traten, da die Unternehmer gestützt auf die Haltung der genannten-Arbeitervertreter es ablehnten die Forderungen der Kollegen anzuerkennen mit dem 1.10. in den Streik.

Die Streiklage:

Einmütig traten am 3.10.32. die Kollegen soweit sie in Arbeit standen in den Kampf. Durch zwei größere Bauplätze-Krankenhaus um und Anbau, sowie bei den -Persil-Werken, konnte die Forderung der Fliesenleger größerer Nachdruck verliehen werden. Denn von den insgesamt 36 streikenden, waren auf diesen genannten Baustellen, allein 26 Mann in Arbeit. Der Schlag war gelungen, die Arbeitslosen, die zum Teil schon mehr wie ein Jahr aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet waren, unterstützten einmütig die Forderungen der streikenden Kollegen. Die Hoffnung der Unternehmer und der Verbandsangestellten, das diese Arbeitslosen Kollegen, ihre streikenden Brüder in den Rücken fallen werden, ist fehlgeschlagen. In dieser Einmütigkeit lag ein beachtenswerter Erfolg, der um so höher eingeschätzt werden muß, wenn man die ungeheure Notlage der deutschen Arbeiterschaft durch die Wirtschaftskrise bedingt kennt. Der Kampfgeist ist gut und schon vielen die Herzen der Unternehmer in die Hosen, doch der Syndikus, diese besondere Menschenart von Juristen springt ein, nachdem bereits nach anderthalb Wochen, die erste Plattenfirma, die größte in Düsseldorf durch die kurze Dauer des Kampfes in Konkurs ging. Die Unternehmer wandten sich nun jenseitig an die Architekten und Bauherren von Düsseldorf und Umgebung und verlangten deren Hilfe bei ihrem Kampf gegen die dreimal verfluchten Fliesenleger. Doch unsere Kameraden nahmen geschickt diesen Schlag auf und wandten sich nun ihrerseits an die Architekten und Bauherren mit einer Flugschrift folgenden Inhaltes:

An die Herren Architekten,

Bauunternehmer und Bauherren!

Nach uns zugegangenen Informationen sind die Plattengeschäfte in Düsseldorf und Neuss an die Bauherren und Architekten mit der Bitte herangetreten, Keinerlei Plattenarbeiten durch erwerbslose oder streikende Fliesenleger ausführen zu lassen. Hierzu gestatten wir uns folgendes zusagen:

- 1) Wir lehnen jede Schwarzarbeit grundsätzlich ab.
- 2) Solange die hiesigen Plattengeschäfte unsere grundsätzlichen Forderungen - Terifisicherung und Arbeitseinteilung - respektiv abwechselnde Beschäftigung unserer erwerbslosen Kollegen - ablehnen, solange lehnen wir jede Arbeitsleistung für solche Plattengeschäfte strikte ab.
- 3) Wir sind bereit, von Fall zu Fall nach erfolgter Prüfung jeden uns von Bauherren, Architekten, Privaten und Behörden erteilten Arbeitsauftrag auszuführen, wenn man unsere grundsätzlichen Forderungen anerkennt.
- 4) Bei allen von uns übernommenen Arbeiten werden die dabei tätigen Fliesenleger ordnungsgemäß zur Kranken-Invaliden- und Unfallversicherung angemeldet, um jede Schwarzarbeit zu bekämpfen.
- 5) Als Facharbeiter sind wir weit besser in der Lage, für korrekte Ausführung und Haltbarkeit zu garantieren, als wie die Inhaber der Plattengeschäfte, die doch zu 9 zehntel gelernte Kaufleute sind. Zudem ist ja jede zugesagte Garantie hinfällig, sobald das Platten-geschäft Fleite macht.

Düsseldorf, den 12. Oktober 32.

Die gemeinsame Lohnkommission der Fliesenleger.

Die damit bedingte Festlegung der Streikführung und die damit geschaffene Gewähr einer weiteren Einheitsfront, ließ nun die Bürokraten der Reformisten und des Christentums nicht mehr ruhig schlafen und ihrer Anschauung getreu schritten sie zum Verrat.

Die Arbeit der Verräter:

Um die Einheit des Kampfes zu beseitigen schufen die Angestellten des sogenannten-freien-Baugewerks-Bundes und der Christen einen Pakt mit dem Syndikus der Arbeitgeber und dem Arbeitgeber-Bund um mit allen Mitteln den Streik abzuwürgen. Hinter den Rücken der streikenden, -ohne jede Fühlungnahme mit ihren Mitgliedern-welche gemeinsam die Streikleitung stellten, schlossen sie mit dem Arbeitgeberbund und Anrufung des amtlichen Schlichters einen Tarif ab, welcher nicht im mindesten die Forderungen der Belegschaften und Kollegen Rechnung trägt.

Danach forderten sie ihre Mitglieder auf, den Kampf einzustellen, da sie sonst nicht mehr den Streik durch die Gewerkschaften finanzieren, auch würden sie Mithilfe des Arbeitsamtes die Sperre über die nicht gehorchenden Kollegen verhängen. Was gleichbedeutend ist, das diejenigen Fliesenleger, welche arbeitslos sind, während der Dauer des Streiks keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Durch diesen Verrat glaubten sie den Willen der streikenden gebrochen zu haben. Doch die Fliesenleger ließen sich durch die Erfahrungen des nun schon 4 Wochen andauernden Kampfes nicht einschüchtern. In einer gemeinsamen Versammlung forderten sie von den Angestellten ihrer Organisationen, Rechenschaft über ihren Verrat. Tatsächlich besaß der Angestellte des deutschen Baugewerksbundes Schorgel-Düsseldorf die Unverfrorenheit in die Versammlung zu kommen und verlangte dort, von den Kollegen die dem D.B.B. als Mitglieder angehören das sie den Streik abbrechen und sich im Verlauf einer sich dadurch notwendig machenden Abstimmung über die Weiterführung des Streikes nicht mitzustimmen. Es erübrigt sich daraufhin zu weisen, daß sich dieser Mann eine eklatante Abfuhr holte. Das solche jämmerliche Figuren überhaupt den Mut besitzen ihren Verrat offen vor einem Forum Streikender zu verteidigen, dürfte am besten beleuchten, wie wenig eigne Courage sie ihrer Mitgliedschaft zutrauen. Doch hier hatte sich der Mann verrechnet. Die Mehrheit der Streikenden stimmte für Weiterführung des Kampfes. Lediglich 5 Mann enthielten sich der Stimme. Unsere Kameraden erkannten sofort die Gefahr die kommen mußte, wenn jetzt nicht mit allen Mitteln vorgegangen wird. Denn es ist schon immer ein Teil Wahrheit an alten Sprichwörtern, die da besagen, "Wie der Herr, so das Gescherr". So zeigte sich auch hier, das Menschen mit wenig Ehrgefühl, und Rückgrat genug auf der Welt herum laufen, noch dazu wo von Seiten einer korrumpierten Sorte, die sich Arbeiter-Vertreter nennen, diese jämmerliche Haltung Streikbrecher zu werden, belohnt wird mit der Anerkennung brave Genossen zusein. Genug davon die Kameraden in Düsseldorf die nun in der 4. Woche streikten blieben zusammen. In einem Flugblatt an "Alle Bauarbeiter" schilderten sie den Verrat, der Bezirksleiter Chr. Arens-Cöln und des Angestellten, Vorsitzenden des D.B.B. Düsseldorf K. Schorgel, sowie des christlichen Angestellten C. Sauer. Sie sagten in diesem Flugblatt der Öffentlichkeit, das diese "Herren" durch Drohung der finanziellen Sperre in der Unterstützung wie beim Arbeitsamt sich 9 Fliesenleger des D.B.B. und zwei der Christen, als Streikbrecher im Dienste der Unternehmer gestellt haben. Durch besonderen Hinweis, das in diesem und jenem Hause Streikbrecher mit Namen genannt arbeiten, erhoffen sie durch die Solidarität der übrigen Bauarbeiterschaft diese feige Gesinnungslumpen zu beseitigen. Der Kampf wurde trotz dieser Infamie weiter geführt. Dadurch gedemütigt und sich um ihren Erfolg betrogen sehend, wandten sich die "Vereinigten" Bundesgenossen sich an das "Landesarbeitsamt" um ja nichts unversucht zu lassen, den Kampf der nach wie vor unter Führung der Syndikalistinnen liegt, das Genick zu brechen. In der 6. Streikwoche erhielten dann auch einige Kollegen unserer Organisation eine Drohung durch das Landesarbeitsamt zugesandt, mit dem Vermerk, einer größeren Geldstrafe oder 6 Wochen Gefängnis bestraft zu werden, wenn die Freie Vereinigung der Fliesenleger auch fernerhin Arbeitskräfte vermittelt, ohne dazu das Landesarbeitsamt zu benutzen. Nun unsere Kollegen ließen sich nicht einschüchtern und hatten sehr schnell heraus gefunden, wer diese neue Kampfart zur Erledigung des Streikes ausgetippt hat. In einer Beschwerde über die Strafandrohung wird um Klarstellung dieser Angelegenheit ersucht. Eine Antwort darauf ist noch nicht eingetroffen. Der Kampf geht ungebrochen weiter.

Streik in Essen:

Durch den Streik der Düsseldorfer ermutigt, haben auch die Kameraden in Essen, sich zum Streik ermutigen lassen. Da hier unsere Kollegen als Syndikalistinnen in der Minderheit sind, schufen sie eine "Treu-gemeinschaft" mit den Kollegen des D.B.B. und der Christen. Wie die Nachricht verlautet, stehen hier die Angestellten zur Zeit noch auf die Seite der Streikenden.

Der Kampf in Düsseldorf der nun bereits die 8 Woche andauert hat die vollste Unterstützung aller syndikalistischen Genossen und hoffen wir mit den Streikenden, das der Kampf mit Erfolg gekrönt werde. Ueber den weiteren Verlauf wird das Sekretariat die Länder auf den laufenden halten.

Die Regeneration und Gleichgültigkeit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft ist nach wie vor, von kleinen Ausnahmen abgesehen, fast eine Vollständigkeit. Die nun schon fast ins dritte Jahr andauernde Dauererwerbslosigkeit allein war in der Lage diesen Zustand wie wir ihn in Deutschland jetzt erleben Wirklichkeit werden zu lassen. Nur von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, ist der fernstehende Kamerad in der Lage gesetzt um verstehen zu können, wie die deutsche Arbeiterschaft, trotz ihrer gewaltigen Organisationen, fast nicht den geringsten Widerstand gegen alle Angriffe der Kultur-Reaktion aufbringt. Wie weit die Gleichgültigkeit geht, beweist wohl am besten folgende Illustration: In der bayrischen Pflasterstein-Industrie besteht zur Zeit ein Tariflohn welcher für einen voll-leistungsfähigen-Hilfsarbeiter einen Stundenlohn von 30 pfg. die Stunde vorsieht. Macht nun in dieser Industrie-gruppe der Arbeitgeber gebrauch von der Papen-Notverordnung vom 5.9.32. und führt die 40 Stundenwoche ein, dann erhalten die in dieser Gegend meist-Kinderreichen-Familienväter, nach allen gesetzlichen Abzügen, einen Wochenlohn von 10,19 RM. Bleibt die Arbeiterschaft dann ruhig, ist der Unternehmer dadurch ermutigt gewillt die weiteren Vorzüge der Notverordnung zu beanspruchen, dann benutzt er die Gefährdungsklausel und zieht weitere 20% vom schon gekürzten Lohn ab, der dann übrig bleibt: die "fürstliche" Lohn beträgt dann nach allen gesetzlichen Abzügen die fast unglaublich klingende Summe von 6,70 RM. die Woche. Es erübrigt sich zu bemerken, das davon nicht etwa nur der Lebensunterhalt für die Familie, von Kleidung ganz abgesehen bestritten werden muß, sondern auch noch die Wohnungsmiete. Ein Kommentar zu dieser Illustration dürfte den Tatbestand nur abschwächen. Denn so wie hier in dieser Industrie-Gruppe sind wir in der Lage tausende von Beispielen herbei zu bringen. Die wenigen Kämpfe die noch Tag für Tag ausbrechen, gehen fast immer verloren, da die Gleichgültigkeit eben fast alle Werktätigen erfasst hat. Sie warten kurzgesagt auf einen "Messias" und verlieren damit den letzten Funken des Widerstandes. Die Massen sind, wie immer wieder betont werden muß, abgesehen von revolutionären Minderheiten und Klassenbewußter Arbeiter, fast ein williges Opfer für den Faschismus und wird am besten diese Tatsache beleuchtet mit der Kampfkoalition kommunistischer Arbeiter mit den Vertretern des Hakenkreuzes der N.S.A.P. beim Berliner Strassenbahnarbeiterstreik. Eine Verwirrung ohne gleichen, hervorgerufen durch den dauernden Verrat der reformistischen Gewerkschafts- und Partei-Führer. Das diese allgemeine Lethargie sich auch innerhalb der syndikalistischen Organisationen bis zu einer bestimmten Basis sich auswirkt, wie wir es zur Zeit durch die Zersplitterung der Kräfte erleben, war vorausszusehen und ist auch für die näheren Beobachter verständlich. Umso erfreulicher ist die Tatsache festzustellen, das trotz aller Meinungsverschiedenheiten, der Solidaritäts und Verbundenheitsgedanke innerhalb der syndikalistischen Bauarbeiter-Organisationen zum Durchbruch kam beim Streik der Düsseldorfer-Fliesenleger. Eine Hoffnung, das die Basis zur Einigung bald wieder gefunden wird.

Nachtrag zum Düsseldorfer-Fliesenleger-Streik:

Bereits bei Fertigstellung des "Pressedienstes" erhalten wir die Nachricht, das der Streik trotz seiner hoffnungsvollen Ansätze nach fast 8 wöchentlicher Dauer, durch den Verrat der vereinigten Reformisten Christen und Unternehmer, sowie mit Hilfe des Staatsapparates aufgehoben werden mußte. Damit ist aber, wie die Meldung besagt der Kampf nicht beendet, sondern wird mit anderen Mitteln weiter geführt. Der Pressedienst wird in der nächsten Nummer näher darauf eingehen.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

-k-

SCHWEDEN: Der vom Sekretariat im vorigen "Pressedienst" angekündigte Informationsbericht über die Lage in der schwedischen Bauindustrie und die Kampftaktik unserer Kameraden, kann nicht erscheinen, da die Zusage nicht innegehalten wurde. Wir hoffen, das unsere Kameraden den Bericht bis zur nächsten Nummer fertig gestellt haben,

-c-

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Schweiz:

Wie aus dem Genfer Kanton mitgeteilt wird, beträgt die Zahl der Arbeitslosen-Mauerer dortselbst 300 Mann. Mit dem Aufhinaus mit den Fremden glaubt man die Krise zu überwinden. International besehen ein bedauerlicher Zustand. Der Kampf um das "Ich" zur Freude der Staatsdiktatoren. Eine Frucht des I.G.B.-nationale Imperialisten.

-v-

Holland:

Unter den Einfluss der Weltwirtschaftskrise, macht man auch hier, mit Hilfe der Regierung in Lohnabbau. Die Bauindustrie, die bisher verschont davon blieb, da der Tarifvertrag bis Ende Februar 1933 gilt, wird nun aber ebenfalls unter Druck gesetzt und Mithilfe der fakultativen Arbeitslosenunterstützung gezwungen, einen sofortigen Lohnraub von 15% mit sofortiger Wirkung anzunehmen. Wir sehen in diesem Ansinnen der holländischen Regierung eine Nachahmung der deutschen Vorgänge in der Sonderbehandlung der Bauarbeiter und dürfte daher vom großen Interesse für die Kameraden aller Länder sein, etwas genauer darüber informiert zusein, um bei ähnlichen Unterfangen in ihren Ländern in der Lage zusein, eine bessere Abwehr zu schaffen, als wie dies in Deutschland, wie nun auch in Holland der Fall ist.

Als im Winter des Jahres 1931 die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe so stark wurde, das die Arbeitslosenkassen der Bauarbeiterorganisationen versagten, wandten sich die in fragekommenden Bauarbeiter-Gewerkschaften an die Regierung, mit dem Ersuchen doch auch die Bauarbeiter in die Krisenfürsorge aufzunehmen, wie es bereits schon mit anderen Industrie-Gruppen geschehen ist. Die Regierung kann in solchen Fällen, den 100% Staatszuschuß auf 200 ja 300% erhöhen. Mit dieser Erhöhung wäre es dann den Gewerkschafts-Arbeitslosenkassen möglich gewesen, ihre Verpflichtung gegenüber den Unterstützungsberechtigten nachzukommen. Doch der Staat lehnte ab mit dem Bemerkens, die Bauarbeiter haben einen-zu-hohen Lohn. Die Gewerkschaften wandten sich als treue Staatserhalter dann mit dem Ersuchen an die Regierung mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, nach den bekannten Richtlinien des reformistischen Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Regierung beantwortete dieses Ersuchen mit der Bewilligung eines 20 Millionen Kredites für öffentliche Arbeiten, die aber erst verwendet werden sollen, wenn es die Regierung für notwendig erachtet. Dagegen wurde der Wohnungsbau nun noch von der Regierung gedrosselt, durch den Hinweis, daß zu hohe Baukosten den Baukredit in Gefahr späterer Verluste bringe. Im Verlauf des Jahres hatte man in Holland mit rund 40% arbeitslose Bauarbeiter gerechnet und man befürchtet ein völliges Brachliegen der Bauindustrie wenn die Regierung nicht helfend eingreift. Diese aber lehnte mit dem Hinweis ab, nicht eher einzugreifen bis die Bauarbeiter wenigstens 10% Lohnraub hinnehmen. Die Gewerkschaften setzten sich dann mit den Unternehmern zur Verhandlung und erzielten einen Vergleich mit 8-10% Lohnverlust unter der Zusage das die anderen manteltariflichen Bedingungen bis Oktober 1933 verlängert werden. Die Bauarbeiter protestierten zwar dagegen und auch der Landes-Kongress des allgemeinen niederländischen Bauarbeiter-Bundes, lehnte mit Mehrheit diese Verschlechterung ab, aber wie wir es auch aus anderen Ländern kennen, wagten es die Kongress-Delegierten nicht, die Verantwortung auf sich zu nehmen und überließ die Entscheidung einer Urabstimmung ihrer Mitgliedschaften. Der Einfluß der Regierung war aber so groß, das auch in den links stehenden Gewerkschaften kein großer Widerstand entgegen gesetzt wurde. Der Einfluß der freiheitlichen Gewerkschaftsbewegung ist zu gering um die Bauarbeiter zum Widerstand aufzumuntern zu können. Die Bemühungen eines zusammen Arbeitens mit dem N.A.S. der unabhängigen-kommunistischen Kameraden-Syndikalistin in der Folge erst überlegen werden nochmals mit dieser Organisation eine gemeinsame Kampffront einzugehen. Unter solchen Umständen ist es verständlich wenn man sich innerhalb der holländischen Bauarbeiterschaft wenig wunderte, das der Lohnraub mit Hilfe der Regierung ein voller Erfolg für die Bauunternehmer geworden ist. Die holländische Bauarbeiterschaft wird auch für die kommende Zeit ein wachsames Auge haben müssen, denn die Versprechungen und Hoffnungen der Gewerkschaftsführer und der Regierung mit der Arbeitsversprechung, wird nur ein Scheinmanöver sein zur Beruhigung, eine Etappe bis zum nächsten Lohnraub. Die Vorgänge in Holland gleichen aufs Hartz der deutschen Entwicklung, das unbedingte Vertrauen der Arbeiterschaft zu den reformistischen Organisationen, hat leider zur Folge, das die deutschen Bauarbeiter mit wenigen Ausnahmen vollständig kampfunfähig und ein willfähriger Spielball in den Händen der Unternehmer geworden ist. Unsere holländische Bruderorganisation wird hier vor einer schweren Aufgabe gestellt und wir wollen wünschen das diese Aufgaben ein zufrieden stellenden Erfolg bringen mögen.

oooooooooooooooooooooooooooo

